

BACKNANGER JAHRBUCH 1991/92



BAND 1

Backnanger Jahrbuch 1: 1991/92

BACKNANGER JAHRBUCH

Beiträge zur Geschichte von Stadt und Umgebung

Band 1: 1991/92

Hrsg. von der Stadt Backnang und vom Verlag Fr. Stroh, Backnang
1991

BACKNANG JAHREBUCH

STADT BACKNANG UND VERLAG FR. STROH, BACKNANG

1991

Impressum:

Herausgeber: Stadt Backnang und Verlag Fr. Stroh, Backnang – 1991.

Schriftleitung: Dr. Gerhard Fritz.

Alle Rechte beim Herausgeber. Für den Inhalt einschließlich Abbildungen zeichnen die Verfasser verantwortlich.

ISBN-Nr. 3-927713-01-5

Gesamtherstellung: Verlag Fr. Stroh, Backnang.

Titelbild: Partie mit Kirche und Realschule, ca. 1905/1910.

Inhalt

Vorworte

Vorwort von Oberbürgermeister Rieckhoff	7
Vorwort des Herausgebers	8

Aufsätze

Horst Denking: Die Römer im mittleren Murr gau (Teil 1)	9
Karl Wieland: Die Achtundvierziger Revolution in Stadt und Oberamt Backnang (Teil 2: Die Abgeordneten des Oberamtsbezirks Backnang in der Nationalversammlung zu Frankfurt und auf dem württembergischen Landtag 1848/49).....	29
Achim Frick: Die Backnanger Schmiede in der oberen Vorstadt	83
Andrea Filipp: Kurze Geschichte der Stadt Crimmitschau in Sachsen	105
Helmut Bomm: Bilder zur Geschichte Backnangs	117
Klaus J. Loderer: Innenausstattung und Nutzung des Backnanger Rathauses im 18. Jahrhundert	142

Rezensionen

Überörtliche Literatur

Wolfgang Mayer: Kulturdenkmale und Museen im Rems-Murr-Kreis (Klaus J. Loderer).....	149
Kennzeichen WN. Heimatkunde für den Rems-Murr-Kreis. Herausgegeben von Erich Scheible (Hermann Reinhardt)	150
Gerhard Nerz: Bei uns im Schwäbischen Wald. Von der Landschaft und den Menschen (Mathias Klink)	150
Karin Föll: Zauber einer Landschaft. Zwischen Rems und Murr (Rolf Königstein)	151
Titus Simon und Peter Wieland (Herausgeber): Offene Jugendarbeit im Wandel. Entwicklung und Wandel von Jugendzentren am Beispiel einer Region (Rems-Murr-Kreis und Kreis Ludwigsburg) (Andreas Kozlik)	151
Titus Simon und Klaus Böhringer (Herausgeber): Beiträge zur Jugend- und Sozialpolitik im Landkreis (Andreas Kozlik)	152
Geschichte und Geschichten aus unserer Heimat Weissacher Tal. Herausgegeben von Roland Schlichenmaier und anderen, 4 Bände (Sabine Reustle)	152
Heinrich Schickhardt – Impressionen – Itinéraires. Auf den Spuren des Renaissance-Baumeisters (Hans-Dieter Bienert)	153

Literatur zu einzelnen Orten

Allmersbach im Tal

700 Jahre Allmersbach im Tal. Redaktion Rüdiger Kieninger und andere (Gerhard Fritz) 154

Backnang

Michael B. W. Geyer: Sozial- und Besitzverhältnisse unter geistlicher und weltlicher Grundherrschaft, dargestellt an Besitzungen des Stifts Backnang und an drei Strohgäudörfen (Gerhard Fritz) 155

Helmut Bomm: Backnang 1987. Bildbericht über das Jubiläumsjahr (Hans-Dieter Bienert) 157

Gerhard Fritz, Hans-Eckhard Giebel, Rolf Königstein, Heinz-Werner Schwegler und andere: 450 Jahre Lateinschule Backnang (Sabine Reustle) 158

Christian Ludwig Brücker und Klaus J. Loderer: Backnanger Stadtchronik (Gerhard Fritz) 158

Erst die Arbeit . . . Die Geschichtswerkstatt Backnang über Leben und Arbeit und den industriellen Strukturwandel am Beispiel einer Region (Sabine Reustle)..... 159

Erich Bauer, Antje Fröhlich und andere: SPD. 100 Jahre Ortsverein Backnang (Heimo Schulreich)..... 159

Erwin Wohlfahrt: Lichtbilder. Backnang und Umgebung in den dreißiger Jahren (Gerhard Fritz) 160

Murrhardt

Rüdiger Krause: Neue Untersuchungen am römischen Kohortenkastell in Murrhardt (Rolf Schweizer) 160

Rüdiger Krause: Römische Brunnen im Kastellvicus von Murrhardt (Hans-Dieter Bienert) 161

Manfred Rösch: Botanische Funde aus römischen Brunnen in Murrhardt (Heinz-Werner Schwegler)..... 162

Ulrike Plate: Untersuchungen im Kreuzgang des ehemaligen Benediktinerklosters Murrhardt (Hans-Dieter Bienert) 162

Gerhard Fritz: Archäologische Sichtbefunde im Murrhardter „Rößle-Quartier“ (Hans-Dieter Bienert) 163

Rolf Schweizer: Murrhardt zwischen 1850 und 1950 – Bilderbuch der Erinnerungen (Klaus J. Loderer) 163

Gerhard Fritz: Stadt und Kloster Murrhardt (Heimo Schulreich) 164

Reinhold Nägele: Exlibris (Ernst Hövelborn)..... 164

Oppenweiler

Oppenweiler. Erinnerungen in Bildern. Zusammengestellt von Helga Richter und Julius Zehender (Gerhard Fritz) 164

Sulzbach/Murr

Mathias Klink: Sulzbach an der Murr in alten Ansichten. 2 Bände (Gerhard Fritz) 165

Mitteilungen des Heimat- und Kunstvereins Backnang 166

Tätigkeitsbericht des Stadtarchivs Backnang 171

Bildnachweise 172

Register 173

Liste der Autoren 182

Vorwort

von Oberbürgermeister Rieckhoff

Liebe Backnangerinnen und Backnanger, liebe Gäste und Besucher unserer Stadt,

das Archiv der Stadt Backnang hat in der Aufarbeitung unserer Stadtgeschichte einen neuen Weg beschritten. Das „Backnanger Jahrbuch“, das 1991 zum ersten Mal und später im Zweijahresrhythmus erscheinen wird, ersetzt die bisherigen Veröffentlichungen des Stadtarchivs. Umfang und Inhalt des Jahrbuches werden ein Vielfaches dieser Publikationen ausmachen.

In dieser neuen Art der Dokumentation sollen ähnlich wie in der Schriftenreihe des Heimat- und Kunstvereins, Autoren zu Wort kommen, die sich unserer Stadt verbunden fühlen und die deshalb an eine stadtgeschichtliche Darstellung

nicht nur aus beruflichem Interesse, sondern auch aus persönlicher Verbundenheit herangehen.

Allen, die an der Vorbereitung für das erste Backnanger Jahrbuch beteiligt waren, möchte ich für ihre Arbeit und ihr Engagement herzlich danken. Ganz besonders Herrn Dr. Gerhard Fritz, dem wissenschaftlichen Mitarbeiter unseres Stadtarchivs, der sich mit großem persönlichem Einsatz dieses Buches angenommen hat.

Möge das erste Backnanger Jahrbuch viele interessierte Leser und auch in der Zukunft engagierte Autoren finden.

*Hannes Rieckhoff
Oberbürgermeister*

Vorwort des Herausgebers

Nach der Neubearbeitung der Stadtchronik vermag das Stadtarchiv mit dem vorliegenden Backnanger Jahrbuch heuer zum zweitenmal ein historisches Werk zur Stadtgeschichte vorzulegen. Während die Stadtchronik aber ein Sonderfall war, der sich so rasch nicht wiederholen wird, hoffen wir, mit dem Backnanger Jahrbuch eine regelmäßig erscheinende Reihe zu begründen. Nach der gegenwärtigen Konzeption soll künftig alle zwei Jahre ein Band des Backnanger Jahrbuches erscheinen. Damit nimmt das Jahrbuch die Tradition der bisherigen Schriftenreihe des Heimat- und Kunstvereins Backnang auf, von der bis zum Jahre 1988 insgesamt sechs Bände erschienen sind.

Das Backnanger Jahrbuch will ein Forum für alle im weitesten Sinne historischen Themen zur Geschichte von Backnang und Umgebung sein und steht hierfür allen Autoren offen. Wir hoffen, ein möglichst breites Spektrum an verschiedenen Themen vorstellen zu können – angefangen von der römischen Antike im Backnanger Raum bis hin zur Geschichte der Revolution von 1848/49. Mit dem Beitrag über Crimmitschau in Sachsen sprengen wir bewußt den engen lokalen Rahmen; Ortsgeschichte um ihrer selbst willen,

Ortsgeschichte als bloße Selbstbespiegelung, ohne den Blick auf die Dinge jenseits der heimischen Grenzen zu richten, kann nicht Sinn unseres Jahrbuchs sein.

Da das Jahrbuch niemals alle Literatur zur Geschichte von Backnang und Umgebung in sich vereinigen kann, enthält das Jahrbuch als wichtigen Teil einen Abschnitt über andernorts erschienene historische Literatur zur hiesigen Orts- und Regionalgeschichte. Mit diesem Rezensionsteil soll es den Lesern unseres Jahrbuchs möglich sein, sich umfassend über alle historische Literatur aus unserer Gegend zu informieren.

Ohne die intensive Mehrarbeit und Hilfe verschiedener Personen wäre die Entstehung des Backnanger Jahrbuchs nicht möglich gewesen. Außer allen Autoren ist insbesondere den Leihgebern der Abbildungen, dem Heimat- und Kunstverein Backnang und dem Verlag Stroh für die immer erfreuliche Zusammenarbeit zu danken.

Dr. Gerhard Fritz
Backnang, im März 1991

Die Römer im mittleren Murr gau (Teil 1)

Von Horst Denking er (1969)

Horst Denking er, heute in Sexau in Südbaden wohnhaft und in Denzlingen als Realschulrektor tätig, schloß im Jahre 1969 im Rahmen seines Studiums eine umfangreiche Examensarbeit mit dem Titel „Die Römer im mittleren Murr gau“ ab. Mit dem „mittleren Murr gau“ meinte Denking er im wesentlichen die Westhälfte des ehemaligen Kreises Backnang.

Das als „Zulassungsarbeit zur Fachgruppenprüfung für das Lehramt an Realschulen“ verfaßte Skript enthält im wesentlichen eine Zusammenstellung der in der Öffentlichkeit wenig bis gar nicht bekannten Fundstellen aus der Römerzeit (zirka 150 bis 260 n. Chr.) auf dem Gebiet der Backnanger Stadtmarkung und benachbarter Gemeinden. Zwar ist in den letzten Jahrzehnten viel Literatur über die Backnang benachbarten Römerkastelle in Welzheim, Murrhardt und Mainhardt erschienen, Backnang selbst, das in der Römerzeit kein Kastellort war, sondern zu einer relativ unauffälligen Etappengegend hinter der Grenzlinie des Limes gehörte, wurde von der Forschung aber so gut wie ganz vernachlässigt. Dem Standardwerk zur römerzeitlichen Forschung in Südwestdeutschland „Die Römer in Baden-Württemberg“ (herausgegeben von Philipp Filtzinger und anderen, Stuttgart, Aalen, 3. Auflage 1986) ist weder Backnang noch einer seiner Nachbarorte auch nur einer Erwähnung wert.

Ohne Zweifel stand die Gegend um Backnang im zweiten und dritten nachchristlichen Jahrhundert immer im Schatten der oben genannten bedeutenden Garnisonsorte am Limes. Es wäre aber völlig falsch zu glauben, die Landkarte wäre in der Römerzeit im Backnanger Raum tatsächlich ein weißer Fleck gewesen. Es gibt sehr wohl Nachweise für eine römerzeitliche Besiedlung der Backnanger Gegend. Die Belege für diese Besiedlung wurden in den wenigsten Fällen publiziert, meist schlummerten sie in alten Verzeichnissen des Landesdenkmalamts oder mußten auf den unterschiedlichsten Wegen Privatleuten entlockt werden. Diese un-

dankbare Kärrnerarbeit auf sich genommen zu haben, ist das Verdienst Horst Denkingers. Archäologische Sondierungen, an denen Denking er Ende der sechziger Jahre beteiligt war, ergänzten das Bild.

Angesichts ihrer Bedeutung hätte Denkingers Examensarbeit gleich nach ihrer Entstehung veröffentlicht werden sollen. Das war nicht möglich. Wenn wir nun beginnen, die Arbeit mit 22 Jahren Verspätung zunächst wenigstens in einem ersten Teil abzdrukken, dann bieten wir unseren Lesern trotz der Verspätung eine Arbeit an, die in ihren entscheidenden, ortsbezogenen Teilen durchgängig noch den aktuellen Stand der Forschung darstellt. Der zweite Teil der Untersuchungen Denkingers wird in der nächsten Ausgabe des Backnanger Jahrbuchs erscheinen. Gegenüber dem Originalskript Denkingers haben wir Änderungen lediglich in der Zitierweise vorgenommen, die wir dem im Backnanger Jahrbuch üblichen System angepaßt haben.

Obwohl einzelne Aussagen des allgemeinen Teils von Denkingers Arbeit (Kapitel: „Die römische Zeit der Backnanger Bucht“) durch die Forschungen der letzten 22 Jahre in manchem Detail etwas anders gesehen werden, haben wir auf eine völlige Neufassung dieses Kapitels verzichtet. Im wesentlichen stellt Denking er – sogar unter Berücksichtigung der Forschungsergebnisse seit 1969 – auch in diesem Kapitel den Sachverhalt korrekt dar. Leser, die sich für den aktuellen Forschungsstand interessieren, verweisen wir auf das oben zitierte Werk: Die Römer in Baden-Württemberg und auf das jährlich erscheinende Periodikum des Landesdenkmalamts in Stuttgart: Archäologische Ausgrabungen in Baden-Württemberg. Es muß einem noch zu schreibenden, eigenen Beitrag zusätzlich zu Denkingers Arbeit vorbehalten bleiben, den heutigen Forschungsstand der neunziger Jahre zur Geschichte der Römerzeit im Gebiet zwischen Neckar, Murr und Limes in allen mittlerweile bekannten Einzelheiten aufzuarbeiten.

I. Einleitung und Problemstellung

1. Ziel und Aufgabe

Zwischen dem römerfundreichen Neckar- und unteren Murrthal im Westen und dem Murrhardter Grenzkastell mit Limes und Wachturmresten im Osten liegt der im Vergleich dazu römerfundarme mittlere Murrgau (= westlicher Teil des ehemaligen Kreises Backnang). Rund 110 Jahre dauerte die römische Besetzung dieses Gebietes. Ebenso viele Jahre sind seit der ersten und in vielen Fällen auch letzten schriftlichen Nachricht über Fundstätten vergangen. Nur wenige Fundberichte stammen aus der Zeit vor rund vierzig Jahren, lediglich zwei sind jüngeren Datums (spärliche Siedlungsreste aus Kirchberg, Flur „Abstetter“ 1949; eine Münze aus Backnang, Bach Weissach 1953). So ist es nicht verwunderlich, daß die römischen Funde des mittleren Murrtaus noch nicht monographisch bearbeitet worden sind.

Die Aufgabe dieser Arbeit liegt darin, gerade diesen recht kärglichen Spuren im mittleren Murrgau nachzugehen, um sie vor völligem Verwischen zu bewahren.

Aus dieser Aufgabenstellung ergeben sich die folgenden Teilziele:

1. Bestandsaufnahme der gesicherten römischen Siedlungsplätze und Funde aus dem einschlägigen Schrifttum, besonders aus unveröffentlichtem Quellenmaterial und weitverstreuten, oft schwer zugänglichen Einzelpublikationen.

2. Verbleib veröffentlichter und eventuell vorhandener nicht veröffentlichter Funde (Zerstörung des Württembergischen Landesmuseums Stuttgart und der Altertumssammlung Backnang bei Kriegsende!).

3. Aufsuchen und Neuaufnahme der Fundplätze im Gelände mit der Fragestellung: Wo sind überhaupt noch Spuren sichtbar?

4. Zusammentragen und Auswerten von Fundstellenkenntnissen und Überlieferungen aus der ältesten Generation.

2. Das methodische Verfahren

Seit Oktober 1967 stellte der Verfasser im Staatlichen Amt für Denkmalpflege/Abteilung

Bodendenkmalpflege im Stuttgarter Alten Schloß aus der Fundkartei und besonders aus den Fundakten der Vor- und Frühgeschichte (zum Teil handschriftliche Notizen und Skizzen) die römerzeitlichen Fundstätten und Funde des Landkreises Backnang katalogmäßig zusammen. Extrakte aus den „Fundberichten aus Schwaben“ ergänzten diese Zusammenstellung. Die wichtigste einschlägige Literatur, teilweise in den genannten Unterlagen zitiert, führte zu weiterführenden Spezialwerken.

Bei der Suche nach den so inventarisierten Fundstätten draußen in Wald und Feld zeigte sich die Notwendigkeit des Studiums des umfangreichen Flurkartenarchivs in der Bodendenkmalpflege, das alle Flurkarten von den ältesten von 1832 bis zu den heutigen enthält. Die Tatsache, daß nur die ältesten Flurkarten Einträge und skizzenhafte Einzeichnungen der Fundplätze aufwies, bestätigte die Meinung Dr. Rolf Schweizers (Heimatspfleger in Murrhardt) von der lange nicht mehr erfolgten römerkundlichen Bearbeitung unseres Raumes. Nur in den Flurkarten von 1832 fallen Gewanne, die ihre Form und Größe den römischen Bauresten verdanken, noch aus dem Mosaik der kleineren Parzellen als auffällige Gebilde heraus. Bei Fehlen von Einträgen haben dann manchmal wenigstens die Flurnamen die Erinnerung an die abgegangenen Siedlungsplätze festgehalten.

Die Einzeichnungen des Denkmalamtes wurden auf die heutigen Flurkarten übertragen und durch Ergebnisse eigener Nachforschungen ergänzt.

Bei den ausgedehnten Flurbegehungen bediente sich der Verfasser zunächst der freundlichen Hilfe der örtlichen Bürgermeister, Forstämter und Schulleiter, vor allem auch alteingesessener, betagter Landwirte. Letztere sind als ehemalige oder heutige Grundbesitzer oft selbst noch letzte Zeugen oder Täter längst vergangener Entdeckung oder Zerstörung römischer Denkmäler. Mit heute entfernt wohnenden Zeugen wurde korrespondiert. Alle Stellen, die wir finden konnten, wurden im Frühjahr und Herbst vielfach sorgfältig nach Oberflächenfunden abgesucht. Außerdem wurden meistens noch Probelöcher dort gegraben, wo zum Beispiel die dichteste Mauerschutt- und Ziegel-

streuung die beste Aussicht auf Bodenfunde verhielt. Das Hauptaugenmerk wurde dabei auf die zwei sichersten Beweisarten für römische Siedlungen gelegt: Leistenziegel und Terra sigillata.

An einigen Stellen konnten wir trotz intensivsten Suchens und Nachfragens überhaupt keine

Überreste mehr entdecken. Alle Außenarbeiten waren durch das niederschlagsreiche Jahr 1968 oft stark beeinträchtigt.

In einem Fall wurde aus dem zunächst nur beabsichtigten Probeschürfen eine zeitraubende Ausgrabung: Der römische Gutshof im „Birkenwald“, Markung Erbstetten.

II. Landschaftliche und geschichtliche Grundlagen

1. Die geologischen Bedingungen

Bei den Siedlungsverhältnissen einer in der Hauptsache bäuerlichen Bevölkerung spielt die Bodenbeschaffenheit eine große Rolle. Nach den verschiedenen den Untergrund bildenden Gesteinsschichten und Böden können im einst römisch besiedelten Teil des Kreises Backnang zwei Hauptgebiete unterschieden werden:

1. Das wellige Flachland des Oberen Muschelkalks, der in der „Backnanger Bucht“ zum Teil von der wasserführenden, einen fruchtbaren Lehmboden ergebenden Lettenkohle überlagert ist. Diese wiederum wird größtenteils von der ertragreichen Löß-, Lehm- und Lößlehm-Decke überdeckt. Dieses fruchtbare Muschelkalkflachland breitet sich im westlichen Kreis Backnang am Fuß der Keuperwaldhöhen aus. Zu der Fruchtbarkeit gesellen sich ein mildes Klima und anmutige Täler mit Quellen und Bächen.

2. Das Muschelkalkflachland wird im Norden, Osten und Süden von den bewaldeten Höhenzügen aus den Mergeln und Sandsteinen des Keupers umfaßt. Diese Keuperterrasse erhebt sich im Rücken der Orte Rietenau, Großaspach, Strümpfelbach, Zell, Steinbach, Ober-, Mittel- und Unterbrüden, Unterweissach, Allmersbach im Tal und Waldrems.

Folgerungen für die Besiedlung in der Römerzeit:

1. Im welligen Flachland, Siedlungsgebiet seit der Steinzeit, lagen fast alle römischen Gutshöfe. Im Lößlehm: Villa im „Reuterhau“, Rielingshausen. Im Lößlehm/Lettenkohle: Die Villen im „Birkach“, Affalterbach; in „Riedern“, Burgstall; im „Abstetter“, Kirchberg. In der Lettenkohle: Villa im „Heidenfeld“, Backnang-Steinbach. Im Oberen Muschelkalk: Die Villen im „Kern“, Burgstall; im „Birkenwald“, Erbstet-

ten; im „Brand“, Weiler zum Stein. Im alluvialen Schwemmland: Villa in der „Unteren Au“, Kirchberg/Murr. Im Lößlehm auch: Villa im „Kalkofen“, Kirchberg.

2. In scharfem Gegensatz dazu steht das fast siedlungsleere Keuperbergland der Löwensteiner Berge und des Murrhardter Waldes. Hier finden wir nur zwei römische Siedlungsplätze, den auf dem „Bergreisach“, Kleinaspach (vermutlich Steinmetzwerkstätte, Sennhütte oder ähnliches), den in den „Steinäckern“, ebenfalls Kleinaspach.

2. Die römische Zeit der Backnanger Bucht

a. Der Neckar-Limes

Dichte und Form der römischen Besiedlung und der Umfang der Siedlungen hängen nicht zuletzt von der Dauer der Römerherrschaft ab. Der Beginn dieser Besiedlung, zumindest im unteren Murrtal, fällt schon in die Zeit um 90 n. Chr., als der Neckar-Limes errichtet wurde. Diese domitianisch-trajanische Grenze entlang dem Neckar war keine feste, durch zusammenhängende Grenzsperrern streng geschlossene und zu bewachende, sondern nur eine durch die Neckar-Kastelle und den Fluß markierte Okkupationslinie, die das siedlungsfähige Land zu beiden Seiten des Neckars zu sichern hatte.¹ Die Forschungen über die Chronologie der römischen Siedlungen lassen die Frage sogar offen, ob etwa die Siedlungen westlich des Neckars früher einsetzten als die auf der Ostseite.

Dafür, daß bei der Festlegung des Neckar-Limes nicht militärische Erwägungen leitend waren, sondern Zwecke der weiteren allmählichen

¹ W. Schleiermacher: Der römische Limes in Deutschland. Berlin 2. Aufl. 1961, S. 137.

und friedlichen Kolonisation des Gebietes östlich des Neckars, sprechen folgende Tatsachen:

1. Obgleich die Neckar-Kastelle alle auf dem westlichen Ufer des Flusses liegen, konnte bisher nur eine Kastell-Verbindungsstraße zwischen den Kastellen Böckingen und Walheim auf der rechten Neckarseite nachgewiesen werden. „Es war eben auch das translimitane Gebiet schon römisch.“²

2. Die aus der sonstigen Neckar-Kastell-Reihe nach Osten vorgeschobene Lage des domitianischen Kastells Benningen ergab sich nicht nur durch die weit nach Osten ausgreifende Neckarschlinge, sondern dadurch, daß gerade an dieser Stelle ein wichtiger vorrömischer Fernweg, mehrfach als „Salzstraße“ bezeichnet,³ über das obere Murrthal her vom Sole- und Salzplatz bei Schwäbisch Hall (dessen Ausbeutung mehr als zweitausend Jahre zurückreicht) herinkam.

3. Daß der Standpunkt der Kastelle sich im ganzen nach den schon vorhandenen Überlandwegen⁴ und nach dem Plan der Ausdehnung der römischen Okkupation ins Murrthal hinein⁵ gerichtet hat, zeigt auch die Lage des Neckar-Kastells Walheim. Es liegt ebenfalls gegenüber einem vorrömischen, mit „Hochstraße“ bezeichneten⁶ Auslandsweg, der von Sulzbach/Murr her über die Löwensteiner Berge nach Großbottwar zu verfolgen ist.

4. Die Bewohner der ostneckarischen Gutshöfe bei Marbach, Murr an der Murr, Steinheim und des westneckarischen Kastellorfes *vicus Murrensis* hatten sich nach der Inschrift auf einem Altar des Vulcan⁷ zu der Dorfgemeinschaft *vicani Murrenses* zusammengeschlossen. Die Vermutung liegt nahe, daß sich dieser Vicus schon vor Anlage des Vorderen Limes bis ins Murr- und Bottwartal hinein erstreckt hat, zumal zwei Gutshöfe (je einer bei Großbottwar und Steinheim) solche von Veteranen waren.⁸

b. Der äußere oder vordere Limes

Tatsächlich römisch, das heißt dem römischen Imperium eingefügt, wurde das Gebiet der Murr um 150 n. Chr. unter der Regierung des Antoninus Pius (138 bis 161 n. Chr.), als der Odenwald-Neckar-Limes auf der ganzen Strecke zwischen Main und Rems großzügig um rund 30 Kilometer weiter nach Osten auf die Linie von Miltenberg bis Lorch vorverlegt wurde. Der durch diese letztmalige Vorverlegung der römischen Reichsgrenze entstandene neue Limes wurde gesichert durch die Kastelle Miltenberg, Walldürn, Osterburken, Jagsthausen, Öhringen, Mainhardt, Murrhardt, Welzheim und Lorch, nach dem ersten Auftreten der Alamannen am Wetterau-Limes dazu durch Palisade, Wall und Graben um 213.⁹ Der westliche und größere Teil des Kreises Backnang wurde durch die Anlage des Vorderen Limes (der von der Straßenkreuzung nordostwärts Ebensee bis nördlich Grab den Kreis in einer Länge von rund 13 Kilometern durchzieht) ins Imperium Romanum einbezogen.

Eine Limeschronologie in der Gestalt festzulegen, daß der Zeitpunkt dieser letztmaligen Vorverlegung des Limes auf die äußerste in unseren Gegenden erreichte Grenze römischen Reichsgebiets genau bestimmt werden kann, ist noch nicht gelungen. Das früheste inschriftliche Zeugnis für das Bestehen der vorderen Limeslinie aus dem Kastell Jagsthausen nennt Antoninus Pius.¹⁰ Außerdem schwillt die Münzreihe aus dem gleichen Gebiet mit Antoninus Pius besonders stark an. Die neuste (inzwischen durch weitere Münzfunde überholte) Zusammenstellung aller römischen Fundmünzen im ehemaligen Kreis Backnang¹¹ ergab ebenso die meisten Gepräge mit insgesamt neun aus der Regierungszeit des Antoninus Pius (6 von Murrhardt mit Kastell und Limes, 2 vom Gutshof im Erbstettener „Birken-

² Philipp Filtzinger: Bemerkungen zur römischen Okkupationsgeschichte Südwestdeutschlands. – In: Bonner Jahrbücher 157, 1957, S. 181 bis 212.

³ Topographische Karte 7022 Backnang.

⁴ F. Hertlein: Die Geschichte der Besetzung des römischen Württemberg. Stuttgart 1928 (= Hertlein, Paret, Goebler: Die Römer in Württemberg 1).

⁵ Ferdinand Haug, G. Sixt: Die römischen Inschriften und Bildwerke Württembergs. Hrsg. v. Ferd. Haug und Peter Goebler. Stuttgart 2. Aufl. 1914, S. 454.

⁶ Topographische Karte 6922 Löwenstein.

⁷ Haug-Sixt (wie Anm. 5), 323.

⁸ Ebd. 333 und 336.

⁹ Tafel I, 1: Am Fuß der Höhe 535,9 auf dem Heidenbuckel südlich Grab, ist ein Stück des sog. Obergermanischen Limes auf 10 Meter Länge 1953 durch O. Paret anschaulich rekonstruiert worden.

¹⁰ Haug-Sixt (wie oben Anm. 5), 449.

wald“, 1 vom Gutshof auf Flur „Brand“, Weiler zum Stein). Als zweitgrößte Münzreihe wurde die aus der Zeit des Vorgängers Hadrian (117 bis 138) im Kreis Backnang mit insgesamt sieben Geprägten festgestellt (6 aus Murrhardt, 1 vom Gutshof auf Flur „Brand“). Alle vor diesen beiden Kaisern geprägten Münzen sind im Kreis Backnang bisher nur in einem Exemplar gefunden worden.

Seit langem schon nimmt die herrschende Meinung an, daß die römische Besetzung des Gebietes zwischen Neckar- und Vorderem Limes beziehungsweise die Errichtung letztgenannter Grenze zwischen 148 und 161 erfolgte. Zu dem gleichen Ergebnis kann auch die Münzreihe aus dem Kreis Backnang führen.

c. Die Dauer der Römerherrschaft

„Der große Zusammenbruch des ganzen Limesystems zwischen dem Rhein und der Donau erfolgte . . . unter der Regierung des Gallienus, wobei unentschieden bleibt, ob das Jahr 254 oder die Jahre 259/260 n. Chr. das eigentliche Ende dieses Verteidigungssystems bezeichnen.“¹² Dieser ungefähren Datierung der endgültigen Überschreitung des obergermanisch-rätischen Limes und der ersten Landnahme durch die Alamannen im Dekumatland zwischen vorderem Limes, Oberrhein, Bodensee, Donau und Iller entspricht nun gerade die Tatsache, daß die Münzreihe im Kastell Murrhardt mit einem Antonianus (= Doppeldenar) des Gallienus (seit 253 von Valerian, 253 bis 260, zum Mitkaiser im Westen eingesetzt) abbricht.¹³ Andere archäologische Zeugnisse, die auf ein Ende der rechtsrheinischen Römerherrschaft über Obergermanien zur Regierungszeit Valerians/Gallienus schließen lassen, sind schon seit längerem bekannt.¹⁴

Nach herrschender Meinung hat den archäologischen Zeugnissen gemäß die Römerzeit östlich des Neckars und somit auch im Murrthal etwa von 150 bis höchstens 260 n. Chr. gedauert, also rund 110 Jahre lang.

Diese Zeitspanne wird noch weiter eingengt durch die Wirkung des zweiten Alamanneneinfalls 234/235,¹⁵ der bis Baden-Baden reichte!¹⁶ Dieser Alamanneneinfall wird nicht ohne Einfluß auf die römerzeitliche Besiedlung geblieben sein; eine Neuanlage von Gutshöfen nach diesem Einfall ist, zumal in der Limesnähe des Murrtales, wohl kaum wahrscheinlich.

Drei neuere archäologische Zeugnisse aus den Kastell- beziehungsweise Limesanlagen Murrhardts stehen vermutlich mit der Zerstörung eines Teils dieser Anlagen um 234/235 und ihrer Wiedererrichtung nach der Zurückwerfung der Alamannen über den Limes in den Jahren 236 ff. unter dem Soldatenkaiser Maximinus Thrax (235 bis 238) in unmittelbarem Zusammenhang:

1. Auf einem Weihealtar für den persischen Sonnengott Mithras berichtet der Tribun S. J. F. Victorinus von sich, er habe den Tempel des Gottes von Grund aus wiederhergestellt¹⁷ (Abb. S. 14). Es ist nicht erwiesen, wird aber verschiedentlich vermutet, daß dieser Tribun einen Mithrastempel wiederaufbauen ließ, der beim Alamanneneinfall 234/235 zerstört worden ist.¹⁸

2. 1963 wurde in der Walterichskirche beim Römerfriedhof in Murrhardt unter dem Kirchenchor unter anderem das Fundament eines Römertempels aufgedeckt. Da den – nur mit Erde versetzten – Fundamentsteinen Mörtelreste anhaften, schließt der Ausgräber daraus, daß diese Tempelfundamente „aus wiederverwendetem Gestein geschaffen wurden“ und fragt dann, „ob wir mit diesem . . . Tempelchen nicht etwa doch jenes von S. J. Florus Victorinus wiederhergestellte Mithrasheiligtum gefunden haben“.¹⁹ Schon früher war es bei der Stadtkirche oder dem Friedhof vermutet worden.²⁰

¹¹ Rolf Schweizer: Palisade, Wall und Graben – der Limes. – In: Der Schwäbische Wald, Merian 6. XVIII, S. 70 bis 72.

¹² Schleiermacher (wie Anm. 1), S. 226.

¹³ Horst Denking: Kleine Münzen – große Geschichte. – In: UH Nr. 4 und 6, 1968.

¹⁴ Haug-Sixt (wie Anm. 5), 30 und Hertlein (wie Anm. 4), 141 und 154.

¹⁵ Hertlein (wie Anm. 4), 141 und Oscar Paret: Die Siedlungen des römischen Württemberg. Stuttgart 1932 (= Hertlein, Paret, Goebler: Die Römer in Württemberg 3), S. 16.

¹⁶ Handbuch der historischen Stätten Deutschlands, Bd. 6: Baden-Württemberg. Hrsg. v. Max Miller. Stuttgart 1965, S. 45.

¹⁷ Haug-Sixt (wie Anm. 5), 400.

¹⁸ Bodo Cichy: Murrhardt – Sagen, Steine, Geschichte. Murrhardt 1963, S. 28f und Oscar Paret: Das Murrthal zur Römerzeit – In: Heimatkalender für den Murrgau 1926, S. 18.

¹⁹ Cichy (wie Anm. 18).

²⁰ Paret (wie Anm. 15), S. 346.

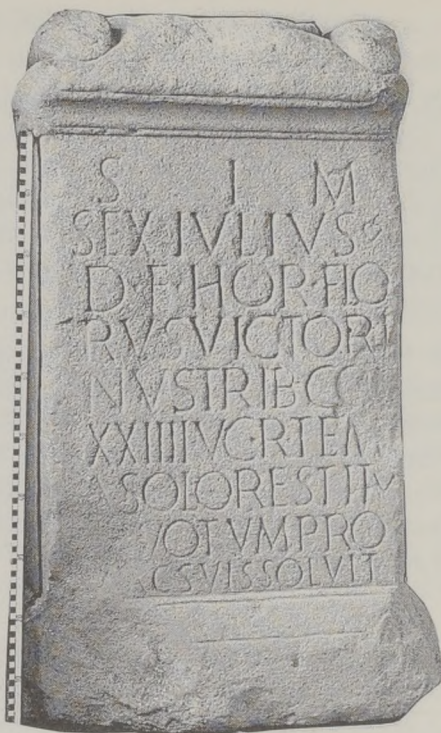
3. 1961/62 wurde das erste und bis jetzt einzige Mal am Obergermanischen Limes festgestellt, daß eine Turmstelle (9/96 auf dem „Heidenbühl“) zwei Wachtürme in einem Abstand von nur 0,4 bis 0,5 Meter und zum Teil in gleicher Mauerflucht aufweist, den seit Paulus und Sixt bekannten Wachturm und einen Ersatzturm. Der zuerst erbaute westliche Turm war abgebrannt; der östliche, der Ersatzturm, war in die Brandschicht hinein gebaut worden unter Verwendung des Steinmaterials des ersteren.²¹

Ergebnis: Bei der Hypothese, der Vordere Limes sei schon im Jahre 148 n. Chr. errichtet worden und erst 260 n. Chr. gefallen, ergäbe sich für die römerzeitliche Besiedlung des mittleren Murrtaus ein Zeitraum von 112 Jahren längstens, bei Errichtung jenes Limes 161 n. Chr. und seinem Fall im Jahre 254 nur einer von 93 Jahren. Bei Berücksichtigung des Alamanneneinfalls 234/235 n. Chr. bleibt für die Neugründung oder gar für das Bestehen der bürgerlichen Siedlungen im limesnahen Murrtau eine Zeitspanne von längstens 86 Jahren, kürzestens nur 73 Jahren übrig.

Das Murrtal war also im Vergleich etwa mit Oberschwaben (rund 210 Jahre), der Alb und dem westneckarischen Gebiet (etwa 170 Jahre) ein nur kurz unter römischer Herrschaft stehendes, zwischenlimitanes Grenzland, das schon während einer rasch aufblühenden Entwicklung bald wieder verloren ging.

3. Römerzeitliche Siedlungsformen im Dekumatland (Überblick)

Der folgende Überblick über die doch zahlreiche Vielfalt römerzeitlicher Siedlungsformen in den germanischen Provinzen Roms soll zu der Erkenntnis führen, daß es sich beim mittleren Murrtau, als Grenzland am südlichen Teil des Obergermanischen Limes gelegen, um den wohl abgelegensten Teil des römischen Dekumatlandes handelt. Ein Vergleich der Verkehrs-dichte (offizielle Römerstraßen) mit anderen Gebieten verstärkt diese Erkenntnis noch. Schon das Grenzland am nördlichen Teil des Vorderen Limes um Öhringen und Jagsthausen weist sich durch den *Vicus Aurelianus* und durch erheblich reichere Funde als wichtiger und verkehrsträch-



Weihealtar

SOLI INVICTO MITHRAE
SEXTVS IVLIVS DECIMI
FILIVS HORATIA FLORVS
VICTORINVS TRIBVNVS
COHORTIS XXIII VOLVNTA
RIORVM CIVIVM ROMA
NORVM TEMPO A SOLO
RESTITVTO VOTUM PRO
SE ACSVIS SOLVIT

Dem unbesiegbaren Mithras

Sextus Julius Florus
Victorinus, Sohn des Horaziers
Decimus, Tribun der 24.
Kohorte freiwilliger röm.
Bürger, hat durch Wieder-
herstellung des Tempels
von Grund auf, sein Gelübde
für sich und die Seinen eingelöst

Gefunden 1695

Kam 1757 nach Stuttgart

²¹ Rolf Schweizer: Die Grabungen am Limes auf dem Linderst bei Murrhardt. – In: Blätter des Schwäbischen Albvereins 69, Nr. 6, 1963, S. 171 bis 174 und ders.: Römische Limestürme auf Markung Murrhardt (Kr. Backnang). – In: Fundberichte aus Schwaben NF 18/1, S. 152 bis 160.

tiger aus als unser Gebiet. Von den sechs doch recht verschiedenartigen bürgerlichen Siedlungsformen ist lediglich eine (eventuell zwei, vergleiche die Siedlung auf dem „Bergreisach“) im mittleren Murr gau anzutreffen!

Der Überblick

1. Stadt (*municipium* oder *colonia*) im staatsrechtlichen Sinne war allenfalls Rottweil (*Arae Flaviae* oder *Arae municipium*) im südlichen Dekumatland am oberen Neckar, gegründet bereits unter T. Flavius Vespasianus (69 bis 79 n. Chr.), während andere Provinzen Roms im Gebiet des heutigen Deutschland mehrere selbstständige Stadtgemeinden mit formalem Stadtrecht kennen (zum Beispiel *Colonia Claudia Ara Agrippinensis* = Köln, *Augusta Treverorum* = Trier, *Augusta Vindelicum* = Augsburg usw.).

2. Stadtartiger Hauptort (*Vicus*) waren alle anderen größeren Römerorte auf baden-württembergischem Gebiet, vor allem die Hauptorte als Sitz der Selbstverwaltung einer *civitas* (= Gaugemeinde). Es ist bemerkenswert, daß östlich des Neckars bis jetzt nur ein einziger solcher stadrtartiger Gewerbe- und Verkehrsort und ohne Stadtmauer am nördlichen Obergermanischen Limes nachgewiesen ist, der *vicus Aurelianus*. Am südlichen Teil dieses Limes ist noch kein solcher Hauptort bekannt geworden. So konnte der gesamte Murr gau noch keiner *Civitas* zugewiesen werden.

3. Kastelldorf (*vicus canabarium*) waren die Einstraßensiedlungen, die sich meist an der Rückseite der Militärkastelle gebildet haben. Vom vorderen Limes im Murr tal zeugen Spuren beim Kastell Murrhardt von einer solchen bürgerlichen Siedlung.

4. Städtisches Landhaus (*villa urbana*) waren städtische Landhäuser wohlhabender Römer vor der Stadt. Im Dekumatland sind nur die reichen städtischen Villen bei Rottweil bekannt geworden (vergleiche Museum Rottweil).

5. Ländliches Gehöft (*villa rustica*) war die vorherrschende bürgerliche Siedlungsform des offenen Landes im Dekumatland und die einzige gesicherte im mittleren Murr gau. Es war dies ein Einzelhofsystem, in der Regel ohne Siedlungs-



Rekonstruiertes Limesstück bei Grab (Zustand vor 1969).

und Feldgemeinschaft, das System der gallo-römischen Landgehöfte in Einzellage. Rund 850 solcher Einzelhöfe sind in Württemberg und Hohenzollern bekannt geworden.²² Einem solchen einzeln stehenden, geschlossenen Gehöft, das langfristige Befriedung voraussetzt, entspricht nach Art und Umfang am ehesten der flurbereinigte Gesamtbesitz eines heutigen Aussiedler-Großbauern mit seinen Wohn- und Wirtschaftsgebäuden und seinen umliegenden Äckern, Wiesen und Weiden. In der Literatur hat sich für diese römerzeitlichen Einzelgehöfte der Terminus „Römischer Gutshof“ oder einfach „Römische Villa“ eingebürgert, selbst dann, wenn es sich nur um kleinere Anlagen handelt.

Eine massive Hofmauer umgibt (häufig in unregelmäßigem Viereck) das Anwesen. In dem geräumigen Hofraum steht auf dem höchsten Punkt der Gebäudegruppe das ebenfalls massive, teilweise unterkellerte Wohnhaus, eine Mittelhalle enthaltend, der (im Idealfall) zwei Ecktürme und ein diese verbindender Säulengang vorgelegt sind. Dazu kommen verschiedene Zimmer und Kammern, deren Wände wie die der Mittelhalle vielfach mit glattgestrichenem und bunt bemaltem oder gar verziertem Kalk oder mit ornamentiertem Lehm verputzt waren. Getrennt vom Wohnhaus stehen im Hofraum, oft an die Hofmauer aus Sparsamkeit angelehnt, die verschiedenen Wirtschafts- und Nebengebäude, wie Stallungen, Scheuern und Geräte-

²² Paret (wie Anm. 15), 269ff.

schuppen, nicht selten nach der herkömmlichen keltischen Bauweise errichtet: Die Scheuern als Fachwerkbau auf Steinfundament, Stallungen und Schuppen gänzlich aus Holz und auf groben Steinsockeln ruhend. Bei größeren Höfen sind zuweilen Gewerbebetriebe, wie Töpfereien und Ziegeleien, angeschlossen. Bei reicheren Höfen fehlen nicht Heizanlage für Wohnhaus und Bad, Badgebäude und Brunnen-schacht, mit Quellwasser mittels kleiner Kanäle gespeist. Um den Hof herum liegen die Weiden, Wiesen und Äcker des Besitzers, Reichtum und Größe des Gutshofes bestimmend.

6. Gewerbliche Anlagen, wie Ziegeleien und Töpfereien, Kalkbrennereien (Fluren „Kalkofen“ nördlich Kirchberg und nordöstlich Burgstall bei den Gutshöfen?), Kohlenmeiler, Lehm-, Sand- und Kiesgruben fehlen in unserem Gebiet völlig. Ob es sich bei den noch nicht näher untersuchten Siedlungsresten auf dem „Bergreisach“ Markung Kleinaspach um eine Steinmetzwerkstätte oder aber um eine Sennerei (Stallgebäude mit Hirtenwohnungen) handelt, ist nicht entschieden.²³ Das wäre dann neben den Gutshöfen die einzige zweite Siedlungsform im mittleren Murr gau.



Fundamente der beiden Wachtürme von Murrhardt–Heidenbühl (Zustand vor 1969).

III. Die römische bürgerliche Besiedlung

1. Siedlungsdichte und Siedlungsgröße

Mit „Größe“ ist hier stets der ganze Besitz jedes Gutshofes samt umliegendem Weide-, Wiesen- und Ackerland gemeint.

Auf den ungefähr 120 Quadratkilometern des mittleren Murr gaus (Nord-, Ost- und Südgrenze bilden die Keuperberge, die Westgrenze die des Kreises Backnang) sind bis heute (1969) 12

römische Gutshöfe bekannt geworden. Bei gegenseitiger Angrenzung würde ein Gutshof durchschnittlich auf eine Größe von 10 Quadratkilometer kommen. Aus folgenden Überlegungen heraus müssen wir uns dieses Maß als weit unterschritten vorstellen.

1. Unsere wohl noch immer unvollkommene Kenntnis aller römischen Siedlungen mahnt zur Vorsicht in unseren Schlüssen. Es ist nicht sicher gestellt, daß nur von den Steinvillen – auch Holzbauten kommen für bestimmte Siedlungs-

²³ Ebd. 129, 327 und *ders.*: Urgeschichte Württembergs. Stuttgart 1921, S. 118.

formen in Betracht – die Mehrzahl schon entdeckt worden ist.

2. Wegen der geringen Entfernung vom Vorderen Limes (von der östlichsten Römersiedlung im mittleren Murr gau, der auf dem „Heidenfeld“ bei Backnang-Steinbach, zum Beispiel nur zirka 10 Kilometer!), der vermutlich stärkeren Bewaldung auch der Muschelkalkplatte östlich des Neckar-Limes wie überhaupt der sehr kurzen Zeit der friedlichen Zugehörigkeit zum Imperium Romanum werden die einzelnen Siedlungen nicht in verhältnismäßiger Gleichmäßigkeit über unser Gebiet verteilt gewesen sein.

3. Zu einer Vorstellung von einer kleineren Ausdehnung der einzelnen Villen gelangen wir, wenn wir die gegenseitigen Abstände (Luftlinie) der am engsten zusammenliegenden Einzelhöfe untersuchen:

(Zur besseren Übersichtlichkeit sollen die die Siedlungen aufweisenden Flurnamen für die Gutshöfe stehen.)

a) Riedern – Kern (beide Burgstall) rund 1 Kilometer; b) Birkach (Affalterbach) – Brand (Weiler zum Stein) 1,3 Kilometer; c) Birkenwald (Erbstetten) – Bürgle (Maubach) rund 1,3 Kilometer; d) Kalkofen – Abstetter (beide Kirchberg) rund 1,5 Kilometer; e) Abstetter (Kirchberg) – Riedern (Burgstall) rund 1,5 Kilometer; f) Reuterhau (Rielingshausen) – Kalkofen (Kirchberg) knapp 2 Kilometer; g) Brand (Weiler zum Stein) – Birkenwald (Erbstetten) knapp 2 Kilometer; h) Bergreisch – Steinäcker (beide Kleinaspach) knapp 2 Kilometer; i) Untere Au – Abstetter (beide Kirchberg) knapp 2,5 Kilometer.

Gemessen an diesen gegenseitigen Entfernungen der am dichtesten beieinanderliegenden Höfe erreicht der mittlere Murr gau nur die unterste Grenze der Siedlungsdichte im Dekumatland. Der durchschnittliche Abstand der Gutshöfe in den dicht besiedelten Gebieten Württembergs beträgt 0,5 bis 2 Kilometer, die durchschnittliche Gehöftgröße wird mit 1 bis 4 Quadratkilometer angegeben.²⁴

4. Einige Gutshöfe könnten ihre Größe verraten durch die Überlegung, daß Wasserläufe und Erhöhungen als natürliche und die Römerstraße als von vornherein markierte künstliche Grenze gedient haben werden (mit der Einschränkung,

daß die Wasserläufe zur Römerzeit nicht den gleichen Verlauf hatten wie heute). Beispiele:

a) Das Gehöft in der „Unteren Au“ (Markung Kirchberg/Murr) kann als natürliche Grenzen im Westen die Murrschleife, nach Norden und Osten den Fuß des Eisenbergs und nach Süden den Eichbach gehabt haben (siehe die Flurkarte bei diesem Gehöft). Mit diesen natürlichen Grenzen käme der Hof auf eine Größe von nur 0,2 Quadratkilometer oder 20 Hektar.

b) Der Hof auf Flur „Reuterhau“ (Markung Rielingshausen) kann als natürliche Grenzen nach Norden, Westen und Osten den Anstieg zum Hardtwald, nach Osten außerdem den Eichbach (vergleiche a!) und nach Süden den schnurgeraden Verlauf der Römerstraße Benningen–Murrhardt gehabt haben (siehe die Flurkarte bei diesem Gehöft). Eine ungefähre Größe von $\frac{1}{2}$ bis $\frac{3}{4}$ Quadratkilometer würde sich hier ergeben.

5. Einen neuen Aspekt für die Vorstellung der Gutsgröße könnten schließlich die Flurnamen vermitteln. Beispiel: Beim Gehöft auf Flur „Heidenfeld“ (Markung Backnang-Steinbach), das nach Norden von der Murr begrenzt gewesen sein wird und im Westen und Süden von der Weissach, liegen dicht ostwärts die Fluren „Eckfeld“ und „Schneckenbühl“ in einer Linie von Norden nach Süden. „Eckfeld“: Ech und Eck sind häufige deutsche Formen von keltisch *acum*, romanisch Eg = Grenzscheid²⁵ und andere. „Schneckenbühl“: Zu lesen als Sch-n-eck, ebenso abzuleiten vom keltischen *acum* als Grenzname des Hofgebiets.²⁶ Jedenfalls ist auffällig, daß beide Fluren untereinander liegen. Die Größe dieses Gutshofes hätte nach allem etwa weit über 1 Quadratkilometer betragen.

Wenn wir als vorläufiges Ergebnis eine Größe von rund 1 Quadratkilometer und darüber für die einzelnen Villen annehmen, ist noch zu berücksichtigen, daß es unbestimmt bleibt, „wie weit das Hinterland zu den Villen gehörte oder staatliches Eigentum oder herrenlos war“.²⁷ Im ganzen kann jede Größenbestimmung der römischen Gutshöfe stets nur aus vagen Schlüssen hergeleitet werden, da ein Plan der Landeinteilung auf Grund einer römischen Vermessung, wie dies westlich des Rheins, besser noch in der

²⁴ Ders. (wie Anm. 13), 210.

²⁵ K. Ehmert: Unsere Orts- und Landschaftsnamen stammen zumeist von Romanen und Kelten der Römerzeit und nicht von den Alamannen. Nürtingen 1957, 91.

²⁶ Ebd. 44.

²⁷ Paret (wie Anm. 15), 210.

Poebene und in Nordafrika festgestellt werden konnte, in unseren von Tälern regellos zerschnittenen Ebenen noch nicht erkannt werden konnte.

2. Die römischen Gutshöfe (*villae rusticae*)

Vorbemerkung zur Systematik: Eine zeitliche Reihenfolge bei der Bearbeitung der einzelnen Gutshöfe ist nicht möglich, da der Zeitpunkt der Gründung und des Endes noch bei keinem Gehöft ermittelt werden konnte. Eine räumliche Gliederung, etwa nach „nördlich und südlich der Murr“ oder ähnlichem, erscheint nicht zweckmäßig und unbegründet. So erfolgte die Zusammenstellung der Gutshöfe nach den heutigen Gemeindegrenzen und in alphabetischer Reihenfolge dieser. Dasselbe Gliederungsprinzip liegt auch dem einschlägigen Schrifttum und den nicht gedruckten Quellen zugrunde.

a. Villa auf Flur „Birkach“, Markung Affalterbach, Markung Steinächle

400 Meter westlich Heidenhof, 400 Meter südostwärts unterer Kirschenhardthof, 600 Meter ostnordostwärts Birkachhof; flacher Nordhang.

Als das Quadrat für den Gutshof nach Paulus' Handkarte in die älteste Flurkarte von 1832 eingetragen wurde, verlief die Grenze des Waldes „Birkach“ im Norden und Osten dicht vor den Mauern des Gehöftes. Heute ist das ganze Gebiet gerodet. Wann der Birkach-Wald gerodet wurde, geht weder aus der Literatur noch aus den Flurkarten (vergleiche Flurkarte von 1832) eindeutig hervor. O. Paret gibt die „1860er Jahre“²⁸ und „bis gegen 1870“²⁹ an. Wenn es in der Oberamtsbeschreibung Marbach „in dem . . . nunmehr ausgereuteten Wald „Birkach““³⁰ heißt, kann nach dem Jahr der Verschickung der Fragebogen für die Bearbeitung der Oberamtsbeschreibungen durch das statistisch-topogra-

phische Bureau in Stuttgart an die Gemeinden des Oberamts geschlossen werden, daß der Wald „Birkach“ schon kurz vor 1859 gerodet worden ist.³¹

Dieser römische Gutshof ist eines der typischen Beispiele dafür, wie sich der Wald um die römischen Siedlungsreste oft inselartig in den Ackerfluren gehalten hatte, wie auch umgekehrt der Wald die Baureste gut bewahrte. Die Alamannen mieden die von ihnen zerstörten, fremdartigen Steinhäuser. Weil die Waldweidewirtschaft bei ihnen eine bedeutende Rolle spielte, war der hier aufwuchernde Wald auch kein Verlust für sie. Im Mittelalter wurden diese „heidnischen“ Stätten aus abergläubischer Furcht gemieden. Selbst in den Rodungszeiten der Neuzeit hielt man sich gerne solchen Waldteilen fern, die Schutthaufen und festes Mauerwerk enthielten. So kam es, daß der Wald zunächst nur bis an die Ruinenstätten heran gerodet wurde, so daß diese ganz an die Waldränder zu liegen kamen.

Soweit die Villa nach der Skizze auf der Flurkarte NO 3921 und den Angaben von Paret im Gelände lokalisiert werden konnte, sind heute oberirdisch keine Spuren mehr zu erkennen, da sich dort Baumwiesen befinden. Baumscheiben, die eventuell Reste freigegeben hätten, sind nicht vorhanden. Paret und Zürn konnten anlässlich einer Erkundungsfahrt am 13. Februar 1951 ebenfalls keine Oberflächenfunde mehr feststellen (Eintrag in die Flurkarte). Auch die Flurbereinigung auf der Markung Affalterbach 1963/64, die sich bis zur Flur „Birkach“ erstreckte, hat keinen Aufschluß gebracht.

Daß wir heute im Gelände überhaupt keine Beweisstücke mehr auffinden können, liegt wohl vor allem an der Nutzung dieses Bereichs als Baumwiese. E. Paulus der Ältere berichtet von einem „namhaften“ und „bedeutenden“ römischen Wohnplatz.³² Vermutlich erst beim Roden des Waldes Birkach³³ ist man auf folgende Reste gestoßen:

Ein quadratisches Wohngebäude von etwa 30 Metern Seitenlänge, dessen noch einige Zoll bis 1 Fuß über die Oberfläche hervorragenden Grundmauern noch deutlich sichtbar gewesen

²⁸ Ebd. 246.

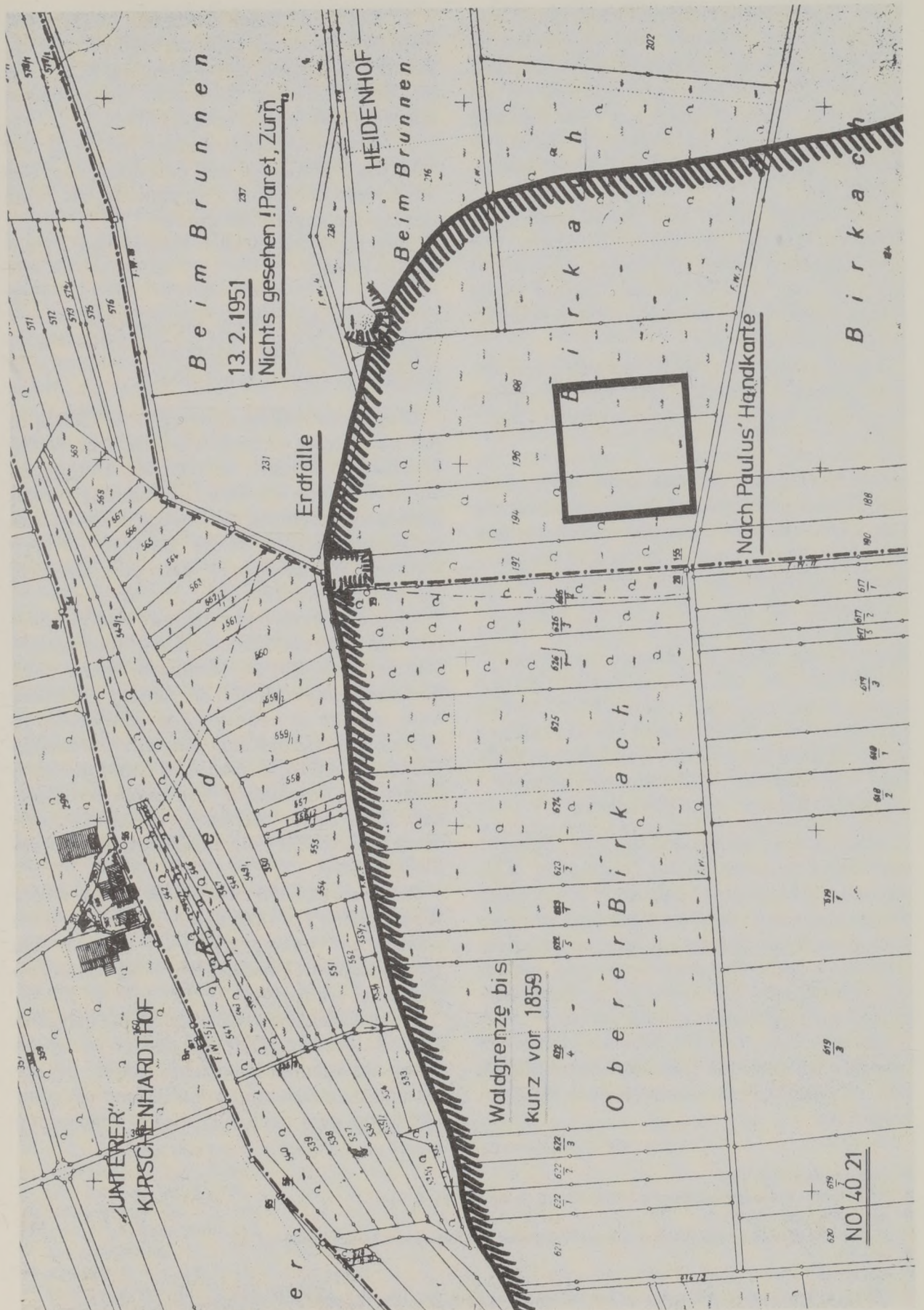
²⁹ Ebd. 273.

³⁰ OAB Marbach 1866, S. 109, 142.

³¹ Vgl. unten, „Fragebogen“ bei Burgstall.

³² OAB Marbach und Eduard Paulus: Die Altortümer in Württemberg. – In: Württ. Jahrbücher 1875, S. 190.

³³ OAB Marbach und Paret (wie Anm. 23), S. 202, ferner Förstner: Heimatbuch des Oberamtsbezirks Marbach. Marbach 1923, S. 21.



Die römische villa auf Flur Birkach, Gem. Affalterbach.

seien, und kleinere Nebengebäude (ihre Lage, Anzahl und Bauart werden nicht angegeben). Im Schutt des genannten Haupt- oder Wohngebäudes lagen zerstreut zahlreiche Bruchstücke von Amphoren, Gefäßen (auch aus Terra sigillata), Heizröhren, Ziegel, Backsteine (?), behauene grobkörnige Keupersandsteine (vom Mauerwerk?) usw.

Seit diesem ersten und etwas ungenauen Fundbericht in der Oberamtsbeschreibung, von allen folgenden Veröffentlichungen unverändert übernommen, ist von diesem Gutshof nichts Neues mehr in der Literatur oder den Fundberichten erwähnt worden.

Heute zeugen nur noch Flurnamen von der abgegangenen Römersiedlung. Mehrfach treten hier solche mit dem Bestimmungswort „Birk-“ auf:

Die Flur, in der die Villa stand, heißt „Birkach“, früher „Birkichwald“. ³⁴ Westlich liegt die Flur „Oberer Birkach“, westsüdwestlich der heutige „Birkachhof“. Da man in der Zeit der nachrömischen Besiedlung den Steinbau nicht kannte, wurden die römischen Ruinen später gemeinhin mit „Burg“ bezeichnet. „Burg“ ist aus dem Genitiv *burgi* umgelautet zu „bürg(e)“, schwäbisch „birg, birk“. ³⁵ Das „Birkach“ auf den Karten heißt eigentlich „Bürgach“. ³⁶ Andere Flurnamen mit „Birk-“ zeigen die Entwicklung von *burg* über *bürg* zu *birk* deutlich: „im Bürkhau“ – im „Birkhau“, ³⁷ „die burkhen morgen“ – „in Bürken Äckern“ – „im Birkenacker“. ³⁸

Früher gab es im Bereich der Flur „Birkach“ noch den Flurnamen „in der Teuchelslag“ (Güterbuch von Steinächle 1846/20). ³⁹ Er soll daher rühren, daß neben den Bauresten des Gutshofes auch eine Wasserleitung aus irdenen Teucheln (Tonröhren im Boden) gefunden wurde, mit der von einer Quelle bei Steinächle zu dem römischen Anwesen Wasser geleitet wurde. ⁴⁰

Der 400 Meter ostwärts liegende Heidenhof ist wohl nach den alten Trümmern benannt worden. „Heiden“ läßt zwei verschiedene Sinndeutungen zu:

1. Das ahd. *heida* bedeutet unbebautes, doch nicht wertloses Land mit Wildwuchs, Öd-, Weide-, Buschland. Diese Deutung würde der um den römischen Wohnplatz entstandenen Busch- und Waldinsel entsprechen.

2. Aus christlicher Einstellung heraus ist vom Volk das Fremdartige und besonders das, was aus vorgeschichtlicher Zeit stammte, als Werk der Heiden angesehen worden.

Sprachlich und sachlich bleiben beide Deutungen offen.

b. Villa auf den Fluren „Heidenfeld“ und „Winterhalde“, Markung Backnang, Markung Steinbach

Dieses vermutliche römerzeitliche Gehöft ist das östlichste im mittleren Murr gau. Trotz Nachforschungen in allen schriftlichen Unterlagen und im Gelände war eine Lokalisierung der abgegangenen Siedlung nicht möglich; in den ausgedehnten Äckern beider genannten Fluren konnten keinerlei Spuren (Bau- oder Gefäßreste) entdeckt werden.

Die wohl älteste und genaueste Nachricht liefert die Oberamtsbeschreibung Backnang: ⁴¹ *Westlich vom Ort (= Steinbach, heute nach Backnang eingemeindet) am Abhang gegen die Murr wurden in neuester Zeit unbedeutende Grundmauern eines abgegangenen römischen Gebäudes entdeckt; man fand dabei römische Ziegel und Bruchstücke von römischen Gefäßen, unter denen mehrere von Siegelerde (= Terra sigillata) mit Verzierungen (wohl von Bilderschüsseln).*

Paret schreibt: *Im Heidenfeld (!) und in der Winterhalde 1,5 Kilometer westsüdwestlich wurden am Abhang gegen die Murr in den 1860er Jahren Grundmauern eines römischen Gebäudes entdeckt.* ⁴²

Er gibt als erster zwei Fluren für die Fundstelle an. Das Gebäude müßte sich danach zu beiden Seiten des Kammes hingezogen haben, der die nach nordwestlich zur Murr abfallende Winterhalde, von dem nach südostwärts abfallenden

³⁴ OAB Marbach 109, 142.

³⁵ W. Keinath: Orts- und Flurnamen in Württemberg. Stuttgart 1951, S. 116.

³⁶ Paret (wie Anm. 15), 251.

³⁷ Hinkel: Die Flurnamen von Affalterbach mit Wolfsölden und Steinächle. Masch. Skript o. J. 33.

³⁸ Ebd. 32.

³⁹ Ebd. 87.

⁴⁰ UH Nr. 9, 1955 und 12, 1958, ferner OAB Marbach (wie Anm. 28), 109, 142 und Paret (wie Anm. 15), 246, 273.

⁴¹ OAB Backnang 1871, 120, 313f.

⁴² Paret (wie Anm. 15), S. 378.

Heidenfeld trennt. In allen Publikationen vor Paret wird nur eine Flur genannt: „auf dem oder im Heidenfeld“,⁴³ Hildt schreibt dann jedoch „bei der Flur Heidenfeld“,⁴⁴ dazu steht dann überall „am Abhang gegen die Murr“. Und dieser Zusatz ist paradox! Denn „am Abhang gegen die Murr“ liegt nur die Flur „Winterhalde“. Deshalb wohl hat Paret diese Flur Winterhalde als zweite neben dem Heidenfeld genannt.

Wenn es sich bei den voneinander abweichenden Ortsangaben nicht um sprachliche Ungenauigkeiten handelt, ergibt sich aus ihnen, daß schon damals eine Lokalisierung nicht mehr möglich war, weil der Wald auf der Winterhalde zum Beispiel schon gegen 1878 gerodet worden war⁴⁵ und ja nur „unbedeutende Grundmauern“⁴⁶ freigegeben hatte. Einträge fehlten auch auf der ältesten Flurkarte.

Auf der Karte NO 4226 (siehe diese bei den Grabstätten) von 1912 bei der Bodendenkmalpflege befindet sich bei dem etwa 500 Meter westsüdwestlich gelegenen alten Steinbruch der Vermerk: „Röm. Gefäße. Slg. Backnang. Faltenbecher, Krug? Ca. 1930.“ Eine Beziehung zur Fundstelle „Heidenfeld“ ist möglich, jedoch sind Herkunft und Verbleib unbekannt, im alten Inventarverzeichnis der ehemaligen Altertümersammlung Backnang sind sie nicht gesondert ausgewiesen.

Ältere Bauern Steinbachs bringen den abgegangenen Gutshof in Zusammenhang mit einer angeblich hier bestandenen Sachsensiedlung aus der Zeit Karls des Großen, nach der das südlich am Heidenfeld angrenzende Sachsenweiler seinen Namen haben soll (wie etwa Sechselberg). Nach Hildt finden sich in einem Stiftslagerbuch von Backnang (ohne Jahresangabe) öfter die Ortsbezeichnungen „in der Scheuer“, „Scheuerwiesen“ und „in der Welschscheuer“ für ein stiftisches Fischwasser. „Hier (?) stand die römische Villa, welche im Volksmund die welsche, das heißt römische Scheuer, genannt wurde.“⁴⁷

Sehr auffällig sind drei von Nord nach Süd dicht untereinander liegende Fluren, deren Namen vielleicht alle die Grenze des Gutshofgebietes bezeichnen: $\frac{3}{4}$ Kilometer ostwärts der angenommenen Fundstelle „Eckfeld“, gleich südlich davon „Schneckenbühl“ (heute ein Restwäldchen), wieder gleich südlich vom letzteren „im Rain“. Nach allgemeiner Auffassung bezeichnet „Rain“ einen Grenzwall oder Grenzhag. „Eck-“ wird auch von Keinath zu den Grenznamen (aber ohne nähere Erklärung) gerechnet.⁴⁸ „Eck-“ und „Schnecken-“ sollen nach neuerer Auffassung aus einer keltisch-romanischen Grenzbezeichnung entstanden sein. „Eck-“ und „Schnecken-“ wären dann wie „Rain“ der Ausdruck einer Grenze, hier des römischen Gutshofbezirkes:⁴⁹ Keltisch *acum*, *ac* = romanisch *eg* = ahd. *ech* = mhd. *eck* = Grenze. „Schnecken-“, zu lesen als Sch-n-eck, soll ebenfalls aus dem keltischen *acum* entstanden sein, wobei *sch-* eine Verstärkung, *-n-* ein verdichtetes lat. *in* anzeigen soll.⁵⁰

Die sprachliche Entwicklung von *ack* über *äck* zu *eck* können uns Wolfsöldener Flurnamen aus Lagerbüchern bestätigen: Heute „Schneckenrain“ (!), 1574 „Schnackhen“ und 1702 „Schnäckhen“ und „Stöckhen“ (bezogen auf einen Grenzpfahl).⁵¹

Etwa 1,7 Kilometer südlich liegt die Flur „Eicheleswiesen“, die ebenfalls die Grenze des Gutshofbezirkes gewesen sein kann (die südliche), da dieser Name auch zu den Grenzbezeichnungen der keltisch-romanischen *acum*-Gruppe (= Grenzscheid) gerechnet wird:⁵² Keltisch *acum* oder *ica* = romanisch *ech* = verdeutschte *eich* (vergleiche die Funktion „eichen“ = abgrenzen!). Auch sonst wird „Eich-“ mit Grenzzeichen in Verbindung gebracht.⁵³

Das 1887 entdeckte römische Gräberfeld, etwas über 900 Meter westsüdwestlich, gehörte vielleicht zu dieser Siedlung (siehe unten, Begräbnisstätten). Möglicherweise kann auch die

⁴³ OAB Backnang (wie Anm. 38), 120 und *Paulus* (wie Anm. 32), 175. Auch: *Haug-Sixt* (wie Anm. 5), 577.

⁴⁴ Gustav Hildt: *Aus alter Zeit*. – In: *Blätter des Altertumsvereins für den Murr gau* 1914, S. 241.

⁴⁵ *Paret* (wie Anm. 15), S. 378.

⁴⁶ OAB Backnang 120, S. 313f.

⁴⁷ *Hildt* (wie Anm. 44).

⁴⁸ *Keinath* (wie Anm. 35), S. 113.

⁴⁹ *Ehmert* (wie Anm. 25), S. 25, 70, 91 u. a.

⁵⁰ *Keinath* (wie Anm. 35), S. 138 u. a.

⁵¹ *Hinkel* (wie Anm. 37), Nr. 309 und 343.

⁵² *Ehmert* (wie Anm. 25), S. 35 u. a.

⁵³ *Keinath* (wie Anm. 35), S. 114.

1953 in der Weissach gefundene Münze mit Siedlung oder Grabstätte in Verbindung gebracht werden (siehe unten, Münzen).

c. Villa auf der Flur „Kern“, Markung Burgstall

Diese römische Villa hatte die zur Römerzeit häufigste und besonders beliebte Lage: Am Südost-Hang des Rückens im Mündungswinkel zwischen zwei sich vereinigenden Wasserläufen. Die Villa lag vermutlich an dem nach Südosten in zwei großen Terrassenstufen abfallenden Hang des nach Osten gerichteten Sporns zwischen der von Ost nach West fließenden Murr (dem Sporn in einer Schleife nach Ost ausweichend) und dem von Nordwesten einmündenden Wüstenbach. Diese Lage bot sicherlich eine herrschaftliche Aussicht über das Besitztum des Hofes und das Murrtal nach Osten, Süden und Westen.

Für diesen Hof erfahren wir das einzige Mal die vermutliche Größe: Nach den vor 1859 gefundenen Bauresten soll er sich über eine Fläche von zwei (württembergischen) Morgen (= 63 Ar) erstreckt haben.⁵⁴ „Das weitläufige Gemäuer“, das „sich zum Theil noch allda unter der Erde vorfand“, ist „theils wegen tieferer Gründung des Bodens“ seit etwa 1839 (wo?) ausgegraben worden.⁵⁵ Zu jener Zeit waren noch Grundmauern mehrerer Gebäude, Ziegel, Gefäße etc. zu finden.⁵⁶ Wenn meine (unten genannten) Funde ursprünglich vom „Träublesacker“ stammen, müßte das Hofgebiet nach Südosten bis zur Murrtalsole herabgereicht haben, das heißt bis dahin, wo heute das Ackerland am Rand der unteren Terrassenstufe aufhört und die „Nesselwiesen“ zur Talsole abfallen. O. Paret vermutet für Gutshöfe mit ähnlicher Lage: „Das bot den Vorteil, daß das Vieh unmittelbar vom Hof aus die Weide betreten konnte, denn die Grenze von Feld und Wiese wird gerade in den Tälern in römischer Zeit nicht viel anders gewesen sein als heute.“⁵⁷

Heute sind vom Gutshof im Gelände drei verschiedene Fundplätze festzustellen (siehe die Flurkarte):

I. In der ältesten Flurkarte der Bodendenkmalpflege findet sich auf der unteren Stufe der Terrasse ein Quadrat einskizziert, wohl aus der Zeit vor 1859, dessen Richtigkeit durch Klammer und Fragezeichen eingeschränkt wird.⁵⁸ Der Kreis in der Nordwest-Ecke des Quadrats markiert einen „Vorsprung mit kleinen Terrassen“. Dort wurden 1917/18 am Hang innerhalb der Wegbiegung beim Roden angeblich römische Mauern angetroffen. Letztere sind wahrscheinlich identisch mit jenen Mauern, auf denen A. Kugler als Kind herumgeklettert ist.⁵⁹ Der größte Teil des Quadrats kommt heute in Wiese und Ackerland zu liegen. Der nordöstliche, Parzelle 1840/5, wird von einem schmalen „Träublesacker“ der Familie Knödler eingenommen (Schraffur im Quadrat I). Nur hier konnten wir 1968 römerzeitliche Siedlungsreste entdecken, durch die das Quadrat I teilweise bestätigt wird.

Oberflächenfunde

Am Nordost-Rand von Parzelle 1840/5 mehrere teils grasüberwucherte Mauersteinriegel;⁶⁰ auf dem Acker Rand- und Bauchscherben römischer Kochtöpfe (Quarzsandschicht) und Krüge; als Beweisstücke für römerzeitliche Herkunft drei Bruchstücke typischer Leistenziegel und drei kleinste Sigillatascherben, davon 1 Rand- und 1 Fußstück.⁶¹

Auf der Wiese, etwa 25 bis 30 Meter nördlich Parzelle 1840/5 auf der Parzelle 1847/1, sinke nach mündlicher Mitteilung der Wiesenboden auf einer „viereckigen Fläche“ immer wieder ein; die dadurch entstehende Mulde würde stets mit Erde und Schutt aufgefüllt. Vermutlich rührt von diesem Auffüllen die am 3. Juni 1968 beobachtete typische Schuttpflanzenflora auf einer deutlich abgrenzbaren ellipsenförmigen Fläche von etwa 5 bis 7 Meter im Durchmesser inmitten der frühsommerbunten Wiese her.⁶² In

⁵⁴ OAB Marbach S. 177.

⁵⁵ Fragen für die Oberamtsbeschreibung. Vom Schultheißenamt Burgstall handschriftlich ausgefüllter Fragebogen des königlich statistisch-topographischen Bureaus in Stuttgart 1859, Ziffer 12: Merkwürdigkeiten und Geschichte.

⁵⁶ OAB Marbach S. 177.

⁵⁷ Paret (wie Anm. 15), S. 123f.

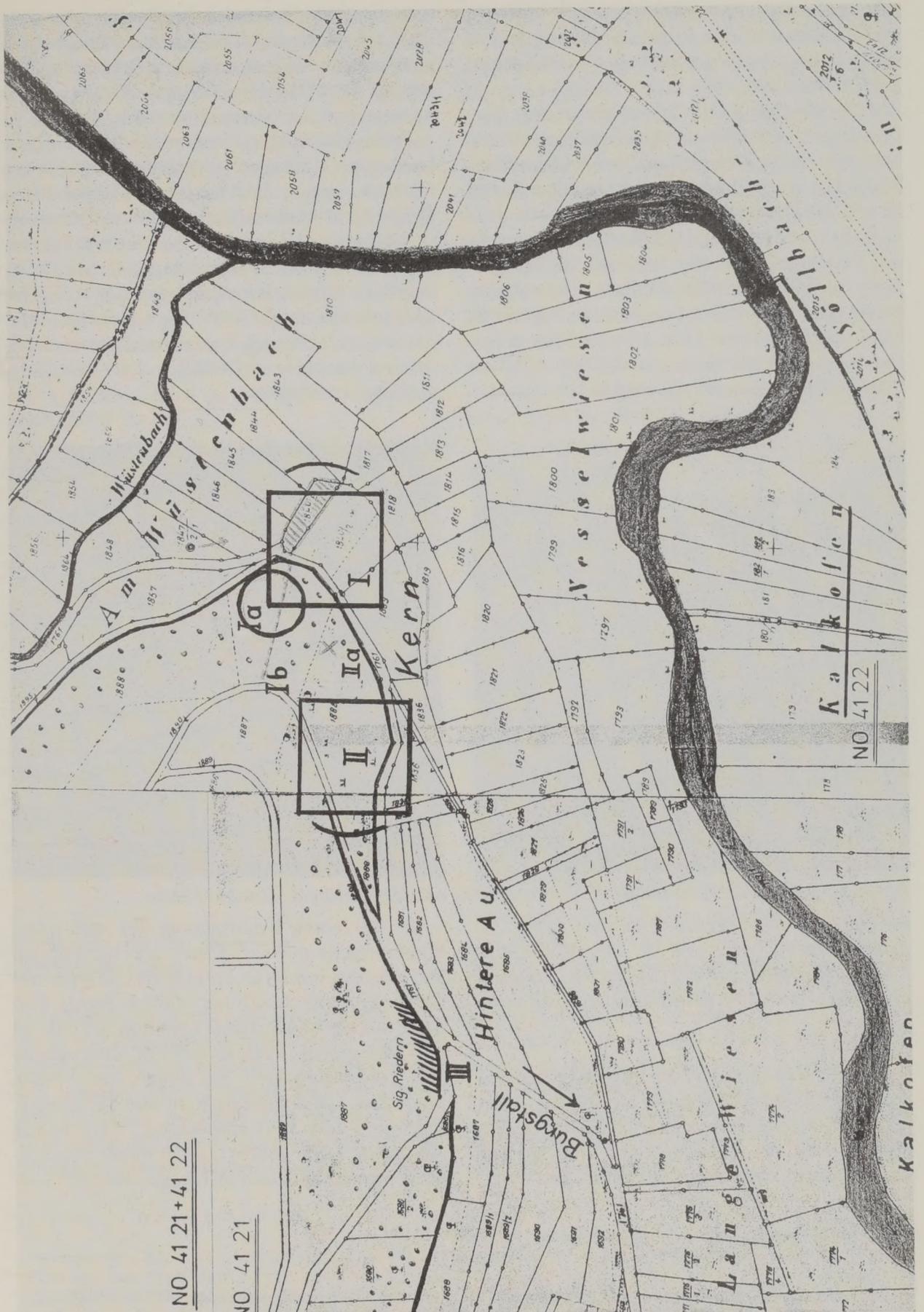
⁵⁸ Flurkarte NO 4122, Ausschnitt.

⁵⁹ Mündliche Mitteilung von Altmühlenbesitzer Adolf Kugler, Burgstall. Heute Fichtenschonung, Flurkarte gestrichelte Linie Ib.

⁶⁰ Abb. S. 24.

⁶¹ Abb. S. 25.

⁶² Punkt in Parz. 1847/1.



Die römische villa auf Flur Kern, Markung Burgstall.

sehr trockenen Sommern sähe man die in einem Viereck verlaufenden Züge von Grundmauern in der Wiese, das Gras bleibe dort im Wachstum zurück und welke.⁶³

II. In Karte NO 4121 ist auf der oberen Terrassenstufe ebenfalls ein Quadrat eingetragen, das heute in den Burgstaller Gemeindewald zu liegen kommt.⁶⁴ Fundakten und Literatur sagen über diese Fundstelle nichts aus. Bei der Suche nach den von A. Kugler genannten Mauern ist der Verfasser in Parzelle 1888 am 30. November 1968 auf oberirdisch sichtbare Mauerschutthaufen gestoßen, deren Lage insofern eigenartig ist, als der Südost-Hang hier von der oberen Terrassenstufe her ziemlich steil abfällt.⁶⁵ Auf dem Plateau der oberen Terrassenstufe konnten kei-

wenn aufgrund weiterer Funde ihre römische Herkunft als erwiesen gilt, kann ein Zusammenhang mit den Grundrissen I und II, den Realfunden auf dem Träublesacker und der unter III. genannten Fundstelle angenommen werden.

Probeschürfungen in einem der Mauerschutthaufen im Dezember 1968 förderten gleich unter dem Fallaub und innerhalb der obersten Steinschicht Keramikbruchstücke aus schamottefarbenem und sehr hart gebranntem Ton zu Tage, die am 23. Dezember 1968 von Dr. E. Neuffer (Bodendenkmalpflege) als „höchst wahrscheinlich römisch“ angesprochen wurden. Aufgelegte, sich kreuzende Tonwülste bilden auf der äußeren Gefäßwand ein großflächiges Rhombenmuster.



Parzelle 1840/5, Markung Burgstall, überwucherte Mauersteinriegel (Zustand 1968).

ne Siedlungsreste festgestellt werden, womit die Ansicht von G. Bersu und W. Veeck, die Villa liege „keinesfalls auf der Berghöhe, sondern vermutlich im Tal“⁶⁶ eine Bestätigung erfahren kann.

Es ist nicht bekannt, ob die beiden Quadrate I und II der Denkmalpflege in Realfunden oder nur in Schätzungen ihre Grundlage haben. Jedenfalls liegt die Fundstelle mit den Mauerschutthaufen genau zwischen ihnen. Erst dann,

III. Bei einer Besichtigung des römischen Fundbereichs in Flur „Kern“ am 13. Februar 1951 beobachteten O. Paret und H. Zürn an der nördlichen Wegböschung südlich Signal Riedern, wo der von Burgstall kommende Feldweg den Südrand des Waldes erreicht, Bruchstücke von Leistenziegeln.⁶⁷ Sie liegen auch heute noch dort. Diese Fundstelle III war die einzige, die Paret–Zürn 1951 entdeckten. Früher wurde außerdem noch anderer, nicht näher bezeichneter römischer Bauschutt hier gefunden.⁶⁸ Viel-

⁶³ Mündliche Mitteilung von Landwirt Walter Knödler, Burgstall.

⁶⁴ Quadrat II, Parz. 1888, 1887, 1836.

⁶⁵ Kreuz II a.

⁶⁶ Landesdenkmalamt, Fundakten Vor- und Frühgeschichte Krs. Backnang, Akte Burgstall vom 6. März 1923.

⁶⁷ Ebd. Auch: Flurkarte III.

⁶⁸ Grundbücher der Gemeinde Burgstall, S. 292.

leicht sind diese Ziegelreste erst später an die Wegböschung gebracht worden; am Hang nördlich der Böschung (Wald) und auf den Äckern südlich wurden vom Verfasser keinerlei Baureste oder ähnliches gefunden. Ein Zusammenhang mit den beiden östlichen Fundstellen I und II ist wahrscheinlich, gerade im Blick auf die angenommene Größe dieses Hofes von zwei württembergischen Morgen, aber wegen der Wegrandlage nicht erwiesen.

In der Literatur und in den Fundakten wird als Flur der römischen Fundstätte „Kern“ oder „im Kern“ angegeben. Nur mit Hilfe älterer Landwirte war es möglich, dieses Gewann zu finden, da sein Name auch auf den alten Flurkarten nicht mehr erscheint. „Kern“ ist ein alter schwäbischer Ausdruck für „Keller“.

In den „Fragen für die Oberamtsbeschreibung“⁶⁹ wird der Flurname „Kern“ (sowie der Ortsname „Burgstall“) „der Sage nach“ von einem Kern oder Keller eines Raubritters (!) namens Wart hergeleitet, welcher auf dem Bergvorsprung zwischen Murr und Wüstenbach seine Burg (sein Schloß), seinen Burgstall, seine Burgäcker, seinen Burgweg (heute noch bestehende Flurnamen!) besessen haben soll und dessen „Kern“ auf die oben beschriebene Art zum Vorschein komme. So auch heute noch im Volksmund. Wahrscheinlich ist die Benennung „Kern“ beim Entdecken der römischen Grundmauern entstanden, die sich die Burgstaller schon wegen ihres Ortsnamens nur als Reste einer alten Burg erklären konnten. Bei der Fundstelle Flurkarte II a könnte man allerdings an eine mittelalterliche Anlage (Bergsporn!) denken.

d. Villa auf der Flur „Riedern“, Markung Burgstall

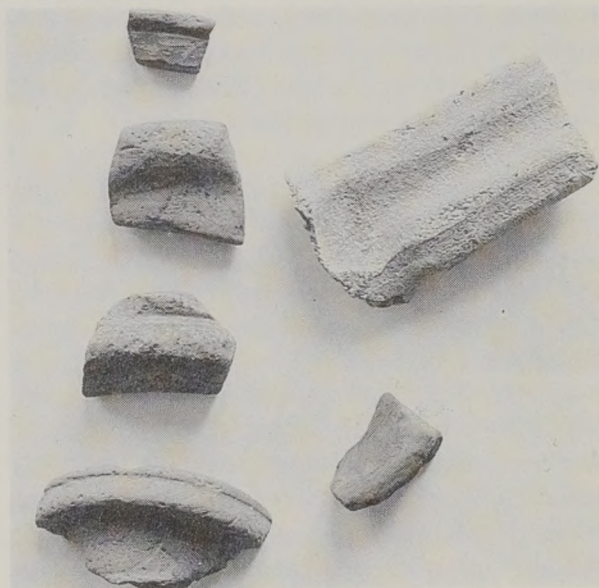
Die älteste Nachricht geben wieder die „Fragen für die Oberamtsbeschreibung“:⁷⁰ *Auf der südlichen Seite des Murrthals ob dem Unternberg Weigert (oder Wingert) und der Straße nach Kirchberg befinden sich ebenfalls Gemäuer unter der Erden, wovon der jetzige Ackerbesitzer wegen gleicher Ursache wie oben*

(gemeint ist wegen tieferer Gründung des Bodens wie im Kern) nicht nur Gemäuer, sondern auch kleine Gewölbe eine Art Zuglöcher von Keller zu Tage gefördert und ausgegraben hat.

Wegen der später angegebenen Flurnamen darf die „südliche Seite des Murrthals“ wohl extensiv als Südhang des Murrtales ausgelegt werden. Bei Paret nämlich heißt es „südwärts zur Murr geneigt“,⁷¹ später deutlicher „auf dem rechten, nördlichen Hochufer der Murr“.⁷²

Wenn die Oberamtsbeschreibung und wohl nach ihr Paret und alle folgenden die Fundstätte als in der Flur „Riedern“ (heute „Rüdern“) gelegen bezeichnen (Paulus: Flur „Burgstall“) müssen folgende Überlegungen angestellt werden:

1. In den „Fragen für die Oberamtsbeschreibung“ heißt es „ob dem Unternberg“, das heißt



Sigillatascherben von Flurstück 1840/5.

doch wohl oberhalb, der höheren Lage wegen also nördlich der Flur „Unterer Berg“. Dort liegen die Fluren „Hinteres Gewend“ und „Gabelhäule“. „Riedern“ liegt erst im Anschluß an diese, noch weiter nach Norden.

2. Bei den Parzellen auf dem „Hinteren Gewend“ heißt es im Grundbuch doppeldeutig: „Acker auf der Rüdern im hinteren Gewend.“⁷³

3. Als einzige Fundstelle wird stets nur „auf dem“⁷⁴ oder besser „in einem“⁷⁵ Acker des Jakob • Bollinger“ angegeben.

⁶⁹ Fragen für die OAB (wie Anm. 55).

⁷⁰ Ebd.

⁷¹ Paret (wie Anm. 21), S. 112, Abb. 26, Fig. 2, 113, 128, 201 (Burgstall Nr. 1).

⁷² Paret (wie Anm. 15), S. 291f.

⁷³ Grundbücher der Gemeinde Burgstall.

⁷⁴ OAB Marbach 110, 177; Paret (wie Anm. 23), 112f, 128, 201; Haug-Sixt (wie Anm. 5) S. 476, Nr. 334.

⁷⁵ Paret (wie Anm. 15), S. 291f.

4. Dem Landwirt Jakob Bollinger (Burgstall) gehörten folgende Parzellen:

a) Nach einer Randnotiz auf Karte NO 4120 von 1888 bei der Bodendenkmalpflege: 1432, 1449, 1459, 1464, 1498.⁷⁶

Nach Paret:⁷⁷ Die ersten vier unter a) aufgeführten Parzellen; 1498 wird nicht genannt.

c) Nach einem Kaufvertrag zwischen Jakobs Sohn Gottlieb Bollinger und Adolf Kugler von 1906: 1482/2, 3, 4; 1483, 1484.

d) Nach den Grundbüchern von Burgstall: 1432/1 (bis 1867 Jakob Bollinger zu eigen), 1449 (heute Teil von 1447, gehört Pauline Sauer geborene Bollinger), 1459 (kein Bollinger genannt), 1464 (Pauline Sauer geborene Bollinger), 1498?, 1482/2, 3, 4 (heute zusammengelegt mit Parzelle 1483, von Jakob Bollinger jedoch erst 1887 erworben), 1484 (von Jakob Bollinger erst 1881 erworben, heute der Gemeinde als Straße gehörig). (Auf der Flurkarte hier: 1447, 1483, 1484 mit Kreuz gekennzeichnet.)

Nach dem Niederschriftsdatum der schultheißenamtlichen Antworten auf die „Fragen für die Oberamtsbeschreibung“ (1859), der Zeitangabe für das Finden des Reliefbildes der Minerva (1845), einen weiteren Fund (1846) und der Jahresangabe „vor 1866“⁷⁸ kommen nur die unter a) zitierten Parzellen als eventuelle Fundäcker des Jakob Bollinger in Betracht, es sei denn, es sind noch später Funde gemacht worden.⁷⁹ Bis auf eine liegen sie alle in den Fluren „Gabelhäule“ und „Hinteres Gewend“.⁸⁰ Die Parzelle 1464 befindet sich beim Signal Gabelhäule und kann zu „Rüdern“ gerechnet werden. Sie ist die einzige, die mit dem nördlichen Quadrat⁸¹ in Verbindung gebracht werden kann. Wie beim „Kern“ ist auch hier die Grundlage der Eintragung nicht bekannt. Die unter a) genannten Parzellennummern wurden nicht berücksichtigt.

Das untere Quadrat ist am weitesten von den Bollingerschen Parzellen entfernt.

Bedauerlicherweise haben die Untersuchungen der Eigentumsverhältnisse des Jakob Bollinger in diesem Fundbereich nicht zur erhofften Lokalisierung der Villa geführt. Draußen im Gelände konnten in allen drei in Frage kommenden Fluren keinerlei Anhaltspunkte entdeckt werden. Auf Flur „Riedern“ liegen Äcker, auf „Gabelhäule“ und „Hinteres Gewend“ sind vor 50 bis 80 Jahren die Äcker in Baumwiesen umgewandelt worden, weil sie von einer starken Quelle, die von den „Riedern“ kommt (schon im römischer Zeit geflossen?), teilweise versumpft wurden.

Schon vor 1932 mußte Paret gestehen: „Näheres unbekannt.“⁸² Paret und Zürn vermerkten nach einem Aufsuchen der Fundstätte am 13. Februar 1951 in den Fundakten: „Konnten aber keine römischen Baureste gefunden werden. Die vermutete Fundstelle ist ein flacher Hang mit verschiedenen Quellen.“ Auch der Verfasser ist um keinen Schritt weiter gekommen.

An Funden wurden zahlreiche überliefert, die in den ältesten Quellen jedoch recht ungenau beschrieben sind (hier systematisiert):

1. Gemäuer; kleine Gewölbe, „eine Art Zuglöcher von Keller“, ausgegraben aus dem Acker „wegen tieferer Gründung des Bodens“ von Jakob Bollinger, dazu viele „Fragmente“ von Ziegeln in den 1840er Jahren.⁸³

2. Viele Fragmente von Gefäßen,⁸⁴ Terra-sigillata-Scherben, eine Agraffe (?) in den 1840er Jahren;⁸⁵ ein Sigillata-Näpfchen, 3,5 Zentimeter hoch,⁸⁶ durch Kriegseinwirkung verloren gegangen,⁸⁷ ohne Angabe der Fundzeit.

3. Eine Handmühle,⁸⁸ vielleicht identisch mit dem Bruchstück eines Mühlsteins aus Basaltlava von 1846,⁸⁹ über den es in Inv. AV 67

⁷⁶ Auf der Flurkarte hier mit Kreuz gekennzeichnet, außer 1449, s. u.

⁷⁷ Paret (wie Anm. 15), S. 291f.

⁷⁸ Ebd.

⁷⁹ Paret (wie Anm. 23), S. 112f, 128, 201.

⁸⁰ Erstere und Signal Riederfeld bei Paret (wie Anm. 15) in Klammern.

⁸¹ Flurkarte: Oberes Quadrat, in Klammern.

⁸² Paret (wie Anm. 15), S. 112f, 128, 201.

⁸³ Fragen für die Oberamtsbeschreibung (wie Anm. 55), Ziffer 12, S. 15ff; OAB Marbach, S. 110, 177; Paret (wie Anm. 23), S. 112f, 128, 201; ders. (wie Anm. 15).

⁸⁴ OAB Marbach, S. 110, 177; Paret (wie Anm. 23).

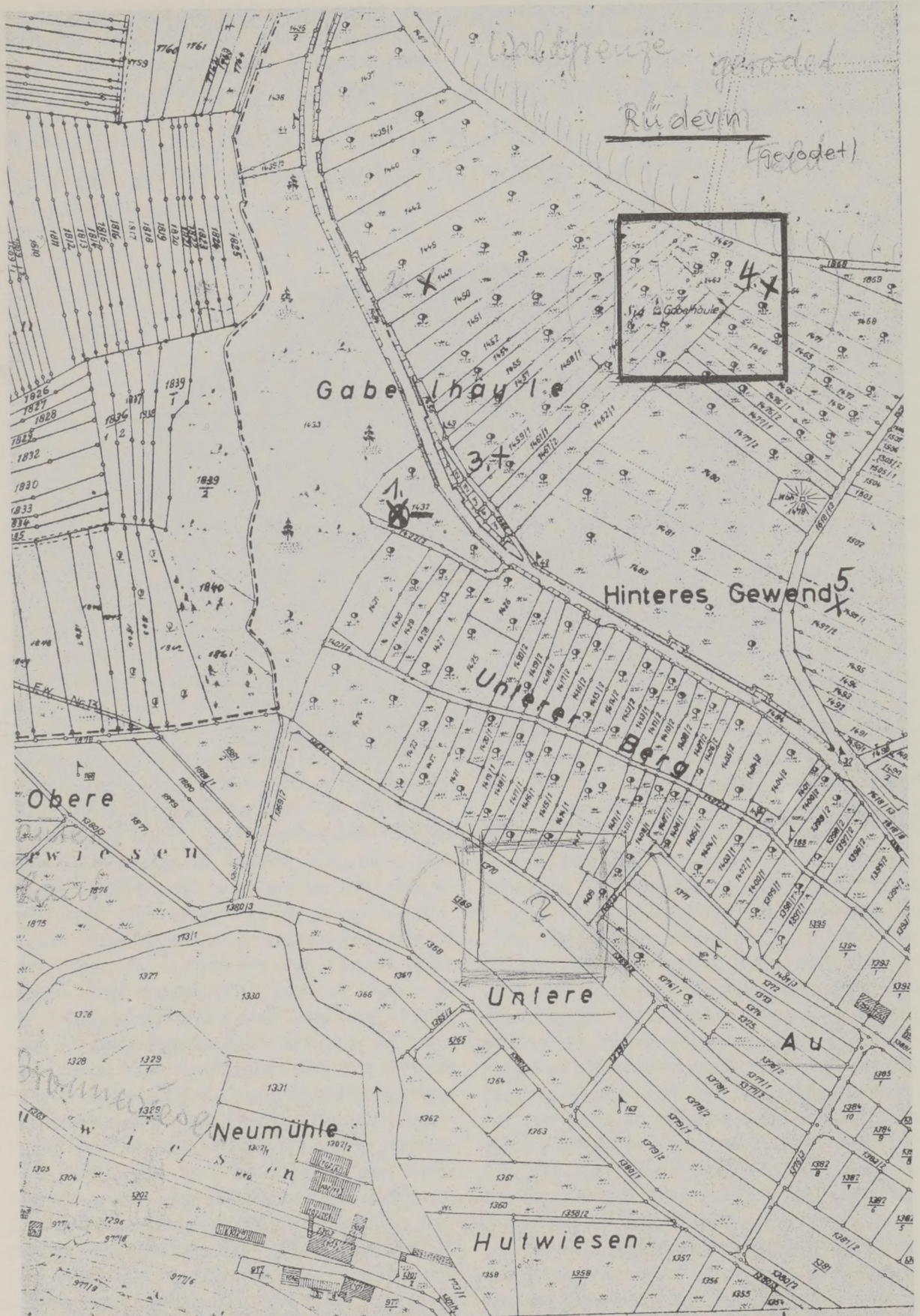
⁸⁵ Fundakten (wie Anm. 66).

⁸⁶ Paret (wie Anm. 23), S. 112, Abb. 26, Fig. 2.

⁸⁷ Briefliche Mitteilung von Philipp Filtzinger, Württ. Landesmuseum Stuttgart, vom 20. Mai 1969.

⁸⁸ OAB Marbach, S. 110, 177

⁸⁹ Paret (wie Anm. 23).



Riedern" Aber v. Jakob Kollinger vor 1866 Ohne Gewähr für den neusten Stand NO 412
 Die römische villa auf Flur Riedern, Markung Burgstall.

heißt: „Ein Stück Basaltuff (wahrscheinlich von Andernach) von einem römischen Mühlstein abgeschlagen. Auf einem Acker bei Burgstall 1846 (oder 1826?) von Pfarrer Hugel (?) durch Professor Plieninger mitgeteilt.“⁹⁰

4. Kleines Reliefbild der Minerva, 1845 von dem Ackerbesitzer Jakob Bollinger gefunden (siehe unten bei Steinbildwerke).

5. Münze (?) des Kaisers Geta, 1840er Jahre.⁹¹



Reste eines Gefäßes aus Flur Birkenwald, Markung Erbstetten.

⁹⁰ Wie Anm. 87.

⁹¹ Fundakten (wie Anm. 66).

Die Abgeordneten des Oberamtsbezirks Backnang in der Nationalversammlung zu Frankfurt und auf dem württembergischen Landtag 1848/49

Von Karl Wieland † (1925)

Vorwort

Im 1988 veröffentlichten Band 6 der Schriftenreihe des Heimat- und Kunstvereins Backnang erschien der erste Teil von Karl Wielands (1902 bis 1983) Doktorarbeit über die Revolution von 1848/49 im Oberamt Backnang. Alles, was wir 1988 im Vorwort zu Wielands Dissertation gesagt haben, gilt auch heute noch: Obwohl die Arbeit Wielands mittlerweile 65 Jahre alt ist, ist sie wegen ihrer Solidität und Faktenfülle nicht überholt. Das Backnanger Jahrbuch, das die Tradition der Schriftenreihe des Heimat- und Kunstvereins Backnang übernommen hat, hat deshalb allen Anlaß, den zweiten Teil von Wielands Arbeit – wie 1988 angekündigt – abzdrukken.

Der zweite Teil von Wielands Dissertation bringt einen anderen Themenkreis ins Blickfeld als der erste. Während im ersten die Ereignisse in Backnang und in der unmittelbaren Umgebung im Vordergrund standen, handelt es sich diesmal nicht im selben engen Sinn um Heimatgeschichte. Diesmal geht es um die parlamentarischen Aktivitäten der Abgeordneten Nägele und Schmückle in Frankfurt und Stuttgart. Aber gerade diese erweiterte Perspektive ist es, wodurch Lokalgeschichte erst sinnvoll wird. Würde man nur die Ereignisse in Backnang und Umgebung betrachten, dann wäre man rasch auf dem Niveau einer von den Zusammenhängen losgelösten Kuriositäten-Geschichtsschreibung angelangt. Erst die Tätigkeit Nägeles und in geringem Maße auch die Schmückles in den Parlamenten zeigen, daß die Backnanger und Murrhardter Bürger von 1848/49 – soweit sie ein politisches Bewußtsein hatten – durchaus einen Horizont besaßen, der über den Gesichtskreis der heimischen Kirchtürme hinausging und ganz Deutschland und Europa umfaßte.

Selbstverständlich gilt auch für den zweiten Teil von Wielands Untersuchungen dasselbe

wie für den ersten Teil: Wielands Urteile und Wertungen sind zeitbedingt. Sie sind in manchen Fällen heute so nicht mehr haltbar, wie sie Wieland 1925 formuliert hatte. Es wird bei der Lektüre des zweiten Teils auffallen, daß Wieland die Person des demokratischen, zur politischen Linken zählenden Paulskirchenabgeordneten Ferdinand Nägele aus Murrhardt letztlich erstaunlich ausgewogen und insgesamt positiv beurteilte. Dieses Urteil gilt es hoch einzuschätzen, da Wieland – wie wir 1988 ausgeführt hatten – eine von Nägele in grundlegenden Dingen abweichende politische Meinung hatte.

Um dem heutigen Leser überall dort weiterzuhelfen, wo die jüngere Forschung gegenüber dem Kenntnisstand von 1925 neue Fakten hervorgebracht hat und wo die zum Teil komplexen Sachverhalte von 1848/49 heute nicht mehr ohne weiteres verständlich sind, haben wir dem Text Wielands Ergänzungen und Nachträge nachgestellt. Ansonsten ist der Wortlaut Wielands vollständig belassen worden. Die formalen Kriterien zur Herausgabe des Wielandschen Textes sind im wesentlichen dieselben wie 1988: Wir haben offenkundige Schreibfehler stillschweigend korrigiert, haben statt dem „ss“ des Originalskriptes überall wo nötig „ß“ gesetzt, die häufigen Abkürzungen Wielands vor allem im Anmerkungsteil weitgehend aufgelöst und einige weitere minimale orthographische Korrekturen vorgenommen. Die Anmerkungen haben wir von Teil I an gerechnet fortlaufend fortgeführt, deshalb beginnen sie mit Nummer 244. Um das Werk übersichtlicher zu gestalten, haben wir Zwischenüberschriften nach dem Dezimalsystem eingeführt, bei denen wir zum größten Teil auf Gliederungsvorschläge Wielands zurückgreifen konnten. Für alle weiteren Erläuterungen verweisen wir auf unser Vorwort aus dem Jahre 1988.

Murrhardt, im Dezember 1990 Gerhard Fritz

1. Kapitel

Ferdinand Nägele, der Abgeordnete von Backnang–Weinsberg (VII. Wahlbezirk des Neckarkreises) in der Paulskirche

1.1 Seine politische Tätigkeit bis zum Eintritt in die Nationalversammlung

1.1.1 Vor 1848

Nachdem im bisherigen Verlauf der Arbeit die Geschehnisse während der Revolution von 1848/49 in Stadt und Bezirk behandelt wurden, soll in diesem und dem folgenden Kapitel das Wirken der Abgeordneten des Oberamts Backnang in den Revolutionsjahren näher untersucht und gewürdigt werden. Nägele besonders ist es, der als Abgesandter zum Frankfurter Parlament, aber auch als Vertreter des Bezirks Weinsberg in der Ständeversammlung interessiert. Jedoch nicht nur seine parlamentarische Tätigkeit soll hier erörtert werden; wesentliche Beachtung verdient auch sein politisches Werden und Wirken vor der Revolution.

Schon von früher Jugend auf nahm Ferdinand Nägele, oft angeregt durch seinen Vater, lebhaften Anteil am öffentlichen Leben. Geboren zu Murrhardt am 24. Mai 1808 als Sohn eines einfachen Schlossermeisters, besuchte er die Lateinschule seiner Vaterstadt und erwies sich dort als ein äußerst begabter und eifriger Schüler.²⁴⁴ Da er ein hagerer und hochaufgeschossener Junge war, sollte er Lehrer oder „Schreiber“²⁴⁵ werden, widersetzte sich aber aus Liebe zum Handwerk diesem Ansinnen seiner Eltern ganz energisch und trat nach der Konfirmation bei seinem Vater in die Lehre ein, die ihm jedoch in Anbetracht seiner schwachen Gesundheit anfangs sehr zu schaffen machte und bei schwerer kör-

perlicher Arbeit oftmals Fieberanfälle und Phantasieren hervorrief. Trotz alledem hielt jedoch der junge Schlosser bei seinem Handwerk aus.

Das Ende der Napoleonischen Kriege, der Freiheitskampf der Griechen und die Julirevolution in Paris sowie die belgische und die polnische Revolution steigerten das Interesse des jungen Mannes aufs äußerste und erregten, wie er sagte, seinen Freiheitssinn.²⁴⁶ Schon als Schüler lauschte er den Diskussionen der Älteren über die politischen Ereignisse unter der absoluten Regierung König Friedrichs, die in seinem väterlichen Hause abgehalten wurden. Nägeles Vater war vor allem am griechischen Freiheitskampf stark interessiert, desgleichen an den Kämpfen in der württembergischen Ständeversammlung, und er sowie seine Freunde hielten Männer, die um ihrer Freisinnigkeit willen verfolgt wurden, wie zum Beispiel List und Dr. Kessler,²⁴⁷ hoch in Ehren.²⁴⁸ Geschehnisse wie die oben erwähnten des Jahres 1830 und 1831 veranlaßten einen Mann vom Schlage Ferdinand Nägeles, seine Sympathie für die Empörer offen zum Ausdruck zu bringen, was ihm den Haß aller Reaktionäre zuzog. Da politische Vereine in jener Zeit verboten waren, bekundete die Murrhardter Jugend ihre politischen Ansichten in dem heute noch bestehenden Gesangverein „Liederkranz“, der im Jahre 1829 auf Anregung Nägeles gegründet wurde und sogleich einen starken politischen Einschlag erhielt, was natürlich zur Folge hatte, daß die Behörden ein wachsendes Auge auf ihn hatten.

Der Durchzug polnischer Flüchtlinge, die damals auf dem Weg nach Frankreich und der Schweiz Württemberg durchquerten, steigerte

²⁴⁴ Nägele S. 11.

²⁴⁵ Die damalige Bezeichnung für alle Gerichts- und Verwaltungsbeamten, auch in den höheren Stellen.

²⁴⁶ Nägele S. 14.

²⁴⁷ Dr. Heinrich Kessler, Gutsbesitzer in Stuttgart (1783 bis 1848).

²⁴⁸ Nägele S. 16.

die politische Erregung, und die Murrhardter schufen in ihrem Eifer eine Polenlotterie, deren Ertrag zusammen mit sympathischen Begleitschreiben für die Polen nach Stuttgart eingesandt wurde.²⁴⁹ Dadurch daß Ferdinand Nägele oftmals solche Begleitschreiben verfaßte, die dann im „Hochwächter“ veröffentlicht wurden, kam er in Beziehung zu diesem Blatt. Das Volksblatt „Der Hochwächter“, der Vorläufer des „Beobachter“, wurde im Dezember 1830 von Dr. Rudolf Lohbauer gegründet und war das Sprachrohr der Freisinnigen in Württemberg. Mancher Artikel Nägeles für diese Zeitung wurde von der Zensur ganz oder teilweise gestrichen. Da Lohbauer in die Schweiz fliehen mußte, ging sein Blatt ein, nachdem er noch zuvor seine ganze Sammlung unzensuriert in einem Heft als „zensurfreier Hochwächter“ zusammengefaßt seinen Freunden, unter anderem auch Nägele, zustellen ließ, welcher letzterer sich davon überzeugen konnte, *wieweit es mit der Geistesknechtschaft gekommen war*.²⁵⁰ Die einzelnen Beiträge Nägeles zum „Hochwächter“ lassen sich nicht mit Sicherheit feststellen. Einwandfrei erwiesen ist Nägeles Verfasserschaft nur in seinem achtstrophigen Gedicht, betitelt „Das Lied der Teutschen“, das im „Hochwächter ohne Zensur“²⁵¹ enthalten ist.

Bei den Ständewahlen im Jahre 1831 setzte sich Nägele in Wort und Schrift für Dr. Kessler ein, für einen Mann, der auf früheren Landtagen seine freiheitliche Gesinnung erwiesen hatte.²⁵² Der Sieg des „Regierungsmanns“ Lederer in der Landtagswahl von 1833²⁵³ bewirkte bei Nägele die Abfassung eines Gedichts, betitelt „Noch ist Murrhardt nicht verloren“,²⁵⁴ und als dieser Landtag noch im selben Jahr ein frühes Ende fand, widmete ihm Nägele einen *Nachruf an die Männer des Volks aus der Kammer der Abgeordneten*.²⁵⁵

Die strenge Zensur, der die Presse der 30er Jahre unterworfen war, brachte Nägele und einige seiner Freunde auf den Gedanken, eine geschriebene Zeitung herauszugeben, um so die Zensur, der alle Druckschriften unterworfen waren, zu umgehen. So erschien dann um 1833 etwa drei Monate lang in Murrhardt das geschriebene Wochenblatt „Tubus“ mit dem Motto „Dichtung und Wahrheit“, das in etwa 20 bis 30 Exemplaren verbreitet wurde. Der Inhalt bestand, wie Nägele selbst schreibt, in schlechten und guten Witzen, in kurzen politischen Nachrichten und Leitartikeln. Diesem Treiben machte aber Oberamtmann Schmid in Backnang bald ein Ende, indem er Nägele unter Strafandrohung ermahnte, solche *staats- und polizeiwidrigen Handlungen* in Zukunft zu unterlassen, was auch geschah.²⁵⁶ Zu dieser Zeitungsgründung bemerkte Nägele später, die ganze Geschichte sei nur ein schlechter Witz gewesen, um die Reaktionen zu ärgern, und dieser Zweck sei auch erreicht worden.²⁵⁷

Mit dem Jahre 1841 beginnt für Ferdinand Nägele ein neuer Abschnitt seiner politischen Tätigkeit. In diesem Jahre nämlich trat er als Stiftungspfleger in den Dienst seiner Vaterstadt,²⁵⁸ und schon im Jahre 1844 wurde er auch in den Stadtrat gewählt,²⁵⁹ trat aber schon im nächsten Jahre als Gegner der Lebenslänglichkeit der Gemeinderäte wieder von seinem Posten zurück. Im Jahre 1847 jedoch sandten ihn seine Mitbürger erneut in den Stadtrat, und dies geschah fortan bei jeder folgenden Neuwahl bis zu seinem Tode.

Nägeles schriftstellerische Tätigkeit zu Beginn der 40er Jahre bezog sich hauptsächlich auf gewerbliche Fragen, auf Gewerbefreiheit, auf Fach- und Volksbildung. Höchst bemerkenswert ist ein im „Beobachter“ veröffentlichter Aufsatz, betitelt *Über den gegenwärtigen Zustand der*

²⁴⁹ Nägele S. 18; an der Spitze des Polencomités in Stuttgart stand der nachmalige Abgeordnete zur Frankfurter Nationalversammlung, Obertribunalprokurator Dr. Albert Schott (1783 bis 1861), der auch einen Griechenverein gegründet hatte. Schnurre S. 5 und W. Jbb. I, S. 23 und 90.

²⁵⁰ Nägele S. 19.

²⁵¹ Zensurfreier Hochwächter Verlag K. H. Katz, Pforzheim 1932, vgl. Nägele S. 1.

²⁵² Nägele S. 19.

²⁵³ Es handelt sich um den sog. vergeblichen Landtag.

²⁵⁴ Nägele S. 20.

²⁵⁵ Das im Dez. 1833 verfaßte Gedicht wendet Melodie und Strophenform von „Heil unserm König, Heil“ auf die Volksvertretung an. Folgende Strophe findet sich darin: Heil auch, daß deutscher Sinn, der schon erloschen schien, wieder erwacht: Daß wieder deutsches Wort tönte am rechten Ort. Drang durch des Thrones Port zur Fürstenmacht. Nägele S. 26.

²⁵⁶ Vgl. hier auch Schnurre S. 4 und Schmidt-Buhl S. 57.

²⁵⁷ Nägele S. 20.

²⁵⁸ Nägeles Aufzeichnungen (Beob. 4. I. 1880); die Erinnerungsschrift nennt – wohl irrtümlich – das Jahr 1848; vgl. Nägele S. 30.

²⁵⁹ Dem Bürgerausschuß gehörte er schon seit 1835 an.

*Handwerker.*²⁶⁰ Zu der Frage *Zunftzwang oder Gewerbefreiheit* gab Nägele im Jahre 1846 auf die Bitte des Oberamts sein Gutachten ab,²⁶¹ das dann der Regierung übermittlelt wurde. Er sprach sich ganz entschieden für Einführung der Gewerbefreiheit aus sowie für die sogenannte Meisterprüfung, aber *ohne Einwirkung und Einfluß des Polizeiregiments.*²⁶² In seinen „Aufzeichnungen“²⁶³ sagt er zu diesem Gutachten noch folgendes:

Man hätte sich für Abschaffung des Zunftzwangs erklären müssen, auch wenn man die heutigen traurigen Verhältnisse hätte voraussehen können; denn das Zunftwesen war zu einer leeren bürokratischen Form herabgesunken, der Handel mit allen möglichen Gewerbezweigen war längst freigegeben, das Fabrik- und Maschinenwesen hatte sich längst Bahn gebrochen, und nur das Handwerk unter sich war gebunden, aber nicht geschützt gegen die schlimme Konkurrenz. Mich hatte jedesmal die Zunftverhandlung unter dem Vorsitz eines Oberamtsaktuars angewidert. Mein Gutachten soll übrigens unter vielen das einzige in dieser Richtung gewesen sein. Der Fehler bei der späteren Aufhebung des Zunftwesens war nur der, daß man es mit dem Lehrlingswesen zu leicht nahm und daß die Handwerker aus Mangel an Gemeinsinn nicht von dem Rechte freiwilliger Innungen Gebrauch machten.

In ähnlicher Weise hatte sich Nägele auch im Jahre 1847 geäußert.²⁶⁴ Damals sagte er: *Die Industrie sei nach innen frei, nach außen aber geschützt; sie werde getragen von dem Geist des Nationalsinns.*

Noch weitere Arbeiten Nägeles aus jener Zeit²⁶⁵ beschäftigen sich mit der Revision des Volksschulgesetzes, der Preßfreiheit, der Lebenslänglichkeit der Gemeinderäte, dem Gerichtswesen, der Auswanderung, dem Wildschaden. Daneben befürwortet er wiederholt die Unterstützung des schwer darnieder liegen-

den Gewerbes und bespricht die in damaliger Zeit überall eingeführten Suppenanstalten.

Das materielle Wohl seiner Mitmenschen lag dem arbeitsfreudigen Manne stets am Herzen: ihm war es gleichbedeutend mit Geistes- und Gewissensfreiheit.^{265a}

Neben seiner beruflichen, amtlichen und schriftstellerischen Tätigkeit scheute Nägele die Mühe nicht, jeden der ein Anliegen hatte, mit Rat und Tat zu unterstützen.²⁶⁶ Diese seine vielseitige Tätigkeit verfehlt denn auch ihre Wirkung nicht; immer weitere Bevölkerungsschichten wurden mit Ferdinand Nägele bekannt, immer mehr befreundete er sich mit den Vorkämpfern des württembergischen Liberalismus, nachdem er schon anfangs der 30er Jahre die Bekanntschaft von Römer, Murschel, Rödinger und Tafel, den Führern der württembergischen Kammeropposition gemacht hatte.²⁶⁷ Ein Beispiel, wie Nägele überall geachtet war, bieten die „Erinnerungen an Ferdinand Nägele“, verfaßt von Apotheker Riecker, Backnang.²⁶⁸ Dieser erzählt folgendes von der im Winter 1847 stattgefundenen Ehrung Friedrich Römers, dem von den Freisinnigen des Landes ein silberner Lorbeerkrantz überreicht wurde:

Nebst Nägele, dem Apotheker Horn und drei andern wurde auch ich in die Deputation von hier (Backnang) und Murrhardt von den damals noch vereinigten liberalen Parteien gewählt, welche zu dem Fest im Bürgermuseum (in Stuttgart) gesendet und dort freundlich und freudig aufgenommen und begrüßt wurden. Der junge Karl Mayer hielt die Festrede. Toaste wechselten mit Gesang und herrlichen Reden, worunter die von Paul Pfizer, Robert Mohl und Gustav Rau die denkwürdigsten waren. Nägele und ich wurden von Römer selbst über den Markt hinüber nach dem „Römischen König“, unsrem Quartier, begleitet, wobei sich mir die Äußerungen Römers über das stehende Heer als „einer Pflanzschule moralischer Verderbnis und des Müßig-

²⁶⁰ Beobachter 1845 Nr. 329 bis 332.

²⁶¹ Beobachter 4. 1. 1880.

²⁶² MB 14. 4. 48.

²⁶³ Aufzeichnungen vom 12. 1. 79, *Nägele* S. 31.

²⁶⁴ Beobachter 1847, Nr. 96, 97, 118 und 122.

²⁶⁵ Aufsätze Nägeles, veröffentlicht im Beobachter 1847.

^{265a} So sagt er auf der oben erwähnten Wahlversammlung (s. S. 17 MB 21. 4. 48): *Die Freiheit des Geistes und Gewissens halte ich für ein göttliches, unveräußerliches Recht, glaube aber, daß diese Freiheit nur dann recht gedeihen könne, wenn zugleich die materiellen Interessen gehörig gepflegt und gesichert werden. Arbeit mit Freisinn und Lohn für die Arbeit, das halte ich für die sicherste Stütze einer ordnungsmäßigen Freiheit.*

²⁶⁶ *Nägele* S. 30.

²⁶⁷ Beobachter 4. 1. 80.

²⁶⁸ Beobachter 1879.

gangs“ so unvergeßlich einprägte, daß sie mir in der Neuzeit des Stechschritts noch manchmal in wehmütige Erinnerung kommt. Bei dieser Gelegenheit lernte ich den einfachen Schlosser Nägele von Murrhardt kennen und schätzen, und wir schlossen Freundschaft fürs ganze Leben . . .

1.1.2 Nägeles Wahl­tätigkeit außerhalb des Bezirks Backnang und seine Pressetätigkeit (Frühjahr 1848)

Über das Wirken Ferdinand Nägeles im Backnanger Oberamt nach den Märztagen des Jahres 1848 ist im Zusammenhang mit den Wahlen in einem der vorhergehenden Kapitel schon berichtet worden, ehe nun aber auf seine Tätigkeit in der Nationalversammlung näher eingegangen wird, seien hier noch einige Worte über meine auswärtigen Kandidatenfahrten beziehungsweise über die Kritik seiner Person auf denselben verloren.

Besigheimer Bürger unter Führung von Dr. Hettich, so heißt es im „Beobachter“, wünschten lieber *eine volkstümliche Vertretung* des Bezirks Besigheim–Brackenheim–Maulbronn–Vaihingen in Frankfurt durch Nägele als durch den *Gelehrten und Juristen* Regierungsrat Schoder-Stuttgart,²⁶⁹ *den Kandidaten der gemäßigten oder Regierungspartei*. Sie wollten *einen schlichten, verständigen, willens- und charakterfesten Mann, der aus seinen schriftstellerischen und sonstigen volkstümlichen Leistungen hinreichend bekannt ist.*²⁷⁰ Deshalb sind ihrer vier geraden Wegs nach Murrhardt gewandert und brachten den schlichten Mann zur Stelle. *Bei der Ankunft in Besigheim war kaum so viel Zeit, um notdürftig eine Erfrischung zu nehmen, und der die Nacht durchgefahrene Schlossermeister mußte rasch auf den bereitstehenden Leiterwagen aufsitzen, um Brackenheim zuzufahren. Die Reden wurden von der Rathausaltane gehalten. Schoder hielt mit feuriger Stimme feurig und klangvoll eine glänzende Rede, die uns Besigheimer ziemlich bange machte. Nach Schoder trat dann aber unser einfacher schlichter Kandidat auf, dem die volksfreundliche Gesinnung aus*

dem Gesicht leuchtete. Festen Schrittes und starken Mutes schritt er, seinen Beil- und Hammerstock in der Hand, durch die Menge. Auch er entwickelte mit kräftiger markiger Stimme sein Programm. . . . Die Menge der Zuhörer hatte eine solche Rede von einem Schlosser dahinten aus dem Wald auch nicht erwartet, und die Stimmung wurde für Nägele günstiger als wir gehofft hatten. Es wurden noch mehrere Ansprachen für und gegen gehalten, und unter anderen ist auch unser Dr. Hettich für Nägele aufgetreten. Nägele ging aber nach Weinsberg, und da dort die Aussichten für ihn noch günstiger waren, so verzichtete er bescheiden dankend zu Gunsten Schoders auf die Besigheim–Brackheimer Kandidatur. Auch später wurde Nägele noch einmal für unsere Landtagsabgeordnetenstelle empfohlen, weil wir von seiner wahren Volksfreisinnigkeit und seiner gediegenen Ehrlichkeit überzeugt waren.²⁷¹

Die Mehrzahl der Wähler scheint sich jedoch schon von vornherein für Schoder festgelegt zu haben,²⁷² was vielleicht auch ein Grund für Nägeles Abneigung und Verzicht auf diese Kandidatur gewesen sein mag. Die Leute haben wohl die Wahlparole des Bürgervereins Besigheim: *Wir wollen keinen Staatsdiener, sondern einen Mann des Volkes* nicht besonders ernst genommen und haben der sonderbaren Behauptung, ein Staatsbeamter könne kein Volksabgeordneter sein,²⁷³ nicht allzu sehr Gehör geschenkt, sondern waren – entgegen den Besigheimern – der Ansicht, daß *ein Nägele nach Frankfurt denn doch zu kurz sei.*²⁷⁴

Über Nägeles Auftreten auf der schon oben erwähnten Weinsberger Versammlung vom 24. April sagt das „Heilbronner Tagblatt“ unter anderem:

*. . . Seine Gestalt und seine Gesichtszüge sind, trotz seiner harten Beschäftigung von Jugend auf, geistreich und zart und mahnen an die des in Weinsberg wohl bekannt gewesenen, für unsere jetzige Zeit zu früh verstorbenen ritterlichen Sängers, des Grafen Alexander von Württemberg. Ein hoher Ernst war über seine Gesichtszüge verbreitet, und was er sprach, war treffend und klar und erntete den Beifall aller Verständigen in hohem Maße . . .*²⁷⁵

²⁶⁹ Der übrigens nachher gewählt wurde.

²⁷⁰ MB 21. 4. 48 und HT 19. 4. 48, S. 508.

²⁷¹ Beobachter 1879 Nr. 290 (Erinnerungen Karl Seegers an Nägele).

²⁷² Berichte aus Brackenheim, Lauffen und Bönningheim (HT 23. 4. 48, S. 525 und 526, HT 2. 5. 48, S. 556, zeigen diesdeutlich.

²⁷³ Aufruf des Besigheimer Bürgervereins (HT 23. 4. 48, S. 526).

²⁷⁴ HT 27. 4., S. 540.

Es sei an dieser Stelle noch das Wichtigste aus Nägeles Pressetätigkeit vor den Wahlen des Frühjahrs 1848 kurz hervorgehoben.

Beachtenswert ist ein Aufsatz Nägeles, der sich mit den Folgen der Märzereignisse für den Gewerbestand befaßt.²⁷⁶ Der Verfasser kommt hier zu dem Schluß, daß die seitherige württembergische Regierung viel zu wenig für die Industrie getan habe und daß der politische Umschwung für den Gewerbestand nur von Vorteil sein könne, da jetzt Männer die Zügel der Regierung in der Hand hätten, von denen man hoffen könne, daß sie durch gerechte Besteuerung und Vereinfachung des Staatshaushalts Gewerbe und Landwirtschaft heben werden. Die Handelspolitik des unter preußischer Führung stehenden Zollvereins lehnt Nägele ganz entschieden ab, vor allem deshalb, weil Preußen der Konkurrenz des Auslands Vorschub leiste. Er begrüßt aber den ins Auge gefaßten Eintritt Österreichs und Hannovers in den Zollverein. Österreich vor allem gilt seine Sympathie, da sich dieser Staat für den Schutz unserer Industrie gegenüber der ausländischen Konkurrenz einsetzen werde. Nicht unwichtig sind Nägeles Vorschläge betreffend die Belebung und Unterstützung des Gewerbes. Er fordert eine Zentralbehörde für Handel und Industrie, Gewerbeschulen und Einführung von praktischem Unterricht in den Volksschulen, weiterhin Kreditanstalten für den Handwerkerstand und Abänderung des Gewerbegesetzes.

Die alte Polenfreundlichkeit Nägeles tritt auch im ersten Teil dieses Aufsatzes wieder deutlich hervor, und zwar im Zusammenhang mit der Frage eines eventuellen Krieges und seinen Folgen für Handel und Gewerbe. Nägele vertritt mit Nachdruck ein freies, selbständiges Polen, dessen Gründung jetzt, nachdem *der europäische Ländermäkler Metternich* das Hasenpanier ergriffen habe und auch in Preußen ein Stimmungsumschwung eingetreten sei, erhofft werden könne und dessen Bestand *im höchsten Interesse eines einigen konstitutionellen Deutschlands* liege, da ein starkes und befreites Polen das Eindringen der russischen Knute in Deutsch-

land aufhalte. Sollte Rußland dem Plan eines freien Polen nicht zustimmen, so müßte Deutschland gemeinsam mit Frankreich unverzüglich den Krieg gegen das Zarenreich beginnen. Ein solcher Krieg, meint Nägele weiter, würde zwar die Krisis in Handel und Gewerbe noch weiter vermehren, zugleich aber auch ein Mittel sein, die Einheit und Einigkeit der deutschen Staaten am sichersten zu bewerkstelligen.

Heute denken wir ja bekanntlich über die Republik Polen wesentlich anders als die Linke der 40er Jahre des vergangenen Jahrhunderts. Nägele würde zweifellos für die heutige Republik Polen, die an Deutschenhaß das Menschenmögliche leistet, keine Lanze mehr brechen.

1.2 Nägele in der Frankfurter Nationalversammlung

1.2.1 Einleitende Verhandlungen

Unter den mannigfachsten Gefühlen trat am 10. Mai 1848 der Erwählte des Backnang-Weinsberger Bezirks, *der schwächliche Mann in den Dreißigern*,²⁷⁷ mit dem freien edlen Kopf,²⁷⁸ seine Reise zur deutschen Reichsversammlung nach Frankfurt an.²⁷⁹ Mit Wehmut schied er von der Heimat, im Innern sich fragend, ob er auch fähig wäre, die Erwartungen, die 6 000 Bürger auf ihn setzten, zu erfüllen. Über Heilbronn ging es zusammen mit dem Heilbronner Hentges, dem Ulmer Haßler und dem Regierungsrat Schoder der alten Mainstadt zu, die noch am 11. Mai erreicht wurde. Übereinstimmend sprachen die drei Schwaben die Besorgnis aus über das ungewisse Schicksal, das ihrer und des Vaterlandes wartete, zugleich waren sie aber auch voller Entschlossenheit, ihrem Beruf Gut und Blut zu opfern.²⁸⁰

Die wenigen Tage bis zur Eröffnung des Parlaments brachten Nägele die Bekanntschaft von Männern wie Soiron, Buhl, Wächter, Dr. Schott, Fetzer, Frisch, Vischer, Hans von Raumer-Dinkelsbühl und andern mehr,²⁸¹ mit denen er abends gemütlich zusammensaß und als Mann *im schlichten Arbeitskleid und mit volkstümli-*

²⁷⁵ HT 27. 4., S. 540.

²⁷⁶ *Was haben unsere Gewerbe von der neuesten politischen Umwälzung zu hoffen?* MB 31. 3. und 4. 4. 48.

²⁷⁷ In Wirklichkeit war Nägele 40 Jahre alt.

²⁷⁸ So bezeichnet ihn Fallati in seinem Tagebuch unterm 22. 4. 48; vgl. *Nägele* S. 33.

²⁷⁹ Frankf. Tagebuch, *Nägele* S. 40.

²⁸⁰ Ebd. 11. 5. 48, *Nägele* S. 42.

²⁸¹ Ebd. 11., 13. 5. 48, *Nägele* S. 22 bis 44.

chen Manieren das Vertrauen der Frankfurter erwarb, so daß er sich zusammen mit Hentges, Haßler und von Raumer vornahm, *die verschiedenen Bierkneipen öfters zu besuchen*²⁸² und sich unter die Proletarier zu mischen, was übrigens auch ausgeführt wurde.²⁸³ Auch den Besuch des *Montagskränzchens* eines politischen Klubs Frankfurter *Bercher* versäumte Nägele nicht.²⁸⁴

Immer größer wurde die Zahl der Abgeordneten aus allen Teilen Deutschlands, und Nägele sagt von ihnen, daß sie meist dem konstitutionellen Prinzip zu huldigen schienen. *Sie wissen ihre Ansichten mit größerer Geläufigkeit der Rede als dies bei uns Schwaben und Bayern der Fall ist, aber auch mit vieler überflüssigen Geschwätzigkeit und Wiederholung geltend zu machen.*²⁸⁵

Die am 18. Mai in der Paulskirche zusammengetretene Nationalversammlung wies ein buntes Bild auf. Vielfach waren Männer gewählt worden, die in ihrem Heimatstaat zur Kammeropposition gehörten, dort für Verfassung und Freiheit eingetreten waren und oft Strafe und Verfolgung erduldet hatten, die ein Herz für das Volk zu haben schienen und deren Namen einen guten Klang hatten. Professoren, Lehrer, Juristen und Verwaltungsbeamte waren vertreten, daneben aber auch Leute aus allen Berufen, aus dem Handwerkerstand aber kam nur ein Mann und das war Ferdinand Nägele, der in Frankfurt der Linken im engeren Sinn angehörte. Im Vergleich mit andern deutschen Staaten hatte Württemberg sehr viele Demokraten in die Paulskirche gesandt.

Interessant ist das Urteil Ferdinand Nägeles über die Nationalversammlung nach der ersten Sitzung. Schon gleich nachdem der Alterspräsident Dr. Lang-Werden die Versammlung für konstituiert erklärt hatte, bemerkt Nägele in seinem Tagebuch:²⁸⁶ *Von jetzt an aber nehmen die Verhandlungen einen höchst unerquicklichen Verlauf*. Abstoßend auf ihn wirkten die Debatten über die provisorische Geschäftsordnung und über leere Formfragen. *Eine Rede schlägt*

die andere, so äußert er sich unmutig, man verlangt Abstimmung, Rufe nach Ordnung werden laut, der Präsident kann sich nicht durchsetzen, und seine zur Abstimmung vorgelegten Fragen werden teilweise unrichtig gegeben, worauf sich neuer Tumult erhebt.

Schon an diesem ersten Sitzungstage ist Nägele voller Niedergeschlagenheit und Kleinmut, und in dieser Stimmung ruft er aus: *O deutsche Einheit, wie kannst du aus dieser Versammlung hervorgehen, aus einer Versammlung, welche nach der Mehrzahl unmöglich das Heilige und Feierliche des ersten Augenblicks ihres Beisammenseins erfaßt haben kann, wenn sie imstande ist, über leere Worte und Formen stundenlang zu streiten.*²⁸⁷

Das Hauptziel der meisten schwäbischen Abgeordneten war nun nicht in erster Linie die Einheit des deutschen Vaterlandes, sondern die Freiheit des einzelnen. Auch im Programm der Linken, der ja ein gut Teil der schwäbischen Abgeordneten angehörte, stand im Vordergrund Volkssouveränität und demokratische Freiheit, dann erst folgte die Einheit des Vaterlandes. Die beiden wichtigsten Ausschüsse in der Nationalversammlung, der gemäßigte Verfassungsausschuß²⁸⁸ und der mehr freisinnige volkswirtschaftliche Ausschuß²⁸⁹ waren ebenfalls der Ansicht, daß dem Bauern und dem Handwerker mehr an Freiheit und Besserung der sozialen Lage gelegen sei als an einem geeinten Deutschland. So ging man denn zuerst an die Beratung der deutschen Grundrechte, um nachher erst die Reichsverfassung zu entwerfen.

In der zweiten Sitzung am 19. Mai wurde Heinrich von Gagern mit 305 Stimmen zum provisorischen Präsidenten der Nationalversammlung gewählt.²⁹⁰ Nägele hatte ursprünglich beabsichtigt, dem Abgeordneten von Soiron seine Stimme zu geben, weniger seiner politischen Gesinnung wegen, sondern weil er in ihm einen energischen Mann sah, den die Paulskirche als Leiter notwendig hatte. Trotzdem stimmte Nägele zuletzt denn doch für Gagern, obwohl er

²⁸² Ebd. 15. 5. 48, Nägele S. 45.

²⁸³ Ebd. 21. 5. 48, Nägele S. 47/48.

²⁸⁴ Ebd. 16. 5. 48, Nägele S. 45.

²⁸⁵ Ebd. 15. 5. 48, Nägele S. 45.

²⁸⁶ Ebd. 19. 5. 48, Nägele S. 46.

²⁸⁷ Ebd. 19. 5. 48.

²⁸⁸ StB S. 88.

²⁸⁹ Ebd. S. 88/89.

²⁹⁰ S. 17.

gegen ihn als einen *großherzoglich hessischen Minister* einige Bedenken hatte, die auch durch Gagerns nachherige Äußerung, er würde als Minister zurücktreten, wäre die Wahl nicht eine provisorische, nicht ganz zerstreut wurden. *Hoffen wir*, so sagt Nägele nach der Wahl, *daß der Präsident nicht während des Präsidiums in Kollision kommt mit dem Minister.*²⁹¹ Die Tätigkeit Gagerns befriedigte übrigens Nägele nicht, denn er sagte nachher einmal in bezug auf seine Haltung in der Nationalversammlung: *Von allen meinen Abstimmungen würde ich nur zwei zurücknehmen, nämlich die Stimme, die ich bei der Reichsverweserwahl dem Heinrich von Gagern, und das Ja, das ich für die Übersiedlung der Nationalversammlung nach Stuttgart abgegeben habe.*²⁹²

Großen Unwillen erregte bei Nägele die Ablehnung des Raveaux'schen Antrags vom 19. Mai, der dann an eine zu wählende Kommission verwiesen wurde. Der Abgeordnete Raveaux-Köln hatte nämlich anlässlich der Einberufung einer preußischen konstituierenden Nationalversammlung den Antrag eingebracht, die Nationalversammlung solle neben sich keine andere konstituierende Versammlung anerkennen und jedes Parlamentsmitglied berechtigen, die Stelle eines Abgeordneten für das Parlament mit der für einen Landtag beizubehalten.²⁹³

In anderer Motivierung wurde dann freilich am 27. Mai ein Raveaux-Werner'scher Antrag, dahingehend, daß alle Bestimmungen einzelner deutschen Verfassungen, welche mit dem von der Nationalversammlung zu gründenden allgemeinen Verfassungswerk nicht übereinstimmen, nur nach Maßgabe des letzteren als gültig zu betrachten sind,²⁹⁴ von der Nationalversammlung mit einer an Stimmeneinheit grenzender Mehrheit angenommen. Dieses Ereignis gab Nägele Anlaß zu einer Freudenbotschaft an den „Murrthalboten“, in der er betont, die Nationalversammlung berufe sich aufs souveräne Volk, *das hinter ihr steht und nicht weichen wird.*²⁹⁵ Zum Schluß wird ein Seitenhieb geführt gegen

die kleine Minderheit, die meist aus *Stockpreußen* bestand.²⁹⁶ Interessant ist noch die Mitteilung Nägeles, daß alle Schwaben, *die meist zur Linken gehören, bis auf den Pietisten Hoffmann, der gemieden wird und meidet*, ein Band der Vertraulichkeit und Freundschaft umschließt.

Am 23. Mai hatten 32 Abgeordnete, darunter auch Nägele, den Antrag eingebracht, bei der Bundesversammlung anzufragen, wie es mit den Beratungen über ein gemeindeutsches Zollsystem stehe,²⁹⁷ und in derselben Sitzung wurde ein Antrag Sitz (Mainz), betreffend Beratung der Vorgänge in Mainz, auch in Nägeles Einverständnis abgelehnt,²⁹⁸ dagegen beschlossen, sofort einen Untersuchungsausschuß nach Mainz abzuschicken.

Zwischen dem 3. und 6. Juni ging der Nationalversammlung ein gemeinschaftlicher Antrag der Abgeordneten Bogen, Rheinwald, Pfahler und Nägele zu, der die Verhandlungen mit Dänemark und die Wahrung deutscher Interessen diesem Land gegenüber betraf.²⁹⁹

1.2.1.1 Provisorische Zentralgewalt

All diese Erörterungen waren nur Vorpostengefechte, in denen sich die einzelnen Abgeordneten langsam kennenlernten und nach Weltanschauung, Staatsgedanken und wohl auch nach persönlicher Neigung in den verschiedenen Gasthöfen von Frankfurt zusammenkamen. Ein Verfassungsausschuß, dem 30 Abgeordnete angehörten, beriet inzwischen über die Grundlagen der Reichsverfassung, über die Errichtung einer provisorischen Zentralgewalt. Diese provisorische Zentralgewalt kam dann sehr bald in der Nationalversammlung selbst zur Sprache, und am 26. Juni wurde der Antrag eingebracht: *Die Nationalversammlung beschließt vorbehaltlich des Einverständnisses mit den deutschen Regierungen: Bis zur definitiven Begründung einer Regierungsgewalt für Deutschland soll eine provisorische Zentralgewalt für alle gemeinsamen Angelegenheiten der deutschen Nation bestellt werden.*

²⁹¹ Frankf. Tagebuch 20. 5. 48.

²⁹² Nägele S. 60.

²⁹³ Sten. Ber. S. 35 bis 44.

²⁹⁴ Ebd. S. 155.

²⁹⁵ MB 2. 6. 48, S. 359/60.

²⁹⁶ Z. B. Graf Armin v. Vincke, Flottweil und Lichnowsky.

²⁹⁷ StB S. 50/51.

²⁹⁸ Frankf. Tagebuch 23. 5. 48.

²⁹⁹ StB S. 229.

Für diesen Antrag stimmten 31, dagegen aber 547 Abgeordnete, darunter auch Nägele mit allen andern Württembergern, sofern sie anwesend waren.³⁰⁰

Unter Streichung des Passus *vorbehaltlich des Einverständnisses mit den deutschen Regierungen* wird der Antrag angenommen, doch fällt in der weiteren Beratung der Punkt: *Die provisorische Zentralgewalt möge die Beschlüsse der Nationalversammlung verkünden und vollziehen* mit 281 gegen 277 Stimmen durch. Nägele hatte mit „ja“ gestimmt,³⁰¹ desgleichen auch in der Abstimmung über den Passus: *Über Krieg und Frieden und über Verträge mit auswärtigen Mächten beschließt die Zentralgewalt im Einverständnis mit der Nationalversammlung*. Dieser ging mit 408 gegen 143 Stimmen durch. Gegen die Vorlage hatten von den schwäbischen Abgeordneten nur Gförer, Hoffmann und Römer gestimmt.³⁰²

1.2.1.2 Reichsverweser

Der Antrag, die provisorische Zentralgewalt möge einem Präsidenten übertragen werden, fand die Zustimmung Nägeles; als dieser aber mit 171 gegen 355 Stimmen abgelehnt wurde,³⁰³ war Nägele auch für einen von der Nationalversammlung gewählten Reichsverweser zu haben. Hierfür entschied sich die Mehrheit der Versammlung, nämlich 403 Abgeordnete, während 135 die Minderheit bildeten.³⁰⁴ Den Ausdruck „Reichsverweser“ verwarf zwar Nägele und brachte dies auch in seinen Presseberichten³⁰⁵ zum Ausdruck; er stimmte eben für einen ausschließlich von der Nationalversammlung zu wählenden Repräsentanten der Zentralgewalt. Die Unverantwortlichkeit des Reichsverwesers wurde mit 373 gegen 175 Stimmen angenommen; Nägele hatte sie zusammen mit 19 Landsleuten bekämpft, obwohl er nachher erklärte, mit der Verantwortlichkeit nehme er es nicht so genau, da das Reichsoberhaupt ja jedenfalls ein

verantwortliches Ministerium unter sich habe, das jeweils seine Zustimmung geben müsse, und zudem dürfe ja ohne Genehmigung der Nationalversammlung weder über Krieg noch über Frieden beschlossen werden.³⁰⁶

Seine ablehnende Haltung zur Unverantwortlichkeit des Reichsverwesers verteidigte Nägele in einem Bericht an die Wahlmänner seines Bezirks,³⁰⁷ in welchem er darauf hinweist, daß die Stellung eines unverantwortlichen Reichsverwesers mit dem so oft ausgesprochenen Prinzip der Volkssouveränität unvereinbar und nur dazu geeignet sei, den Revolutionszustand Deutschlands zu verlängern.³⁰⁸

In der Gesamtabstimmung über das Gesetz betreffend Einführung einer provisorischen Zentralgewalt, das mit 450 gegen 100 Stimmen angenommen wurde, befand sich Nägele bei der Minderheit.³⁰⁹ Er verteidigte seinen Standpunkt, indem er darauf hinwies, daß er in dem unverantwortlichen Reichsverweser, der nicht einmal die Beschlüsse der Nationalversammlung zu verkündigen hat,³¹⁰ die fürstliche Souveränität, den provisorischen Kaiser, gewahre. Die wesentlichen Punkte des Gesetzes, wie „Reichsverweser“, Unverantwortlichkeit und Pflichtlosigkeit beim Vollzug der Beschlüsse, hatte Nägele schon in der Einzelberatung abgelehnt und deshalb mußte er konsequenterweise auch das ganze Gesetz verwerten. *Ich hatte zwar, so bemerkt er weiter, noch einen Haltpunkt, nämlich den, daß doch die Nationalversammlung allein den Reichsverweser zu wählen habe, aber gerade dieser Punkt bestimmte mich vorzugsweise für die Verwertung des Gesetzes, weil es mir als eine ungeheure Inkonsequenz vorkam, daß die Nationalversammlung einen Reichsverweser wähle, der ihr in keiner Weise verantwortlich und nicht verpflichtet sei, ihre Beschlüsse zu vollziehen und weil ich in der Tat einen so großen Respekt von der Logik der Nationalversammlung hatte, daß ich eine Übereilung oder ein Mißverständnis vermutete.*

³⁰⁰ Ebd. S. 576 bis 581.

³⁰¹ Ebd. S. 581 bis 586.

³⁰² Ebd. S. 586 bis 592.

³⁰³ Ebd. S. 593 bis 598.

³⁰⁴ Ebd. S. 598 bis 602.

³⁰⁵ Z. B. MB 18. 7. 48.

³⁰⁶ Brief an die Murrhardter vom 25. 6. 48, vgl. Nägele S. 54.

³⁰⁷ MB 18. 7. 48, S. 465ff.

³⁰⁸ StB S. 642.

³⁰⁹ Ebd. S. 616 bis 622.

³¹⁰ Die Frage, ob die Zentralgewalt die Beschlüsse der Nationalversammlung vollziehen müsse, wurde nämlich von der Paulskirche abgelehnt. 25 Volksboten aus Württemberg, darunter auch Nägele, befanden sich bei der bejahenden Minorität und zeigten ihre hohe Meinung von der Souveränität der Volksvertretung.

Bei der Wahl eines Reichsverwesers, die am 29. Juni stattfand, hatte Nägele seine Stimme H. von Gagern gegeben.³¹¹ Außer ihm erkoren noch sieben schwäbische Demokraten, die keinen Fürsten wählen wollten, den Präsidenten der Nationalversammlung, was sie aber nachher, bei der Einführung Johans in die Nationalversammlung nicht hinderte, *diesem in würdiger, wenn auch ernster Haltung ihre Hochachtung zu bezeugen, obgleich sie sich dem Jubelruf nicht so unbedingt anschlossen.*³¹²

Nägele sagte nachher, daß er von der Wahl des Reichsverwesers an eingesehen habe, daß Reaktion im Anzug sei und daß man die Revolution zu vertrauensselig und zu bald abgebrochen habe.³¹³ Schon vor der Wahl, nämlich am 25. Juni, hat Nägele in einem Brief an seine Murrhardter Freunde die Befürchtung ausgesprochen, daß eine fürstliche Person, nämlich eben Erzherzog Johann, gewählt werden wird. Der Grund für seine ablehnende Haltung einem Fürsten gegenüber ist darin zu erblicken, daß Nägele befürchtete, durch einen fürstlichen Reichsverweser werde der Weg zum Kaiser angebahnt.³¹⁴

1.2.1.3 Antrag auf ein Bündnis mit Frankreich

Am 30. Mai 1848 brachten die Abgeordneten Nägele und Pfahler³¹⁵ folgenden Antrag ein, der für den Idealismus jener Tage und für die Vorstellungen von der Machtvollkommenheit einer Volksvertretung typisch sind:

*Selbständiger Antrag an die Nationalversammlung auf Einleitung eines Schutz- und Trutzbündnisses mit Frankreich.*³¹⁶ *In dem Augenblicke, da die Vertreter von zwei großen Nachbarvölkern in Kraft der Machtvollkommenheit, aus der sie hervorgegangen, zu Rat sitzen, um dem Nationalwillen die Form und den Ausdruck zu geben durch ein Verfassungswerk – in diesem großen weltgeschichtlichen und feierlichen Augenblick müssen diplomatische Rücksichten und dynastische Interessen schweigen vor der Sympathie der Nation, welche sich laut und unzweideutig – wenn auch unter verschiedener Form – in dem gleichen Streben nach Einheit, Freiheit und Gleichheit, in der Achtung der verschiedenen*

Nationalitäten und der heiligsten Güter des Einzelnen und ganzer Völker ausspricht.

Die Geschichte hat mit einem neuen Abschnitt begonnen. Die Völker des westlichen Europas haben die Leitung ihrer Geschicke selbst in die Hand genommen, ihre Interessen laufen in der gegenseitigen Achtung der Nationalität nicht auseinander, sondern zusammen, sie laufen notwendig zusammen und müssen sich vereinigen gegenüber jener Macht im Osten und Norden Europas, welche, ganz entgegengesetzten Prinzipien folgend, notwendig mit dem im westlichen Europa zur Geltung gekommenen Geiste der bürgerlichen Freiheit, der Volkssouveränität und der Achtung aller Nationalitäten in feindliche Stellung geraten muß.

Was hindert uns daher, der französischen Nation den nachbarlichen Gruß zu bieten, den wir von der ungarischen bereits empfangen und angenommen; was hindert uns, ihr entgegenzukommen in dem Gefühle gleicher Größe und Macht, aber auch in dem edlen Bewußtsein gleicher Liebe und Freiheit, gleicher, auf Achtung der Nationalitäten beruhenden „Bruderliebe“? Hindert uns die Geschichte, die Vergangenheit? Nein, denn wir erkennen in ihr nur die Ursache, wir finden gerade in ihr die Aufforderung zu unserer Einigung, denn wir haben in ihr das unwürdige, unselige Spiel der Diplomaten und der Dynastien mit den zerrissenen Nationen wohl erkannt! Darum erkläre die Nationalversammlung, daß auch sie bereit sei, ein Bündnis mit der französischen Nation zum Schutze der Freiheit und des Rechts und zur Bewahrung eines auf dieser Grundlage ruhenden Friedens vorzubereiten und abzuschließen. Nägele. Pfahler

Auf diesen Antrag hin sandte der Referendar Wächter in Stuttgart, der Sohn des Kanzlers und Präsidenten der Abgeordnetenversammlung, im Auftrag von zahlreichen Mannschaften sämtlicher sechs Stuttgarter Bürgerwehrebataillone eine Adresse an Nägele und Pfahler, in welcher er seine Befriedigung und Zustimmung zu deren Antrag zum Ausdruck brachte.³¹⁷

In seinen Aufzeichnungen³¹⁸ verteidigt Nägele sein Vorgehen, indem er darauf hinweist,

³¹¹ StB S. 637f. H. v. Gagern brachte es auf 52 Stimmen; Erzherzog Johann dagegen wurde mit 436 Stimmen gewählt.

³¹² Bericht Nägeles an das HT 14. 7. 48, S. 828.

³¹³ Aufzeichnungen S. 51.

³¹⁴ Brief an die Murrhardter vom 25. 6. 48, Nägele S. 55.

³¹⁵ Georg Pfahler, Präzeptoratskaplan in Tettang (1817 bis 1889) mit dem Nägele eng befreundet war.

³¹⁶ MB 6. 6. 48 S. 365. HT 3. 6. 48, S. 679.

³¹⁷ MB 16. 6. 48, S. 392 und HT 15. 7. 48, S. 719.

³¹⁸ S. 51.

daß er in der kritischen Lage, *da Fürsten und Regierungen ihre Renitenz immer unverhüllter an den Tag legten*, den einzigen Ausweg darin erblickte, daß er ein Schutz- und Trutzbündnis mit der französischen Republik forderte.

Man kann nun über Nägeles Ansichten sehr verschiedener Auffassung sein. Mag man über die Renitenz der Fürsten und Regierungen denken, wie man will, die Tatsache steht fest, daß die „Bruderliebe“ Frankreich gegenüber nicht ganz am Platze war. Hatte denn Nägele gänzlich vergessen, was Frankreichs imperialistische Politik unter Ludwig XIV. und Napoleon I., aber ganz besonders auch zur Zeit der großen Revolution, wo die „Volksmänner“ am Ruder waren, unserem deutschen Vaterland angetan hatte? Glaubte er wirklich, daß sich eine Nation, wie die französische in ihrem Verhältnis zum Nachbarvolk bis zum Jahre 1848 gänzlich geändert hatte? Gerade die Geschichte, die Vergangenheit ist es, die uns ewig an der Verbrüderung mit dem französischen Volke hindert. Sonderbar ist immerhin, daß Nägele in seinen „Aufzeichnungen“, die nach dem von Frankreich herbeigeführten Krieg von 1870/71 verfaßt worden sind, noch sagt, daß er sich dieses Antrags auch jetzt noch nicht zu schämen brauche.³¹⁹

Trotzdem der gemäßigte Abgeordnete Raveaux am 24. Juni den Antrag unterstützte und der französischen Nationalversammlung die Bruderhand reichen wollte,³²⁰ was die ganze Versammlung stürmisch begrüßte und Nägele zu dem stolzen Ruf veranlaßte: *„Der Weg zu einem Bündnis ist angebahnt“*,³²¹ dachte der völkerrechtliche Ausschuß der Nationalversammlung immerhin anders als Nägele und Pfahler, indem er dem Plenum am 22. Juli vorschlug, über diesen Antrag zur Tagesordnung überzugehen, was auch gegen die Linke angenommen wurde, ohne daß die Antragsteller auch nur zum Wort gekommen sind. Die Anerkennung der französischen Republik und die baldige Absendung eines Reichsgesandten nach Paris stieß dagegen auf keinen Widerspruch.

1.2.1.4 Antrag Nägeles in der Auswanderungsfrage

Weit sympathischer als dieser Bündnisantrag sind Nägeles Bemühungen in der Auswandererfrage, die anfangs Juni einsetzten.³²² Ein diesbezüglicher Antrag, den er der Nationalversammlung vorlegte, befaßte sich mit der Tatsache, daß fortwährend weite Kreise unseres Volkes aus wirtschaftlichen Gründen zur Auswanderung gezwungen seien. Da nun ungezählte deutsche Auswanderer in den Vereinigten Staaten oder schon auf dem Weg dorthin in bitterste Not geraten, fordert er die Nationalversammlung auf, sich der Auswandererursache anzunehmen und eine Kommission zu ernennen, die mit der Union über den Ankauf von geeignetem Gelände unterhandeln sollte.

Dieser Antrag hatte den Erfolg, daß der Nationalversammlung der Entwurf eines Gesetzes, den Schutz und die Fürsorge des Reichs für deutsche Auswanderer betreffend, vorgelegt wurde. Dies geschah jedoch erst am 15. März 1849, also zu einer Zeit, wo die Oberhaupt- und Verfassungsfrage alle Gemüter beherrschte. Kein Wunder ist es daher, wenn die Aufmerksamkeit dieser Angelegenheit gegenüber nicht gerade groß war.

Der Gesetzentwurf,³²³ der in 16 Paragraphen zerfiel, entsprach jedoch nicht ganz den Wünschen Nägeles, da in ihm die deutsche Auswanderung zunächst nicht auf einen bestimmten Punkt hingelenkt werden sollte und auch von der Gründung von Kolonien in der Union keine Rede war. Er erteilte jedoch der Zentralgewalt solche Befugnisse, die ausreichend genug waren, die Auswanderung in nationalem Interesse zu organisieren.

Der Entwurf, der auch die Gründung eines Auswanderungsamtes vorsah, wurde am 17. März mit einigen Verbesserungen angenommen.

³¹⁹ S. 51.

³²⁰ In der französischen Nationalversammlung war nämlich beantragt worden, an die deutsche Nationalversammlung eine Deputation zu senden, um sie *brüderlich zu begrüßen* und zu zeigen, daß man in Frankreich keine feindselige Absicht gegen Deutschland habe, daß man nur sympathisiere mit dem Fortschritt, mit der Jetztzeit. Das Vorhaben kam jedoch nicht zur Durchführung, weil man in Paris *zu rücksichtsvoll war und die deutschen Einzelregierungen nicht beleidigen wollte* (Aus der Rede Raveaux's in der Nationalversammlung, Sten. Ber. S. 514.)

³²¹ Brief an die Murrhardter vom 25. 6. 48, *Nägele* S. 55.

³²² MB 13. 6. 48, S. 378/379 und HT 11. 6. 48, S. 709.

³²³ StB S. 5710f.

1.2.1.5 Stellungnahme zum Plan eines Reichsheeres

Am 13. Juli beantragte der Ausschuß für die Wehrangelegenheiten *Den Bericht des Ausschusses für die Wehrangelegenheiten vom 1. Juli ds. J. u. den Zusatz dazu vom 13. Juli ds. J. der provisorischen Zentralgewalt zu überweisen und diese zu ermächtigen, die in jenem Bericht und Zusatz dazu beantragte Vermehrung der deutschen Streitmacht nach dem Satze von zwei Prozent der jetzigen Bevölkerung in Ausführung zu bringen.*

Der Antrag wurde, da nur die Linke und ein Teil des linken Zentrums dagegen stimmte, mit 303 gegen 149 Stimmen angenommen. Nägele hatte nebst den meisten schwäbischen Abgeordneten mit nein gestimmt.³²⁴

1.2.2 Die Grundrechte (1. Lesung)³²⁵

1.2.2.1 Reichsgewerbeordnung und Heimatgesetz

Nach langer Debatte über die 5 Paragraphen des Art. I der Grundrechte wurde endlich am 21. Juli zur Abstimmung geschritten. 1. welcher die Erteilung des allgemeinen Bürgerrechts ausspricht, bringt zugleich auch den Wegfall der Gewerbebeschränkungen, der Absatz *Die Bedingungen für den Aufenthalt und Wohnsitz werden durch ein Heimatgesetz, jene für den Gewerbebetrieb durch eine Gewerbeordnung für ganz Deutschland von der Reichsgewalt festgesetzt*, wurde mit 224 gegen 193 Stimmen angenommen.³²⁶ Wie Nägele gestimmt hat, ist, da keine namentliche Abstimmung vorgenommen wurde, nicht festzustellen. Man wäre vielleicht versucht, anzunehmen, daß er als Vorkämpfer der Gewerbefreiheit³²⁷ dem Entwurf an sich seine Zustimmung gab. Andererseits muß aber berücksichtigt werden, daß Nägele wahrscheinlich der Zentralgewalt allein das Recht nicht zubilligte, eine solche Gewerbeordnung aufzustellen.

Es ist außerordentlich schade, daß hierüber nicht namentlich abgestimmt wurde, da es interessant wäre, die Stellungnahme der württembergischen Abgeordneten in dieser Frage kennenzulernen, zumal ja die Stimmung in den württembergischen Handwerkerkreisen durchaus nicht für Gewerbefreiheit war.³²⁸ Sonderbar ist immerhin, daß Nägele den Antrag *der volkswirtschaftliche Ausschuß möge bis zur zweiten Beratung der Grundrechte den Entwurf eines allgemeinen Gewerbe- und Heimatgesetzes vorlegen*,³²⁹ zusammen mit den schwäbischen Abgeordneten Fallati, Gfrörer, Haßler, Kautzer, M. Mohl, Pfahler, Rümelin, Wiest und Wurm ablehnte, während Fetzer, Frisch, Hentges, Rödinger, Schott, Vischer und Zimmermann ihre Zustimmung gaben.³³⁰ Nägeles ablehnende Haltung ist wohl so zu erklären, daß er eben schon für die 1. Lesung den Entwurf eines allgemeinen Gewerbe- und Heimatgesetzes wollte.

1.2.2.2 Abschaffung des Adels

Am 2. August stand die Frage der Standesvorrechte im Mittelpunkt der Beratungen und der hierauf bezügliche Paragraph³³¹ wurde in folgender Fassung³³² angenommen: *Alle Deutsche sind gleich vor dem Gesetz. Standesprivilegien finden nicht statt. Alle Titel, insoweit letzteres nicht mit einem Amte verbunden sind, sind aufgehoben und dürfen nie wieder eingeführt werden. Die öffentlichen Ämter sind für alle dazu Befähigten gleich zugänglich. Das Waffenrecht und die Wehrpflicht ist für alle gleich. Stellvertretung bei letzterer findet nicht statt.*

Diesem Paragraphen war außerdem von Moritz Mohl, der sich weitaus als der größte Adelsfresser unter den Württembergern erwies, ein Zusatzantrag beigegeben, der die Abschaffung des Adels als Stand verlangte. Er wurde mit den Stimmen von 19 Württembergern, darunter auch Nägele und Fürst Waldburg-Zeil mit 225 gegen 221 Stimmen angenommen. Dagegen lehnte das Parlament den Antrag, der Adel selbst

³²⁴ Vgl. ebd. S. 937 bis 945.

³²⁵ In der 2. Lesung der G. R. seien in dieser Arbeit nur diejenigen Punkte berücksichtigt, die eine wesentliche Abweichung von der 1. Lesung aufweisen.

³²⁶ StB S. 1076.

³²⁷ Vgl. sein Gutachten „Aufz.“ S. 31.

³²⁸ Vgl. hierüber *Schnurre* S. 9.

³²⁹ Angenommen mit 244:242 Stimmen. StB S. 1077 bis 1082.

³³⁰ 6 Abgeordnete fehlten.

³³¹ § 6 Art. II.

³³² StB S. 1347.

sei abgeschafft, mit 282 gegen 167 Stimmen ab. Nägele hatte zusammen mit Fallati, Fetzer, Frisch, Haßler, Hentges, M. Mohl, R. Mohl, Murschel, Pfahler, Rheinwald, Rödingen, Sabott, Tafel, Wurm und Zimmermann mit „ja“ gestimmt.³³³ Er äußerte sich auf das Abstimmungsergebnis hin in folgender Weise:³³⁴ Wenn nun auch die Abschaffung des „Adels“ verworfen wurde, so wird doch jeder einsehen, daß derselbe hinfort nur noch dem Schein nach existieren kann, da ihm in der heutigen Sitzung das Wesentliche, nämlich die Exemption, die Privilegien und Titel, genommen wurde, so wie das deutsche Titulwesen überhaupt den Todesstoß erlitten hat.

1.2.2.3 Abschaffung der Todesstrafe

Hand in Hand mit dieser Stellungnahme ging bei den meisten schwäbischen Abgeordneten das im Geiste der Zeit liegende weitgehende Humanitätsgefühl. Dieses kam zum Ausdruck bei Artikel III der Grundrechte, der Freiheit der Person, Abschaffung der Prügel- und Todesstrafe und Unverletzlichkeit der Wohnung enthielt. Bei der Abstimmung über die Beseitigung der Todesstrafe war Nägele nebst Hentges, Mathy und Pfizer abwesend. Die Meinung unter den übrigen Volksboten aus Schwaben war indessen geteilt. Sechs von ihnen, nämlich Gfrörer, Hoffmann, M. u. R. Mohl, Vischer und Wiest waren Gegner der Abschaffung. Fr. Th. Vischer sagte zu dieser Frage: *Es gibt Fälle, wo der Humanitätsgrundsatz Inhumanität gegen alle andern Mitbürger ist.*³³⁵ Die Mehrzahl der Abgeordneten, darunter auch Römer, der Vorkämpfer für Abschaffung der Todesstrafe aus dem Jahre 1833,³³⁶ nahm das Gesetz an,³³⁷ und die Linke

jubelte, indem sie verkündete: *Die Bildung und Humanität des deutschen Volkes hat einen schönen Triumph gefeiert.*³³⁸

Drei volle Monate schon hatten die Verhandlungen der Nationalversammlung eingenommen, ohne daß irgendwie ein nennenswertes Resultat erzielt worden wäre. Wohl wurde über die Grundrechte peinlich genau verhandelt, das deutsche Volk jedoch zeigte wenig Verständnis für die endlosen und oft langweiligen Vorträge und die meistens recht unfruchtbaren Streitereien, so daß die Petitionen, welche Beschleunigung der Verhandlungen forderten, immer zahlreicher einliefen. Auch in der Nationalversammlung gab es Leute genug, die einsahen, daß es anders kommen müsse. So hatten Vischer und Schoder schon Ende Juli Beschleunigungsanträge eingebracht, und jetzt verlangten die beiden Abgeordneten – jedoch ohne Erfolg –, die Zurückstellung der Artikel III und IV (Kirche und Schule), bei denen lange Debatten zu erwarten waren, und die sofortige Erledigung der übrigen Artikel der Grundrechte.³³⁹

1.2.2.4 Kirche und Staat

Am 21. August begannen die Verhandlungen über die Religion und die Stellung der Kirche zum Staat. Die Scheidung von Kirche und Staat wurde verworfen. Für sie stimmten an Württembergern nur Gfrörer, Hoffmann, Kautzer, Fürst Waldburg, Wiest, Wurm und Zimmermann.³⁴⁰ Die Frage der Religionsgesellschaften kam am 11. September zur Entscheidung. Nägele lehnte das Verlangen des ultramontanen Abgeordneten v. Lassaulx-München, jede bestehende und sich neu bildende Religionsgesellschaft sei frei von der Staatsgewalt, ab.³⁴¹ Ihm stimmten von

³³³ Gfrörer, Hoffmann, Kautzer, Mathy, Römer, Rümelin und Wiest hatten ihn abgelehnt; Schoder und Fürst Waldburg waren abwesend.

³³⁴ Bericht an das HT 4. 8., S. 904.

³³⁵ Vgl. hierzu *Schnurre* S. 13.

³³⁶ Ebd.

³³⁷ 288 Abgeordnete stimmten für, 146 gegen das Gesetz, das auch in 2. Lesung mit 256:176 Stimmen durchging. (StB S. 3947). Da, wo das Kriegerrecht sie vorschrieb, blieb die Todesstrafe bestehen (Abstimmung über die 1. Lesung, StB S. 1405 bis 1411.)

³³⁸ Bericht der im Klub des deutschen Hofes versammelten Mitglieder der Linken an ihre Wähler und das deutsche Volk (HT 10. 10., S. 1147, Beilage und MB 20. 10., S. 684 bis 687).

³³⁹ Später, am 11. 9. würdigte man denn doch Schoders beachtenswerten Vorschlag, indem man unter Weglassung einer Reihe von Paragraphen auf wichtigere Beratungen überging (StB S. 1893).

³⁴⁰ StB S. 1990ff.

³⁴¹ Wenn die Linke nachher behauptete, trotz aller Bedenken für die volle Selbständigkeit der verschiedenen Religionsgemeinschaften dem Staate gegenüber gestimmt zu haben (vgl. Bericht der im Klub des deutschen Hofes versammelten Mitglieder der Linken HT 10. 10., S. 1146), so ist dies eine Irreführung. Der dieser Behauptung folgende Nachsatz: *Wir wissen nun wohl, daß die so entfesselte Kirchengewalt ihre Herrschaft über die Masse der unselbständigen Gemüter wieder auszubreiten suchen wird, aber beseelt von dem Glauben an die unwiderstehliche, alles besiegende Macht der Freiheit, werden wir diesen Kampf dereinst aufzunehmen uns nicht scheuen.* ist demnach hinfällig.

den Württembergern nur Gfrörer, Hoffmann, Waldburg, Wiest, Wurm und Zimmermann zu. Den mit 320 gegen 134 Stimmen abgelehnten Antrag, wonach die Ernennung der Geistlichen und Kirchenbeamten den Gemeinden überlassen bleibt, ohne daß die staatliche Zustimmung erforderlich ist, hatte Nägele unterstützt.³⁴²

Bei der Abstimmung darüber, ob die Geistlichkeit der Beaufsichtigung des Unterrichts- und Erziehungswesens enthoben werden soll,³⁴³ war Nägele abwesend. Seinen früheren Äußerungen nach³⁴⁴ ist jedoch anzunehmen, daß er im Fall der Anwesenheit dem Antrag zugestimmt hätte.

1.2.2.5 Vereins- und Versammlungsrecht

Nach längerer Unterbrechung wurde am 22. September die Debatte über die Grundrechte fortgesetzt, jedoch immer noch im alten Tempo, so daß sich Nägele veranlaßt sah, zu sagen: *Es geht halt langsam voran und leider läßt die Versammlung den Antrag Schoders über die Beratung der Grundrechte rasch vorzugehen, unbeachtet.*³⁴⁵

Nachdem am 26. September die Artikel III und IV der Grundrechte angenommen worden waren,³⁴⁶ kam es noch am selben Tage zur Beratung des Artikels VI, das Vereins- und Versammlungsrecht betreffend, der dann auch sogleich angenommen wurde. Der Absatz *Volksversammlungen unter freiem Himmel können bei dringender Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit verboten werden*, ging mit 255 gegen 132 Stimmen durch.³⁴⁷ Nägele wird ihm, falls er anwesend gewesen wäre, schwerlich seine Zustimmung gegeben haben.

1.2.2.6 Abschaffung feudaler Adelsvorrechte

Nachdem seit Nägeles Weggang aus Frankfurt anläßlich der Eröffnung der württembergischen

Ständeversammlung (20. September) die Debatte über Artikel VII der Grundrechte eingesetzt hatte, kam es am 5. Oktober zur Abstimmung über die Paragraphen 27, 28 und 29 (Abschaffung feudaler Vorrechte, Jagdgerechtigkeit, Lasten auf dem Grundbesitz, Servituten und Privatgerichtsbarkeit). Nägele hatte sich an diesem Tage wieder in Frankfurt eingefunden, um noch an der Abstimmung über die wichtigsten Paragraphen der Grundrechte teilnehmen zu können.³⁴⁸

Den Antrag von Trützschler-Rösler auf unentgeltliche Aufhebung von persönlichen und dinglichen Leistungen unterstützte Nägele zusammen mit 8 Landsleuten;³⁴⁹ die Mehrheit der Versammlung entschied sich jedoch anders.³⁵⁰ Mehr Glück hatte ein von Freudenthal und Moritz Mohl eingebrachter Antrag auf unentgeltliche Aufhebung der Jagdgerechtigkeit auf fremdem Grund und Boden, der Jagddienste, Jagdfronen und anderer Leistungen. Mit 244 Stimmen, darunter der Nägeles, erhob ihn die Versammlung zum Beschluß.³⁵¹

Obwohl nun bei der Beratung beziehungsweise Abstimmung über Artikel VII der Grundrechte wesentliche Forderungen der Linken, – unentgeltliche Aufhebung der dinglichen und persönlichen Lasten, der Bannrechte und der Blut- und Neubruchzehnten – durchgefallen waren, so war Nägele mit dem Erreichten doch leidlich zufrieden.³⁵² Unentgeltliche Beseitigung aller aus dem guts- und schutzherrlichen Verbände entspringenden Abgaben und die Aussicht auf Erweiterung dieses Beschlusses durch die einzelnen Regierungen, dazu noch die Abschaffung der Jagdgerechtigkeit auf fremdem Grund und Boden waren in der Tat weitgehende Verbesserungen, über die sich auch ein Demokrat freuen konnte.

Sogleich nach seiner Rückkehr aus Stuttgart verfaßte Nägele ein Schreiben³⁵³ an seine Wähler aus dem Weinsberger Bezirk, in welchem er einen Überblick gibt über sein Verhalten in der

³⁴² StB S. 1996 bis 2001.

³⁴³ Der Antrag wurde mit 316 gegen 74 Stimmen angenommen (StB S. 2298 bis 3303).

³⁴⁴ Vgl. MB 21. 4. 48.

³⁴⁵ Bericht an das HT 29. 9., S. 1087.

³⁴⁶ StB S. 2305.

³⁴⁷ StB S. 2307 bis 2311.

³⁴⁸ HT 10. 10., S. 1144.

³⁴⁹ Fetzer, Frisch, Hentges, Pfahler, Rheinwald, Rödinger, Tafel und Vischer.

³⁵⁰ Abgelehnt mit 299:97 Stimmen, StB S. 2451ff.

³⁵¹ 137 Abgeordnete hatten dagegen gestimmt, StB S. 2458 bis 2462.

³⁵² MB 20. 10. 48, S. 683/684.

³⁵³ Bericht vom 7. 10. 48, HT 10. 10. 48, S. 1144.

Nationalversammlung. Mit voller Berechtigung betont er, daß er seiner Partei, der Linken, treu geblieben sei, die noch heute die richtige und dem Prinzip der großen (!) Revolution des Frühjahrs am meisten entsprechende sei, da sie eine entschiedene Richtung verfolgt, dabei aber ebenso entfernt ist von unkluger und gewaltsamer Überstürzung und leichtsinniger Proselytenmacherei als von vornehmer und diplomatischer Zweideutigkeit. Im weiteren Verlauf des Berichts geißelt er mit scharfen Worten die Ermordung der Abgeordneten Auerswald und Fürst Lichnowsky in Frankfurt und lehnt sowohl den unsinnigen Aufruhr und den Bau von Barrikaden als auch die Herbeiziehung und das Eingreifen von Militär ab. Er verteidigt seine und seiner Kollegen Vermittlung beim Reichsverweser anlässlich des Frankfurter Septemberaufstandes.^{353a} Von der Nationalversammlung erhofft Nägele nicht mehr viel Gutes, und diese Ansicht festigte sich immer mehr in ihm. Seine Sympathien wandten sich seit seiner Rückkehr aus Stuttgart dem württembergischen Landtag zu, wo man unendlich leichter für das Wohl des Volkes arbeiten könne als in der Paulskirche. Da durch den schleppenden Gang der Verhandlungen in der Nationalversammlung diese noch nicht entfernt zu einem Abschluß gelangt seien und nun also gleichzeitig mit denen der Ständeversammlung stattfinden, erwähnt Nägele als Schlußfolgerung den Gedanken des Austritts aus der Nationalversammlung. Er erwähnt allerdings nur, daß er für ihn eigentlich undurchführbar ist. Sein Stellvertreter Schmückle, der ebenfalls Landtagsabgeordneter ist, hatte nämlich kaum seinen Sitz im Ständesaal zu Stuttgart mit dem in der Frankfurter Paulskirche vertauscht. Eine Neuwahl wäre demnach unumgänglich gewesen, und diese wollte Nägele seinen Wählern ersparen.

Vorerst plant nun Nägele noch beide Abgeordnetenstellen beizubehalten, zumal er auch hofft, daß in den kommenden 14 Tagen, während deren die Ständeversammlung vertagt ist, die Reichsverfassung in der Paulskirche zur Be-

ratung kommt, und daß nachher seine Anwesenheit in Frankfurt „zur Verstärkung der Linken“ nicht mehr so dringend notwendig sein wird, so daß er zur Beratung des Finanzetats und volkswirtschaftlicher Fragen vorübergehend nach Stuttgart abreisen könne. In ähnlicher Weise äußert sich Nägele auch in einem Privatbrief.³⁵⁴

In bezug auf die Fideikommission wüßte der Verfassungsausschuß deren Erhaltung, der Ausschuß für Volkswirtschaft dagegen erstrebte die Aufhebung derselben. Moritz Mohl stellte nun zusammen mit den Abgeordneten Schwarzenberg und Pagenstecher einen dem des volkswirtschaftlichen Ausschusses ähnlichen, gut begründeten Minoritätsantrag,³⁵⁵ der jedoch am 12. Oktober mit 208 Stimmen gegen 198 Stimmen verworfen wurde. Alle anwesenden Württemberger außer Gfrörer und Wiest hatten dem Antrag zugestimmt.³⁵⁶ Auch am 20. Dezember unterlag derselbe Antrag in der 2. Lesung mit 199:193 Stimmen, was schon hier erwähnt sei.³⁵⁷

Mit Artikel X (Verfassung und Volksvertretung der deutschen Staaten) war die Beratung über den ersten und wichtigsten Teil der Grundrechte beendet.³⁵⁸

1.2.3 Die übrigen Teile der Reichsverfassung

Am 19. Oktober ging die verfassunggebende Reichsversammlung, wie sie sich jetzt nannte, an die Beratung der übrigen Teile der Reichsverfassung. Diese interessierten nun anscheinend die Schwaben weit weniger als dies die Grundrechte getan hatten, denn an der Debatte über die Reichsgewalt zum Beispiel beteiligten sich nur drei württembergische Abgeordnete, und zwar ausschließlich Sachverständige, nämlich M. Mohl, Fallati und Wurm.

1.2.3.1 Das Reich

In der Aussprache über Abschnitt I „Das Reich“ standen die schwäbischen Demokraten dem Paragraphen 2 des Artikel II *Kein Teil des*

^{353a} Diese Vermittlung, von der unten die Rede sein wird (Kap. 1.2.7.), war anscheinend – jedoch gänzlich ungerechtfertigt – angegriffen worden, da Nägele zu seiner Verteidigung ausruf: *Man versetze sich unter die Stimmung, in der man sich unter den schrecklichen Szenen befand, – und die Antwort wird leicht sein.*

³⁵⁴ Brief an den Schultheißen von Eichelberg vom 7. 10. 48, Nägele S. 58.

³⁵⁵ StB S. 2564.

³⁵⁶ Ebd. S. 2565 bis 2569.

³⁵⁷ Ebd. S. 4288 bis 4290. Angenommen wurde dann schließlich ein Antrag, der die regierenden und ehemals reichsständischen Häuser ausschloß.

³⁵⁸ Einige Paragraphen waren zurückgestellt worden; sie werden weiter unten Erwähnung finden.

deutschen Reiches darf mit nichtdeutschen Ländern zu einem Staat vereinigt werden zustimmend gegenüber. Nicht weniger als 18 Württemberger unterstützten diesen „schwarz-rot-goldenen“ Antrag, der für Nägele unerwartet³⁵⁹ mit 340 gegen 76 „schwarzgelbe“ und „stockpreußische“ Stimmen durchgesetzt wurde.³⁶⁰ Nägele hatte den Antrag natürlich auch unterstützt; von den anwesenden Schwaben hatten ihn nur Gfrörer und Hoffmann mißbilligt. (In der zweiten Lesung am 23. Februar 1849 wurde auf Antrag der Minorität des Verfassungsausschusses die Streichung des Paragraphen mit einer Stimme Mehrheit³⁶¹ beschlossen. Zu den Gegnern des Paragraphen gehörten diesmal Fallati, Federer, Mathy, R. Mohl, Rümelin und Wurm; Gfrörer hatte für Beibehaltung gestimmt und Hoffmann war abwesend.) Auch Paragraph 3 dieses Artikels, der die Regelung des Verhältnisses zwischen einem zusammengehörigen deutschen Land und einem nichtdeutschen nach den Grundsätzen der Personalunion vorsieht, fand eine große Mehrheit für sich, unter der sich auch Nägele mit den meisten seiner Landsleute befand.³⁶² Wie Paragraph 2 so fiel auch Paragraph 3 in der zweiten Lesung, und zwar mit 274:256 Stimmen, durch. Nägele hatte mit der gesamten Linken seine Stellung gewechselt; er stimmte gegen den Entwurf. Dasselbe tat er zusammen mit seinen Gesinnungsgenossen *im Interesse der Großdeutschen Partei*³⁶³ bei der Abstimmung über die von Wigard und Genossen eingebrachte Formulierung, die bei unverändertem Vordersatz den Nachsatz *so soll das deutsche Land eine von dem nichtdeutschen Lande getrennte eigene Verfassung bekommen* vorsah. Dieser Vorschlag wurde übrigens mit 290:240 Stimmen angenommen.³⁶⁴

1.2.3.2 Die Reichsgewalt

1.2.3.2.1 Gesandtschaftswesen

Interessant waren die Verhandlungen über Abschnitt II, die Reichsgewalt betreffend. Artikel I

schuf ein einheitliches Gesandtschafts- und Konsulatswesen. Allgemeines Erstaunen herrschte, als der Minoritätsantrag der Linken, den Einzelregierungen Gesandte, statt „ständige“ Gesandte zuzugestehen, mit nur drei Stimmen Mehrheit abgelehnt wurde. Alle Württemberger außer Mathy und Rümelin befanden sich bei der bejahenden Minorität.³⁶⁵

1.2.3.2.2 Reichsheer

Von großer Bedeutung war Artikel III, der vom Reichsheer handelte. 23 Mitglieder des Deutschen Hofes, darunter auch Nägele, hatten eine Reihe von Verbesserungsanträgen eingebracht, die weitgehende Zentralisation verlangten.³⁶⁶ Einer dieser acht Anträge, nämlich der achte, wurde dann auch am 9. November von der Nationalversammlung angenommen. Er lautet: *Die Ernennung der Offiziere und Beamten geht allein vom Reich aus.*

Der Antrag des Verfassungsausschusses, der die Einheitlichkeit des Reichsheerwesens forderte, wurde von allen 16 anwesenden Württembergern unterstützt,³⁶⁷ fand aber nicht die Zustimmung der Versammlung.³⁶⁸

1.2.3.2.3 Wasserzölle und Schifffahrtsangelegenheiten

Bei Artikel IV (Wasserzölle, Schifffahrtsangelegenheiten) hatte sich der volkswirtschaftliche Ausschuß unter M. Mohls Führung im Gegensatz zum Verfassungsausschuß für Zentralisation in der Hand der Reichsgewalt ausgesprochen. Mit Wärme und Sachkenntnis verteidigte M. Mohl, der eifrigste Verfechter seiner einheitlichen Reichsgewalt im Frankfurter Parlament, den Antrag, und seine Ausführungen ernteten den Beifall der Linken und des Zentrums.³⁶⁹ *Allein der Partikularismus und die Sonderinteressen der norddeutschen Staaten, so sagt Nägele,³⁷⁰ ist durch die Abgeordneten aus Preußen, Hannover, Mecklenburg, Schleswig-Holstein, Braun-*

³⁵⁹ HT 29. 10., S. 1215.

³⁶⁰ StB S. 2918 bis 2923.

³⁶¹ Das Stimmenverhältnis war 266:265. StB 5093f.

³⁶² Angenommen mit 316 gegen 90 Stimmen, StB S. 2933 bis 2936.

³⁶³ Nägele im HT 26. 3. 49.

³⁶⁴ StB S. 5961 bis 5964.

³⁶⁵ Ebd. S. 2994 bis 2998.

³⁶⁶ Ebd. S. 3149.

³⁶⁷ Eine Ausnahme bildete nur Rümelin.

³⁶⁸ Mit 224:178 Stimmen abgelehnt. StB S. 3190 bis 3192.

³⁶⁹ Ebd. S. 3236 bis 3239.

³⁷⁰ HT 12. 9. 48.

schweig, den Hansestädten und so weiter zu stark vertreten und wurde durch den schwarzen, partikularistischen Teil der Österreicher zu sehr unterstützt, als daß man auf einen Sieg hätte hoffen dürfen. In der Tat wurde der Antrag des volkswirtschaftlichen Ausschusses am 19. November mit 286 gegen 145 Stimmen abgelehnt.³⁷¹ Von den 20 anwesenden Württembergern hatten nur Fallati, Mathy und Rümelin gegen den Antrag gestimmt.

Ein weiterer von M. Mohl zäh und eindrucksvoll verteidigter Antrag des volkswirtschaftlichen Ausschusses, welcher der Reichsgewalt die Oberaufsicht über alle schiffbaren Flüsse zusprach, wurde mit 267 gegen 200 Stimmen angenommen.³⁷² Nägele hatte natürlich diesen Antrag unterstützt, desgleichen einen solchen, ebenfalls von M. Mohl, der die Aufhebung der Flußzölle forderte, was jedoch abgelehnt wurde.³⁷³ Dagegen wurde die Einheitlichkeit des Zoll-, Post-, Telegraphen- und Münzwesens erreicht.³⁷⁴

1.2.3.2.4 Die Linke und die Staatsform

Die Niederlagen der Linken in wichtigen Angelegenheiten führten gegen Ende des Monats November zum engeren Zusammenschluß der einzelnen Fraktionen der Linken vom Donnersberg bis zum Württemberger Hof, zu dem Zwecke, die Errungenschaften der Märzrevolution zu erhalten und gesetzlich festzulegen. Geteilter Meinung waren die vier Gruppen allerdings in der Frage der Staatsform. Die numerische Unterlegenheit der vereinigten Linken gegenüber der Rechten und dem Zentrum sollte durch Rührigkeit, *durch die größere Produktionsfähigkeit und die unbesiegbare Macht der Ideen* ausgeglichen werden. Enge Fühlungnahme mit den demokratischen Vereinen Deutschlands sollte angestrebt, das Volk durch die Presse und durch besondere Berichte bearbeitet und im Notfall auf den Austritt der Linken aus der Nationalversammlung und auf Neuwahlen vor-

bereitet werden. Einem sofortigen Austritt stand man nach wie vor sogar im Donnersberg ablehnend gegenüber, denn man war der Ansicht, es sei nicht nötig, *das Gefäß zu zerschlagen, wenn der Inhalt desselben schlecht sei.*³⁷⁵

Nägele bemerkt zu diesem Geschehnis, es sei wünschenswert, daß sich ganz Deutschland ebenso zweckmäßig in Vereinen organisiere und sich an die Linke im Parlament anschließe, als dies in Sachsen und Württemberg, den zwei Musterstaaten, der Fall sei.

Als erstes Zeichen des Zusammenschlusses der Linken ist ein Aufruf an das Volk anlässlich der Hinrichtung Blums und eine Protestation gegen das Verfahren der Majorität in den preußischen Angelegenheiten zu betrachten.³⁷⁶

Nach Erledigung des Abschnitts über die Reichsgewalt begannen in der Paulskirche die Verhandlungen über Abschnitt IV der Reichsverfassung, den Reichstag betreffend, nachdem Abschnitt III (Das Reichsgericht³⁷⁷) in verhältnismäßig kurzer Zeit erledigt und die sofortige zweite Lesung der revidierten Grundrechte beziehungsweise die Beratung der noch unerledigten Paragraphen der Grundrechte abgelehnt worden war.³⁷⁸ Nägele bedauerte übrigens die weitere Verzögerung dieser Lesung sehr, da doch die Grundrechte wichtige Volksrechte enthalten, die zugleich den konstituierenden Versammlungen der Einzelstaaten als Grundlage dienen könnten. Gleichfalls bedauert wird von Nägele die Tatsache, daß die Rechte der Gemeinden und der Volksvertretungen noch nicht beraten wurden.³⁷⁹

1.2.3.2.5 Der Reichstag

Bei der Debatte über den Reichstag, die am 6. Dezember begann, traten die Gegensätze der Parteien wieder stark hervor, und auch die Württemberger waren geteilter Meinung. Die meisten waren zwar für das Einkammersystem, das von den Abgeordneten M. Mohl und Vogt gefordert, jedoch gegen Donnersberg, Deut-

³⁷¹ StB S. 3241 bis 3248.

³⁷² Ebd. S. 3387/88.

³⁷³ Abgelehnt mit 219 gegen 125 Stimmen; StB S. 3393 bis 3395.

³⁷⁴ Abschnitt II, Artikel VII, VIII und IX, StB S. 3486 bis 3530.

³⁷⁵ Nägele im HT 25. 11. 48.

³⁷⁶ HT 25. 11. 48.

³⁷⁷ StB S. 3652.

³⁷⁸ Ebd. S. 3745 und 3791 bis 3793. Man kam jedoch soweit überein, daß in jeder Woche je zwei Beratungen über den Reichstag und über die Grundrechte stattfinden sollten.

³⁷⁹ HT 3. 12. 48, S. 1340.

schen Hof und einen Teil von Westendhall mit 339:95 Stimmen abgelehnt wurde. Unter der verhältnismäßig kleinen Zahl von 95 Jasagern befanden sich außer Nägele nicht weniger als 13 Württemberger; nur sechs, darunter Minister Römer und sonderbarerweise Fürst Waldburg vertraten das Zweikammersystem,³⁸⁰ (Staatenhaus und Volkshaus).

In der Frage der Mitglieder des Staatenhauses (Paragraph 3) zeigte sich ganz deutlich die Abneigung der schwäbischen Volksvertreter gegen Preußen. Nachdem schon Gfrörer für Österreich dieselbe Mitgliederzahl wie Preußen, nämlich 40, und dazu noch den Vorsitz für „das alte Kaiserhaus“ gefordert hatte,³⁸¹ stellte Rödinger zusammen mit Nägele, Schott, Pfahler und Fetzer den partikularischen Antrag, das Stimmenverhältnis beim Plenum des Bundestags für das Staatenhaus anzunehmen, da es beim Staatenhaus nicht auf die Menge der Abgeordneten, sondern nur auf ein Verhältnis der Repräsentation des einen zu der des andern Staates ankommt. Preußen sollte also diesem Antrag nach gleich Württemberg nur vier Vertreter in das Staatenhaus entsenden.³⁸²

Nägele unterstützte aber neben diesem Antrag, welcher der individuellen Geltung anstatt der Einwohnerzahl Rechnung trug, noch einen anderen des Abgeordneten von Nauwerck, der Preußen und Österreich je 14 und Württemberg sechs Stimmen gewährte. Pfahler, Rödinger, Tafel, Fetzer und Frisch hatten ebenfalls unterzeichnet.³⁸³ Bekanntlich wurde jedoch der Vorschlag des Verfassungsausschusses, nach dem Preußen 40, Österreich 38, Bayern 16 und Württemberg 10 Stimmen erhielt, angenommen.³⁸⁴

Die in zweiter Lesung, nämlich am 26. März 1849, von österreichischer Seite erhobene Forderung, die Zahl der Staatenhausmitglieder Österreichs auf 40 zu erhöhen, fand unter den Schwaben nur noch bei Gfrörer, Pfahler, R. Mohl, Rheinwald, Schott, Tafel, Fürst Waldburg,

Wiest und Zimmermann Anklang; Nägele war auf das Gebaren der österreichischen Regierung hin – ablehnende Haltung gegenüber den Beschlüssen der Nationalversammlung und einer Volksvertretung – mißtrauisch geworden und versagte dem Antrag, der übrigens mit 289 gegen 232 Stimmen abgelehnt wurde, seine Zustimmung.³⁸⁵ So blieb es denn beim alten. Bei der Abstimmung über den Zusatzantrag des Verfassungsausschusses auf Erhöhung der Stimmen Bayerns, Sachsens, Hannovers, Württembergs und so weiter für den Fall, daß Österreich am Bundesstaat nicht teilnimmt,³⁸⁶ war die Meinung unter den württembergischen Abgeordneten ebenfalls geteilt. Die einen, welche die Eventualität des Nichtanschlusses Österreichs nicht aufkommen lassen wollten, nämlich Fetzer, Frisch, Gfrörer, M. Mohl, Pfahler, Tafel, Fürst Waldburg, Wiest und Zimmermann lehnten ab; Nägele dagegen und die meisten seiner Landsleute,³⁸⁷ nahmen den Vorschlag *aus Gründen der Zweckmäßigkeit* an, da sie es für notwendig hielten, daß das süddeutsche Interesse gegenüber dem norddeutschen, das heißt das Prinzip des Zollschatzes gegenüber dem Freihandel, gewahrt werde. Die Partei Nägeles siegte dann auch mit 290 gegen 231 Stimmen.³⁸⁸

Wenn das Zweikammersystem nun schon einmal zur Tatsache geworden war, so wollte die Linke dem Staatenhaus wenigstens starke Beschränkungen auferlegen. M. Mohl bekämpfte aufs heftigste den Entwurf des Verfassungsausschusses, wonach die Hälfte der Mitglieder durch die Regierungen und die andere Hälfte durch die Volksvertretungen gewählt werden sollte. Er verlangte Wahl der Mitglieder des Staatenhauses durch die Volksvertretungen,³⁸⁹ und als dieser³⁹⁰ und ein in derselben Richtung gehender Antrag Eisenstucks, dem die meisten Schwaben zugestimmt hatten, abgelehnt wurden,³⁹¹ trat er mit aller Energie gegen Paragraph 18, der Übereinstimmung beider Häuser zu ei-

³⁸⁰ StB S. 3612 bis 3617.

³⁸¹ Ebd. S. 3865.

³⁸² Ebd. S. 3845f.

³⁸³ Ebd. S. 3846.

³⁸⁴ Ebd. S. 3865f.

³⁸⁵ Ebd. S. 6011 bis 6014.

³⁸⁶ Ebd. S. 6015.

³⁸⁷ Nämlich Fallati, Federer, Haßler, Huck, R. Mohl, Nagel, Rheinwald, Rödinger, Römer, Schoder, Schott, Uhland, Vischer und Wurm.

³⁸⁸ StB S. 6015 bis 6018.

³⁸⁹ Ebd. s. S. 4041.

³⁹⁰ Ebd. S. 4049f.

³⁹¹ Antrag Eisenstuck mit 292:153 (StB S. 4050 bis 4054) und in 2. Lesung mit 325:188 Stimmen (StB S. 6019 bis 6021) abgelehnt.

nem gültigen Reichstagsbeschuß vorsieht, auf und beantragte außerdem, daß die Verwilligung des Reichsbudgets und aller Steuern und Matrikularbeiträge ausschließlich Sache des Volkshauses sei.³⁹² Sodann hatte der Deutsche Hof beantragt: *Jeder Beschluß des Staatenhauses wird gültiger Reichstagsbeschuß, sobald er vom Volkshaus angenommen ist. Jeder Beschluß des Volkshauses wird gültiger Reichstagsbeschuß, sobald er vom Staatenhaus angenommen ist. Widerspricht das Staatenhaus, so trifft das Volkshaus nach zweiter Beratung endgültige Entscheidung.*³⁹³ Auch dieser Antrag fiel, unterstützt von allen Württembergern, durch.³⁹⁴

Nicht ganz vergeblich war der Widerstand der Württemberger gegen das absolute Veto der Reichsregierung. Dieses wurde mit 267 gegen 207 Stimmen verworfen.³⁹⁵ Nägeles Hoffnung, das absolute Veto des Reichsoberhauptes möchte in ein suspensives, der aufhebende Machtanspruch des künftigen Kaisers in einen bloß aufschiebenden Einspruch verwandelt werden,³⁹⁶ verwirklichte sich, als ein in dieser Richtung gehender Antrag Fallatis mit 274 gegen 187 Stimmen angenommen wurde.³⁹⁷

Freilich, die Linke hatte noch auf größere Erfolge gehofft, denn Nauwerck hatte vorher zusammen unter anderem mit Nägele beantragt: *Stehen nach Ansicht der Reichsregierung der Ausführung eines Reichstagsbeschlusses Bedenken entgegen, so ist der Reichstag verpflichtet, den gefaßten Beschluß einer nochmaligen Beratung zu unterwerfen. Wird alsdann der Beschluß aufrechterhalten, so muß er von der Reichsregierung ausgeführt werden.*³⁹⁸

Dies³⁹⁹ war zusammen mit dem ebenfalls von Nägele unterstützten Antrag,⁴⁰⁰ dahingehend, daß die Reichsregierung die Reichstagsbe-

schlüsse auszuführen habe, von der Mehrheit abgelehnt worden.

1.2.3.2.6 Der Plan eines Reichsrats

Wie sehr die Linke bestrebt war, den Einfluß der Einzelregierungen auf die Reichsgewalt auszuschalten, zeigen die Verhandlungen über den Reichsrat. Der Abgeordnete Wigard beantragte am 26. Januar 1849, das von der Mehrheit des Verfassungsausschusses vorgeschlagene Institut eines Reichsrats nicht in die Verfassung aufzunehmen.⁴⁰¹ Aller Wahrscheinlichkeit nach wäre dieser Antrag auch zum Beschluß erhoben worden, wenn nicht die Mehrzahl der badischen Abgeordneten und ein Teil der Linken abwesend gewesen wären. So wurde der Antrag, dem alle anwesenden Württemberger zugestimmt hatten, mit 211 gegen 200 Stimmen abgelehnt.⁴⁰² In der zweiten Lesung, am 27. März 1849, wurde der Reichsrat mit 269 gegen 245 Stimmen beseitigt; Fallati, Federer, Mathy, Robert Mohl, Römer, Rümelin, Uhland und Wurm hatten diesmal für Beibehaltung gestimmt.⁴⁰³

1.2.3.2.7 Das Wahlgesetz

Ohne viel Kampfgeschrei hatte die Nationalversammlung am 15. Februar die beiden letzten Paragraphen (47 und 48) der Grundrechte verabschiedet, und am folgenden Tage trat sie in die Beratung über den vom Verfassungsausschuß vorgelegten Entwurf des Reichsgesetzes über die Wahlen der Abgeordneten zum Volkshaus ein. Paragraph 1 dieses Entwurfs lautete:⁴⁰⁴ *Wähler ist jeder selbständige, unbescholtene Deutsche, welcher das 25. Lebensjahr zurückgelegt hat.* Und Paragraph 2 hatte folgende Fas-

³⁹² StB S. S. 4071.

³⁹³ Ebd. S. 4066.

³⁹⁴ Ebd. S. 4072.

³⁹⁵ Ebd. S. 4100 bis 4105. Gfrörer, Hoffmann, Mathy, Rümelin, Fürst Waldburg und Wiest erwiesen sich als Anhänger des absoluten Vetos.

³⁹⁶ HT 14. 12. 48, S. 1381.

³⁹⁷ StB S. 4120 bis 4125. Fallatis Antrag lautet folgendermaßen: *Ein Beschluß des Reichstags, welcher die Zustimmung des Reichsoberhauptes nicht erlangt hat, darf in derselben Sitzung nicht wiederholt werden. Ist ein Beschluß vom Reichstag in drei ordentlichen Sitzungen nacheinander gefaßt worden, so wird er zum Gesetz, auch wenn die Sanktion des Reichsoberhauptes nicht erfolgt, sobald der Reichstag sich schließt.* Auch in 2. Lesung am 26. 3. 1849 wurde das absolute Veto, das der Ausschuß wieder eingebracht hatte, durch das suspensive ersetzt. (385:127 Stimmen, StB S. 6030 bis 6032).

³⁹⁸ Ebd. S. 4073.

³⁹⁹ Ebd. S. 4110 bis 4115.

⁴⁰⁰ Ebd. S. 4073 und 4105.

⁴⁰¹ Ebd. S. 4899.

⁴⁰² Ebd. S. 4899 bis 4901.

⁴⁰³ Ebd. S. 6067 bis 6069.

⁴⁰⁴ Ebd. S. 5218.

nung:^{404a} *Als nicht selbständig, also von der Berechtigung zum Wählen ausgeschlossen, sollen angesehen werden: 1) Personen, welche unter Vormundschaft oder Curatel stehen, oder über deren Vermögen Conkurs- und Fallitzustand gerichtlich eröffnet worden ist, und zwar letztere während der Dauer dieses Conkurs- und Fallitverfahrens; 2) Personen, welche eine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln beziehen, oder im letzten der Wahl vorhergegangenen Jahre bezogen haben; 3) Dienstboten; 4) Handwerksgehilfen und Fabrikarbeiter; 5) Tagelöhner.*

Der ungeheuerliche Antrag des Verfassungsausschusses, einer ganzen Bevölkerungsklasse, wie sie unter 2 Absatz 3, 4 und 5 vermerkt ist, das allgemeine Wahlrecht zu versagen, bot natürlich der Opposition Angriffspunkte genug, und es war denn kein Wunder, daß auch gleich eine Menge Verbesserungsanträge einliefen. Hatte schon ein Minoritätserachten bei Paragraph 1 die Worte *selbständig* und *unbescholten* streichen wollen, so traten weitere Minoritätserachten zu Paragraph 2 für Wegfall der Punkte 3), 4) und 5) ein, oder verlangten das Wahlrecht für die unter 3), 4) und 5) bezeichneten Personen, wenn diese Gemeindebürger sind, wenn sie Grundbesitz haben oder eigenen Haushalt führen.⁴⁰⁵ Die einzelnen Verbesserungsanträge gingen nun teils noch weiter, teils suchten sie, für den Fall, daß die Minoritätserachten verworfen und der Majoritätsantrag angenommen wurde, diesen zu verbessern. Ein solcher Verbesserungsantrag, der mit dem Minoritätserachten bezüglich der Punkte 3) und 4) und 5) zusammenfiel, ward auch von Nägele unterstützt.⁴⁰⁶ Außerdem hatte Nägele, falls Paragraph 2 des Majoritätsantrags angenommen würde, *um dem Rechts- und Ehrgefühl der arbeitenden Klassen einigermaßen zu genügen*, zu Punkt 4) zwischen *Handwerksgehilfen* und *und* folgenden Zusatz einzuschalten beantragt: *Handlungs-, Apotheker-, Schreiberei-, Forst-, Jagd-, Pfarr-, Lehrgehilfen*. Bei Punkt 5) schlug er vor: *Tagelöhner jeden Standes*.⁴⁰⁷

Ein weiterer Verbesserungsantrag Nägeles, der von 20 Abgeordneten unterstützt war, bezieht sich auf den 2. Punkt des Paragraphen 2. Er lautet: *Das Minoritätserachten 1⁴⁰⁸ unterscheidet sich von Nr. 2 des Minoritätsantrags dadurch, daß es 1) den Verlust des Wahlrechts statt im allgemeinen – von „ständiger Armenunterstützung“ abhängig gemacht, und 2) dadurch, daß es die Zeit des Genusses der Armenunterstützung statt auf das der Wahl vorhergegangene Jahr – auf die drei letzten Monate beschränkt.*

Für den Fall nun, daß diese beiden Punkte nicht getrennt zur Abstimmung kommen, oder das ganze Minoritätserachten verworfen würde, beantrage ich, im Majoritätsantrag unter Nr. 2 zu setzen statt „Armenunterstützung“ „ständige Armenunterstützung“.

Die Fassung *ständige Armenunterstützung* hatte zweifellos etwas für sich. Die allgemeine Bezeichnung *Armenunterstützung* konnte zum Beispiel in Württemberg sehr leicht mißdeutet werden, da man darunter sogar jede vorübergehende Unterstützung, wie zum Beispiel in den letzten schlimmen Jahren durch Frucht- und Holzgaben oft vorkam, verstehen konnte. Bei seinem Antrag ging Nägele von der Voraussetzung aus, daß das Minoritätserachten 1 vor dem Majoritätsantrag zur Abstimmung kommen werde. Dies traf jedoch nicht zu, und so wäre im Falle der Ablehnung des Majoritätsantrags (was Nägele sicher annahm) sein Antrag dem weitergehenden Minoritätsantrag im Wege gestanden. So nahm denn Nägele seinen Verbesserungsantrag wieder zurück, konnte ihn also nachdem der Antrag des Ausschusses für ihn überraschend angenommen, das Minoritätserachten somit gefallen war, nicht mehr zur Abstimmung bringen.⁴⁰⁹ Wohl wurden die ersten zwei Punkte von Paragraph 2 zwar unter Streichung des Wortes *selbständig* angenommen,⁴¹⁰ die letzten drei fielen jedoch zu Nägeles großer Freude durch.

Weitaus die meisten schwäbischen Volksboten waren für ein möglichst unbeschränktes

^{404a} Ebd. S. 5218.

⁴⁰⁵ Ebd. S. 5218.

⁴⁰⁶ Ebd. S. 5224.

⁴⁰⁷ Ebd. S. 5269.

⁴⁰⁸ *Von der Berechtigung zum Wählen sind ausgeschlossen: 1) wie im Entwurf des Ausschusses 2) Personen, welche eine ständige Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln beziehen oder eine solche noch in den letzten der Wahl vorhergegangenen drei Monaten bezogen haben.* StB S. 5218.

⁴⁰⁹ Vgl. Nägeles Bericht HT 23. 2. 49, S. 215.

⁴¹⁰ StB 5342 bis 5357.

Wahlrecht eingetreten, und zwar stimmten sie sogar gegen den Ausschluß von Personen, die eine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln beziehen. So endete nach langen Redeschlachten ein erbitterter Kampf. Bezeichnend ist das Riesenaufgebot von Verbesserungsanträgen – es werden etwa 70 gewesen sein – das vielleicht gerade eine Einigung erschwerte. Obwohl nun Nägele noch manche Änderung gewünscht hätte, wie zum Beispiel die Streichung des *sehr zweifelhaften Begriffs der Unbescholtenheit*, so war er mit dem Erreichten doch leidlich zufrieden. Sein Freude über die Niederlage des Verfassungsausschusses in wichtigen Punkten konnte er nur schlecht verbergen, und der Mißerfolg Gagerns, der sich ganz entschieden für den Antrag des Abgeordneten Beseler auf einen Zensus ausgesprochen hatte und *sein ganzes ministerielles Gewicht in die Waagschale zu legen versucht hatte*,⁴¹¹ befriedigte ihn ebenfalls.

Die Paragraphen 3 bis 11 des Gesetzentwurfs, die am 22. Februar beraten wurden, hatten nicht die Bedeutung der vorhergehenden; sie bezogen sich auf Festlegung der Begriffe der Bescholtenheit, Bestimmungen über die Wählbarkeit eines Abgeordneten und die Größe der Abstimmungsbezirke.

Bei den Paragraphen 3 und 4 blieb die Linke stets in der Minderheit.⁴¹² Bei Paragraph 5 fiel der von ihr unterstützte Antrag des Ausschusses, das Alter der Wählbarkeit zum Volkshaus von 25 auf 21 Jahre herabzusetzen, ebenfalls durch.⁴¹³ Nägele hatte sich natürlich auch hierfür eingesetzt, wie er sich dem Zusatz, daß jeder zum Volkshaus Wählbare mindestens drei Jahre einem deutschen Staat angehört habe, vergebens entgegengesetzt hatte.⁴¹⁴ Die Linke, wenigstens ein Teil derselben, fühlte eben hier wieder eine Spitze gegen ihre Lieblinge, die durch die Posen'sche Demarkationslinie zu Deutschland gekommenen Polen, welche nach diesem Be-

schluß zum nächsten Volkshaus nicht wählbar waren.

Daß Nägele das allgemeine Stimmrecht ohne allen Zensus, die direkte Wahl⁴¹⁵ und die geheime Abstimmung⁴¹⁶ befürwortete, bedarf wohl keiner näheren Ausführung.

Am 2. März 1849 wurde das ganze Wahlgesetz mit 256 gegen 194 Stimmen angenommen.⁴¹⁷ 17 von 20 anwesenden Württembergern hatten dem Gesetz zugestimmt, sogar Gfrörer, Hoffmann und Wiest, die bei den Einzelabstimmungen sich gegen das allgemeine und geheime Wahlrecht ausgesprochen hatten, waren bei der Majorität. Nur Fallati, Mathy und R. Mohl gehörten der Opposition an.

1.2.4 Die 2. Lesung der Grundrechte und die zurückgestellten Paragraphen

1.2.4.1 Adel und Titel

In der zweiten Beratung der Grundrechte blieben die Paragraphen 1 bis 6 ohne wesentliche Veränderung. Umgestaltet wurde dagegen Paragraph 7, wo der Ausschuß diesmal die Abschaffung der Titel, soweit sie nicht mit einem Amt verbunden sind, und das gleiche Waffenrecht beseitigte. M. Mohl schlug nun im Namen der Minderheit des Ausschusses nicht nur die alte Fassung des Paragraphen vor, – was übrigens nachher mit Ausnahme des gleichen Waffenrechts⁴¹⁸ auch angenommen wurde⁴¹⁹ – sondern brachte auch einen neuen Antrag auf endgültige Abschaffung des Adels ein, der aber mit 226 gegen 191 Stimmen verworfen wurde,⁴²⁰ ebenso wie ein solcher⁴²¹ des Abgeordneten von Trützschler: *Alle zur Bezeichnung des Adels dienenden Ausdrücke verlieren diese Bedeutung und werden vom Staat weder anerkannt noch gebraucht*. Dagegen wurde der Antrag: *Alle Standesvorrechte sind aufgehoben; der Adel als Stand ist abgeschafft* mit 225 gegen 211 Stimmen zum Beschluß erhoben.⁴²² Nägele hatte al-

⁴¹¹ HT 23. 2. 49, S. 215.

⁴¹² StB S. 5378 bis 5388.

⁴¹³ Ebd. S. 5399.

⁴¹⁴ Ebd. S. 5399 bis 5401.

⁴¹⁵ StB S. 5337.

⁴¹⁶ Minoritätsantrag, der mit 249 gegen 218 Stimmen angenommen wurde. StB S. 5332 bis 5334.

⁴¹⁷ Ebd. S. 5556 bis 5559.

⁴¹⁸ Die Wiedereinführung des gleichen Waffenrechts wurde mit 265 gegen 167 Stimmen verworfen. Ebd. S. 3930 bis 3934.

⁴¹⁹ Mit 253 gegen 170 Stimmen, ebd. S. 3915 bis 3920.

⁴²⁰ Ebd. S. 3901 bis 3905.

⁴²¹ Ebd. S. 3906 bis 3910. Abgelehnt mit 259 gegen 179 Stimmen.

⁴²² Ebd. S. 3910 bis 3915.

le erwähnten Anträge bejaht, desgleichen den auf Abschaffung der Orden.⁴²³

Obwohl nun der Sieg der Linken bei den eben erwähnten Abstimmungen kein vollständiger war, so zeigte sich Nägele über das, was von seiner Seite aus erreicht wurde, doch höchlichst zufrieden. *Dieser gestellte Sieg der Linken, so sagt er darüber,⁴²⁴ hat einen wohltuenden Eindruck gemacht und wie ein erfrischender Luftzug in der schwülen niederdrückenden Atmosphäre der Nationalversammlung gewirkt.* Besondere Freude äußert er über die Abschaffung des Adels als Stand und hofft, daß nun auch der Name als Lächerlichkeit verschwindet.

1.2.4.2 Unterricht und Erziehung

Zu Artikel VI, das Unterrichts- und Erziehungswesen betreffend, war eine große Anzahl von Verbesserungsanträgen gestellt worden. Verworfen wurden die von der Linken gestellten Anträge, welche die Schule zur Staatsanstalt erklären wollten.⁴²⁵ Auch der Vorschlag Nägeles, die Bestimmungen, inwieweit die Gemeinden und Stiftungen zu den Schulkosten beizutragen haben, der Gesetzgebung der Einzelstaaten überlassen und Unbemittelten freien Schulunterricht gewähren wollte,⁴²⁶ drang nicht durch.

1.2.4.3 Vereinsrecht

In der Frage der Vereinsbildung ist bemerkenswert, daß der Antrag, die Jesuiten für alle Zeiten aus dem Reichsgebiet auszuschließen, von der Rechten und einem Teil der Linken mit 262 gegen 140 Stimmen verworfen wurde.⁴²⁷

Diese Abgeordneten der Linken stimmten wohl deshalb gegen den Vorschlag, weil sie ihn als eine Polizeivorschrift und eine Beschränkung des Assoziationsrechts betrachteten. Die Haltung der Schwaben in dieser Abstimmung war sehr verschieden. Leute wie der Pietist Hoffmann, Tafel, Uhland und Zimmermann stimmten mit den Ultramontanen und Konservativen. Nägele und noch zehn seiner Landsleute, darunter M. Mohl, Römer und Vischer konnten sich hierzu nicht entschließen.

1.2.4.4 Feudalrechte

Wiederum abgelehnt wurde am 19. Dezember der Antrag auf unentgeltliche Aufhebung der Bann- und Zwangsrechte⁴²⁸ und der auf Abschaffung der Blut- und Neubruchzehnten.⁴²⁹ Die Hoffnung, die Nägele in dieser Frage auf die 2. Abstimmung gesetzt hatte,⁴³⁰ ist somit nicht in Erfüllung gegangen.

Am 20. Dezember wurde die 2. Lesung der Grundrechte zum Abschluß gebracht und am folgenden Tag das Einführungsgesetz zu den Grundrechten verabschiedet. Die äußerste Rechte hatte durch den Abgeordneten Combart-München der Nationalversammlung das Recht abgesprochen, die Grundrechte ohne Vereinbarung mit den Regierungen verkünden zu dürfen. Natürlich fand Combart, der, wie Nägele hierzu bemerkt, mit sehr viel Selbstüberwindung von seiten des noch die Prinzipien des März festhaltenden Teils der Versammlung angehört wurde,⁴³¹ mit seinem Antrag auf Vereinbarung der Einführung der Grundrechte mit den einzelnen Regierungen keine große Gegenlie-

⁴²³ Abgelehnt mit 239 gegen 194 Stimmen, ebd. S. 3920 bis 3925. Interessant ist eine Statistik über die Stellungnahme der württembergischen Abgeordneten in der Abstimmung über Paragraph 7 der Grundrechte, welche die überwiegend demokratische Gesinnung der Schwaben offenbart:

Antrag auf	angenommen von	abgelehnt von
Abschaffung des Adels	19 Abgeordneten	3 (Gfrörer, Rümelin, Wiest)
Antrag Trützscher (siehe oben)	18 Abgeordneten	4 (Gfrörer, Mathy, Rümelin, Wiest)
Abschaffung des Adels als Stand	18 Abgeordneten	3 (Gfrörer, Mathy, Rümelin)
Abschaffung des Adels als Titel	17 Abgeordneten	4 (Gfrörer, Mathy, Rümelin, Wiest)
Abschaffung von Orden	20 Abgeordneten	2 (Mathy, Rümelin)
Gleiches Waffenrecht	17 Abgeordneten	6 (Gfrörer, Mathy, M. und R. Mohl, Rümelin, Wiest)

⁴²⁴ HT 8. 12. S. 1359.

⁴²⁵ StB S. 4146.

⁴²⁶ Ebd. S. 4166f.

⁴²⁷ Ebd. S. 4179 bis 4183. Der Ausschluß der Jesuiten war ja in den neueren Entwurf nicht aufgenommen.

⁴²⁸ Ebd. S. 4266f.

⁴²⁹ Ebd. S. 4271.

⁴³⁰ MB 20. 10. 48.

⁴³¹ HT 23. 12., S. 1415.

be; mit 334 gegen 69 Stimmen wurde der Antrag abgelehnt.⁴³² Eine Genugtuung für Nägele war, daß sich unter den Abgeordneten, die den Antrag unterstützten, kein Württemberger befand.

1.2.4.5 Steuern

Am 8. Februar 1849 begann in der Paulskirche die Lesung der noch rückständigen Paragraphen der Grundrechte. Die letzteren waren jedoch von weit geringerer Bedeutung wie die bereits veröffentlichten. Von Wichtigkeit ist Paragraph 20, der die Bevorzugung einzelner Stände und Güter bei der Besteuerung aufhebt.

Die breite Masse des württembergischen Volkes litt neben der herrschenden Übervölkerung unter der starken Überbürdung mit Lasten, und nicht erst in den Märztagen war Württemberg mit seinem Mangel an Fabriken und seiner Masse beschäftigungsloser Arbeiter ein Herd von sozialen und auch kommunistischen Gedanken.^{432a} Es war dennoch im Sinne weiter Kreise des Schwabenvolkes, wenn die Linke des Verfassungsausschusses, darunter auch Römer, ein Minoritätserachten zu Paragraph 30 stellte,⁴³³ das 1) Aufhebung aller auf den notwendigsten Lebensmitteln haftenden Abgaben, 2) Einführung einer fortschreitenden Einkommensteuer und 3) Einführung von Kreditanstalten bezweckte. Nägele unterstützte zusammen mit 17 Genossen den Antrag Rheinwalds auf Besteuerung der Zivilisten und Apanagen⁴³⁴ und beantragte als Handwerker, dem 3. Minoritätsgutachten, wonach die Reichs- und Staatengesetzgebung für die arbeitenden und gewerbetreibenden Klassen zu sorgen hätte, den Zusatz *durch wirkamen Schutz der deutschen Arbeit gegen fremde Mitbewerbung* beizufügen.⁴³⁵

Alle drei Minoritätsgutachten mitsamt den Verbesserungsanträgen zu Paragraph 30 wurden jedoch von der Versammlung abgelehnt,⁴³⁶ das heißt nicht in die Grundrechte aufgenommen, und zwar mit Recht, denn Anträge auf eine bestimmte Art der Besteuerung, Errichtung von

Kreditanstalten und auf Schutz der Arbeit gehören nicht in die Grundrechte, sondern in die betreffenden Gesetze. Neben Nägele wollten noch neun Württemberger die Minderheitsgutachten in die Grundrechte aufgenommen wissen, während acht gegen die Aufnahme stimmten.⁴³⁷

1.2.4.6 Gemeinderecht

Der letzte bedeutende Abschnitt der Grundrechte ist Paragraph 43, der die Grundrechte der Gemeinden festlegt. Er lautet im Entwurf des Verfassungsausschusses folgendermaßen:⁴³⁸ *Jede deutsche Gemeinde hat als Grundrecht ihrer Verfassung: a) Die Wahl ihrer Vorsteher und Vertreter, b) die selbständige Verwaltung ihrer Gemeindeangelegenheiten mit Einschluß der Ortspolizei, c) die Veröffentlichung des Gemeindehaushalts, d) Öffentlichkeit der Verhandlungen, soweit die Rücksichten auf besondere Verhältnisse es gestatten, e) allgemeine Bürgerwehr.*

Dieser Paragraph war gerade in Württemberg, wo das Schreiberunwesen jede Regung selbständigen Gemeindelebens erstickt hatte, von besonderer Wichtigkeit; er ging aber den meisten schwäbischen Abgeordneten nicht weit genug, denn von 22 Württembergern stimmten 19, darunter auch Nägele, für das von den linksgerichteten Mitgliedern des Verfassungsausschusses eingebrachte Minoritätserachten zu Punkt a), welches den Ausschluß des Bestätigungsrechts der Staatsbehörde bei der Wahl der Gemeindevorsteher und -vertreter verlangte. Dieser Antrag wurde am 9. März 1849 mit 252 gegen 188 Stimmen verworfen.⁴³⁹ Schon vorher, am 18. Februar, hatte Nägele zwei Verbesserungsanträge unterstützt, die auf eine Erweiterung der Rechte der Gemeinden abzielten, jedoch von der Mehrheit verworfen wurden.⁴⁴⁰

1.2.4.7 Volksbewaffnung

Die vier ersten der vom Verfassungsausschuß beantragten Punkte wurden nach kurzer Debatte angenommen. Schwierigkeiten bereitete je-

⁴³² StB S. 4309 bis 4313.

^{432a} Vgl. hierüber *Schnurre* S. 29f.

⁴³³ StB S. 5190.

⁴³⁴ Ebd. S. 5104.

⁴³⁵ Ebd. S. 5104.

⁴³⁶ Rheinwald hatte seinen Antrag zurückgezogen. Ebd. S. 5146.

⁴³⁷ Ebd. S. 5143 bis 5145.

⁴³⁸ Ebd. S. 5151.

⁴³⁹ Ebd. S. 5615ff.

⁴⁴⁰ Anträge von Fetzer und Werthmüller. Ebd. S. 5157 und 5167.



Deutschland mit oder ohne Österreich?
Eines der Hauptprobleme von 1848/49.

doch Punkt e), der eine der wichtigsten Zeitfragen, die allgemeine Bürgerwehr behandelte. Während die Linke die vier ersten vom Verfassungsausschuß vorgeschlagenen Punkte bekämpfte, das heißt die Rechte der Gemeinden erweitern wollte, unterstützte sie in der Frage der Bürgerwehr den Ausschußantrag, nachdem der auch von Nägele und 18 andern Abgeordneten befürwortete Antrag Rödigers, der anstatt *allgemeine Bürgerwehr eine allgemeine Bewaffnung und das Recht, einen Teil der allgemeinen Volkswehr zu bilden* vorsah,⁴⁴¹ abgelehnt worden war.⁴⁴² Aber auch der Ausschußantrag fand keine Mehrheit und Punkt e) mußte gestrichen werden.

1.2.4.8 Landesverfassungen

Die Paragraphen 45 und 46 (Artikel X) der Grundrechte, die am 13. Februar zur Beratung kamen, handelten von der Volksvertretung der einzelnen Staaten. Bei beiden Paragraphen, die folgenden Wortlaut hatten: *Jeder Staat muß eine Verfassung mit Volksvertretung haben* (Paragraph 45) und *Die Volksvertretung hat eine entscheidende Stimme bei der Gesetzgebung und Besteuerung* (Paragraph 46), suchte die Linke die Befugnisse der Volksvertretung möglichst zu erweitern. So beantragte unter anderem der Abgeordnete Gulden den Zusatz:⁴⁴³ *Das Veto der Staatsregierungen gegen die Beschlüsse der Volksvertretung kann nur ein beschränktes sein* und Rödinger schlug vor:⁴⁴⁴ *Die Feststellung der Verfassungsform eines jeden deutschen Staats ist Sache der Volksvertretung, wobei dem Staatsoberhaupt eine aufschiebende Ablehnung (suspensives Veto) zusteht.* Sodann wünschte Uhland noch, daß keine Regierung eine Landesverfassung einseitig geben oder abändern dürfe. Alle diese drei Anträge wurden jedoch abgelehnt,⁴⁴⁵ der Entwurf des Ausschusses dagegen angenommen. Genau so wie den drei erwähnten Anträgen der Linken ging es einem solchen von M. Mohl, demgemäß keine direkte oder indirekte Steuer ohne periodische Bewilligung der Volksvertreter erhoben werden dürfe.⁴⁴⁶ Bei all

diesen Anträgen, die nur als die wichtigsten angeführt sind, war Nägele natürlich bei der bejahenden Minderheit.

1.2.5 Die deutsche Frage

Gleich zu Beginn des Jahres 1849 war die Nationalversammlung in die Beratung einer sehr wichtigen Frage eingetreten, in die Beratung des Verhältnisses Österreichs zum Reich.

1.2.5.1 Das Gagernsche Programm

Heinrich von Gagern, der nach dem Rücktritt des Österreichers Schmerling (15. Dezember 1848) die Ministerpräsidentschaft übernommen hatte, entwickelte schon am 18. Dezember vor der Nationalversammlung sein Programm. Dieses ging von der Annahme aus, daß Österreich gemäß der Kremsier Erklärung⁴⁴⁷ nach den bisher gefaßten Beschlüssen als in den zu errichtenden deutschen Bundesstaat nicht eintretend zu betrachten sei. Das Unionsverhältnis Österreichs zu Deutschland müsse daher durch eine besondere Unionsakte geregelt werden, über die Verhandlungen einzuleiten seien, deren Gegenstand aber die schleunigst zu beendende Verfassung des deutschen Bundesstaats nicht sein dürfe. Gagern erbat nun von der Nationalversammlung die Ermächtigung, zu dem genannten Zweck die gesandtschaftliche Verbindung mit Österreich namens der Zentralgewalt anzuknüpfen. In ihrer Stellung zu dem Gagernschen Programm spaltete sich die Nationalversammlung in zwei große Parteien. Auf der einen Seite standen die Gesinnungsgenossen Gagerns, die Kleindeutschen, deren Ziel eine Verfassung für Deutschland ohne Österreich in strafbarer bundesstaatlicher Form und das preußische Erbkaisertum war. Die andere Partei war die der Großdeutschen, welche unter Führung Schmerlings jede Verfassung ohne Beteiligung Österreichs ablehnte. Zu ihr gehörten viele Österreicher und Nichtösterreicher, welche auf die Einigung aller deutschen Stämme hinzielten, sodann

⁴⁴¹ Ebd. S. 5157.

⁴⁴² Ebd. S. 5168.

⁴⁴³ Ebd. S. 5187.

⁴⁴⁴ Ebd. S. 5190.

⁴⁴⁵ Antrag 1 und 246 gegen 119 (Ebd. S. 5187 bis 5190), Antrag 3 mit 303 gegen 199 (Ebd. S. 5190 bis 5192) abgelehnt. Antrag 2 ohne namentliche Abstimmung abgelehnt. (Ebd. S. 5190).

⁴⁴⁶ Ebd. S. 5195 bis 5198; mit 229 gegen 176 Stimmen abgelehnt.

⁴⁴⁷ Die Erklärung des österreichischen Ministerpräsidenten Schwarzenberg auf dem Reichstag zu Kremsier vgl. *Stern* VII, S. 286.

auch Partikularisten und Ultramontane. Die Linke des Parlaments stand den Großdeutschen in ihrer Bekämpfung des Gagernschen Programms getreulich zur Seite, unterschied sich aber in ihren positiven Ansichten von ihnen.⁴⁴⁸

Österreich protestierte übrigens gegen die Gagernsche Auslegung der Kremsier Erklärung, wonach die Donaumonarchie gegen einen deutschen Bundesstaat, dem sie selbst fernbleibe, nichts einzuwenden habe und behielt sich vor, in dem neuen Staatsgebilde *seine aus der naturgemäßen Entwicklung tausendjähriger Verhältnisse hervorgegangene Stelle* zu behaupten.⁴⁴⁹

Am 11. Januar 1849 begann in der Paulskirche die Aussprache über das Programm Gagerns.⁴⁵⁰ Nach großen Redeschlachten, an denen ursprünglich 94 Redner teilnehmen sollten,⁴⁵¹ siegte am 13. Januar der Ministerpräsident, nachdem er sich verpflichtet hatte, *sich dem Beweis der Möglichkeit eines Eintritts Österreichs in den Bundesstaat nicht verschließen zu wollen*.⁴⁵² Manche Gegner des Programms, denen vor einer neuen Regierungskrise bange war, gehörten letzten Endes zu den 261 Abgeordneten, welche die Erklärung Gagerns billigten.⁴⁵³ Der Opposition, die 224 Stimmen aufgebracht hatte, gehörten die meisten Württemberger,⁴⁵⁴ darunter auch Nägele an, der mit vielen Abgeordneten seine feierliche Verwahrung gegen den Mehrheitsbeschluß zu Protokoll gab.⁴⁵⁵ Obwohl er feststellte, daß weder bei Österreich noch bei Preußen eine ehrliche offene Hingabe an das deutsche Vaterland vorhanden sei und daß es sich lediglich um die Haus- und Hofpolitik von Habsburg und Hohenzollern handle,⁴⁵⁶ so lehnte er doch den Ausschluß Österreichs aus dem deutschen Staatenverband ab. Durch Extrablatt⁴⁵⁷ verkündete das „Heilbronner Tagblatt“ die Botschaft Nägeles vom Ergebnis der Sitzung, die nach des Berichterstatters Worten *eine der denkwürdigsten in der Geschichte des deutschen Parlaments* war.⁴⁵⁸ Blutenden Herzens

beklagt er den Schlag gegen die Reichsverfassung und bedauert es, daß Österreich in der deutschen Staatengemeinde nur als Beisitzer vertreten ist, während es für sich selbst einen eigenen „Gemeindeverband“ bildet. Er bezeichnet es als Inkonsequenz, wenn man einem Beisitzer Sitz und Stimme im Rat der Bürger einräumt, gleichzeitig aber seine etwaige Wahl zum Vorstand für unzulässig erklärt. So erscheint ihm denn Gagerns Plan, die Österreicher ruhig in der Nationalversammlung zu belassen, aber nicht zu dulden, daß Österreich an die Spitze Deutschlands gelangt, ganz ungeheuerlich. Die Abgeordneten aus Österreich, so prophezeit Nägele, werden wohl nur noch vorübergehend das Gastrecht in Frankfurt genießen; sobald wie möglich wird man ihrer los zu werden versuchen. Um dieses Vorhaben zu verhindern, appelliert nun Nägele an die Deutschösterreicher. Diese sollen sich wie ein Mann hinter ihre Abgeordneten, die nur der Gewalt weichen wollten, stellen. Sein Mahnruf gilt überhaupt der ganzen Nation, die nicht dulden soll, daß *ein gesundes und lebenskräftiges Glied* – nämlich Österreich – *vom Körper des Reichs abgetrennt* werde. *Das ganze Deutschland soll es sein! Ist dieser Ruf nicht Gottes Stimme – ist es möglich, daß des Deutschen Vaterland abermals durch Fürstehand zerklaut werde?* Mit diesen Worten fordert Nägele das deutsche Volk auf, sich zu erheben. *Strafe sie Lügner, die Pharisäer und Schriftgelehrten und alle die schwachen, wenn auch redlichen Seelen, welche aus sozialen Zweckmäßigkeitsgründen das Prinzip verleugnen, das Mandat vergessen, welches sie vom Volk erhalten haben. Deutsches Vaterland, erhebe Dich noch einmal ernst und feierlich zur Strafe für Deinen Dichter, der in der verflossenen Nacht Dich, seinen Herrn und Meister, vor der Magd des Hohepriesters verleugnet hat!*⁴⁵⁹

So sprach ein Demokrat vom Schlage Nägeles über das Gagernsche Programm.

⁴⁴⁸ Nach Stern.

⁴⁴⁹ Ebd. VII, S. 320.

⁴⁵⁰ StB S. 4539.

⁴⁵¹ 19 kamen jedoch nur zum Wort, und zwar sprachen 12 gegen 7 für das Programm (Bericht Nägeles HT 13. 1. 49, S. 37).

⁴⁵² Stern VII, S. 321.

⁴⁵³ StB S. 4666ff.

⁴⁵⁴ Für das zweite Programm stimmten Fallati, Federer, Hoffmann, Mathy, R. Mohl, Rümelin und Wurm. Hentges, Murschel und Römer waren abwesend.

⁴⁵⁵ StB S. 4668f.

⁴⁵⁶ HT 14. 1. 49, S. 41.

⁴⁵⁷ Vom 13. 1. 1849 halb acht Uhr nachmittags.

⁴⁵⁸ HT 17. 1. 49, S. 49.

⁴⁵⁹ Ebd. S. 49.

1.2.5.2 Das Reichsoberhaupt

Zwei Tage nach der Abstimmung über die österreichische Frage stand in der Paulskirche ein weiterer Verfassungsabschnitt, nämlich der über das Reichsoberhaupt, auf der Tagesordnung. Bis zum 25. Januar waren 31 Redner zu Wort gekommen; 13 von ihnen forderten einen preußischen Erbkaiser, sechs einen Präsidenten, drei ein Direktorium und so weiter. Zwei große Gegensätze trennten die Versammlung, nämlich der zwischen Großdeutschen und Kleindeutschen und der zwischen Monarchisten und Republikanern. Als einziger Württemberger, der die kleindeutsche Lösung befürwortete, trat Gustav Rümelin auf.⁴⁶⁰

Nägeles Standpunkt in der Oberhauptfrage ist uns schon von früher her bekannt. Äußerungen wie *Das Wort Reichsoberhaupt, aus welchem man den Kopf eines Kaisers herausgucken sieht . . .*,⁴⁶¹ oder *ein Bundesstaat mit monarchischer Spitze ist eine Unmöglichkeit, welche auch die Deutschen mit samt ihren gelehrten Professoren nicht möglich machen können*,⁴⁶² zeigen doch nur zu deutlich die Ablehnung des Kaisertums, speziell des erblichen preußischen. Einem gewählten Kaiser allerdings steht Nägele nicht unbedingt ablehnend gegenüber, denn vor der Abstimmung äußerte er sich noch, daß die Linke in erster Linie für ein auf bestimmte Zeit gewähltes Reichsoberhaupt, das nicht zugleich Regent eines Staates sein kann, stimmen werde, eventuell aber auch für einen durch die Nationalversammlung auf sechs oder auch auf zehn Jahre zu wählenden Kaiser. Ein solcher Kaiser würde sich allerdings von einem Präsidenten oder dergleichen nur durch den Titel unterscheiden und hätte mit dem von den Kleindeutschen gewünschten Kaiser nichts gemein.

Wie das Erbkaisertum so wurde auch das Direktorium von Nägele, desgleichen von allen seinen Landsleuten, verworfen.⁴⁶³

Desgleichen fand der Antrag des Abgeordneten Welcker, welcher lautet: *Die höchste Regierungsgewalt wird den Regenten derjenigen drei*

Einzelstaaten, welche die größte Volkszahl haben, in der Art gemeinschaftlich übertragen, daß die Ausübung derselben von sechs zu sechs Jahren unter ihnen wechsle und daß für Verhinderungsfälle jeder von ihnen als Stellvertreter des anderen Reichsverweser sei, bei den Schwaben keine Unterstützung. Das Abstimmungsergebnis bewies, daß die Versammlung eine einheitliche Spitze wünschte und so beantragte denn die äußerste Linke: *Die Ausübung der Regierungsgewalt wird einem Reichsoberhaupt übertragen. Wählbar ist jeder Deutsche*. Dieses Minoritäts-erachten wurde mit 339 zu 122 Stimmen der „entschiedenen Linken“, wie Nägele zu sagen beliebte, abgelehnt.⁴⁶⁴ Nägele war wie die meisten seiner Landsleute bei der Minorität. Nachdem noch zwei ähnliche Anträge ebenfalls verworfen worden waren, wurde der Antrag der Majorität des Verfassungsausschusses: *Die Würde des Reichsoberhauptes wird einem der regierenden deutschen Fürsten übertragen* mit 258 gegen 211 Stimmen zum Beschluß erhoben.⁴⁶⁵ Acht Abgeordnete aus Württemberg hatten mit ja geantwortet, vier (Gfrörer, Huck, Fürst Waldburg und Wiest) stimmten nur deshalb vorderhand mit nein, weil das Verhältnis zu Österreich noch nicht so geordnet sei, um die Frage über das Reichsoberhaupt endgültig entscheiden zu können;⁴⁶⁶ mit andern Worten, sie wollten eine Übertragung der Würde des Reichsoberhauptes an einen nicht österreichischen Monarchen verhindern. Dies galt natürlich für das „Nein“ Nägeles nicht; seine Ablehnung galt jedem deutschen Fürsten, den Kaiser von Österreich inbegriffen, denn er wollte einen Präsidenten. Das Abstimmungsergebnis kam ihm keineswegs überraschend, ja er wunderte sich, daß die Minorität so stark war, zumal ja sogar Abgeordnete der Linken mit „ja“ gestimmt hatten, um endlich einmal ein positives Resultat in der Oberhauptfrage herbeizuführen. Alle Hoffnung setzte Nägele fortan auf die zweite Abstimmung, deren Ergebnis, je nachdem sich das Verhältnis zu Österreich gestaltete, ein anderes sein werde.⁴⁶⁷ Daß er hier im Irrtum war und daß sein Optimismus zu groß war, mag beiläufig erwähnt werden.

⁴⁶⁰ Ausführlich hierüber bei Schnurre S. 81ff.

⁴⁶¹ Bericht Nägeles HT 2. 11. 48, S. 1229.

⁴⁶² HT 18. 11. 48, S. 1291.

⁴⁶³ StB S. 4793 bis 4796.

⁴⁶⁴ Ebd. S. 4800ff.

⁴⁶⁵ Ebd. S. 4802 bis 4805.

⁴⁶⁶ Ebd. S. 4805.

⁴⁶⁷ HT 21. 1. 49, S. 85.

Entscheidend für das Schicksal des ganzen Abschnitts war die Ablehnung des Minoritätserachtens, welches Erbllichkeit der Reichsoberhauptwürde forderte. Wiederum kämpften hier die Großdeutschen zusammen mit der Linken gegen die Kleindeutschen, und diese erlagen dem Angriff der vereinten Gegner.⁴⁶⁸ 20 Schwaben sprachen sich gegen die Erbllichkeit aus und nur sechs dafür.

Nachdem nun einmal die monarchische Spitze zur Tatsache geworden war, war es das Bestreben der schwäbischen Demokraten, an der Schmälerung der Machtbefugnisse des Oberhauptes tüchtig mitzuarbeiten. Unter denjenigen Abgeordneten, die das Reichsoberhaupt auf sechs Jahre gewählt haben wollten, befand sich neben 18 andern Württembergern auch Nägele, der, nachdem dieser Antrag mit 264 gegen 196 Stimmen durchgefallen war,⁴⁶⁹ auch dem Vorschlag auf dreijährige Amtsdauer seine Zustimmung gab.⁴⁷⁰ Aber auch hier hatte die Linke kein Glück, wie auch ihr Widerstand gegen Paragraph 2: *Das Reichsoberhaupt führe den Titel Kaiser* vergeblich war.⁴⁷¹ Mit neun Stimmen Mehrheit wurde der Paragraph angenommen.⁴⁷² 20 Württemberger hatten ihn bekämpft und 14 unter der Gesamtzahl von 136 verwarfen den Paragraphen 7, der dem Kaiser das Recht, Krieg zu erklären und Frieden zu schließen, erteilt.⁴⁷³

Die Abstimmung der württembergischen Abgeordneten zeigt, daß sich die Anschauungen seit den März- und Apriltagen des Jahres 1848 wesentlich verändert hatten. Mancher Schwabe war in der Wahlzeit noch getreuer Anhänger der konstitutionellen Monarchie, und später in der Paulskirche stimmte man für Präsident und Republik. Zu diesen Leuten ist Ferdinand Nägele wohl nicht zu rechnen. Wenn auch seine Stellung zu der Frage Monarchie oder Republik vor seinem Eintritt in die Nationalversammlung nicht

eindeutig festgestellt werden kann, da er über diesen Punkt sehr vorsichtig zu seinen Wählern sprach, so scheint doch ein inneres Hinneigen zur Republik schon im Frühjahr 1848 – wenn nicht noch bald – wahrscheinlich. Das eine steht fest, daß Nägele – sollte er um die Wahlzeit noch schwankend gewesen sein – mit seiner immer wiederkehrenden Betonung der Volkssouveränität der Republik näher gestanden ist als der konstitutionellen Monarchie.⁴⁷⁴

Durch die vom 4. März 1849 datierte Verfassungsurkunde hatte Kaiser Franz Josef ein streng zentralistisches Gesamtösterreich geschaffen; er verlangte nun unter gleichzeitiger Ablehnung der von der Nationalversammlung beschlossenen Verfassung den Eintritt des ganzen Kaiserstaats in den Deutschen Bund.⁴⁷⁵

1.2.5.3 Der Welckersche Antrag

Auf diese Mißachtung der Nationalversammlung hin stellte am 12. März zur allgemeinen Überraschung der seither so großdeutsch gesinnte badische Abgeordnete Karl Welcker den dringlichen Antrag, den Verfassungsentwurf durch einen einzigen Gesamtbeschluß anzunehmen und die erbliche Kaiserwürde dem König von Preußen zu übertragen.⁴⁷⁶

Nägeles Entsetzen über dieses Gebaren eines Großdeutschen, welches letzteres die ganze Versammlung *duselig* gemacht und eine ungeheure Aufregung hervorgebracht habe, war natürlich groß.⁴⁷⁷ Auf so etwas war er nicht gefaßt gewesen, und diese *Metamorphose* brachte bei ihm *die Wirkung eines russischen Dampfbades hervor*. Als er den Namen Welcker gehört hatte und gleich darauf dessen Vorschlag, hatte er *vollauf zu tun*, um mit sich selbst *ins reine zu kommen*, und er war im Zweifel, ob er recht gehört habe und noch bei gesundem Sinne war.

⁴⁶⁸ Das Minoritätserachten wurde mit 263 gegen 211 Stimmen abgelehnt. StB 4851ff.

⁴⁶⁹ Ebd. S. 4859 bis 4862. Schuld an dieser Niederlage war ein Teil der Ultramontanen und der äußersten Linken, die, nachdem sie die Erbllichkeit abgelehnt hatten, diesen Antrag nicht unterstützten.

⁴⁷⁰ Mit 305 gegen 120 Stimmen abgelehnt. Vgl. StB S. 4862 bis 4865.

⁴⁷¹ StB S. 4870 bis 4873.

⁴⁷² Mit 314 gegen 205 Stimmen.

⁴⁷³ Angenommen mit 480 gegen 136 Stimmen. StB S. 4882ff.

⁴⁷⁴ Th. Schnurres Behauptung, als ob Nägele im Wahlkampf noch für die konstitutionelle Monarchie eingetreten wäre, läßt sich nicht nachweisen. Die Wahlversammlungsberichte im Schwäbischen Merkur, auf die Schnurre verweist, berechtigen zu einer Schlußfolgerung nicht, da in der erwähnten Zeitung überhaupt keine Berichte über Nägeles Wahlreden abgedruckt sind.

⁴⁷⁵ Vgl. hierüber *Stern* VII, S. 323ff.

⁴⁷⁶ StB S. 5666.

⁴⁷⁷ HT 13. 3. 49, S. 269.

Die Wandlung Welckers vom Großdeutschen zum preußischen Erbkaiserlichen, die, wie Nägele bitter bemerkt,⁴⁷⁸ den Preußen Anlaß gab, diesmal die Paulskirche mit freudestrahlenden Mienen zu verlassen, brachte wiederum eine Einheitsfront der gesamten Linken und der Großdeutschen zustande. Damit war das Schicksal des Antrags, dessen Annahme übrigens der Verfassungsausschuß am 17. März empfohlen hatte,⁴⁷⁹ von vornherein besiegelt und die Champagnerflaschen der Schwarz-Weißen hatten zu Nägeles Befriedigung tatsächlich zu früh geknallt.⁴⁸⁰

Schon am 13. März war nämlich nach einer preußenfeindlichen Rede von M. Mohl der Antrag des Abgeordneten Bauer-Bamberg auf Vertagung der Angelegenheit gegen die Linke und die Großdeutschen unterlegen,⁴⁸¹ was Nägele zu der Feststellung veranlaßte, daß Welcker ziemlich vereinzelt ins Lager seiner früheren Gegner übergegangen sei. Zugleich verschweigt aber Nägele auch die Tatsache nicht, daß die Lage derjenigen, die ein ganzes Deutschland wollen, durch das Benehmen der österreichischen Regierung eine immer schwierigere und hoffnungslosere wird. Die Absichten Österreichs, die auf ein Direktorium mit „Staatenkammer“ aber ohne Volkshaus hinauslaufen, bringen den schwäbischen Demokraten zu dem Eingeständnis, daß unter solchen Umständen Österreich momentan für uns verloren ist. *Die Kabinette von Berlin und Olmütz, so ruft Nägele aus, sind sich einig in der Zurückführung des alten Bundestags . . . Es ist vorauszusehen, daß der Erb- oder Wahlkaiser entweder tot geboren wird oder in zwei Hälften zerreißt und in dieser verzweifelten Lage, in welche das Volk durch die doktrinären Verhandlungen seiner Professoren und durch die Schonung der dynastischen Interessen versetzt wurde, bleibt den Mitgliedern der Linken am Ende nur noch übrig, im entscheidenden Augenblick ihr Prinzip konsequent festzuhalten und damit ans Volk zu appellieren,*

*die Mehrheit aber den Handel mit den Dynastien ausmachen zu lassen.*⁴⁸²

Die Aussprache über den Welckerschen Antrag war recht lebhaft. „Nur“ etwa 70 Redner hatten sich ursprünglich zu Wort gemeldet. Glücklicherweise gelang es nicht allen, ihre Ansicht kundzutun. Als einziger Württemberger unterstützte der Abgeordnete Wurm den Welckerschen Antrag und behauptete zum großen Mißvergnügen Nägeles,⁴⁸³ daß die Ansichten des preußischgesinnten Paul Pfizer und des Stuttgarter Vaterländischen Vereins in Württemberg vorherrschend seien.⁴⁸⁴ Die Propaganda des Vaterländischen Vereins war Nägele überhaupt ein Dorn im Auge und voller Entrüstung war er darüber, daß sich des ersteren Agitation sogar bis in die Paulskirche erstreckte, wo nämlich am 17. März Flugblätter, welche die Eingabe des Vaterländischen Vereins in Stuttgart an die württembergische Regierung enthielten, an die Abgeordneten verteilt wurden.⁴⁸⁵ Römer wies übrigens die Behauptung Wurms als unwahr zurück,⁴⁸⁶ und zwar mit Recht, denn das württembergische Volk war in seiner Mehrheit nicht preußenfreundlich gesinnt.

Nach viertägigem Hin und Her wurde am 21. März das Minoritätserachten der Linken des Verfassungsausschusses, welches Übergang zur Tagesordnung forderte, abgelehnt.⁴⁸⁷ Dasselbe geschah aber auch mit dem Welckerschen Antrag.⁴⁸⁸ Nur sieben von 28 anwesenden Württembergern befanden sich unter den 252 Abgeordneten, welche dem Antrag zustimmten; alle andern befanden sich bei der siegreichen Opposition, welche 283 Stimmen aufgebracht hatte. Der Erfolg der Neinsager läßt sich daraus erklären, daß unter der stattlichen und schon lange nicht mehr erreichten Zahl von über 530 anwesenden Abgeordneten die Großdeutschen und die Linke nahezu vollzählig waren, während die Anhänger Welckers nicht in ihrer vollen Stärke zugegen waren.

⁴⁷⁸ Ebd. s. 269.

⁴⁷⁹ StB S. 5793ff.

⁴⁸⁰ HT 16. 3. 49, S. 279.

⁴⁸¹ StB S. 5687ff.

⁴⁸² HT 16. 3., S. 279.

⁴⁸³ HT 20. 3. 49.

⁴⁸⁴ StB S. 5811.

⁴⁸⁵ HT 20. 3. 49.

⁴⁸⁶ StB S. 5813.

⁴⁸⁷ Das Stimmenverhältnis war 272:267, ebd. S. 5912ff.

⁴⁸⁸ StB S. 5915 bis 5918.

Das Abstimmungsergebnis hat beide Teile gleich stark überrascht. Nägele hatte noch wenige Tage vorher⁴⁸⁹ keinen Augenblick gezweifelt, daß der Antrag, wenn auch mit geringer Mehrheit, angenommen werde. Wie groß war jetzt seine Freude! Hochbefriedigt verkündete er jetzt: *die Bestürzung auf der preußisch-erbkaiserlichen Seite ist groß.*⁴⁹⁰ Seine Freude über den unerwarteten Sieg war freilich keine ungehörte, denn auch ein Demokrat wie Nägele war sich über die trostlose, durch das Abstimmungsergebnis herbeigeführte Resultatlosigkeit völlig im klaren und er begrüßte deshalb den vom Abgeordneten Heckscher eingebrachten Kompromißantrag.⁴⁹¹ Dieser macht vorderhand den Eintritt Österreichs noch möglich, und zwar soll die Würde des Reichsoberhauptes abwechselungsweise – in Abständen von jeweils drei Jahren – an Österreich und an Preußen übertragen werden. Sollte nun aber der Kaiserstaat nicht binnen Monatsfrist nach Beendigung der beschleunigten Abstimmung über die Verfassung dem neuen Reich beitreten, so wird die in der Verfassung festgesetzte Reichsstatthalterschaft provisorisch dem König von Preußen übertragen.

Am 22. März war man in der Paulskirche wieder genau so weit wie vor der Einreichung des Welckerschen Antrags. Man ging also – Diskussion war nicht gestattet – an die zweite Lesung und paragraphenweise Abstimmung der Reichsverfassung, und am 27. März war man an den gemäß dem Antrag des Abgeordneten Eisenstuck zuletzt zur Abstimmung gelangenden Abschnitt über das Reichsoberhaupt gelangt. Mit größter Schnelligkeit ging die zweite Lesung vor sich. Im allgemeinen wurden in dem Abschnitt über die Reichsgewalt die nach den Wünschen der Einzelregierungen modifizierten neuen Vorlagen des Ausschusses angenommen und die mehr zentralisierenden Minoritätsanträge der Linken, die teilweise auch von Nägele unterstützt waren,⁴⁹² abgelehnt. So blieb zum Beispiel nach Paragraph 18 den Regierungen der Einzelstaaten die Ernennung der Befehlshaber

und Offiziere überlassen, während nach der alten Fassung die Reichsgewalt unter allen Umständen die Generale zu ernennen gehabt hätte.⁴⁹³ Nur für den Kriegsfall wurde im neuen Entwurf der Reichsgewalt das Recht zuerkannt, die kommandierenden Generale der selbständigen Korps zu ernennen.⁴⁹⁴

Zwei Tage vor der Abstimmung in der Oberhauptfrage macht sich Ferdinand Nägele seine Gedanken über die Zukunft, *die noch nie so dunkel war.*⁴⁹⁵ Der Rücktritt Gagerns, der zusammen mit dem Fall des Welckerschen Antrags erfolgt war,⁴⁹⁶ wurde von ihm nicht ernst genommen, da ja ein anderes Ministerium undenkbar war. Die Linke und die Großdeutschen gingen eben nur zufällig, und zwar nur in der Oberhauptfrage zusammen. Obwohl nun die Linke im Interesse der Einheit und der materiellen Wohlfahrt des deutschen Volkes Österreich bei Deutschland zu behalten suchte, machte sie doch jetzt bedeutende Konzessionen. Die starre Haltung Österreichs in der Frage der Volksvertretung gab ihr zu denken. Sollte hier keine Änderung eintreten, *dann ist, wie Nägele sagt, auch für die Linke die Zeit gekommen, zu beweisen, daß sie die Einigung der übrigen Teile Deutschlands in der Hoffnung auf das spätere Hinzutreten von Österreich nicht hindern will; sie wird zwar, wenigstens der großen Mehrzahl nach, für einen erblichen Kaiser nicht stimmen, aber sie wird es den einzelnen Mitgliedern überlassen, sich den übrigen Eventualitäten beliebig anzuschließen.*⁴⁹⁷

1.2.5.4 Die Kaiserwahl

Nachdem am 26. März Paragraph 69 *Die Würde des Reichsoberhauptes wird einem der regierenden deutschen Fürsten übertragen* erneuert, und zwar diesmal mit 279 gegen 255 Stimmen angenommen⁴⁹⁸ und der auch von Nägele unterstützte Antrag auf einen auf vier Jahre gewählten, verantwortlichen Präsidenten abge-

⁴⁸⁹ HT 21. 3. 49, S. 302.

⁴⁹⁰ HT 23. 3. 49, S. 309. In Württemberg wurde das Scheitern des Welckerschen Antrags größtenteils mit Genugtuung begrüßt.

⁴⁹¹ HT 24. 3., S. 315.

⁴⁹² StB S. 5972f.

⁴⁹³ Ebd. S. 5974f.

⁴⁹⁴ Ebd. S. 5975.

⁴⁹⁵ HT 26. 3. 49.

⁴⁹⁶ Vgl. Stern VII, S. 323.

⁴⁹⁷ HT 26. 3. 49, S. 323.

⁴⁹⁸ StB S. 6058ff.

lehnt worden war,⁴⁹⁹ nachdem auch noch Nägeles letzte Hoffnung auf Ablehnung der Erblichkeit zuschanden geworden war,⁵⁰⁰ ging die Nationalversammlung am 28. desselben Monats an die Wahl eines erblichen Kaisers der Deutschen.

Das Ergebnis der Wahl ist bekannt. Unter den 290 Abgeordneten, die sich für den König von Preußen entschieden, waren zehn Württemberger, nämlich Fallati, Federer, Haßler, Klett, Mathy, R. Mohl, Rümelin, Schoder, Weigle und Wurm. Die übrigen 18 Schwaben gehörten zu jenen 248 Volksvertretern, die sich der Stimme enthielten.⁵⁰¹ Nägele motivierte zusammen mit 26 Gesinnungsgenossen seine Stimmenthaltung durch folgende Erklärung:⁵⁰²

Die Unterzeichneten waren fortwährend eifrig bestrebt, der Schaffung einer erblichen Kaiserwürde, sowie der Abtrennung der deutsch-österreichischen Provinzen von Deutschland entgegenzuwirken. Es war vorherzusehen, daß bei der heute vollzogenen Kaiserwahl die meisten Stimmen der Reichsversammlung sich auf den jetzt regierenden König von Preußen vereinigen würden, welchem die Unterzeichneten ihre Stimme zu geben mit ihrem bisherigen Wirken unvereinbar fanden. Sie hatten daher nur die Wahl, entweder der Abstimmung sich zu enthalten, oder im Verein mit anderen Abgeordneten einen Gegenkandidaten aufzustellen. Da letzteres das Wohl des Vaterlandes möglicherweise schwer gefährden konnte, war es das Gebot der Pflicht, den ersten Weg, den des Nichtwählens einzuschlagen.

Bezeichnend für Nägeles ablehnende Haltung gegenüber dem preußischen Kaisertum wie gegenüber dem preußischen Staat überhaupt ist folgende Äußerung, die an dieser Stelle nicht unerwähnt bleiben soll. *Wenn wir die Preußen als Herren bekommen, sagt er, werden wir eins weniger und zwei mehr bekommen, nämlich weniger bürgerliche Freiheit und mehr Soldaten und Steuern.*⁵⁰³

1.2.6 Das Ende der Nationalversammlung

Ablehnung der Kaiserkrone durch Friedrich Wilhelm IV., Abberufung der österreichischen Mitglieder aus der Paulskirche, Nichtanerkennung der Reichsverfassung durch die größeren deutschen Staaten, das waren die Ereignisse, die sich im politischen Leben Deutschlands im April des Jahres 1849 abspielten. Nur Württembergs König und Regierung haben neben einer Reihe kleinerer Staaten das Werk der Nationalversammlung, die Reichsverfassung, anerkannt. Anderwärts dagegen häuften sich die Anzeichen dafür, daß die Regierungen sich über eine „reaktionäre“ Regelung verständigten. Preußen, Sachsen und Hannover lösten Ende April ihre Kammern auf; die Mißbilligung dieser Maßnahmen durch die Nationalversammlung⁵⁰⁴ war von geringer Bedeutung. Im Mai erhob sich Dresden, die Rheinpfalz und Baden angeblich zum Schutze der Reichsverfassung, und in Württemberg garte es stark. Doch über all diese Dinge zu reden, ist hier nicht der Ort.

1.2.6.1 Nägeles Beurteilung der Lage

Die Nationalversammlung führte einen vergeblichen Kampf um die Anerkennung der Reichsverfassung. Anträge, die in dieser Richtung gingen, wurden genügend eingebracht; auch Nägele hatte sich für sie eingesetzt,⁵⁰⁵ nachdem er aus Stuttgart, wo er einige Zeit den Verhandlungen des Landtags beigewohnt hatte, zurückgekehrt war. In Frankfurt gefiel es ihm nicht mehr. Seine Kritik der Parlamentsbeschlüsse ist eine vernichtende.⁵⁰⁶ *Den Kaisermachern vor allem gilt sein Fluch, die regierungs- und bewegungslos dasitzen, mag auch das Herz auf der Linken noch so warm schlagen, mag auch der Ruf: „Das Vaterland ist in Gefahr!“ zehnmal ihnen ins Ohr gellen, mag auch die Linke sich zehnmal erheben über die Anträge auf Erlassung*

⁴⁹⁹ StB S. 6056 und 6058.

⁵⁰⁰ Knapp angenommen mit 267 gegen 263 Stimmen. Fallati, Federer, Haßler, Mathy, R. Mohl, Rümelin und Wurm waren für Erblichkeit, Vischer und Wiest übten Stimmenthaltung, die übrigen stimmten mit nein. StB S. 6061 bis 6064.

⁵⁰¹ Ebd. S. 6084 bis 6093.

⁵⁰² Ebd. S. 6095.

⁵⁰³ Reinöhl S. 83f.

⁵⁰⁴ Sitzung vom 30. 4., StB S. 6358.

⁵⁰⁵ Vgl. zum Beispiel ebd. S. 6391.

⁵⁰⁶ HT 8. 5. 49, S. 487.

eines Aufrufs ans deutsche Volk, für Verteidigung der bewaffneten Macht, der Behörden und des Volks auf die Reichsverfassung, für Bildung eines Reichsheeres, für Erklärung des Reichskrieges gegen Rußland und so weiter, – sie sitzen da, stumm und gesenkten Hauptes; aus ihren Gesichtszügen spricht wohl Niedergeschlagenheit, auch hie und da Schmerz und Bekümmernis, nicht aber die Entrüstung über den offenen zu Tag liegenden Fürstenverrat, nicht die Entschlossenheit und der Mut, entweder mit dem Volk oder durch das Volk zu siegen oder zu fallen. Auch nicht einen Schritt wagen sie weiter zu tun, als ihnen von dem Ministerium Gagern vorgezeichnet ist und die Ehre Deutschlands wird einer Kabinettsfrage geopfert.

Dann geht Nägele ins Gericht mit denen, welche das französische Bündnis verhinderten, das stehende Heer vermehren wollten, die Volkswehr jedoch ablehnten. Er klagt fernerhin diejenigen an, welche für Malmö eingetreten waren, welche die Erhebung in Wien *niederkartätschten*, Blum straflos ermorden ließen, die Volksvertreter in Wien und Berlin den *freiheitsverräterischen Canaillen* preisgaben und mit Befriedigung auf den Belagerungszustand und die Standgerichte blickten konnten. *Diese, wenigstens viele von ihnen, so endet Nägele seine Strafpredigt, nehmen auch mit stiller Ergebung, wenn nicht mit Freude, eine oktroyierte Verfassung aus der Hand der Fürsten hin und erblicken in der russischen Knute das Werkzeug, womit die Anarchie und die Revolution geschlossen werden müsse.*

Trotz dieser außerordentlich scharfen Kritik ist aber Nägele weit entfernt, zu verzweifeln. Der Beschluß der Nationalversammlung vom 4. Mai, auf 15. Juli die Wahlen zum Volkshaus anzuordnen,⁵⁰⁷ erscheint ihm als ein wirksames Mittel im Kampf gegen die widerspenstigen Regierungen. In der Nationalversammlung selbst hofft er auf eine Scheidung, auf eine *Reinigung*, bei der die Spreu davonfliegen und das Korn bleiben wird. *Dieses Korn wird die Nationalversammlung sein, die Männer, mit denen allein sich die Mutigen im Volk verbinden können und ihre Zahl*

wird nicht gering sein und sie werden nur weichen, wenn das Volk von ihnen weicht.

Der am 5. Mai angenommene, von ihm aber als nicht weit genug gehende Antrag, die Regierungen und so weiter zur Anerkennung der Verfassung aufzufordern, erscheint Nägele nachher insofern geeignet, als in ihm nicht nur eine Aufforderung zur Anerkennung, sondern auch auf eine etwa notwendig werdende gewaltsame Durchführung der Reichsverfassung enthalten ist. Er sieht in dem Beschluß eine Aufforderung an die Regierungen, Militär und Bürgerwehr zur Geltendmachung der Reichsverfassung bereit zu halten, und eine solche an die Ständekammern, sich einer renitenten Regierung gegenüber für permanent zu erklären und die Steuern zu verweigern. Kampf also besagte ihm dieser Beschluß, und auf Kampf war die ganze Linke eingestellt. Der überall ausbrechende Aufstand war ganz in ihrem Sinn.

1.2.6.2 Die letzten Aktivitäten der Nationalversammlung in Frankfurt

Die Tätigkeit der Nationalversammlung war jetzt nur noch von kurzer Dauer. Immer aufgeregter wurde die Stimmung in der Paulskirche; die Revolutionsregierung in Sachsen stellte sich unter den Schutz der Nationalversammlung,⁵⁰⁸ was von der Linken freudig begrüßt wurde. Anträge auf Unterstützung des Pfälzer Aufstands wurden gestellt,⁵⁰⁹ und Nägele unterstützte einen Vorschlag auf Reichsunterstützung der in den Kämpfen für die Reichsverfassung Gefallenen,⁵¹⁰ desgleichen einen solchen, der die Erhebung in der Pfalz unter den Schutz des Reiches stellt.⁵¹¹ Als am 14. beziehungsweise 19. Mai die preußische und die sächsische Regierung ihre Abgeordneten aus Frankfurt abberief, beantragte am 21. Mai eine Anzahl Volksvertreter, darunter auch Nägele, die Beschlußfähigkeit des Hauses, die am 30. April auf 150 festgesetzt war, auf 100 zu ermäßigen.⁵¹² Dieser Forderung wurde auch mit 115 gegen 35 Stimmen stattgegeben,⁵¹³ und Nägele atmete erleichtert auf. Er war entschlossen, die seit einiger Zeit herr-

⁵⁰⁷ StB S. 6432 bis 6435.

⁵⁰⁸ Ebd. S. 6463f.

⁵⁰⁹ Ebd. S. 6488.

⁵¹⁰ Ebd. S. 6499. Der Antrag wurde wieder zurückgenommen; ebd. S. 6506.

⁵¹¹ Abgelehnt mit 180 gegen 126 Stimmen, ebd. S. 6596.

⁵¹² Ebd. 6700.

⁵¹³ Ebd. S. 6724 bis 6736.

schende Austrittsepidemie nicht mitzumachen und hielt es für einen feigen Selbstmord, wenn die Versammlung sich angesichts der drohenden Gefahren auf unbestimmte Zeit vertagen würde,⁵¹⁴ denn er war der Ansicht, daß sie nie wieder zusammenkommen würde.⁵¹⁵ *Komme es nun, wie es wolle, sagt er, das Schlimmste, was der Versammlung jetzt . . . bevorsteht, ist ein ehrenvoller Tod, denn 100 gleichgesinnte Männer werden sich immer noch zusammenfinden, entschlossen, für die Ehre und Freiheit des Volkes das Äußerste zu wagen, und diese werden nicht allein auf der Linken, sondern selbst auf der Rechten zu finden sein, sie werden sich von dem Kampfplatze, auf dem sie die Nation gestellt hat, nur mit Gewalt vertreiben lassen, und selbst in diesem äußersten Falle werden sie sich ihr Mandat nicht rauben lassen, sondern von hier vertrieben in einer andern Stadt wieder zusammentreten.*⁵¹⁶

1.2.6.3 Das Rumpfparlament in Stuttgart

Das letztere traf denn auch ein. Als die „Fahnenflucht“ aus der Nationalversammlung von Tag zu Tag zunahm und die Linke bald so gut wie unter sich war, sich aber in Frankfurt, wo Reichsverweser und Minister die Beschlüsse des Parlaments nicht mehr achteten, nimmer behaglich fühlte, beschloß die Versammlung am 30. Mai, mit 71 gegen 64 Stimmen nach Stuttgart übersiedeln,⁵¹⁷ trotzdem die württembergische Regierung und vor allem auch Uhland sich dagegen gesträubt hatten.⁵¹⁸ Von den anwesenden beziehungsweise noch nicht ausgetretenen Schwaben hatten außer Nägele, der seine Zustimmung nachher bereute, noch sieben, nämlich Fetzner, M. Mohl, Nagel, Rödinger, Tafel, Vischer⁵¹⁹ und Fürst Waldburg, die Verlegung gutgeheißen; acht waren Gegner derselben.⁵²⁰ Die Abstimmung bewies, daß die Württemberger noch verhältnismäßig stark vertreten waren.⁵²¹

Ich habe die Frankfurter Tätigkeit Nägeles nach Fertigstellung der Reichsverfassung nur noch ganz kurz gestreift, da ja die Versammlung nach diesem Zeitpunkt keine positive Arbeit mehr geleistet hat, – es gab auch gar keine mehr. Das Ganze war eben zu guter Letzt nichts anderes mehr als ein Streben nach dem Konvent von 1792.

Auch das Wirken der Reste der Nationalversammlung in Stuttgart kann nur als ein kurzes Trauerspiel bezeichnet werden. „Maßregeln“ zur Durchführung der Reichsverfassung bildeten, wie seit Wochen in der Paulskirche, so auch in Stuttgart das Programm der Nationalversammlung, die ja nur noch eine Schar von Unentwegten war. Dieses Rumpfparlament war sich darin einig, daß, wie Nägele sagt,⁵²² *die Bewegung in Baden und der Pfalz in die Hand genommen werden muß, daß eine Vereinigung mit andern der preußischen Occupation widerstrebenden Kräften möglich ist, daß ferner eine solche Vereinigung kräftigst und schleunigst angestrebt, Reichskommissäre zu diesem Zweck ausgesandt, ein Reichsheer gebildet, daß überhaupt gehandelt werden muß.* Daß natürlich das Rumpfparlament auf die Unterstützung des württembergischen Volks und seiner Regierung hoffte, liegt auf der Hand, und Nägele spricht dies auch ganz offen aus. . . . *Würde in dieser Beziehung das Vertrauen der Nationalversammlung getäuscht, dann stände ein schmachliches Ende bevor.* Ludwig Uhland teilte keineswegs die Ansicht Nägeles, daß die badische Bewegung kräftig in die Hand genommen werden müsse. Er beantragte vielmehr, man möge die württembergische Regierung um Vermittlung anrufen, fand aber keinen großen Anklang. Wohl war die Mehrzahl der noch anwesenden schwäbischen Volksvertreter, nämlich Dörtenbach,⁵²³ Eisenlohr,⁵²⁴ Federer, Fetzner, Frisch, Klett, Nagel, Pfahler, Rheinwald, Schott, Vischer, Fürst Waldburg und Weigle, unter den 36 Abgeordneten,

⁵¹⁴ Fallati, Rümelin und Genossen hatten dies nämlich am 21. 5. beantragt, StB S. 6704.

⁵¹⁵ HT 27. 5. 49, S. 558.

⁵¹⁶ Ebd., S. 558.

⁵¹⁷ StB S. 6795f.

⁵¹⁸ Vgl. hierüber *Stern* VII, S. 361f.

⁵¹⁹ Vischer hat laut amtlichem Protokoll gegen die Verlegung gestimmt; da er jedoch vorher die Verlegung befürwortete und dies nachher auch stets betonte, ist der stenographische Bericht hier irreführend.

⁵²⁰ Adam, Federer, Frisch, Pfahler, Rheinwald, Schott, Uhland und Wiest.

⁵²¹ Huck, Gfrörer, Römer, Weigle und Zimmermann waren abwesend.

⁵²² HT 7. 6. 49, S. 591.

⁵²³ Ersatz für den zurückgetretenen Abgeordneten Mathy.

⁵²⁴ Ersatz für Rümelin.

die Uhlands Antrag guthießen; die Mehrheit, darunter Mayer,⁵²⁵ M. Mohl, Nägele, Rödinger, Römer (!!) und Zimmermann, lehnte ihn jedoch ab.⁵²⁶ An der Wahl einer fünfköpfigen Regentschaft beteiligten sich Männer wie Schott, Uhland, Römer, Weigle, Klett, Federer und Dörtenbach nicht.⁵²⁷

Das schmachvolle Ende, das Nägele befürchtet hatte, kam für die Nationalversammlung bald, als es ihren Mitgliedern recht war. Die mecklenburgischen Abgeordneten wurden von ihrer Regierung abberufen; zahlreiche andere Volksboten, darunter M. Mohl, Federer und Römer zeigten ihren Austritt an.⁵²⁸ Die – freilich wirkungslose – Absetzung des württembergischen Generals von Miller, der sich geweigert hatte, die Befehle der Regentschaft auszuführen,⁵²⁹ und die Aufforderung an die württembergische Regierung, 5 000 Mann zum Schutze von Rastatt und Landau gegen reichsfeindliche Truppen abzuschicken und somit die Revolution zu unterstützen, bewog das württembergische Ministerium, der Regentschaft nahe zu legen, Stuttgart zu verlassen.⁵³⁰ Diese wich jedoch nicht, sondern erließ ein Gesetz zur Bildung einer Volkswehr,⁵³¹ obgleich Uhland vor den Folgen gewarnt hatte.⁵³² Die Regierung Römer erklärte jedoch das Gesetz in Württemberg für ungültig und forderte die Versammlung auf, die Sitzungen einzustellen.⁵³³ Als diesem Befehl nicht Folge geleistet wurde, ließ Römer die Abgeordneten, die auf dem Weg zum Reithaus waren, durch Militär auseinandertreiben. Bei diesem Vorgang, der am 18. Juni 1849 in der Langen Straße zu Stuttgart stattfand, war Nägele nicht anwesend; er war jedoch auf dem Wege zur Versammlung.⁵³⁴ Kurz vorher hatte er noch in der Ständeversammlung bei der Abstimmung über den Antrag Macks, die Versammlung möge über den Antrag auf Anerkennung des Rumpfparlaments zur Tagesordnung übergehen,⁵³⁵ feierlich gegen die

Gewaltmaßnahmen, die das Ministerium der Nationalversammlung angedroht, protestiert und an den deutschen Sinn, an das Ehrgefühl und die Tatkraft des Volkes appelliert.⁵³⁶ In der nächsten Abstimmung⁵³⁷ war er nicht mehr anwesend; er hatte sich noch nach dem Hotel Marquardt begeben, wo das gesprengte Rumpfparlament seine Beschwerden zu Protokoll gab und dann für immer auseinander ging.

Eine Versammlung, die einst die Hoffnung von ganz Deutschland war, hatte ein tragisches Ende gefunden. Die Meinung in Württemberg über das Verfahren Römers war sehr geteilt; auf alle Fälle aber steht fest, daß der Minister durch seine Tat die Revolutionierung des Landes und den Einmarsch fremder Truppen verhindert hat.

1.2.7 Rückblicke auf laufende Fragen

1.2.7.1 Die Problematik des Großherzogtums Posen

In den Sitzungen vom 24. bis 28. Juli 1848 wurden die ohnehin schon schleppenden Beratungen über die Grundrechte durch die sogenannte Posen'sche Angelegenheit unterbrochen. Der völkerrechtliche Ausschuß hatte nämlich den Antrag gestellt, einen Teil des Großherzogtums Posen dem Deutschen Bund einzuverleiben und die Abgeordneten aus diesen Teilen anzuerkennen.⁵³⁸ Endlose Debatten folgten auf diesen Antrag, von denen die Jordans, Vogts, Ruges und des Polen Janiszewski bemerkenswert sind. Jordan, der Berliner Linkspolitiker, der ganz triftige Gründe gegen die Selbständigkeit Polens geltend machte, indem er auf die frühere Mißwirtschaft des polnischen Adels hinwies, wurde bekämpft von seinen sonstigen Gesinnungsgenossen Vogt und Ruge, die an die Humanität appellierten. Ruge besaß übrigens bei dieser Gelegenheit die Geschmacklosigkeit,

⁵²⁵ Ersatz für Wurm.

⁵²⁶ Erste Stuttgarter Sitzung vom 1. 6. 49, StB S. 6812ff.

⁵²⁷ Ebd. S. 6820ff.

⁵²⁸ Am 13. 6., ebd. S. 6841.

⁵²⁹ Ebd. S. 6844.

⁵³⁰ 13. 6., vgl. *Schneider* S. 526.

⁵³¹ StB S. 6871.

⁵³² Ebd. S. 6866.

⁵³³ *Schneider* S. 525.

⁵³⁴ *Nägele* S. 60.

⁵³⁵ Verhandlung V, S. 4297, der Antrag wurde mit 54 gegen 31 Stimmen angenommen.

⁵³⁶ Ebd. S. 4303.

⁵³⁷ Ebd. S. 4306.

⁵³⁸ Die Abgeordneten zur Nationalversammlung aus der Provinz Posen waren bisher nur provisorisch zugelassen.



auszusprechen, er wüschte, da die Freiheit aller Nationen unser Ziel sein soll, daß die Tyrannen der Italiener, die Tillys der neueren Zeit, die Radetzky – also die Deutschen, seine eigenen Landsleute schlagen werden.⁵³⁹ Die Linke hatte es sich überhaupt zur Pflicht gemacht, die Freiheits- und Einheitsbestrebungen benachbarter Nationen tatkräftig zu unterstützen, wie dies nachher zum Beispiel in dem Antrag von 12. August auf Lostrennung der Bezirke Trient und Roveredo aus dem Bundesverband zum Ausdruck kam.⁵⁴⁰ Die uns aus früheren Jahren schon bekannte Begeisterung Nägeles für die Polen zeigte sich auch jetzt wieder. Besonders die Rede des Polen Janisczewski, welcher letzterer überhaupt den größten Eindruck von allen Rednern gemacht habe, lobt er über alles Maß⁵⁴¹ und bemerkt, daß es ihm in anerkannter Weise gelungen sei, die Beschuldigungen der Gegner

zurückzuweisen.⁵⁴² In der folgenden Abstimmung wurde der Antrag Ruges, der auf Nichtaufnahme Posens in den Deutschen Bund, das heißt auf allmähliche Wiederherstellung Polens, abzielte, abgelehnt, desgleichen auch der Blums auf kommissarische Untersuchung der Posenschen Sache. Dieser Antrag unterlag mit 139 gegen 333 Stimmen. Bemerkenswert ist, daß unter der Minderheit nur neun Schwaben waren, nämlich Fetzer, Frisch, Hentges, Nägele, Pfahler, Rödinger, Schott, Tafel und Zimmermann, vier waren abwesend, und die übrigen verhielten sich ablehnend. Der Kommissionsantrag wurde sodann mit 342 gegen 31 Stimmen angenommen.⁵⁴³ Nägele war mit vielen andern Gensinnigen der Abstimmung ferngeblieben und hatte seinen Standpunkt zusammen mit diesen Abgeordneten, unter denen sich noch die Württemberger Hentges, Frisch, Pfahler, Ta-

⁵³⁹ StB S. 1187.

⁵⁴⁰ Ebd. S. 1544ff.

⁵⁴¹ HT 27. 7. 49, S. 876.

⁵⁴² HT 28. 7. 49, S. 879.

⁵⁴³ StB S. 1238.

fel und Zimmermann befanden, zu Protokoll gegeben. Nur elf Volksvertreter aus Württemberg hatten dem Antrag zugestimmt,⁵⁴⁴ die übrigen hatten ihn teils abgelehnt, teils waren sie der Abstimmung ferngeblieben.

Noch ein anderer Polen Antrag, nämlich der, die Teilungen Polens für ein schmachvolles Unrecht zu erklären und es als heilige Pflicht des deutschen Volkes zu betrachten, an der Herstellung eines selbständigen Polens mitzuwirken, erfuhr unter anderen gegen die Stimmen der Württemberger Fetzer, Frisch, Hentges, Nägele, Pfahler, Rödinger, Schott, Tafel und Zimmermann mit 331 gegen 101 Stimmen eine Abweisung.⁵⁴⁵

1.2.7.2 Der 1. badische Aufstand

Wie sich Nägele damals den badischen Auführern gegenüber verhielt, ist nicht ohne weiteres klar ersichtlich. Die Frage, ob das Parlament über die Amnestieanträge und Petitionen für die politischen Gefangenen zur Tagesordnung übergehen soll, konnte er zwar nicht beantworten, da er an diesem Tage (8. August) verreist war; als Angehöriger des Deutschen Hofes hätte er aber zweifellos mit „nein“ gestimmt. Mit 317 gegen 90 Stimmen ging man zur Tagesordnung über.⁵⁴⁶

1.2.7.3 Die dänische Frage

Mitten in den Verhandlungen über die Grundrechte kam die Nachricht vom Waffenstillstand von Malmö (26. August). Ein Sturm der Entrüstung ging durch das Parlament. *Deutschland ist geradezu in den April geschickt*, sagte Dahmann auf die traurige Kunde hin,⁵⁴⁷ und die Nationalversammlung beschloß denn auch am 6. September mit 238 gegen 221 Stimmen die Maßregeln zur Ausführung des Waffenstillstands sofort einzustellen,⁵⁴⁸ was den Rücktritt des

Reichsministeriums Leiningen zur Folge hatte. Nägele hatte mit 24 seiner Landsleute den Vertrag abgelehnt; drei, nämlich die Kabinettsmitglieder Fallati, Mathy und R. Mohl hatten ihn angenommen, und Römer war abwesend. Auch die nächste Sitzung, am 7. September, war nochmals der schleswig-holsteinischen Angelegenheit gewidmet, obwohl die weitere Beratung der Grundrechte auf der Tagesordnung gestanden hatte. *Wenn die Einheit und Ehre Deutschlands so wie jetzt in Frage steht*, sagt Nägele mit Recht,⁵⁴⁹ *ist es auch das erste Grundrecht der Vertreter der deutschen Nation, diesen Punkt zur schleunigen Beratung zu bringen.*

In der ersten Beratung über den Waffenstillstand von Malmö hatte zwar die Linke gesiegt; der Beschluß der Nationalversammlung wurde jedoch nicht vollzogen. In der zweiten Abstimmung, die am 16. September erfolgte, wechselte, nachdem die Linke nochmals vergeblich die Schmach des Waffenstillstands deutlich gemacht hatte, die kleine Mehrheit, und mit 257 gegen 236 Stimmen wurden die Abmachungen mit Dänemark ratifiziert.⁵⁵⁰

Nägele war über das Ergebnis der Abstimmung mit Recht erbittert, und dem Präsidenten Heinrich von Gagern konnte er sein Eintreten für Malmö nicht verzeihen, desgleichen dem größten Teil der Abgeordneten aus Schleswig-Holstein, *die ihre eigene Sache selbst verraten hatten.*⁵⁵¹ *Preußischer Particularismus hatte*, so sagt er, *über die wahren Verfechter von Einheit und Freiheit gesiegt.*⁵⁵² Von den württembergischen Abgeordneten hatten wiederum nur die Kabinettsmitglieder Fallati, Mathy und R. Mohl dem Waffenstillstand zugestimmt.

Auf diese Abstimmung hin wurde am 17. September in Frankfurt eine stark besuchte Volksversammlung abgehalten, in welcher die Linke zum Austritt aus der Nationalversammlung und zur Permanenzerklärung aufgefordert wurde. Die Stellung der etwa 140 Abgeordneten zäh-

⁵⁴⁴ Nämlich Fallati, Haßler, Hoffmann, M. Mohl, R. Mohl, Murschel, Rümelin, Schoder, Uhland, Vischer und Wurm.

⁵⁴⁵ StB S. 1242 bis 1247.

⁵⁴⁶ Ebd. S. 1458 bis 1463. Bejaht wurde die Frage von folgenden württembergischen Abgeordneten: Fallati, Gfrörer, Hoffmann, Kautzer, Mathy, R. Mohl, Rümelin und Wurm. Im stenographischen Bericht ist Nägele irrtümlich unter den Jasagern aufgeführt, wogegen er im HT (15. 7., S. 943) öffentlich protestierte.

⁵⁴⁷ *Der Waffenstillstand ist für die Ehre unserer siegreichen Waffen schmachvoll*, sagte die Linke mit vollem Recht (Bericht des Clubs der Linken vom 30. 9. 48, HT 10. 10., Beilage S. 1147f).

⁵⁴⁸ StB S. 1212 bis 1217.

⁵⁴⁹ HT 9. 9., S. 1031.

⁵⁵⁰ StB S. 2145 bis 2149.

⁵⁵¹ HT 19. 9. 48, S. 1057.

⁵⁵² HT 17. 9., S. 1059.

lenden Linken war in dieser Frage sehr geteilt. Die Westendhall nahm überhaupt nicht Stellung, der Württemberger Hof lehnte die Forderung ab und auch vom Deutschen Hof, der rund 100 Abgeordnete zählte, sprachen sich mehrere Stimmführer gegen den Austritt aus. Es wurde von dieser Seite darauf hingewiesen, daß sich Schleswig-Holstein selbst verraten habe und daß die Mehrzahl seiner Abgeordneten für den Waffenstillstand gestimmt habe. Ferner wurde geltend gemacht, daß wegen des Vorgehens der preußischen Regierung an das Volk zu appellieren und dieses zu Kundgebungen aufzufordern sei, die Klarheit darüber bringen sollten, ob die Mehrheit des Parlaments im Sinne des Volkes gehandelt hatte und in Zukunft noch als die Vertreterin der Nation betrachtet werden könne. Man fand, daß in der Geschichte die Minderheiten noch immer durch ihr festes Ausharren am Kampfplatz gesiegt hatten. Der Austritt wurde sodann mit großer Mehrheit verworfen und beschlossen, sofort eine Proklamation an das deutsche Volk zu richten und den Wahlbezirken Veranlassung zu geben, sich ihren Abgeordneten gegenüber auszusprechen.⁵⁵³ Wie sich Nägele damals der Frage des Austritts gegenüber verhielt, läßt sich mit Sicherheit nicht nachweisen.

1.2.7.4 Die Frankfurter Septemberunruhen

Nachdem am 18. September in Frankfurt die furchtbaren Straßenkämpfe begonnen hatten, begab sich Nägele zusammen mit 18 seiner Kollegen zum Reichsverweser nach Bockenheim, um von ihm die Zurückziehung des Militärs zu erwirken. Die Abordnung verbürgte sich dafür, daß die Barrikaden abgetragen und die Ruhe unter der Bevölkerung wieder hergestellt werden sollte. Nach einigem Bedenken gab Erzherzog Johann, den Nägele als einen Mann mit bestem Willen bezeichnet, den Abgeordneten einen Erlaß an den Kriegsminister von Peucker, worin er seine Bereitschaft zu friedlichem Ausgleich bekundete. Die Minister verweigerten jedoch die Gegenzeichnung und verlangten die Beseiti-

gung der Barrikaden, ehe das Militär zurückgezogen werden könne. Die Abgeordneten erwirkten jedoch eine halbstündige Waffenruhe – von 5 bis 5.30 Uhr –, die von ihnen unter Lebensgefahr an den Barrikaden verkündet wurde.⁵⁵⁴

1.2.7.5 Die Erschießung Blums

Als am 9. November 1848 der Abgeordnete Robert Blum in Wien erschossen worden war, beantragte der Abgeordnete Simon-Trier und 60 seiner Kollegen, darunter neben Rödinger, Tafel, Hentges und Pfahler auch Nägele in der Sitzung vom 14. November, die Zentralgewalt möge die erforderlichen Maßregeln zur Ermittlung und Bestrafung der mittelbaren und unmittelbaren Mörder Blums treffen. Die Dringlichkeit des Antrags fand zwar die Unterstützung der Mehrheit nicht,⁵⁵⁵ der Antrag selbst wurde aber vom Ausschuß für die österreichischen Angelegenheiten mit allen gegen eine Stimme gutgeheißen⁵⁵⁶ und von der Versammlung, die auch die Abhaltung einer Totenfeier für Blum beschlossen hatte,⁵⁵⁷ angenommen.⁵⁵⁸

*Wäre ich ein Jesuit, sagt Nägele anlässlich der Hinrichtung Blums, ich könnte mich . . . nur freuen, denn eine blutige Ernte wird dieser Aussaat folgen, aber ich will den guten Zweck mit guten Mitteln erreicht wissen und darum ist mein Herz mit tiefer Trauer um den verlorenen Freund, um das unglückliche Vaterland, um die gute Sache, erfüllt.*⁵⁵⁹

1.2.8 Schlußwort

Ein Urteil über Ferdinand Nägeles Tätigkeit in Frankfurt ist nicht ganz leicht. Sein Radikalismus, der ja eigentlich erst im Jahre 1849 deutlich hervortrat, wird zu jeder Zeit Verehrer und Kritiker finden. Jeder nüchterne Beurteiler aber wird zugeben, daß er hier einen Mann vor sich hat, dem es heiliger Ernst war, an dem großen Werk der deutschen Einheit und Freiheit redlich mitzuarbeiten, und daß er – dies zeigen die Verhandlungen in der Nationalversammlung – seinen

⁵⁵³ Aus dem Bericht Nägeles an das HT 21. 9., S. 1075.

⁵⁵⁴ Nägele im HT 21. 9. 48, S. 1075 und Bericht an seine Weinsberger Wähler vom 7. 1. 49 (HT 10. 10. 48, S. 1144).

⁵⁵⁵ StB S. 3321.

⁵⁵⁶ Ebd. S. 3324f.

⁵⁵⁷ Ebd. S. 3514.

⁵⁵⁸ Ebd. S. 3325.

⁵⁵⁹ HT 18. 9. 48, S. 1295.

Grundsätzen stets treu geblieben ist. Daß er trotz gegenteiliger Erwägung bis zum letzten Augenblick in Frankfurt ausgeharrt hat, kann ihm zum Vorwurf gemacht werden. Wenn er aber versichert,⁵⁶⁰ lediglich aus Pflichtgefühl seinen Wählern gegenüber auf seinem Posten geblieben zu sein, und zwar unter Beiseitesetzung seiner persönlichen Meinung und Nichtbeachtung persönlicher Vorteile, so kann dieser Zug nicht hoch genug eingeschätzt werden. Zu tadeln ist schließlich Nägeles Teilnahme an dem gänzlich zwecklosen Rumpfparlament und sein Eintreten für die pfälzischen und badischen Aufrührer. Er hat jedoch, wie schon oben mitgeteilt, seine Zustimmung zur Verlegung des Parlaments nachher bereit und wer weiß, ob er innerlich nicht auch seine Stellung zu den Aufständen änderte, als deren wirkliches Ziel erkannt wurde?

Ferdinand Nägele hat auch nach dem Scheitern der Einheitsbestrebungen noch lange eine führende Stellung in der schwäbischen Demokratie innegehabt. Seinen Kampf gegen Preußen beziehungsweise das Dreikönigsbündnis zu schildern, war in einem der vorhergehenden Kapitel Gelegenheit. Dieser Kampf zog sich noch lange hin. In ihm hatte Nägele die Mehrheit des Backnanger Bezirks hinter sich, nämlich alle diejenigen, welche ihn bis zum Jahr 1868 in den Landtag wählten.⁵⁶¹

In seiner Eigenschaft als Mitglied der Finanzkommission in der 2.⁵⁶² und 3. Landesversammlung scheint er eingehende Berichte und Studien über das Steuerwesen gemacht zu haben, denn am 20. März 1852 übergab sein Freund Moritz Mohl in der Ständeversammlung mit längeren Ausführungen dem Präsidenten die vollständigen, zum Teil auf dem Krankenlager ausgearbeiteten *Berichte des vormaligen Abgeordneten Nägele über die indirekten Steuern und den Gesetzentwurf die Erbschaftssportel und an-*

dere Abgaben betreffend, wohl als Material für weitere Verhandlungen und wies darauf hin, daß diese Berichte schon in der 3. Landesversammlung vorgelegt und zum Vortrag gekommen seien.⁵⁶³

In der deutschen Frage, die mit den Jahren immer dringender und schwerwiegender wurde, änderte Nägele seine Haltung nicht. Als im Jahre 1864 die schleswig-holsteinischen Streitigkeiten durch die Niederlage Dänemarks einen vorläufigen Abschluß fanden, bezweifelte Nägele, ob Preußen und Österreich eine Klärung im nationalen Sinne herbeiführen werden, nachdem er schon vorher die demokratische Kundgebung vom März 1864, die jede Entscheidung über das Schicksal Schleswig-Holsteins ohne dessen Zustimmung ablehnt, für den Oberamtsbezirk Backnang unterzeichnet hatte.⁵⁶⁴

Eine scheinbare Wendung in seiner Stellung zu Preußen kann im Jahre 1868 bemerkt werden. Die Mehrzahl der Führer der Volkspartei Württembergs warnten in ihrem fanatischen Preußenhaß das Volk vor den Wahlen zu einem deutschen Zollparlament unter dem Schlagwort:⁵⁶⁵ *Deutsch könnt ihr nicht wählen, darum wählet nicht*. Nägele hingegen gab mit noch vier andern Abgeordneten die Erklärung ab, er sei entschlossen, sich an der Wahl zu beteiligen. Freilich, diese Wendung war nur eine scheinbare; aus Vernunftgründen verschloß sich Nägele dem Plan einer wirtschaftlichen Einigung Deutschlands unter Preußens Führung denn doch nicht mehr und stellte seine Bedenken zurück.

In den Landtagswahlen vom 5. Dezember 1870 war die Stellung der Kandidaten zur Reichsfrage ausschlaggebend. Im Bezirk Backnang unterlag Nägele, der als Volksparteiler Gegner des Vertrags, den Anschluß Württembergs an den neuen Deutschen Bund betref-

⁵⁶⁰ Nägele S. 51.

⁵⁶¹ Nägele war Abgeordneter für den Bezirk Backnang:

1) auf der 1. Landesversammlung Dezember 1849

2) auf der 2. Landesversammlung März bis Juli 1850

3) auf der 3. Landesversammlung Oktober bis November 1850

4) auf dem Landtag von 1862 bis 65 (1. Wahlgang Stimmengleichheit mit Schmückle; Nachwahl für Nägele siegreich. Einzelheiten vgl. Schmidt-Buhl 61)

5) auf dem Landtag von 1865 bis 68

6) auf dem Landtag von 1869 bis 70

⁵⁶² Über die Tätigkeit dieser 2. Landesversammlung verfaßte Nägele Ende August 1850 einen genauen, 23 Seiten umfassenden Bericht an seine Wähler (Nägele S. 61f).

⁵⁶³ Nägele s. 62 und Verhandlungen der württembergischen Kammer der Abgeordneten des Landtages von 1851 bis 55, 4. Bd., S. 2343.I

⁵⁶⁴ Vgl. *Rapp*, Nationale Frage S. 107 und 96.

⁵⁶⁵ Beobachter 19. 2. 1868.

fend,⁵⁶⁶ war, knapp dem Deutschpartei-er Dillenius.⁵⁶⁷

Die württembergische Demokratie übte bei den Wahlen zum ersten deutschen Reichstag (1871) größte Zurückhaltung, und nur vereinzelt traten Kandidaten auf, die sich dann das Programm der Linken der Paulskirche (Grundrechte, verantwortliche Regierung, Mitentscheid der Volksvertretung über Krieg und Frieden) zu eigen machten. Ferdinand Nägele kandidierte nie für den Reichstag, fand sich aber, wie die meisten noch lebenden schwäbischen Demokraten aus der Paulskirche, mit den neuen Verhältnissen ab.⁵⁶⁸

Nach 1871 beteiligte sich Nägele nur noch als Gemeinderat seiner Vaterstadt aktiv am politischen Leben. Die letztere hatte ihn schon im Jahre 1853 zum Stadtschultheißen gewählt. Deutlich mußte Nägele jedoch den Druck der Reaktion fühlen, denn Oberamtmann Hörner wie auch Minister Linden versagten ihm die Bestätigung, obgleich er nahezu zwei Drittel der

abgegebenen Stimmen erhalten hatte. Erwähnt sei an dieser Stelle noch, daß Nägele im selben Jahr vom Präsidenten von Steinbeis von der Zentralstelle für Handel und Gewerbe auf eine Studienreise in die westfälischen Industriebezirke gesandt wurde, um die Fabrikationsweise der Kleineisenwaren eingehender kennen zu lernen und dann zu untersuchen, wie auch in Württemberg das darniederliegende Schlosserhandwerk gehoben werden könne.⁵⁶⁹ Diese Ehrung beweist, wieviel den Behörden an dem Gutachten des erfahrenen Fachmanns gelegen war.

Am 26. November 1879 erlöste der Tod den 71jährigen von langem Siechtum. Ein arbeits- und entbehrungsreiches Leben, das dazu noch überreich an häuslichem Unglück war, hatte geendet. Das Andenken an den Schlosser aber lebt fort; noch heute ist der Name Ferdinand Nägele auf dem Mainhardter und Murrhardter Wald und auf den Löwensteiner Bergen wohlbekannt.⁵⁷⁰

⁵⁶⁶ Der Anschlußvertrag ist vom 27. 11. 1870.

⁵⁶⁷ Vergebens hatte Nägele jahrzehntelang für die Murrbahn gekämpft, während Präsident Friedrich von Dillenius (1819 bis 84), der Direktor der Verkehrsanstalten, den Bau nachher (Mitte der Siebzigerjahre) durchsetzte. Vgl. Rapp, Nationale Frage S. 439, Anm. 2 und 447.

⁵⁶⁸ *Schnurre* S. 106.

⁵⁶⁹ Näheres hierüber bei *Nägele* S. 63f und *Beobachter* 6. 1. 1880.

⁵⁷⁰ Nach eigenen Beobachtungen.

2. Kapitel

Schmückle und Nägele, die Abgeordneten der Bezirke Backnang und Weinsberg auf dem Landtag von 1848/49

2.1 Die Stellung der Abgeordneten zu innerwürttembergischen Angelegenheiten

Die Verhandlungen auf der am 20. September 1848 eröffneten Landesversammlung bieten so manches Anregende und Interessante wie keine der vorhergehenden; brachte doch dieser Landtag dem Volke eine Fülle von Neuerungen, deren Anregung und Wurzeln mit den Ereignissen der Märztage verbunden sind.

Es geht hier nicht an, die Arbeiten der Abgeordnetenkammer im einzelnen zu schildern und einer Kritik zu unterwerfen, was hier interessiert, das ist die Haltung Schmückles und Nägeles den wichtigsten Gesetzen und Fragen gegenüber, sowie auch ihre Mitarbeit an denselben.

Schmückles Tätigkeit als Abgeordneter wurde eingeleitet durch die damals übliche Entgegennahme von Wünschen und Aufträgen seitens der Wählerschaft am 24. August in Oppenweiler.⁵⁷¹ Nägele hatte hierzu keine Gelegenheit, da er erst zur Eröffnung des Landtags aus Frankfurt erschienen war.

Bei den Kommissionswahlen wurden beide Abgeordnete in die aus elf Mitgliedern bestehende Kommission für volkswirtschaftliche Gegenstände gewählt; Schmückle kam außerdem noch in die aus sieben Mitgliedern bestehende Kommission für innere Verwaltung.⁵⁷²

Schon am 4. Oktober hatte Nägele den Verhandlungen des Landtags den Rücken gekehrt und war wieder nach Frankfurt zurückgereist. Seine Hoffnung, nach der Vertagung des Land-

tags (vom 8. bis 23. Oktober je einschließlich) an den ihm so wichtigen Finanz- und volkswirtschaftlichen Beratungen wieder teilnehmen zu können,⁵⁷³ hat sich jedoch nicht verwirklicht, da in der Zwischenzeit die Beratungen über die Reichsverfassung in der Paulskirche noch nicht begonnen hatten und seine Anwesenheit in Frankfurt „zur Unterstützung der Linken“ noch nötig war.

Nägeles Stellung zum Landtag ist überhaupt etwas zweideutig. Einerseits sympathisiert er mit ihm; *es ist dort unendlich leichter für das Wohl des Volkes zu arbeiten als in der Paulskirche*, er ist ihm auch demokratisch genug zusammengesetzt und doch dringt Nägele mit *aller Entschiedenheit auf die möglichst baldige Auflösung der gegenwärtigen Ständeversammlung und die Einberufung einer durch direkte Wahlen gewählten Volkskammer* und warnt vor übertriebenen Hoffnungen des Volkes auf diesen Landtag, da das Zweikammersystem und die Geltendmachung von Privilegien allem im Wege stehen.⁵⁷⁴

In diesem Gemisch von Sympathie und Abneigung hat es Nägele wohl für das beste gehalten, die Ständeversammlung zu meiden und in Frankfurt zu bleiben. Er blieb auch noch, als die Reichsverfassung endlich fertiggestellt war⁵⁷⁵ und bereits der Abfall von ihr begann; ihn hielt es in Frankfurt, als schon allorts die Aufstände tobten, und erst als die Reste des Parlaments in Stuttgart auftauchten, sah man auch Nägele wieder im württembergischen Landtag, der ein zäheres Leben hatte, als Nägele gedacht hatte.

Die in diesem Abschnitt folgenden Ausführungen beziehen sich unter diesen Verhältnissen denn auch ausschließlich auf Schmückles Tätigkeit.

⁵⁷¹ MB 18. 8. 48.

⁵⁷² Nägele erhielt bei der Wahl zur Finanzkommission wohl 32 Stimmen, mußte aber, da ein anderer Abgeordneter ebenfalls 32 erhielt, das heißt die niederste Stimmenzahl erhielt, als Jüngerer zurücktreten. (Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten . . . S. 85.)

⁵⁷³ HT 10. 10. 48.

⁵⁷⁴ HT S. 1144.

⁵⁷⁵ Nur vorübergehend beteiligte sich Nägele an den Verhandlungen des Landtags, nämlich vom 23. bis 27. 4. 1849.

Mit einer Adresse an den König,⁵⁷⁶ welche die Notwendigkeit einer Verfassungsänderung und neuer Gesetzentwürfe in sich schloß, begann die Kammer der Abgeordneten ihre Tätigkeit. Bemerkenswert ist, daß diese Adresse auch auf die Notlage im Gewerbestand hinwies und einen Gesetzentwurf auf Gründung einer Landesbank⁵⁷⁷ mit Notenumlauf forderte. Schon vorher hatte übrigens Nägele zusammen mit einigen andern Abgeordneten einen ähnlichen Antrag angekündigt,⁵⁷⁸ dessen Entwicklung jedoch durch die Adresse auf die Thronrede überflüssig wurde.

Die Truppsendungen in mehrere Städte des Landes, wo Ausschreitungen vorgekommen waren, bildeten in der 11. Sitzung den Gegenstand lebhafter Erörterungen. Man hörte Ankläger und Verteidiger dieser Regierungsmaßnahme, und unter den letzteren befand sich auch Schmückle, der die Unruhestifter und Krawallmacher im Land brandmarkte.⁵⁷⁹ Die Regierung sah sich auch von der Mehrzahl der Abgeordneten unterstützt, und die Versammlung ging zur Tagesordnung über.

2.1.1 Die Zivil-Liste

Das Zivil-Liste-Gesetz vom 20. Juni 1820 hatte viele Gegner, und die Höhe der hier eingesetzten Summen hatte die Unzufriedenheit weiter Kreise erregt. Wohl hatte der König auf einen Teil der Zivil-Liste für das laufende Verwaltungsjahr freiwillig verzichtet,⁵⁸⁰ eine endgültige Regelung mußte aber erst erfolgen. Der Reutlinger Radikale Schnitzer beantragte daher zusammen mit zehn Kollegen, darunter auch Schmückle, Revision des Gesetzes vom 20. Juni 1820 und des königlichen Hausgesetzes vom 8. Juni 1828, in dem Sinn, daß die Zivil-Liste auf das Notwendige herabgesetzt, die Apanagen aber auf das

Hofkammergut überwiesen oder ganz aufgehoben werden.⁵⁸¹ Der Antrag wurde der staatsrechtlichen Kommission überwiesen⁵⁸² und am 11. November stand der Bericht dieser Kommission auf der Tagesordnung.⁵⁸³ Der Kommissionsantrag ist dem Schnitzer'schen ziemlich ähnlich; er verlangt Revision des Gesetzes vom 20. Juni 1820 *zum Zweck einer dauernden und bleibenden Verminderung der Zivil-Liste* und den sofortigen Entwurf eines neuen Gesetzes, der der gegenwärtigen Ständeversammlung vorzulegen ist. Schmückles Vorschlag, den Kommissionsantrag debattelos anzunehmen, fand Zustimmung, und mit 60 gegen 18 Stimmen wurde der Kommissionsantrag am 21. November angenommen.⁵⁸⁴ Noch größere Einstimmigkeit herrschte bei der Abstimmung über die Apanagen. Der Kommissionsbericht, der wiederum mit Schnitzers Antrag ziemlich identisch war und Abänderung des Gesetzes fordert, wurde mit 73 gegen fünf Stimmen gutgeheißen. Die fünf Gegner des Antrags waren für völlige Abschaffung der Apanagen.⁵⁸⁵

Die Regierung hat sich nachher *aus Rechtsgründen* geweigert, auf die Revision des Gesetzes über die Zivil-Liste einzugehen. Es wurde geltend gemacht, daß ja der König an seiner Zivil-Liste, die jährlich insgesamt 850 000 fl betrug, für das laufende Jahr 200 000 fl nachgelassen habe und geneigt sei, so lange die ungünstigen Verhältnisse andauerten, weitere Nachlässe zu verwilligen.⁵⁸⁶ Auch der König lehnte die Revision des Gesetzes ab,⁵⁸⁷ und so fügte sich denn die Volksvertretung und beschloß mit 59 gegen 13 Stimmen, daß die gegenwärtige Kammer diesen Gegenstand als erledigt ansehe.⁵⁸⁸ Schmückle hatte nur schweren Herzens zugestimmt. Er verkannte die Erfordernis der Zivil-Liste durchaus nicht, wies aber darauf hin, wie schwer das Volk in seiner Hoffnung getäuscht worden sei. Er empfahl der Regierung dringend

⁵⁷⁶ Abgedruckt HT 29. 9. 48, S. 1107f und 3. 10., S. 1116.

⁵⁷⁷ Am 16. 12. wurde dann eine aus vier Mitgliedern bestehende Kommission zur Beratung der Errichtung einer Nationalbank gewählt (Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten S. 934).

⁵⁷⁸ Ebd. S. 125.

⁵⁷⁹ Ebd. S. 132.

⁵⁸⁰ HT S. 1115.

⁵⁸¹ Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten S. 412.

⁵⁸² Ebd. S. 413.

⁵⁸³ Ebd. S. 412.

⁵⁸⁴ Ebd. S. 412.

⁵⁸⁵ Ebd. S. 420f.

⁵⁸⁶ Mitteilung in der Sitzung vom 4. 1. 49.

⁵⁸⁷ Mitteilung in der Sitzung vom 18. 3. 49.

⁵⁸⁸ Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten S. 2204f.

die Abänderung der Verfassungsurkunde, ehe es – im Hinblick auf die kritische Lage – zu spät sein könnte.⁵⁸⁹

Bezüglich des Gesetzes über die Apanagen erklärte sich die Regierung am 4. Januar 1849 zur Revision bereit, und zwar mit Wirkung vom nächsten Rechnungsjahr ab. Ein diesbezüglicher Gesetzentwurf sollte der Landesversammlung vorgelegt werden. Volle drei Monate verfloßen jedoch, und die Regierung hatte ihr Versprechen noch nicht eingelöst. Da beschloß die Kammer am 11. April, nachdem die Abgeordneten radikaler von den Osterferien zurückgekehrt waren, wie sich die Abgeordneten Vogel und Herrlinger ausdrückten,⁵⁹⁰ mit 51 gegen 21 Stimmen, die Regierung erneut um Revision der Artikel 7 und 10 des Hausgesetzes von 1828 im Sinne der Herabsetzung der Apanagen zu bitten. Fast die gesamte Ritterschaft, die Prälaten und die zwei katholischen Dekane waren Gegner des Beschlusses.⁵⁹¹

2.1.2 Das Jagdgesetz

Nach 14tägiger Vertagung ging die Kammer am 4. Oktober 1848 daran, den neuen Gesetzentwurf, das Jagdwesen betreffend, zu beraten. Alles Jagdrecht auf fremdem Boden sollte diesem Entwurf nach unentgeltlich aufgehoben werden und der Wildschaden sowie die Jagdprivilegien abgeschafft werden. Weitere Wünsche in dieser Hinsicht hatte wiederum Schnitzer, er wollte alles Wild ausrotten und beantragte, *aus Gründen der Landwirtschaft wie der Humanität (!), daß alles frei laufende Wild binnen Jahresfrist systematisch vertilgt werde.*⁵⁹² Glücklicherweise fand dieser allzu radikale Antrag die Unterstützung der Mehrheit nicht; mit 48 gegen 33 Stimmen wurde er verworfen. Unter den dem Antrag zustimmenden Abgeordneten befand sich auch Schmückle.⁵⁹³ Konsequenterweise hätte er nun, wie Schnitzer es getan hat, auch dem Kopp'schen Antrag zustimmen müssen, der jedermann berechtigt, das in nicht abgeschlossenen Grundstücken vorhandene und zur Klasse der „gemeingefährlichen Tiere“ gehörige Wild

zu erlegen. Dies tat er aber nicht; der Antrag wurde auch mit 67 gegen 14 Stimmen verworfen.⁵⁹⁴ Das Jagdgesetz wurde nach vielem Hin und Her am 27. Oktober 1848 in neuneinhalbstündiger Sitzung zu Ende gebracht und am 2. November mit 52 gegen 29 Stimmen gutgeheißen.⁵⁹⁵

2.1.3 Zehntablösungsgesetz

Nach diesen kurzen Streiflichtern auf wenige wichtige Fragen sei auf die am 15. November begonnenen Verhandlungen über den Entwurf eines Gesetzes über die Ablösung der Zehnten hingewiesen. Dieser Gesetzentwurf weicht von den Grundrechten des deutschen Volkes,⁵⁹⁶ welche die Bestimmung enthalten: *Alle Zehnten sind auf Antrag des Belastenden ablösbar und Die Normen der Ablösung bestimmt die Gesetzgebung der einzelnen Staaten* insofern ab, als nach ihm 1) Der Verpflichtete einen Privatberechtigten ablösen muß; 2) Der Berechtigte wie der Verpflichtete, insofern der Berechtigte ein Privatberechtigter ist, zur Ablösung gezwungen ist; 3) wenn es sich um Zehnten des Staats, der Hofdomänenkammer, der unter öffentlicher Aufsicht stehenden Körperschaften und der Kirchenpründen handelt, den Berechtigten das Recht eingeräumt ist, die Ablösung zu verlangen; 4) Zehntfixierung ausgeschlossen und endlich 5) der Neubruchzehnte ohne Entschädigung aufgehoben ist. Der Kommissionsbericht zeigt, daß die angegebenen Unterschiede eigentlich zwischen dem Beschluß der Nationalversammlung und dem Gesetz vom 14. April 1848 bestehen, da in Artikel 19 dieses Gesetzes schon die eben angeführten Bestimmungen des jetzigen Entwurfs festgelegt sind. Der Landtag sah sich also vor die Frage gestellt, ob der Beschluß der Nationalversammlung das Gesetz vom 14. April 1848 entkräftige und ob das Gesetz abgeändert und in Übereinstimmung mit dem Beschluß der Nationalversammlung gebracht werden müsse. Die Ablösungskommission verneinte diese Frage und der Landtag ging an die Beratungen des

⁵⁸⁹ Ebd. S. 2205.

⁵⁹⁰ HT 13. 4. 49, S. 390.

⁵⁹¹ Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten S. 2269.

⁵⁹² Ebd. S. 211f.

⁵⁹³ Ebd. S. 229.

⁵⁹⁴ Ebd. S. 230.

⁵⁹⁵ Ebd. S. 320.

⁵⁹⁶ Nach der 1. Beratung.

Gesetzentwurfs.⁵⁹⁷ Unter den zahlreichen Rednern wiesen vor allem die zwei Vertreter der katholischen Geistlichkeit auf die großen Opfer hin, die ihrer Kirche auferlegt werden sollten;⁵⁹⁸ auf der andern Seite aber forderte ein Redner vergeblich die unentgeltliche Aufhebung aller Zehnten.⁵⁹⁹

Die Beratung der einzelnen Artikel des Ablösungsgesetzes führte zu fast endlosen Debatten. Nach einer solchen wurde schließlich am 18. November Artikel 1, dem gemäß sich das Gesetz auf alle Zehnten außer den Blut-Neubruchzehnten bezieht, mit 44 gegen 24 Stimmen angenommen.⁶⁰⁰ Schmückle hatte zugestimmt; ebenso verhielt er sich bei der Abstimmung über die sechs folgenden Artikel;⁶⁰¹ die extremen Zusatz-beziehungsweise Abänderungsanträge von Schnitzer⁶⁰² und andern wurden von ihm abgelehnt. Auf die in der 1. Beratung zurückgestellten Artikel 35 und 36, die am 5., 6. und 15. Februar 1849 besprochen wurden, sei hier nicht eingegangen, da Schmückles bejahende Stellung schon bei der Beratung der hauptsächlichlichen Artikel hinreichend festgestellt wurde.

Am 16. Februar kam das ganze Zehntablösungsgesetz zur Abstimmung. 13 Abgeordnete, darunter sämtliche Vertreter der Ritterschaft und der katholischen Geistlichkeit, hatten ihm ihre Zustimmung versagt, 58 dagegen hatten es angenommen.⁶⁰³ Die Kammer der Standesherrn forderte nachher Abänderung des Gesetzes, was aber von der zweiten Kammer am 3. Mai 1849 verweigert wurde.⁶⁰⁴ Auch am 1. Juni beharrte der Landtag auf seinem Beschluß.⁶⁰⁵

Erwähnenswert wäre Schmückles Stellung zu dem der Kammer am 25. Januar vorgelegten Gesetzentwurf über Bannrechte und dingliche Gewerbsberechtigungen mit Ausschlußbefugnis. Schmückle trat für den Gesetzentwurf ein, nach dem alle Bannrechte mit dem Tag der Verkündigung des Gesetzes außer Kraft treten.⁶⁰⁶

2.2 Die deutsche Frage

Von den jetzt folgenden Verhandlungen sind am wichtigsten diejenigen über die deutsche Frage.

Den Auftakt hierzu bildete ein am 13. Februar 1849 eingebrachter Antrag Reyschers, der Landtag wolle beschließen, daß er die Einheit des Gesamt Vaterlandes und die Freiheit und Wohlfahrt der einzelnen Stämme nur dadurch als gesichert ansehe, daß auch die deutsch-österreichischen Bruderstämme in den verfassungsmäßig gegliederten Bundesstaat aufgenommen werden.

2.2.1 Der Verfassungskonflikt

Weiter wird in dem Antrag der vom Volk gewählten Nationalversammlung allein das Recht zugestanden, die Verfassung Deutschlands herzustellen; überhaupt wird der Nationalversammlung zugetraut, daß sie das große Werk der Nationaleinigung vollbringen werde.⁶⁰⁷ Schmückle befand sich bei der Mehrzahl der Abgeordneten, welche diesem Antrag am 14. Februar ihre Zustimmung gaben.⁶⁰⁸

Längere Zeit ruhten nun Anregungen oder Beratungen über die deutsche Frage wieder. So gar am 30. März warteten die neugierigen Stuttgarter, die scharenweise auf die Galerie des Ständesaals geströmt waren, vergebens auf eine Gesinnungsäußerung der Kammer zur Kaiserwahl.⁶⁰⁹ Der Landtag war noch viel zu sehr mit Beratungen über die Abänderung der Gemeindeordnung, Übernahme der Post in Staatsbetrieb, über Apanagen und Pensionen beschäftigt, und erst am 13. April stellte Seeger einen Antrag in der Verfassungsfrage und bat die Versammlung um ihre Zustimmung. In diesem wird die Regierung ersucht, die Reichsverfassung als ein für alle deutschen Regierungen und Stämme

⁵⁹⁷ Diese Verhandlungen s. S. 433 bis 411 ebd.

⁵⁹⁸ Ebd. S. 442ff.

⁵⁹⁹ Ebd. S. 450.

⁶⁰⁰ Ebd. S. 489.

⁶⁰¹ Ebd. S. 504 bis 524.

⁶⁰² Ebd. S. 509ff.

⁶⁰³ Ebd. S. 1807.

⁶⁰⁴ Ebd. S. 2869 und 2871.

⁶⁰⁵ Ebd. S. 4104.

⁶⁰⁶ Ebd. S. 1824.

⁶⁰⁷ Ebd. S. 1718.

⁶⁰⁸ Ebd. S. 1765.

⁶⁰⁹ HT 1. 4. 49, S. 351.

gültiges Gesetz anzuerkennen und sich dafür einzusetzen, daß die Reichsverfassung einschließlich der Grundrechte und des Wahlgesetzes bei allen Regierungen Gültigkeit erlange.⁶¹⁰ Schmückle hatte dem Antrag, der mit großer Mehrheit angenommen wurde,⁶¹¹ mit dem Bemerkten zugestimmt, daß er das Mögliche wolle und das *Greifen nach dem Unmöglichen* für Torheit halte.⁶¹² Ein Zusatzantrag Schnitzers, die Nationalversammlung – falls das Verfassungswerk von irgend welcher Seite gefährdet würde – aufzufordern, an das gesamte deutsche Volk zu appellieren, wurde von Schmückle wie von der Mehrheit mit 37 gegen 33 Stimmen abgelehnt.⁶¹³

Am 19. April, nachdem der schon öfters erwähnte Verfassungskonflikt zwischen Krone und Ministerium zu einer Kabinettskrise zu führen drohte, regte sich auch die Kammer, und die Abgeordneten aller Schattierungen waren sich darin einig, daß man in dieser deutschen Frage das verfassungstreue Ministerium zu stützen habe.⁶¹⁴ Am Vormittag des 20. April beschloß denn eine von zahlreichen Abgeordneten besuchte Versammlung im Museum, mittags um 12 Uhr eine öffentliche Sitzung abzuhalten.⁶¹⁵

Eine in dieser Sitzung gewählte Kommission wurde an die Regierung abgesandt, um nähere Erkundigungen über den Stand des Konfliktes einzuziehen.⁶¹⁶

Abends um 5 Uhr beschloß die Ständeversammlung unter ungeheurem Andrang des Publikums, eine Adresse an den König abzusenden und ihm ehrfurchtsvoll vorzutragen, daß von seiten der Regierung die Gültigkeit der von der Nationalversammlung verkündeten Reichsverfassung alsbald und vollständig anerkannt werden möge.⁶¹⁷ 70 Abgeordnete sprachen sich für und nur sieben gegen diese Maßnahme aus.⁶¹⁸ Schmückle richtete in dieser Sitzung scharfe An-

griffe gegen die beginnende Sabotage der Reichsverfassung durch die Fürsten und forderte zu schärfstem Widerstand gegen die Verfassungsfeinde auf.⁶¹⁹

Die weiterhin ablehnende Haltung des Königs der Reichsverfassung gegenüber, die in dem königlichen Dekret vom 19. April und in der Antwort an die von der Kammer zu Wilhelm I. gesandte Deputation⁶²⁰ zum Ausdruck kam, wurde von der Kammer nicht beachtet, da die Kundgebungen von keinem Minister unterzeichnet waren. Der Abgeordnete Stockmaier stellte sodann den dringlichen Antrag, die Kammer möge in Übereinstimmung mit ihren früher gefaßten Beschlüssen aussprechen, daß die Reichsverfassung in Württemberg als zu Recht besteht, daß jeder württembergische Staatsangehörige dieselbe zu befolgen und zu stützen hat und daß jeder Angriff auf dieselbe ein Verbrechen ist.⁶²¹ Gegen 23 Stimmen eines Teils der Ritterschaft und der Prälaten, sowie einiger gewählten Abgeordneten und der zwei katholischen Dekane wurde dieser Antrag zum Beschluß erhoben.⁶²² Schmückle war in dieser Sitzung⁶²³ abwesend, erklärte aber – wie auch Nägele, der vom 23. bis 27. April an den Sitzungen teilnahm – seine Zustimmung nachträglich zu Protokoll.⁶²⁴

Bei dieser Gelegenheit erging sich der sonst nicht gerade radikale Schmückle in schweren Angriffen gegen die Krone. Seine Äußerungen zeigen deutlich, wie errötet die Stimmung in der Kammer geworden war. *Endlich muß durchgeföhren werden, wenn nicht die Wogen der Anarchie über uns hereinbrechen sollen, und ich erkläre mich daher für ein ganz entschiedenes Handeln, für das der Zeitpunkt für unser enges Vaterland gekommen ist. Überall harren die Bürger des Augenblicks, zur Tat zu schreiten, und die Krone ist in einem schweren Irrtum befangen, wenn sie glaubt, daß die Mehrzahl des*

⁶¹⁰ Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten S. 2604.

⁶¹¹ Ebd. S. 2642.

⁶¹² Ebd. S. 2645.

⁶¹³ Ebd. S. 2446f.

⁶¹⁴ HT 22. 4. 49, S. 430.

⁶¹⁵ HT 22. 4. 49, S. 430.

⁶¹⁶ Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten S. 2712f.

⁶¹⁷ Ebd. S. 2717.

⁶¹⁸ Ebd. S. 2729.

⁶¹⁹ Ebd. S. 2731.

⁶²⁰ Ebd. S. 2735ff.

⁶²¹ Ebd. S. 2741.

⁶²² Ebd. S. 2757f.

⁶²³ Am 22. 4.

⁶²⁴ Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten S. 2764.

württembergischen Volks aus Heulern bestehe, welche gerne dem sich fügen werden, was sie ihnen befiehlt. Genug hat das württembergische Volk gelitten, und wenn die Krone nicht bald nachgibt, so wird das Volk zeigen, daß es nicht um der Krone willen vorhanden ist.⁶²⁵ Wenn ein sonst im allgemeinen gemäßigter Mann wie Schmückle so sprach, wie werden dann Abgeordnete extremerer Richtung gedacht haben?

Die Lage wurde immer kritischer. Der König begab sich nach Ludwigsburg, die Kammer wählte einen 15köpfigen Ausschuß, welcher *in diesem schwierigen Augenblick fortwährend verhandle und der Kammer stets Nachricht gebe*.⁶²⁶ Noch einmal beschloß der Ministerrat, dem König die Gefahr des Vaterlandes dringend vorzustellen und ihn zur Nachgiebigkeit zu bewegen, oder aber die Minister zu entlassen.⁶²⁷ Adressen aus dem ganzen Land liefen ein,⁶²⁸ und zahlreiche Städte sandten Deputationen, welche der Kammer gelobten, *mit Gut und Blut für die Aufrechterhaltung der Reichsverfassung einzustehen*.⁶²⁹ Auch Backnang hatte eine solche nach Stuttgart gesandt, welche erklärte, daß die dortige Bürgerschaft sich für die Aufrechterhaltung der Reichsverfassung einsetzen werde. Dem König wurde außerdem eine von den Beamten unterzeichnete Adresse überreicht.⁶³⁰

Der Druck der Kammer wurde täglich stärker. Schmückles Vorschlag auf debattelose Annahme des Stockmaierschen Antrags, der von den Ministern verlangt, beim König vorzusprechen, ihre frühere Bitte dringend zu wiederholen und falls am nächsten Tage eine königliche Entschlie- ßung nicht erfolge, zurückzutreten, wurde mit großer Mehrheit angenommen. Auch der Antrag selbst fand Zustimmung.⁶³¹

Am 25. April konnte der König dem auf ihn ausgeübten Druck nicht mehr länger widerste- hen; er nahm die Reichsverfassung einschließ- lich des Kapitels über die Oberhauptfrage und des Wahlgesetzes an. Alles atmete auf! Einstim- mige Beschlüsse des Landtags folgten: Den Ge-

meinden und Vereinen, welche die Volksvertre- tung in ihrem Kampf mit dem Staatsoberhaupt unterstützt hatten, wurde der Dank ausgespro- chen und zu diesem Zweck ein Manifest an das Volk erlassen.⁶³² Die Staatsregierung wurde ge- beten, die Reichsverfassung in allen Teilen des Landes bekanntzumachen und der Nationalver- sammlung wurde die Bitte übermittelt, die Zivil- und Militärbehörden auf die Reichsverfassung zu vereidigen.⁶³³ Und *zum Schluß des schönen Tages* wurde dann von Schnitzer vorgeschlagen, die Regierung um Amnestie aller politischen Gefangenen oder Angeschuldigten zu bitten, wel- cher Antrag gegen Freiherr von Wöllwarth, Frei- herr von Linden und Becher mit 79 Stimmen an- genommen wurde.⁶³⁴ Mit dem 26. April hatte der 1. Teil des Verfassungstreits in Württem- berg seinen Abschluß gefunden.

2.2.2 Die Aufstände in der Pfalz und in Baden

Der Aufstand in der Rheinpfalz und das be- waffnete Eingreifen Preußens zur Unterdrück- ung desselben veranlaßte am 9. Mai die Fünf- zehnerkommission, dem Landtag einen Antrag von Schnitzer in folgender Fassung⁶³⁵ vorzu- legen:

Die hohe Kammer wolle beschließen, an die K. Staatsregierung folgende dringende Bitte zu richten: 1) die Staatsregierung möge, mit Bezug- nahme auf die von der Krone Preußens in ihrer letzten Zirkularnote ausgesprochene und zum Teil bereits in Ausführung gebrachte Drohung, die Zentralgewalt auffordern, nicht zu dulden, daß ein deutscher Staat wegen einer Volkserhe- bung zugunsten der Reichsverfassung in einem andern deutschen Staat ohne ausdrücklichen Befehl der Reichsgewalt einschreite, und zur Wahrung des Reichsfriedens wie zum Schutze der gesetzlichen Volksbewegungen, für Aner- kennung der Verfassung ein Reichsheer aufzu- stellen. 2) Sie möge der Zentralgewalt zu diesem

⁶²⁵ Ebd. S. 2764f.

⁶²⁶ Ebd. S. 2768.

⁶²⁷ Am 22. 4., HT. 25. 4. 49.

⁶²⁸ Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten S. 2766, 2777, 2785f.

⁶²⁹ Ebd. S. 2767f.

⁶³⁰ Ebd. S. 2767.

⁶³¹ Ebd. S. 2772ff.

⁶³² Ebd. S. 2788f.

⁶³³ Ebd. S. 2788.

⁶³⁴ Ebd. S. 2789 bis 2792.

⁶³⁵ Ebd. S. 2941f.

Zweck unverzüglich die gesamten württembergischen Streitkräfte zur Verfügung stellen!

Unter Hinweis darauf, daß die Volkserhebung zugunsten der Reichsverfassung eine gesetzliche sei, bejahte Schmückle mit 58 Kollegen den Antrag; 17 lehnten ihn ab.⁶³⁶ Auch ein dritter Punkt wurde nach Abänderung angenommen, der folgendermaßen lautet:⁶³⁷ *Die Regierung möge im Einverständnis mit der Zentralgewalt Mittel ergreifen, um zu verhindern, daß andere als Reichstruppen unter den Befehlen der Zentralgewalt in Folge der Erhebung in der Rheinpfalz durch Württemberg durchmarschieren.*

In der Verfassungsfrage ging die Ständeversammlung am 18. Mai wiederum einen Schritt weiter, indem sie mit 62 gegen 14 Stimmen beschloß, die Regierung zu bitten, daß sie die feierliche Verpflichtung der Staatsbürger auf die Reichsverfassung vornehme, und zwar nach einer den Ständen vorher mitzuteilenden Form.⁶³⁸

Der pfälzische und badische Aufstand lenkte auch in der württembergischen Abgeordnetenkammer immer mehr Aufmerksamkeit auf sich. So nahm der Landtag am 21. Mai den Antrag des 15er-Ausschusses an, wonach die württembergische Regierung sich mit den Staaten, welche die Reichsverfassung anerkannt haben, zwecks Beratung der zum Schutze der Verfassung und Nationalversammlung zu ergreifenden Maßnahmen ins Benehmen setzen und die sofortige Vereidigung der Truppen vornehmen sollte.⁶³⁹ Dasselbe geschah mit einem weiteren Ausschußantrag, der forderte, das württembergische Militär möge nicht gegen die Nationalversammlung verwendet werden.⁶⁴⁰ Der Zusatzantrag des radikalen Abgeordneten Scherr, dieses Angriffsverbot auch auf Staaten und Volksstämme, welche die Reichsverfassung anerkannt haben, auszudehnen, und vielmehr das Militär zum Schutze dieser Staaten zu verwenden, wurde mit 59 gegen 18 Stimmen abgelehnt.⁶⁴¹ Bei all den erwähnten Anträgen hielt es Schmückle

mit der Mehrheit; von einer Unterstützung der Aufständischen wollte auch er nichts wissen, denn die Folgen, die ein Eingreifen für die Revolutionäre gehabt hätte, waren ihm klar. In dieser Richtung äußerte er sich dann nachher auch bei der Begründung seiner ablehnenden Haltung gegenüber einem Antrag von Stockmaier, der einen Zusammenschluß aller der Länder, welche die Reichsverfassung anerkannt haben, forderte und auf militärische Unterstützung Badens und der Pfalz drang.⁶⁴² Schmückle warnte dringend vor einem Schutz- und Trutzbündnis mit den beiden Nachbarländern, das ja nur zu Verwicklungen mit größeren Staaten und dann konsequenterweise zu einer Niederlage führen mußte.⁶⁴³ Dagegen befürwortete er mit warmen Worten eine Eingabe, die ihm von einer am 20. Mai auf dem Mainhardter Wald abgehaltenen und von etwa 2 000 Männern besuchten Volksversammlung zwecks Weiterbeförderung an die Regierung und die Kammer übergeben worden war und in der die sofortige Vereidigung sämtlicher Staatsbürger auf die Reichsverfassung, die Revision des Bürgerwehrgesetzes und die Beschaffung von Waffen für Unbemittelte verlangt wird.⁶⁴⁴

Immer deutlicher schieden sich in der Kammer die Geister und immer größer wurde die Anzahl derjenigen, die zwar ganz und gar für die Durchführung der Reichsverfassung eingenommen waren, die aber das Rezept der Pfalz und Badens nicht ganz geeignet fanden, sondern in dem Gebaren der dortigen provisorischen Regierungen ein Streben nach der roten Republik erblicken mußten. So lehnte zum Beispiel schon am 31. Mai die Ständeversammlung den Kommissionsantrag auf Durchzugsverweigerung für solche Truppen, die nicht auf die Reichsverfassung vereidigt waren, ab,⁶⁴⁵ und am 5. Juni wies sie den von der provisorischen Regierung Badens an das württembergische Volk gerichteten Aufruf,⁶⁴⁶ der das wahre Ziel der badischen Revolution verriet, mit 72 gegen neun Stimmen zu-

⁶³⁶ Ebd. S. 2988.

⁶³⁷ Ebd. S. 2960f.

⁶³⁸ Ebd. S. 3094f.

⁶³⁹ Ebd. S. 3143 und 3147. Mit 76 gegen eine Stimme angenommen.

⁶⁴⁰ Ebd. S. 3143 und 3148. Mit 68 gegen neun Stimmen angenommen.

⁶⁴¹ Ebd. S. 3147.

⁶⁴² Der Antrag wurde mit 60 gegen 18 Stimmen abgelehnt, ebd. S. 4085.

⁶⁴³ Ebd. S. 4087.

⁶⁴⁴ Ebd. S. 3171.

⁶⁴⁵ Ebd. S. 4092f.

⁶⁴⁶ Ebd. S. 4124 (Aufruf vom 9. 6. 1849).

rück.⁶⁴⁷ Schmückle warnte bei dieser Gelegenheit die badischen Aufrührer vor der Meinung, als ob sich Volk und Kammer in Württemberg zum Spielball ihrer Gelüste machen lasse.⁶⁴⁸ Auch Nägele, der den Sitzungen von nun ab wieder beiwohnte, stimmte mit der Majorität, drückte aber zusammen mit dem Abgeordneten Eisenlohr seine Verwunderung darüber aus, daß der Landtag das empörende Verhalten der legitimen preußischen Regierung gegenüber der Reichsverfassung nicht in ähnlicher Entrüstung gebrandmarkt habe.⁶⁴⁹

Daß auch in der folgenden Zeit keine Stimmung mehr für die Aufständischen gemacht werden konnte, beweist die Ablehnung der Dringlichkeitsfrage über den Schott'schen Antrag, der die Rückberufung der dem Reichsgeneral von Peucker unterstellten beiden württembergischen Bataillone verlangte. Nur 34 von 82 Abgeordneten unterstützten die Frage, so daß der Antrag der staatsrechtlichen Kommission überwiesen wurde. Schmückle und Nägele hatten entgegengesetzte Ansichten; der erstere verneinte, *damit nicht in kurzem die Brandfackel der Zwietracht in unsrem Vaterland auflodern soll.*⁶⁵⁰ Nägele hingegen meinte, daß *die Brandfackel der Zwietracht bereits in hellen Flammen in unserem Vaterland lodert. Um noch zur rechten Zeit zu löschen,* sagte er ja.⁶⁵¹

2.2.3 Das Rumpfparlament

Zu Beginn des Monats Juni beschäftigte sich der Landtag mit der Verlegung der Nationalversammlung nach Stuttgart,⁶⁵² und am 5. Juni beschloß er gegen fünf Stimmen die Überlassung des Ständesaals an die Nationalversammlung. Der Antrag Veiels auf Billigung der Regierungserklärung, der gemäß der provisorischen Regierung nicht das Recht zusteht, ohne Zustimmung der Regierung für Württemberg gültige Beschlüsse zu fassen oder über das Heer zu verfügen, wurde am 8. Juni mit 51 gegen 32 Stimmen abgelehnt.⁶⁵³ Schmückle wie Nägele befanden

sich bei der Mehrheit; der letztere verhielt sich wohl aus voller Überzeugung ablehnend, bei Schmückle jedoch ist dies nicht ohne weiteres festzustellen, denn er stimmte in erster Linie deshalb mit nein, weil er die Sitzung auf eine Stunde ausgesetzt haben wollte, *um jedem Zeit zu lassen, mit Ruhe das Programm der Regierung zu überlegen.*(!!)⁶⁵⁴

Schon am folgenden Tag jedoch ergab sich volle Klarheit. In etwas gemäßigter Form wurde nämlich der Veiel'sche Antrag wieder vorgebracht. Als „Kommissionsantrag“ lautete er diesmal folgendermaßen:⁶⁵⁵ *Die Kammer möge zu Protokoll erklären, daß sie der Ansprache des Gesamtministeriums im Sinne der im Kommissionsbericht der Mehrheit dargelegten Ausführung, welche auch der Absicht der K. Regierung gemäß sein dürfte, beitrete: daß sie also Beschlüsse der von der Nationalversammlung neustens eingesetzten provisorischen Regentschaft nicht als ohne weiteres für Württemberg verbindlich betrachte, sondern sowohl der K. Staatsregierung, als auch je nach ihrem Betreffe, der Ständeversammlung eine Prüfung und Anerkennung derselben vom Standpunkt der Landes- und Reichsverfassung vorbehalte, namentlich wofern dadurch die württembergischen Streit- und Geldkräfte einseitig in Anspruch genommen, oder sonst die Interessen dieses Landes durch jene Beschlüsse bedroht werden sollten.*

Zwölf Abgeordnete, darunter auch Nägele, verließen vor der Abstimmung über diesen Antrag den Saal; 14 versagten ihm ihre Zustimmung und 60 nahmen ihn an. Schmückle, der wie er sagte, es als einen großen Mißgriff betrachtet hatte, daß die Nationalversammlung ihren Sitz „ohne Not“ verlassen hatte, stimmte dem Antrag zu mit dem Bemerkten, daß *wir keine Sturmflaggen sind, die der Wind hin- und herbewegt.*⁶⁵⁶ Die zwölf abgetretenen Mitglieder teilten der Versammlung mit, daß sie sich infolge des *Meinungsterrorismus*, der in dieser Abstimmung ausgeübt wurde, der Stimme enthalten wür-

⁶⁴⁷ Ebd. S. 4126.

⁶⁴⁸ Ebd. S. 4126.

⁶⁴⁹ Ebd. S. 4127.

⁶⁵⁰ Ebd. S. 4241.

⁶⁵¹ Ebd. S. 4242.

⁶⁵² Sitzung vom 2. 6., ebd. S. 4111f.

⁶⁵³ Ebd. S. 4133, HT 9. 6., S. 600.

⁶⁵⁴ Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten S. 4139f.

⁶⁵⁵ Ebd. S. 4177.

⁶⁵⁶ Ebd. S. 4185.

den.⁶⁵⁷ Gemeint war unter diesem sogenannten Meinungsterrorismus die Reihenfolge, in der die Abstimmung vorgenommen wurde, und die Fragestellung!

Nachdem Römer dem Rumpfparlament weitere Sitzungen untersagt hatte, sprach am 18. Juni auch der Landtag das Todesurteil über die Trümmer aus der Paulskirche. Der Abgeordnete Mack beantragte nämlich, daß die Kammer, nachdem sie von den Maßnahmen der Regierung Kenntnis genommen, über den Antrag, die Nationalversammlung und ihre gegenwärtige Zusammensetzung als zu Recht bestehend anzuerkennen, zur Tagesordnung überzugehen. Mit 54 gegen 31 Stimmen wurde der Antrag Beschluß.⁶⁵⁸ Schmückle nahm die Regierung sehr in Schutz und bedauerte nur, daß sich dieselbe nicht schon früher zu solchen Maßnahmen entschlossen hat.⁶⁵⁹

2.2.4 Die Diskussion über das Papiergeld

Auf die noch folgenden Kammerverhandlungen, die sich in der Hauptsache auf Gesetzentwürfe⁶⁶⁰ bezogen, sei hier nicht näher eingegangen. Erwähnenswert wären schließlich nur noch einige untergeordnete Beratungen, an de-

nen Schmückle lebhaften Anteil genommen hat. So bemühte er sich zum Beispiel um die Abschaffung unnötiger Vielschreiberei im Gemeinwesen und um Geschäftsverminderung und Geldersparnis bei den Kreisregierungen.⁶⁶¹ Als Verwaltungsbeamter wird er gelegentlich auf manche Mißstände in dieser Hinsicht gestoßen sein. Zum andern wären hier noch seine Bemühungen um die Einführung von Staatspapiergeld anzuführen. *Das Papiergeld anderer Staaten*, so äußerte er sich am 14. Mai 1849 im Landtag, *wird bei uns ohne Anstand statt Metall genommen, vor dem Papiergeld des eigenen Staates aber warnt man uns, und sieht alles mögliche Unheil daraus hervorgehen. Das sind, solange nicht ein Mißbrauch mit der Fertigung des Papiergeldes getrieben wird, offenbar nur Schreckbilder; gegen die Gefahr eines Mißbrauchs schützt aber eine Staatsbank, so wie überhaupt jede Vorkehrung nicht, und deshalb kann ich mich auch durch eine solche Gefahr in der vorliegenden Weise nicht schrecken lassen . . .* Schmückles Sehnsucht nach Papiergeld wurde nachher auch gestillt; mit 39 gegen 37 Stimmen wurde die Einführung beschlossen,⁶⁶² und zwar sollten drei Millionen Gulden zur Ausgabe kommen, nicht fünf, wie es Schmückle gewünscht hatte.⁶⁶³

⁶⁵⁷ Ebd. S. 4185 und 4303.

⁶⁵⁸ Ebd. S. 4297.

⁶⁵⁹ Ebd. S. 4300.

⁶⁶⁰ Zum Beispiel Gesetzesentwurf betreffend Abänderung einiger Bestimmungen des Strafgesetzbuchs und der Strafprozeßordnung; Gesetzesentwurf über das Jagdwesen; Geschworenengesetz; Gesetz betreffend das Verfahren bei dem Aufgebot der bewaffneten Macht gegen Zusammenrottung.

⁶⁶¹ Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten S. 1387.

⁶⁶² Ebd. S. 2026f.

⁶⁶³ Die Ausgabe von fünf Millionen wurde mit 53 gegen 24 Stimmen abgelehnt; ebd. S. 3040.

Ergänzungen und Nachträge

Biographische Angaben zu württembergischen MdNV und weiteren prominenten Württembergern stammen grundsätzlich aus *Mann* 1975 und sind im folgenden nicht einzeln nachgewiesen.

Zu Seite 32

Wilhelm Murschel (1795 bis 1869), Anwalt in Stuttgart, 1848/49 MdVP und MdNV.

Friedrich Römer (1794 bis 1864), Kriegsrat, später Anwalt in Stuttgart, 1848/49 MdVP und MdNV (bei keiner Fraktion), 1848/49 in premierministerähnlicher Stellung in der württembergischen Regierung.

Friedrich Rödinger (1800 bis 1868), Anwalt in Stuttgart, Mitbegründer der politischen Zeitung „Hochwächter“, später „Beobachter“, 1848/49 MdNV (Fraktion Deutscher Hof).

Gottlob Tafel (1801 bis 1894), Anwalt in Stuttgart, Mitbegründer der politischen Zeitung „Hochwächter“, später „Beobachter“, 1848/49 MdNV (Fraktion Deutscher Hof).

Karl Mayer d. J. (1819 bis 1874), Politiker, 1849 Reichskommissar der Regentschaft in Oberschwaben, dann bis 1862 im Exil.

Paul Achatius Pfizer (1801 bis 1867), Jurist in Stuttgart, 1848 württembergischer Minister des Kultus- und Schulwesens, 1848/49 MdNV (bei keiner Fraktion).

Robert Mohl (1799 bis 1875), Professor für Staatswissenschaft in Tübingen, seit 1847 in Heidelberg, 1848/49 MdNV (Fraktion Württemberger Hof), Reichsminister der Justiz.

Unklar ist, ob der in dem Bericht genannte Gustav Rau eine Verschreibung für den Gaildorfer Glasfabrikanten und Sozialrevolutionär Gottlieb Rau ist.

Zu Seite 33

Adolf Schoder (1817 bis 1852), Regierungsrat im württembergischen Innenministerium, 1849/49 MdNV (Fraktion Westendhall). (Vergleiche auch ausführlich *Mann* 1974, Seite 2ff).

Zu Seite 34

Die von Nägele in seinem Aufsatz über das Gewerbe angesprochenen politischen Grundkonstanten blieben auch in der Folge bestimmend für Nägeles Handeln: Ein Gesamtdeutschland war für Nägele nur unter Einschluß Österreichs vorstellbar, das ja in der 1848 gültigen Staatsordnung auch ebensogut ein deutsches Land wie alle anderen war – wenigstens was die deutschsprachigen Teile Österreichs anging; Rußland war für den politisch fortschrittlich gesonnenen Nägele die personifizierte Reaktion; daraus resultiert ein Gutteil von Nägeles Sympathie für Polen, das damals bekanntlich zwischen Rußland, Preußen und Österreich aufgeteilt war, wobei Rußland den Löwenanteil Polens besaß.

Wielands Hinweis, daß man *heute . . . ja bekanntlich über die Republik Polen wesentlich anders* denke als Nägele und seine Freunde, ist aus dem gespannten deutsch-polnischen Verhältnis der 20er Jahre unseres Jahrhunderts ohne weiteres verständlich: Deutschland empfand die deutsch-polnischen Grenzen von 1919/21 (Verlust des „Korridors“ und Ost-Oberschlesiens) und die polnische Politik gegenüber der deutschen Minderheit in Polen als ungerecht. Dies führte seit 1925 zu einem regelrechten deutsch-polnischen Wirtschaftskrieg und 1931 zu einer formalen Verurteilung der polnischen Minderheitenpolitik durch den Völkerbund.

Zu Seite 34

Louis Hentges (1818 bis 1891), Brauereibesitzer in Heilbronn, 1848/49 MdNV (Fraktion Deutscher Hof, dann Donnersberg), (ausführlich auch *Mann* 1974, Seite 4ff).

Zu Seite 34f

Konrad Dietrich Haßler (1803 bis 1873), Professor in Ulm, 1848/49 MdNV (Fraktion Westendhall), Herausgeber der amtlichen Protokolle der NV.

von Soiron, Buhl, Dr. Schott, Fetzer, Frisch, Vischer, von Raumer: Die Genannten allesamt MdNV, davon Schott, Fetzer, Frisch und Vischer Württemberger; von Raumer ist der berühmte Historiker. Unklar ist, wen Wieland mit Wächter meint. Weder der württembergische Politiker Karl Georg Wächter (geboren 1797), noch dessen Sohn Oskar (1825 bis 1902) waren MdNV.

Albert Schott (1782 bis 1861), Obertribunalprokurator in Stuttgart, 1848/49 MdNV (Fraktion Westendhall), Schwiegervater von Friedrich Römer.

Karl August Fetzer (1809 bis 1885), Anwalt in Stuttgart, 1848/49 MdNV (Fraktion Deutscher Hof).

Christian Frisch (1807 bis 1881), Professor an der Realschule in Stuttgart, 1848/49 MdNV (Fraktion Deutscher Hof).

Friedrich Theodor Vischer (1807 bis 1887), Professor für Ästhetik und Literatur in Tübingen, später Stuttgart, 1848/49 MdNV (Fraktion Westendhall).

Ob Nägele tatsächlich der einzige Handwerker in der Paulskirche war, ist strittig und dürfte letztlich eine Frage der Definition des Begriffs „Handwerker“ sein. *Nipperdey* 1983, Seite 610, nennt vier Handwerker, *Mann* 1974, Seite 7, nennt nur einen – Nägele.

Zu Seite 35

Nägele hatte, wie schon seine frühe Beurteilung der Nationalversammlung zeigt, ein gesundes Gespür für die politischen Realitäten und Notwendigkeiten. Seine pessimistischen Äußerungen über die Paulskirche sind geradezu prophetisch.

Heinrich Freiherr von Gagern (1799 bis 1880), MdNV aus Hessen, vom 18. Mai bis Dezember 1848 deren Präsident.

Zu Seite 36

Franz Raveaux (1810 bis 1851), MdNV für Köln.

Johann Peter Werner (1798 bis 1869), MdNV.

Christoph Hoffmann (1815 bis 1885), Sohn des Gründers der Pietistengemeinde Korntal, Redakteur und Privatschullehrer, 1848/49 MdNV (bei keiner Fraktion).

Zum Zollsystem: Bekanntlich gab es zwar seit 1834 den Deutschen Zollverein, dieser umfaßte 1848 aber noch keineswegs alle deutschen Staaten. Außerhalb des Zollvereinsgebiets waren beispielsweise Österreich, Hannover, Oldenburg, Mecklenburg, Schleswig-Holstein und diverse kleinere Gebiete.

Zu Seite 36f

Von den MdNV Bogen, Rheinwald, Pfahler waren die beiden letzteren Württemberger.

Georg Pfahler (1817 bis 1889), Kaplan und Präzeptor in Tettngang, Historiker, 1848/49 MdNV (Fraktion Deutscher Hof).

Karl Friedrich Rheinwald (1802 bis 1876), Dr. jur., Anwalt in Rottweil, 1834 bis 1848 im Exil, 1848/49 MdNV (Fraktion Deutscher Hof).

Zu Dänemark: Die merkwürdige staatsrechtliche Beziehung Schleswig-Holsteins zu Dänemark war 1848 Anlaß für schwerwiegende Konflikte: Die Herzogtümer Schleswig und Holstein wurden in Personalunion vom König von Dänemark regiert. Dabei gehörte Holstein unstrittig zum deutschen Bundesgebiet, Schleswig lag außerhalb desselben. Als der König von Dänemark im März 1848 Schleswig formell an Dänemark angliedern wollte, führte dies zu einem Sturm der Entrüstung unter der deutschen Bevölkerung der beiden Herzogtümer. In Kiel bildete sich eine antidänische Regierung, die sich gegen die dänische Herrschaft erhob. Die Nationalversammlung in Frankfurt bat – da sie selbst über kein deutsches Reichsheer verfügte – Preußen um militärische Unterstützung gegen Dänemark. Tatsächlich operierte das preußische Heer unter General Wrangel erfolgreich und drang bis nach Jütland vor.

Zur provisorischen Zentralgewalt: Die Frage der provisorischen Regierung Deutschlands – eine endgültige war ja erst nach Ausarbeitung der Verfassung möglich – war deshalb von so großer Bedeutung, weil sie eindeutig die Weichen für die künftige Staatsform stellte: Es entschied sich im Grunde also bereits hier, ob Deutschland eine konstitutionelle Monarchie (wie von den Liberalen gewünscht) oder eine Republik (wie von den Linken gewünscht) werden würde. Außerdem entschied sich, ob das Parlament eine funktionsfähige Einrichtung mit Kontrollkompetenzen gegenüber der Regierung werden würde oder nicht.

Zu Seite 37

Vergleiche zu Römer und Hoffmann oben unsere Anmerkungen zu Seite 32 und 36.

Friedrich Gfrörer (1803 bis 1861), Professor der Geschichte in Freiburg, 1848/49 MdNV (bei keiner Fraktion).

Zu Seite 38

Zu Nägeles Aussage, *daß Reaktion im Anzug sei . . .*: Auch hier zeugt wieder Nägeles Meinung von einer erstaunlich klaren Beurteilung der Verhältnisse. Genau so, wie Nägele es sah, ist es in der Folge auch gekommen.

Zum deutsch-französischen Bündnisplan Nägeles: Wie kaum ein anderes Beispiel erweist dieses Projekt Nägeles politische Größe. Nägele war leider mit diesem Plan seiner Zeit um mehr als ein Jahrhundert voraus: Drei Kriege mit Millionen von Toten waren nötig, bevor es 1960 zum deutsch-französischen Vertrag kam.

Zu Seite 39

Wielands abfälliges Urteil über Nägeles Bündnisplan zeigt, welche Abgründe noch ein dreiviertel Jahrhundert nach 1848 zwischen Deutschland und Frankreich lagen.

Zu Seite 40

Die Pläne zur Aufstellung eines Reichsheeres blieben Papier. Tatsächlich verfügte die NV nie über ein Heer, was schließlich ein entscheidender Grund für ihr Scheitern wurde.

Zu Seite 40

Vergleiche zu Gfrörer, Haßler, Pfahler, Hentges, Fetzer, Röding, Schott, Vischer oben.

Johannes Baptista Fallati (1809 bis 1855), Professor der Geschichte und Statistik in Tübingen, 1848/49 MdNV (Fraktion Württemberger Hof, dann Augsburgischer Hof).

Georg Kautzer (1807 bis 1875), katholischer Pfarrer in Lauchheim, 1848/49 MdNV (bei keiner Fraktion).

Moritz Mohl (1802 bis 1888), Bruder von Robert Mohl (siehe zu Seite 5), Obersteuerrat in Stuttgart, MdNV (bei keiner Fraktion, der Linken nahestehend).

Gustav Rümelin (1815 bis 1896), Rektor in Nürtingen, 1848/49 MdNV (Fraktion Deutscher Hof).

Alois Wiest (1810 bis 1890), Oberjustizassessor in Esslingen, 1848/49 Ersatzmann als MdNV für R. Mohl.

Christian Friedrich Wurm (1803 bis 1859), Professor für Geschichte in Hamburg, 1848/49 MdNV (Fraktion Württemberger Hof, dann Augsburgischer Hof).

Wilhelm Zimmermann (1807 bis 1878), Professor für deutsche Sprache und Literatur am Stuttgarter Polytechnikum, 1848/49 MdNV (Fraktion Donnersberg).

Zu Seite 42f

Man muß sich immer wieder vor Augen halten, daß 1848 in den meisten deutschen Staaten noch eine mehr oder minder große Menge feudaler Rechte in Kraft war. Deren längst überfällige Abschaffung war für die betroffene Bevölkerung von großer Bedeutung. Tatsächlich brachte die Revolution – trotz ihres schließlichen Scheiterns – die Beendigung dieser Feudalrechte (von den Gutsbezirken in Preußen einmal abgesehen).

Gustav Adolf Rösler (1818 bis 1855), MdNV.

Wilhelm Adolph von Trützschler (1818 bis 1849), MdNV.

Zu Seite 43

Proselytenmacherei: Jemanden mit allen Mitteln zu sich herüberziehen wollen.

Die konservativen MdNV Hans von Auerswald (geb. 1782) und Felix von Lichnowsky (geb. 1814) waren im Septemberaufstand 1848 in Frankfurt von Radikalen ermordet worden. Vgl. zum Septemberaufstand unten zu Seite 64, 81 .

Zu Seite 43f

Fideikommiß: Feudalabgabe, insbesondere die im Erbfall auf einer Person oder auf Gütern liegenden Feudalabgaben.

„Schwarzgelbe“ und „stockpreußische“ Stimmen: Schwarzgelb waren die alten habsburgischen Farben. Wenn Wieland also von einem „schwarz-rot-goldenen“ Antrag gegen die „schwarzgelben“ und „stockpreußischen“ Abgeordneten redet, dann meint er einen Antrag, der ein im wesentlichen nur von Deutschen besiedeltes Großdeutschland (Gebiet des Deutschen Bundes von 1815/1848, das heißt mit den deutsch-österreichischen Teilen Habsburgs plus Schleswig-Holstein plus West- und Ostpreußen) anstrebte. Die „Schwarzgelben“ lehnten dieses Modell ab, weil dann die nichtdeutschen habsburgischen Gebiete abgetrennt worden wären, die „Stockpreußen“ lehnten es ab, weil Preußen in einem Reich dieses Zuschnitts gegen Habsburg nicht ohne weiteres die Hegemonialmacht gewesen wäre.

Zu Seite 44

Zu Deutscher Hof: Das Paulskirchenparlament kannte noch keine Parteien, wohl aber politische Clubs, die sich nach ihren Tagungsorten benannten. Die württembergischen Abgeordneten gehörten – soweit sie nicht fraktionslos blieben – durchweg zur politischen Linken. Ganz links stand der „Donnersberg“, dann folgte der zahlenmäßig ziemlich starke „Deutsche Hof“ – die Fraktion Nägeles –, dann die „Westendhall“, die sogenannte „Linke im Frack“.

Von der „Westendhall“ spaltete sich nach rechts der „Augsburger Hof“ ab. Die übrigen Clubs (vor allem „Casino“, „Steinernes Haus“, „Milani“, „Pariser Hof“, „Weidenbusch“) spielten für die Württemberger so gut wie keine Rolle.

Zu Seite 45

Der Abgeordnete der Frankfurter Nationalversammlung Robert Blum war vom Parlament nach Wien entsandt worden, als dort im Oktober 1848 der dritte Aufstand gegen die Habsburgerherrschaft losgebrochen war. General Windischgrätz ließ diesen Aufstand mit habsburgertreuen Truppen blutig niederschlagen. Im Zuge dieser Aktion ließ Windischgrätz Robert Blum standrechtlich erschießen. Damit war erstens der Revolution in Wien das Genick gebrochen, zweitens faßten damit auch die Fürsten in den andern deutschen Staaten Mut für antirevolutionäre Aktivitäten und drittens war der Nationalversammlung nachhaltig ihre Ohnmacht demonstriert worden.

Zu Seite 46

Österreich betrieb nach seinem brutalen Vorgehen gegen die eigenen Revolutionäre im Oktober 1848 eine immer offenkundigere Obstruktionspolitik gegen die Nationalversammlung. Die Obstruktionspolitik gewann im Frühjahr 1849 durch die von Nägele erwähnten Schritte eine neue Qualität.

Eine wichtige Konsequenz dieser Entwicklung war die Tatsache, daß die österreichische Regierung sich immer deutlicher weigerte – übrigens in Opposition zur Bevölkerung – in dem von der Nationalversammlung zu schaffenden Deutschen Reich Mitglied zu werden. Eine Nichtmitgliedschaft Österreichs im künftigen Deutschen Reich schien der Linken grundsätzlich inakzeptabel und allenfalls als vorübergehender Zustand im äußersten Notfall hinnehmbar zu sein.

Zu Seite 47ff

Der Konflikt bei der Diskussion um das Wahlgesetz ging also um die Frage, ob das allgemeine Wahlrecht oder ein – wie immer geartetes – Zensurwahlrecht eingeführt würde. Nägele setzte sich vehement für das allgemeine Wahlrecht ein. Seine diversen Änderungsvorschläge für ein eventuelles Zensurwahlrecht wollte er nur für den Fall verwirklicht sehen, daß das allgemeine Wahlrecht keine Mehrheit erzielte. Tatsächlich konnte das allgemeine Wahlrecht dann aber durchgesetzt werden.

Zu Seite 49

Zur Posenschen Demarkationslinie siehe unten zu Seite 62ff.

Zu Seite 51

Vgl. zur Problematik der Zivilisten und Apanagen unten zu Seite 69f. Zu den Gemeinderechten: Wieland beurteilt hier die württembergischen Verhältnisse wohl zu negativ. Im Vergleich zu andern deutschen Staaten hatten die württembergischen Gemeinden auch anno 1848 noch relativ große Selbstverwaltungsrechte. Von der Bevölkerung wurde es allerdings als skandalös empfunden, daß der württembergische Staat – wie von Wieland erwähnt – frei gewählte Schultheißen einfach ablehnen konnte – ein Schicksal, das wenige Jahre später Nägele selbst widerfuhr (vgl. dazu oben Seite 67).

Zu Seite 53f

Zum österreichischen Protest gegen Gagerns kleindeutschen Plan: Zwar kann es keinem Zweifel unterliegen, daß es der österreichischen Regierung in erster Linie um Obstruktion aller deutschlandpolitischen Pläne der Nationalversammlung ging, andererseits macht die von Wieland zitierte Formulierung (Österreichs *aus der naturgemäßen Entwicklung tausendjähriger Verhältnisse hervorgegangene Stelle* in Deutschland) deutlich, daß Österreich sich ohne Wenn und Aber als deutsches Land betrachtete, daß es in Deutschland aber nur mitzuwirken gedachte, wenn ihm die Führungsposition zukam.

Zu Seite 54

Nägeles Befürchtung, die österreichischen Abgeordneten in der Nationalversammlung würden nicht mehr lange dort bleiben können, zeugt erneut von dem klaren politischen Urteilsvermögen des Schlossermeisters. Genau so ist es gekommen. Wielands Nägele-Zitate sind im Originaltext der Dissertation ungenau und hier in korrigierter Form wiedergegeben.

Zu Seite 55

Johann Joseph Huck (1805 bis 1859), Oberjustizrat in Ulm, 1848/49 MdNV (bei keiner Fraktion).

Konstantin Fürst von Waldburg-Zeil (1807 bis 1862), 1848/49 MdNV (bei keiner Fraktion), unter seinen adligen Standesgenossen verschrien als „der rote Fürst“.

Aus der Abstimmung geht erneut deutlich hervor, daß die württembergischen Abgeordneten fast durchweg eine preußisch-klein-deutsche Lösung verabscheuten und – der destruktiven österreichischen Haltung zum Trotz – eine großdeutsche Lösung favorisierten.

Zu Seite 56

Österreich kam mit der Schaffung der Verfassung von 1849 formal einer der alten demokratischen Forderungen nach. Faktisch war die Verfassung, die für den österreichischen Gesamtstaat galt – also auch für die nichtdeutschen Teile außerhalb der deutschen Bundesgrenzen – jedoch in jeder Weise ein Schritt zurück, denn einer der Kernpunkte der Verfassung war der Zentralismus und die damit verbundene Unterdrückung der nichtdeutschen Bevölkerungsteile der Habsburgermonarchie.

Zur Beschreibung von Nägeles Reaktion auf den Antrag Welckers: Wielands Originalskript zitiert falsch (*die Wirkung einer russischen Dampfwalze* statt korrekt *die Wirkung eines russischen Dampfbades*).

Zu Seite 57

Mit den „Schwarz-Weißen“ sind im Gegensatz zu den „Schwarz-Gelben“ (vgl. dazu oben die Ergänzungen und Nachträge zu Seite 43f) die preußischen Abgeordneten beziehungsweise deren Parteigänger gemeint. Schwarz-Weiß sind die alten preußischen Farben.

Zu Seite 59f

Auch hier verdient Nägeles Weitblick (*Wenn wir die Preußen als Herren bekommen, werden wir eines weniger und zwei mehr bekommen. Nämlich weniger bürgerliche Freiheit und mehr Soldaten und Steuern.*) besondere Erwähnung. Nägele hat damit – vielleicht mit Ausnahme der Steuern – den preußisch-deutschen Staat von 1871 genau charakterisiert.

Wieland setzte die Ereignisse vom Frühjahr 1849 als bekannt voraus. Sie bedürfen für den heutigen Leser indessen einer kurzen Erläuterung: Nachdem die Nationalversammlung am 28. 3. 1849 die Reichsverfassung verabschiedet und sich darin für eine kleindeutsche Lösung unter preußischer Führung entschlossen hatte, wurde am 3. 4. 1849 dem preußischen König Friedrich Wilhelm formal die deutsche Kaiserkrone angetragen. Friedrich Wilhelm lehnte ab. Damit war die Nationalversammlung schwer desavouiert und weitgehend gescheitert.

Österreich krönte daraufhin seine Obstruktionspolitik gegen die Nationalversammlung, indem es seinen Abgeordneten befahl, die Nationalversammlung zu verlassen. Nach österreichischem Vorbild folgten nach und nach etliche andere deutsche Staaten, darunter Preußen. Viele Abgeordnete verließen auch ohne unmittelbaren Druck aus Resignation die Nationalversammlung, so daß im Mai 1849 nur noch ein harter Kern von linken Abgeordneten – darunter die meisten Württemberger – übriggeblieben war. Hauptziel der Nationalversammlung in den Monaten April und Mai 1849 war es, von den deutschen Staaten die Anerkennung der Reichsverfassung zu erlangen. Tatsächlich unterwarfen sich die deutschen Klein- und Mittelstaaten der Verfassung, die wichtigsten deutschen Staaten (Österreich, Preußen, Hannover, Bayern und Württemberg) lehnten die Verfassung jedoch ab. Lediglich in Württemberg gelang es schließlich durch massiven Druck der demokratischen Bewegung, die Regierung zur Anerkennung der Verfassung zu bewegen.

Angesichts dieser Entwicklung kam es im Mai zu den revolutionären Erhebungen zum Schutz der Reichsverfassung in Sachsen, der Pfalz und Baden, von denen die in Sachsen und der Pfalz unter Einsatz von preußischem Militär jedoch rasch niedergeworfen wurden.

Zu Seite 60

Zu Nägeles Beurteilung der Lage: Man ist erstaunt, wie klar Nägele die Ursachen der Malaise von 1848/49 beschreibt.

Zum Zitat *Dieses Korn* . . . Die Quelle dieses Zitats wird nicht deutlich.

Zu Seite 61f

Wielands eher abfälliges Urteil über das Stuttgarter Rumpfparlament wirkt heute nicht mehr angemessen.

Zu Seite 61f

Johann Georg Dörtenbach (1795 bis 1870), Bankier, 1849 MdNV (Ersatzmann für Mathy).

Theodor Eisenlohr (1805 bis 1869), Theologe, Rektor des Lehrerseminars Nürtingen, Juni 1849 MdNV (Ersatzmann für Rümelin).

Friedrich Federer (1799 bis 1883), Bankier, 1848/49 MdNV (Fraktion Westendhall, Ersatzmann für Pfizer).

Karl August Fetzer (1809 bis 1885), Anwalt in Stuttgart, 1848/49 MdVP und MdNV (Fraktion Deutscher Hof).

Christian August Klett (1799 bis 1869), Anwalt in Heilbronn, 1849 MdNV (Ersatzmann für Hentges).

Johann Friedrich Nagel (1810 bis 1884), Anwalt in Balingen, 1849 MdNV (Ersatzmann für Murschel).

Wilhelm Weigle (1788 bis 1884), Fabrikant in Hoheneck, 1849 MdNV (Ersatzmann für Hoffmann).

Ludwig Uhland (1787 bis 1862), Privatgelehrter und Dichter in Tübingen, 1848/49 MdVP und MdNV.

Zur Lage in Baden und der Pfalz: Württemberg stand im Dilemma, in Verteidigung der rechtmäßig zustande gekommenen und anerkannten Reichsverfassung die Aufstände in Baden und der Pfalz militärisch zu unterstützen und dabei sehenden Auges ins Verhängnis zu rennen: Auch wenn Württemberg die Badener und Pfälzer militärisch unterstützt hätte, wäre gegen die übermächtige preußische Armee langfristig wohl nichts zu erreichen gewesen. Ein württembergisches Eingreifen hätte auch wohl kaum mehr den von manchen Linken erhofften Volkskrieg in ganz Deutschland ausgelöst.

Zu Seite 62f

Das Großherzogtum Posen war 1815 gebildet worden und bildete einen Teil Preußens. Es wurde von der preußischen Regierung als eine Art Nachfolgestaat des 1795 infolge der polnischen Teilungen untergegangenen Königreichs Polen anerkannt und genoß Sonderrechte innerhalb Preußens (insbesondere Gebrauch der polnischen Sprache als Amtssprache neben dem Deutschen; außerdem gehörte Posen zwar zu Preußen, nicht aber zum Gebiet des Deutschen Bundes). Da die Polen in Posen wesentlich besser behandelt wurden als die Polen im benachbarten, unter russischer Herrschaft stehenden „Kongreßpolen“, waren die polnischen Posener bis 1848 mit ihrem Schicksal unter preußischer Herrschaft nicht eben unzufrieden, wenn auch der Gedanke an die Wiedererrichtung eines polnischen Nationalstaates stets wach blieb. Allerdings waren die Verhältnisse in Posen dadurch kompliziert, daß die westliche Hälfte des Großherzogtums (etwa das Gebiet der Städte Schneidemühl – Schwerin – Bentschen – Lissa) schon seit Jahrhunderten deutsch besiedelt war. Diese Deutschen hielten von einer Wiedererrichtung des polnischen Staates in den historischen Grenzen nichts und wollten zu Deutschland gehören.

Deshalb hatte man 1848 quer durch das Großherzogtum Posen eine Demarkationslinie gezogen. Das deutsch besiedelte Gebiet westlich dieser Linie wurde zum Deutschen Bund geschlagen (allerdings 1851 wieder aus ihm herausgelöst). Die Württemberger, die von den örtlichen Verhältnissen Posens naturgemäß nichts wußten und allgemein mit Polen sympathisierten, standen der gesamten Problematik ziemlich verständnislos gegenüber.

Zu Seite 63

Zu Radetzky: Ruge spielt damit auf die Ereignisse in Oberitalien 1848 an: Oberitalien stand weitgehend unter habsburgischer Herrschaft und hatte sich im Zuge der Revolution gegen diese erhoben. Unter Marschall Radetzky gelang es, die nationalrevolutionäre italienische Erhebung im Sommer 1848 blutig niederzuwerfen. Wielands positive Bewertung von Radetzkys Aktivitäten kann heute nur schwer nachvollzogen werden.

Das Problem der Bezirke Trient und Roveredo zeigt mit umgekehrten Vorzeichen Ähnlichkeiten zur polnisch-posenschen Frage: Trient und Roveredo gehörten historisch seit Jahrhunderten zu Tirol und damit zum Deutschen Bund, waren jedoch nicht deutsch, sondern italienisch besiedelt. Die fünf italienischen Abgeordneten in der Paulskirche stellten deshalb den Antrag auf Ausgliederung der beiden Bezirke aus dem Deutschen Bund. Der Antrag wurde übrigens später erheblich abgeschwächt, und die italienischen Abgeordneten hätten sich mit der Bildung einer eigenen Provinz innerhalb des Deutschen Bundes zufriedengegeben.

Zu Seite 64f

Vgl. zu den dänischen Ereignissen oben Ergänzungen und Nachträge zu Seite 12. – Nach den erfolgreichen militärischen Operationen General Wrangels gegen Dänemark wurde Preußen durch diplomatischen Druck Rußlands und Großbritanniens gezwungen, Waffenstillstand mit Dänemark zu schließen. Die Nationalversammlung, deren Sache eventuelle Waffenstillstandsverhandlungen gewesen wären, wurde durch den Waffenstillstand von Malmö düpiert. Der Nationalversammlung blieb nichts anderes übrig, als wütend zu protestieren, sie mußte aber den Waffenstillstand im nachhinein doch billigen.

Erstmals hatte sich ihre Machtlosigkeit überdeutlich gezeigt. Die Billigung des Waffenstillstands von Malmö bildete den Anlaß für die Septemberunruhen in Frankfurt, bei denen soziale und nationale Elemente sich vermischten: Frankfurter Arbeiter protestierten gegen ihre Benachteiligung bei den Verhandlungen der Nationalversammlung und gegen die als Nationalverrat empfundene Zustimmung der Nationalversammlung zum Waffenstillstand von Malmö.

Die Septemberunruhen, deren spektakulärste Ereignisse der Mord an den Abgeordneten Lichnowsky und von Auerswald und der versuchte Angriff der Arbeiter auf die Paulskirche waren, brachten die Nationalversammlung in eine ausweglose Lage: Die Nationalversammlung war gezwungen, zu ihrem Schutz die österreichische und die preußische Garnison in Frankfurt um Hilfe zu bitten – ausgerechnet die Soldaten jener Staaten, die am konsequentesten gegen die Nationalversammlung Politik trieben.

Nägele selbst hatte – wie Wieland zeigt – bei den Septemberunruhen schlichtend gewirkt.

Vgl. zum Mord an Blum die Ergänzungen und Nachträge oben zu Seite 45.

Zu Seite 65ff

Die Art und Weise, wie Wieland banal Lob und Tadel verteilt, ist den historischen Ereignissen wohl nicht ganz angemessen. Auch wird man Nägele heute weniger, wie Wieland es tut, als Radikalen, sondern eher als konsequenten Demokraten bezeichnen.

Zum Dreikönigsbündnis: *Wieland* 1925/1986, Seite 79, 86, 100. Die von Wieland wiederholt erwähnten drei verfassungsgebenden württembergischen Landesversammlungen der nachrevolutionären Zeit tagten vom 1. bis 22. 12. 1849, vom 15. 3. bis 3. 7. 1850 und vom 4. 10. bis 6. 11. 1850. Vgl. dazu *Langewiesche* 1974, Seite 223, 233, 248.

Wieland setzt erneut eine grundsätzliche Kenntnis der Ereignisse von 1849 bis 1871 voraus. Wir skizzieren kurz:

Nach dem Ende der Revolution etablierte sich 1849/50 wieder der alte Deutsche Bund, wie er bis 1848 bestanden hatte. Der Bund war nun allerdings von einem verschärften Dualismus Preußen-Österreich geprägt. 1864 kam es nochmals zu einer Zusammenarbeit der beiden deutschen Großmächte: Dänemark hatte in Wiederholung des Vorgehens von 1848 seine Pläne zu einer Eingliederung Schlesiens wieder aufgegriffen. Der gemeinsamen preußisch-österreichischen Militäraktion im deutsch-dänischen Krieg war Dänemark nicht gewachsen und mußte Schleswig-Holstein an Deutschland abtreten.

Damit waren aber die preußisch-österreichischen Gegensätze nur kurzfristig verdeckt. 1866 kam es zum deutschen Krieg, in dem es Preußen gelang, Österreich und seine Verbündeten (darunter Württemberg) zu besiegen. Als Folge wurde der Deutsche Bund aufgelöst und Österreich quasi aus Deutschland hinausgeboxt. Preußen bildete zusammen mit einigen Satellitenstaaten den Norddeutschen Bund, im Gegensatz zum lockeren alten Deutschen Bund ein straff organisierter Bundesstaat. Bayern, Württemberg und Baden waren zwar vorerst außerhalb des Norddeutschen Bundes geblieben, waren durch Geheimverträge faktisch aber bereits an diesen gekettet. Das wurde auch durch die von Wieland erwähnte Wahl zum deutschen Zollparlament 1868 deutlich.

Der Deutsch-Französische Krieg von 1870/71 und die Erweiterung des Norddeutschen Bundes zum Deutschen Reich durch Beitritt der drei süddeutschen Staaten bildeten den Schlußpunkt der Entwicklung.

Zu Seite 67

Friedrich von Dillenius, Geheimrat und führend im württembergischen Eisenbahnwesen.

Zu Seite 68

Die von Wieland erwähnte „Landesversammlung“ vom 20. 9. 1848 ist der aufgrund der Märzereignisse gewählte Landtag.

Zu Seite 68

Das württembergische Wahlrecht war in der Verfassung von 1819 festgelegt: Demnach waren wahlberechtigt nur solche Bürger, die selbst Steuern zahlten; nicht wahlberechtigt waren auch die meisten Beamten, die in Miet- oder Dienstwohnungen lebten. Das passive Wahlrecht war völlig anders geregelt: Zwei Drittel der zu Wählenden mußten der höchsten Steuerklasse entstammen, nur ein Drittel stammte aus allen andern Steuerklassen.

Der völlige Durchbruch zum allgemeinen und gleichen Wahlrecht erfolgte erst mit der Verfassungsreform von 1905.

Überdies bestand der württembergische Landtag aus zwei Kammern, deren erste, die Standesherrn, nicht gewählt wurde. Sie setzte sich im wesentlichen aus Angehörigen der 1803 mediatisierten Geschlechter zusammen. In der zweiten Kammer wurden 70 Abgeordnete gewählt, 23 ernannt (zum Beispiel Prälaten, Dekane der Universität usw.).

Zu Seite 69

Die von Wieland erwähnten „Truppensendungen in mehrere Städte des Landes“ waren massive – und erfolgreiche – Versuche, die Bürgerwehren einzuschüchtern, die zur militärischen Unterstützung der Nationalversammlung allenthalben bereitstanden.

Zu Seite 69f

Zivil-Listen und Apanagen sind diejenigen Gelder, die der Staat dem König beziehungsweise dem Königshaus zur Bestreitung von dessen Lebensunterhalt und Repräsentationspflichten jährlich zahlte.

Zu Seite 70

Die Verhandlungen über die Ablösung der Zehnten bilden die praktische Umsetzung der auch in der Nationalversammlung diskutierten Entfeudalisierungsgesetze auf Landesebene.

Neubruchzehnt: Diejenigen Zehnten, die von neu gerodetem oder sonst urbar gemachtem Gebiet erhoben werden.

Zu Seite 71

August Ludwig Reyscher (1802 bis 1880), Professor der Rechte in Tübingen, 1848 MdVP.

Der Verfassungskonflikt, also die Frage, ob Württemberg die Reichsverfassung von 1849 anerkennen sollte, ist bereits oben bei den Ergänzungen und Nachträgen zur Seite 47ff erläutert.

Literatur

Langewiesche 1974: Dieter *Langewiesche* : Liberalismus und Demokratie in Württemberg zwischen Revolution und Reichsgründung. Düsseldorf 1974 (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 52)

Mann 1974: Heilbronner Berichte aus der deutschen Nationalversammlung. Hrsg. von Bernhard *Mann* . Heilbronn 1974 (= Veröffentlichungen des Archivs der Stadt Heilbronn 19)

Mann 1975: Bernhard *Mann* : Die Württemberger und die deutsche Nationalversammlung 1848/49. Düsseldorf 1975 (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 57)

Nipperdey 1983: Thomas *Nipperdey* : Deutsche Geschichte 1800 bis 1866. München 1983

Wieland 1925/1988: Karl *Wieland* : Die Achtundvierziger Revolution in Stadt und Oberamt Backnang und die Tätigkeit der Volksvertreter dieses Bezirks in der Nationalversammlung zu Frankfurt und auf dem Württembergischen Landtag (Teil 1). – In: Schriftenreihe des Heimat- und Kunstvereins Backnang 6, 1988, Seite 37 bis 100.

Die Backnanger Schmiede in der Oberen Vorstadt

Von Achim Frick

Feuer, Wasser, Luft und Erde
– die vier Elemente des Schmiedemeisters Kübler;
die vier Elemente des Universums

Einleitung

Stadteinwärts der Backnanger Innenstadt, auf der Stuttgarter Straße, gerade die neue 1990 fertiggestellte Eisenbahnüberführung durchfahrend, stößt man auf den Adenauerplatz, einen Verkehrsverteiler mit kleiner gärtnerischer Anlage. Rechts dieses Platzes, sozusagen im städteplanerischen Niemandsland, steht ein altes, mit Biberschwänzen gedecktes Haus zwischen Parkplätzen und modernen Geschäftshäusern eingeklemt, das Haus Eugen-Adolf-Strasse 2 (Bild 1, vergleiche auch den Zustand des Gebäudes um 1900 im Beitrag von H. Bomm, S. 130).

An Werktagen und besonders vor Sonn- und Feiertagen herrscht ein geschäftiges Treiben um das Haus; stadteinwärts rollender Verkehr, Autos suchen Parkiermöglichkeiten, werden verkehrswidrig geparkt und Leute mit Taschen eilen, um schnelle Besorgungen zu machen, vorüber. Wer nimmt Kenntnis von dem Haus und der darin liegenden Werkstatt?

Altertümliche Maschinen stehen auf dem überdachten, mit schweren Bohlen ausgelegten Beschlagplatz vor der Werkstatt, der vielleicht schon seit Jahren kein Pferd mehr sah, oder dämmern scheinbar verlassen in der Sonne am Haus. Die städtische Hektik läßt die meisten unsehend vorübergehen und nur noch wenige Kunden verirren sich in die letzte Backnanger Schmiede.

Von den ehemals vier oder fünf Werkstätten ist allein die Werkstatt des Schmiedemeisters Eugen Kübler bis auf den heutigen Tag geblieben, aber auch ihre Tage sind gezählt. Für die im originalen Zustand der Jahrhundertwende überkommenen Werkstatt wird es keinen Nachfolger mehr geben. Sie wird mit ihrem letzten Betreiber sterben.

Der vorliegende Aufsatz will der generationenalt und zugleich letzten Backnanger

Schmiede am Burgplatz, in der ehemaligen Oberen Vorstadt, ein kleines Denkmal setzen.

Altes Eisen, schwarzes Pech . . . – Statistik zum Schmiedehandwerk

„Altes Eisen, schwarzes Pech zahlt dem Schmied so manche Zech“, war der Wahlspruch manches Schmiedemeisters. Der Schmied kann in seinem Feuer kleinste, zu nichts mehr zu gebrauchende Stücke Eisen zu einem großen verschweißen, woraus es ihm dann wieder möglich wird, Produkte für seine Kunden und Auftraggeber zu fertigen. Bauschen nennt man ein solches



Bild 1: Backnang, Eugen-Adolf-Strasse 2.

Verfahren bei der Verfertigung von Hufeisen. Hierbei wird einem, in der Hälfte zusammengelegten, alten Eisen ein halbes beigelegt und das Paket, der Bausch, anschließend in zwei Schweißhitzen zu einem neuen Hufstab verschweißt. Mit geringem Materialeinsatz kann der Schmied auf diese Weise einen verhältnismäßig hohen Gewinn erzielen, vorausgesetzt er schweißt gut, oder das Pech überdeckt die Stellen der Schweißung, läßt sie für das Auge verschwinden. Als „Schmiedgold“ wurde deshalb das Pech auch bezeichnet, das, auf das noch schwarzwarne Eisen aufgebracht, dieses vor Korrosion schützt, aber auch manche Fehlstelle schön.

Die Schmiede gehörten in den vergangenen Jahrhunderten zu den Wohlhabendsten der Bevölkerung. 1781 betrug beispielsweise das durchschnittliche Steuervermögen in Schwaikheim 266 Gulden (fl.). Die drei ortsansässigen Huf- und Waffenschmiede versteuerten 459, 698 und 1009 fl., also weit mehr als das Mittel und unermesslich viel für das „arme Schneiderlein“ und den „versoffenen Nagelschmied“ mit ihren 14 beziehungsweise 20 fl. Steuervermögen.

Spätestens seit den sechziger Jahren dieses Jahrhunderts hat es im Schmiedehandwerk dann



Bild 2: Schmied und Geselle (Zuschläger) bei der Arbeit.

einen gewaltigen Strukturwandel gegeben. Die landwirtschaftlichen Produktionstechniken haben sich gegenüber der vorindustriellen Zeit wesentlich geändert. Arbeits-, damit kostenintensive und letztlich wenig wirtschaftliche Bearbeitungs- und Ernteverfahren wichen einer automatisierten, rationellen, von Arbeitsmaschinen unterstützten Landwirtschaft. Die hierzu notwendigen Arbeitsleistungen lassen sich nicht mehr durch Zugpferde oder Ochsespanne erbringen. Hölzerne Pflüge erlauben keine mehrscharige Bauweise. Es ist nicht möglich, mit hölzernen Wagen die Menge der Ernte in der erforderlichen Geschwindigkeit einzubringen. Durch die in wenigen Jahrzehnten erfolgten Veränderungen in der Landwirtschaft, ehemals der Hauptauftraggeber der Schmiede, sahen sich letztere dadurch vollkommen geänderten Anforderungsbedingungen gegenüber. Anstelle des klassischen Schmieds (Bild 2), waren plötzlich Landmaschinenmechaniker, Schlosser oder gar Installateure mit gänzlich unterschiedlichen Ausbildungen und Dienstleistungen gefragt.

Ein Weiteres, für die Schmiedebetriebe Nachteiliges, hat die Lohnkostenentwicklung bewirkt. Traditionelle Techniken des Handwerkers wurden dadurch unbezahlbar, konkurrenzlos teuer im Vergleich zu industriell gefertigten Produkten. Eine solche Entwicklung sei am Beispiel der Herstellung eines Beiles verdeutlicht.

Der „Waffenschmied“ arbeitet, um eine Axt oder ein Beil zu fertigen, etwa zwei Stunden am Schmiedefeuer und Amboß, wobei er zum Schweißen des Hauses und Ausschmieden des Blattes noch mindestens einen Zuschläger benötigt. Das Werkzeug ist nach der Zeit erst fertiggeschmiedet und gehärtet, allerdings noch nicht geschliffen. Für die verkaufsgerechte Fertigstellung, beispielsweise eines Beiles, sind also mindestens zweieinhalb Stunden Arbeitszeit zu veranschlagen. Eine betriebswirtschaftliche Kostenermittlung, unter Zugrundelegung eines heute üblichen Meisterstundensatzes von nur 50 Mark, ergäbe einen Verkaufspreis von mehr als 125 Mark, unberücksichtigt der aufgewendeten Materialkosten. Baumärkte bieten industriell produzierte Beile mit Helm, den der Wagner beim handgeschmiedeten noch zu fertigen hätte, für acht Mark zum Verkauf an.

Das klassische Schmiedehandwerk mit seiner jahrhundertealten Tradition (Bild 2), ist Opfer eines gesellschaftlichen Strukturwandels geworden, der im Übergang von einer landwirtschaft-

lich geprägten Gesellschaft in ein schnellebiges, hochtechnisiertes Industriezeitalter begründet ist.

Eine solche Entwicklung kann durch die Auswertung statistischer Erhebungszahlen zum Handwerk im Rems-Murr-Kreis in drastischer Weise belegt werden. Bezieht man die Anzahl der Schmiedebetriebe und ihrer Beschäftigten jeweils auf die Zahl des Jahres 1895, so ergibt sich die nachfolgende Statistik.

Jahr	Anzahl Betriebe Prozent	Anzahl Beschäftigte Prozent
1895	100	100
1956	60	92
1963	53	76
1968	35	75
1977	15	15

Innerhalb eines Jahrhunderts ist das klassische Schmiedehandwerk in seiner traditionellen Form sozusagen ausgestorben. 1977 existieren gerade noch 15 Prozent der Werkstätten von vor der Jahrhundertwende.

Der eingangs zitierte Wahlspruch kann heute nur noch folgendermaßen lauten: „Altes Eisen, schwarzes Pech zahlte dem Schmied so manche Zech.“

Niedergehendes Handwerk, blühendes Backnang – Entwicklungen in der Stadt

Die vorangegangenen Ausführungen haben Gründe für den Niedergang traditioneller Arbeits- und Produktionsformen gezeigt. So sind alte Handwerke beispielsweise schon allein aus betriebswirtschaftlichen Überlegungen unvereinbar mit den heutigen gewerblichen Leistungsanforderungen. Der Schmiedemeister Eugen Kübler am Feuer kann deshalb im neuesten Backnanger Stadtprospekt allenfalls noch ein interessantes Fotomotiv abgeben, wiewohl er dort ebenbürtig der Leder- und High-Tech-Industrie abgebildet ist. Es ist nicht anzunehmen, daß er tatsächlich für die industrielle und gewerbliche Leistungskraft Backnangs werben und mit der ihm gegenübergestellten Nachrichtentechnik konkurrieren soll. Zwischen beiden liegen Welten, ein Generationenkonflikt tut sich auf. Meister Kübler wurde im Jahr 1903 gebo-

ren, in dem Jahr, als in Backnang das erste Auto fuhr.

1946 war er bereits 43 Jahre alt und schon im 18. Meisterjahr, als die ANT-Nachrichtentechnik, heute der größte ortsansässige Arbeitgeber, erst nach Backnang kam. Hier wird an der neuesten Telekommunikation und an Nachrichtensatelliten gearbeitet, beim Schmiedemeister Kübler in einer generationenalten Werkstatt in klassischer, handwerklicher Schmiedetechnik.

Rasend schnell läuft das Industriezeitalter mit seinen immer kürzer werdenden Innovationszeiträumen dahin. Die Zahl der Neuerungen gerade in den vergangenen einhundert Jahren ist atemberaubend, faszinierend, manchmal sogar erschreckend. Im Gegensatz zur allgemeinen Entwicklung sind an der Küblerschen Schmiede solche Zeitenläufe scheinbar ohne Veränderungen vorübergegangen und ließen sie heute mittlerweile zum sichtbaren Anachronismus werden.

Die Einrichtung seiner Schmiedewerkstatt hat sich zumindest seit 1891 nur unwesentlich verändert. Das Feuerversicherungsprotokoll aus dieser Zeit nennt die Einrichtungsgegenstände mit ihrem jeweiligen Versicherungsanschlag. Diese sind:

– 1 Esse mit 2 Blasbalgen (später 1 Blasbalg ab, ersetzt durch Ventilator)	180.–
– 1 Werkbank, 2 Meter lang, mit 2 Schraubstöcken	50.–
– 1 Schraubstock mit Stock	30.–
– 1 Amboß mit Stock	80.–
– 1 kleiner Amboß	40.–
– 1 Bohrmaschine mit Schwungrad und Triebel (später ersetzt durch Säulenbohrmaschine 620.–)	140.–
– 1 Reifbiegemaschine	80.–
– 1 Lochplatte	
– 1 Reifstauchmaschine	120.–

All die beschriebenen und taxierten Gegenstände sind, mit Ausnahme eines Blasbalgs und der handbetriebenen Bohrmaschine, noch vollständig und betriebsbereit erhalten.

Allein aus Gründen der handwerksgeschichtlichen Dokumentation müßte diese Erkenntnis Antrieb und Rechtfertigung für einen zukünftigen Erhalt der Schmiede sein. Der Wunsch sei hiermit ausgesprochen.

Die Schmiede Kübler

1870 besteht das Oberamt Backnang aus insgesamt 30 Gemeinden einschließlich der zugehörigen Filialorte, wovon Backnang die am besten gebauten Gebäude besitzt. Werden die Orte mit mehr als tausend Einwohnern dieses Oberamts untereinander verglichen, ergibt sich der in der folgenden Tabelle dargestellte Zusammenhang.

	Ein- wohner	Gebäudebrand- versicherungs- anschlag je Einwohner Prozent	Landwirt- schaftliche Nutzfläche je Einwohner Prozent	Gewerbe- steuer je Einwohner Prozent
Backnang	4 277	100	100	100
Murrhardt	4 318	57	300	32
Sulzbach	2 645	54	360	29
Großaspach	1 277	74	200	32
Spiegelberg	1 186	49	320	22
Reichenberg	1 086	58	380	12
Althütte	1 022	37	140	22

Vergleichende Statistik von Gemeinden des Oberamts Backnang für das Jahr 1871.

Die Gebäudequalität in Backnang übertrifft die der anderen Orte bei weitem. Umgekehrt verhält es sich dagegen bei der landwirtschaftlichen Nutzfläche, wo die Oberamtsstadt den letzten Rang unter den verglichenen Gemeinden einnimmt. Der Wohlstand Backnangs muß demzufolge durch seinen Handel und das ortsansässige Gewerbe begründet sein, was schließlich auch statistisch nachgewiesen werden kann.

Das zahlenmäßig stärkste Handwerk in Backnang waren 1871 die Rotgerber, die immerhin 102 Meister und 553 Gesellen beschäftigten. Bei den Schmieden gab es zu der Zeit dagegen nur vier Meister mit insgesamt neun Gesellen, denen vier Meister und vier Gesellen des Wagnerhandwerks gegenüberstanden.

Die große Diskrepanz in der Beschäftigtenzahl zwischen den Gewerken ist dadurch erklärbar, daß die beiden letztgenannten Handwerker ein wesentlich größeres technologisches Fachwissen und breiteres handwerkliches Können, auch eine weitaus umfangreichere und damit teurere Werkstatteinrichtung benötigten als beispielsweise die Gerber. All die beschriebenen Gründe beschränkten ihre ausufernde Verbreitung. Dieser Regelmechanismus bedingte aber auch einen wesentlichen Vorteil gerade der Schmiede gegenüber den anderen Handwerkern. Eine geringe Konkurrenzsituation war zu

allen Zeiten eine gute Voraussetzung für den persönlichen Erfolg, und damit hatten beispielsweise sie günstige Ausgangsbedingungen. Wird zudem beachtet, daß es in Backnang des ausgehenden 19. Jahrhunderts noch 158 Pferde, 225 Stiere und Ochsen und 488 Kühe vom Hufschmied, dem für den Huf- und Klauenbeschlag zuständigen Handwerker, zu betreuen gab, war in der Amtsstadt durchaus ein attraktiver Standort für einen Schmiedemeister zu sehen.

Solche oder ähnliche Überlegungen haben wohl dazu geführt, daß der ledige Schmiedemeister Christian Kübler aus Ittenberg bei Sulzbach/Murr, der nachmalige Vater des heutigen Schmieds, 1897 in der Amtsstadt Backnang in der Oberen Vorstadt ein zum Verkauf angebotenes Haus mit Schmiedewerkstatt vom alten Schmied Kurz erworben hat (Bild 3).

Die Obere Vorstadt, vor dem Oberen Stadttor am Hang gelegen, zählte zu einer der ehemals vier Backnanger Vorstädte und erstreckte sich im wesentlichen südöstlich der ehemaligen Stiftsverwaltung. Im Schnittpunkt der beiden aus östlicher Richtung durch die Vorstadt stadteinwärts verlaufenden Straßen, der alten Steinbacher und Winnender Straße, findet sich als das nördlichere der beiden zusammengebauten Häuser die Schmiede in der Oberen Vorstadt (Bild 3).

Die Schmiede, das Gebäude 29 auf dem von Oberamtsbaumeister Hämmerle 1880 gefertigten Plan, Bild 3, liegt verkehrs- und geschäftsgünstig am Eingang der Stadt, im Winkel zwischen den Wirtschaften zur Sonne und dem Rößle. Zum Zeitpunkt des Küblerschen Kaufs war allerdings der Schmiedebetrieb, wohl infolge fortgeschrittenen Alters des Vorbesitzers Kurz, gering.

1889 wird das Haus mit Werkstatt in der Oberen Vorstadt folgendermaßen beschrieben:

- Erdgeschoß: Schmiedewerkstatt, Beschlagstätte, Magazin mit Kohlenkammer.
- 1. Stock: 2 heizbare Zimmer, 2 unheizbare Zimmer (gegipste Kammern), 1 gewöhnliche Kammer, 1 Küche, 1 Ern und 1 Abtritt.
- Unter Dach: 3 gewöhnliche Kammern.
- Gewölbter Keller: Die Hälfte an einem Keller unter dem Wohnhaus Nr. 9 in der Steinbacher Straße (Haus gegenüber); 8,5 Fuß hoch, 22,5 Fuß lang und 14 Fuß breit.

Der Kaufpreis für das zweistöckige Anwesen samt Schmiede und zugehörigem Kellerteil betrug 1897 12 500 Mark, ein gewiß stolzer Preis zur damaligen Zeit. Für den jungen und kenntnisreichen Schmiedemeister Christian Kübler war das Kaufangebot einer städtischen Werkstatt dennoch verlockend. Wo sonst als in der Stadt konnte er sein auf der Wanderschaft bis Wien gesammeltes Fachwissen gewinnbringend einsetzen?

Christian Kübler zählte noch zu den Handwerkern, die auf der Walz waren. Mit dem Rucksack gingen die Gesellen auf Wanderschaft. Ursprünglich mehrere Jahre, damit sie Meister werden konnten. Die letzten wandernden Handwerksburschen in den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts hingegen waren meist nur noch während der warmen Sommermonate unterwegs.

Das Fernweh zog die Burschen aus der heimatlichen Enge hinaus. Länder gab es zu erkunden, aber vor allem auch neues Wissen in fremden Werkstätten, bei fremden Meistern zu sammeln. Das Vorsprechen um Arbeit erfolgte dabei nach alter, heute vergessener Tradition. Der wandernde Geselle mußte sein Bündel vor der Werkstatt ablegen. Erst dann, ohne Gepäck, durfte er in die Werkstatt treten, wo er mit „militärischem“ Gruß zu grüßen hatte. Auf der Zuschlägerseite des Ambosses stehend, und nur hier durfte er stehen, sagte er dann seinen Spruch. „Mit Gunst begrüße ich das Handwerk, Meister und Gesellen. Fremder Schmied spricht zu um Arbeit.“ Der angesprochene Meister läßt



Bild 4: Die Schmiede Kübler in Backnang; von links: Schmiedemeister Christian Kübler, Sohn Wilhelm, Geselle Albert Deininger aus Allmersbach am Weinberg, Bauer Wieland aus Oberbrüden (Bildnachweis: Eugen Kübler, Backnang).

sich jetzt sein Wanderbuch zeigen. Benötigt er einen Helfer, kann der Handwerksgeselle bei ihm beginnen zu arbeiten. Andernfalls schlägt er ihm sein Ansinnen ab und schenkt dem Wanderer in der Regel 20 oder 50 Pfennig, ganz selten auch eine Mark.

Wenn sich der wandernde Geselle verabschiedet, grüßt er mit: „Adieu Meister, Glück auf!“, worauf dieser dann seinen Abschiedsgruß mit „Glück zu!“ erwidert.

Auf der Walz hatte der gediente Dragoner Christian Kübler die Welt gesehen und dort, hauptsächlich während seines Aufenthalts in der Donaumetropole, unter anderem auch den Kutschenbau gelernt. Seine Erfahrungen in der Fremde ließen ihm nun seinen Heimatort Ittenberg im Schwäbischen Wald wohl zu eng erscheinen. Was konnte ihm dieser Flecken mit seinen gut einhundert Einwohnern, „eine halbe Stunde Fußwegs südlich Sulzbach/Murr auf einer sehr beträchtlichen Höhe links der Murr gelegen“, noch bieten? Der Ort, zweieinhalb Stunden von der Oberamtsstadt Backnang entfernt, obwohl Heimat, ließ ihn beruflich keine Chance erkennen. Christian Kübler arbeitete deswegen nach seiner Rückkehr von der Wanderschaft zunächst in Stuttgart, der Residenzstadt des Königreichs Württemberg, bevor er sich dann schließlich, wie bereits erwähnt, in Backnang in der Oberen Vorstadt einkaufte. Im Vergleich zu Stuttgart war die Oberamtsstadt mit ihren knapp 8 000 Einwohnern wohl auch Provinz, doch hatte sie vor dem Bau der Eisenbahn zumindest täglich viermal Fahrpostverbindung nach dem sieben- bis einhalb Stunden entfernten Stuttgart, zweimal nach Murrhardt und einmal nach Marbach und Ludwigsburg, und stand somit immerhin in direktem Kontakt zur „großen Welt“.

Von hier, von Backnang, arbeitet Christian Kübler anfänglich zumindest teilweise noch im Auftrag für Stuttgarter Wagner, bis er endlich genügend ortsansässige Kundschaft gewonnen hatte und sich aus dieser „Abhängigkeit“ befreien konnte. Unter den Backnanger Kunden ist besonders Gottfried Kaelble, der Firmengründer des gleichnamigen Backnanger Unternehmens zu nennen, für den der Huf- und Wagenschmied Christian Kübler in seinen betrieblichen Anfangsjahren überaus viele Aufträge abwickelte. Die Firma Kaelble verfügte zunächst über keine eigene Schmiede, so daß der alte Kübler für sie beispielsweise Maschinengestelle schmiedete,

oder auch Reifen auf die hölzernen Räder der von Kaelble gebauten Steinbrecher und fahrbaren Bandsägen aufzog. Bei diesen Arbeiten hat er manches Mal „Blut geschwitzt“, weiß der Sohn zu berichten, doch der Lohn für solche, seine Anstrengungen war auch verlockend. Kübler hat durch die Arbeiten ein „gutes Geld“ verdient.

Die angesprochene Zusammenarbeit zwischen der Firma Kaelble und der Schmiede Kübler wurde fast zufällig während einer Bahnfahrt von Backnang nach Stuttgart ausgehandelt. Eines Tages, zu Beginn dieses Jahrhunderts, waren der Wagner Schenk, Gottfried Kaelble und Christian Kübler gemeinsam im Zug nach Stuttgart unterwegs. Hierbei beklagte sich Kaelble wieder einmal bei Schenk ob seines unzufriedenstellenden, weil schmiedelosen Firmenzustands und wünschte sich einen für seine Arbeiten geeigneten Schmied. Der Wagner Schenk vermittelte dann bei der Gelegenheit den seines Handwerks kundigen und fähigen Meister Kübler, den er dem Suchenden empfahl. So kam es zu einer Zusammenarbeit, von der beim einhundertjährigen Jubiläum der Firma Kaelble 1984 keiner mehr wußte, deren einziger und sichtbarer, aber stummer Zeuge nur noch die alte Schere auf dem Beschlagplatz der Küblerschen Schmiede ist. Vor Generationen ist dieses oftmals hilfreiche Werkzeug „vom Kaelble“ an die Schmiede Kübler gekommen.

Die mechanische Werkstätte Kaelble hat sich binnen weniger Jahre zur Maschinenfabrik gemausert. Christian Kübler hat seinen, wenn auch kleinen Teil zu dieser Entwicklung beigetragen, am langfristigen industriellen Aufschwung teilzuhaben blieb ihm allerdings verwehrt. Die Firma Kaelble richtete in der Folge, angesichts ihres fortschreitenden Firmenwachstums, eine eigene Werksschmiede ein. Durch die Kriegskonjunktur beeinflußt, war ihre Beschäftigtenzahl von etwa 30 vor dem Ersten Weltkrieg auf über 200 im Jahr 1926 angewachsen. 1984, im Jubiläumsjahr, mittlerweile als Firma Kaelble-Gmeinder GmbH firmierend, wurde dann schließlich ein Höchststand mit zirka 600 Mitarbeitern erreicht.

Am 25. März 1917, noch während des Krieges, wurde Eugen Kübler als zweites Kind der Eheleute Luise und Christian Kübler konfirmiert. Neue Schuhe bekam er zu seinem Festtag geschenkt, und er erinnert sich noch der 15 Zenti-

meter Schnee am Morgen, die bis in den Mittag zu Wasser schmolzen. Die Konfirmation bildete den Abschluß seiner siebenjährigen Schulzeit, der jetzt die Lehrzeit folgte. Die Berufswahl fiel Eugen Kübler nicht schwer. Sein Vater, der Obermeister der Backnanger Schmiedeinung, nahm ihn zu sich in die Lehre und Eugen Kübler wurde Schmied, wie sein älterer und auch sein jüngerer Bruder (Bild 4).

Eugen Kübler hat bereits mit 16 Jahren zeitweise auswärts der elterlichen Werkstatt gearbeitet. Im Sommer 1919 war er beim Schmiedemeister Otto Wieland, dem ehemaligen ersten Lehrling seines Vaters, in Oppenweiler in Dienst gestanden. Wieland verstand sich gut auf den Wagenbau. Seine Kenntnisse hierzu hatte er auf der Wanderschaft in der Schweiz erworben. In der Backnanger Gegend war er, ob seiner Fähigkeit Federwagen zu bauen, bekannt und wohl entsprechend frequentiert. So kam es, daß der junge Kübler gemeinsam mit dem Schmied Wieland, während seines Aufenthalts dort, an einem Tag 24 Radreifen, meist mit dem Querschnitt 40 beziehungsweise 45×12 Millimeter, auf hölzernen Wagenräder aufzog.

Eugen Kübler sammelte noch in weiteren Schmiedebetrieben Erfahrungen. In Esslingen ist er gewesen, auch in Cannstatt bei der Firma Mailänder, die über große Schmiedehämmer mit einem Bärgewicht von 75 Kilogramm verfügte.

Die Hufbeschlagsprüfung hat Eugen Kübler in der Lehrschmiede Röger in Heilbronn gemacht, bevor er dann mit 25 Jahren, am 4. Juli 1928, vor der Handwerkskammer Heilbronn seine Meisterprüfung im Schmiedehandwerk ablegte.

1936 stirbt sein Vater, der Schmiedemeister Christian Kübler, und der Sohn übernimmt in der folgenden Zeit die elterliche Werkstatt, Bild 6.

Eine Handvoll Lehrbuben hat Eugen Kübler in seinen Jahren als Schmiedemeister ausgebildet. Einige sind schon gestorben, im Krieg gefallen, oder selbst alte Männer. Schmiedemeister wurde keiner. „Sein Jakob“ war vielleicht einer der lehrsamsten gewesen.

Ende der sechziger Jahre gibt es in der Kreisstadt Backnang nur noch eine Schmiede von ehemals vier oder fünf Betrieben. Die Technisierung in der Landwirtschaft, die „Autogesellschaft“ hat sie überflüssig werden lassen. Eugen Kübler hatte von allen den längsten Atem.

Am 1. Dezember 1969 wird auch seine Werkstatt aus der Handwerkerrolle gelöscht. Ein

alter, für Backnang traditionsreicher Betrieb hat offiziell geendet.

1978 erhält Eugen Kübler den goldenen Meisterbrief für 50jährige Meisterschaft.

1984 stirbt seine Frau nach langen Jahren gemeinsamen Lebenswegs.

Im Sommer 1988 begeht der letzte Backnanger Schmied bei guter körperlicher und geistiger Gesundheit sein sechzigstes Meisterjubiläum. Eine Milliarde Mal oder mehr schlug er auf den schweren Amboß, hat das Eisen geschmiedet. Die Handwerkskammern Stuttgart und Heilbronn sind ratlos. Ehrungen zu einem solchen Jubiläum sind nicht vorgesehen, kommen nicht?! vor. Ende des Jahres wird es dann doch noch möglich, Meister Kübler eine Ehrung zukommen zu lassen. In einer Feierstunde würdigen der Heimat- und Kunstverein Backnang und der Obermeister der Metall-Innung Backnang, Heinz Schlehner, seine Arbeitsleistung.

Seit August 1989 gelten neue Ausbildungsverordnungen in den handwerklichen Metallberufen. Die Berufsbezeichnung Schmied wurde durch die Bezeichnung Metallbauer abgelöst.

Am 20. Januar 1991 beging Eugen Kübler seinen 88. Geburtstag. Noch heute trifft man ihn jeden Tag in seiner Werkstatt an. Wie lange wird das noch währen? Auch seine Tage sind gezählt. Irgendwann wird das Feuer in der Schmiede in der Oberen Vorstadt erloschen sein, der Klang des Ambosses geendet haben. Mit ihrem letzten Schmied wird auch die Werkstatt sterben. Schmieden können nicht ohne Schmiede sein, und die gibt es per Verordnung seit 1989 nicht mehr.

Eugen Kübler
Schmiedemeister
Backnang (Wttbg.)
Eugen-Adolf-Str. 2

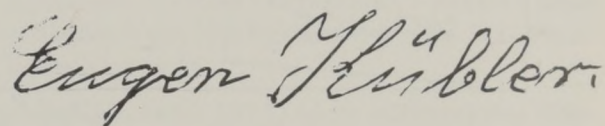


Bild 7: Firmenstempel und Unterschrift des Schmiedemeisters Eugen Kübler aus Backnang.

Wohnung

Grund- und Ansichtsriß

über

- Die neue Aufstockung besteht aus 2 Stockwerken
 - Die neue Aufstockung besteht aus 2 Stockwerken
 - Die neue Aufstockung besteht aus 2 Stockwerken
 - Die neue Aufstockung besteht aus 2 Stockwerken

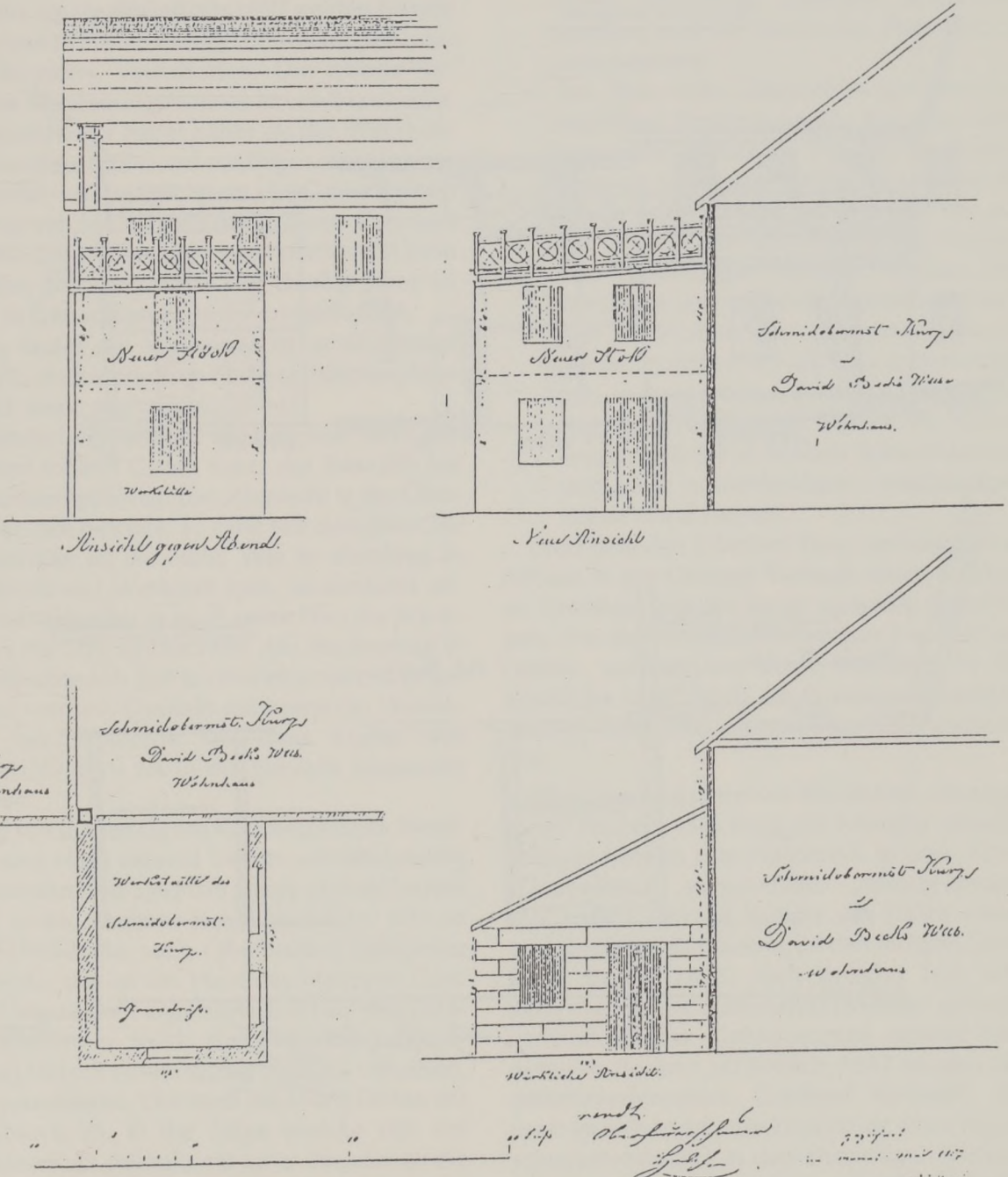


Bild 8: Planentwurf für die Aufstockung der ehemaligen Schlosserwerkstatt.

Bauplan der neu

Grund & Aufriss

Die Aufstockung wird, ebenfalls, mit Fachwerkbauweise ausgeführt
 Kreuzform in Erdgeschoss, das obere mit vier
 Säulen (Kupferwerkstätte) und 4 Stützpunkten im Kupferwerk
 Kupferwerkstätte mit einer Kuppelkammer von Holzgitterwerk.

Ansicht der Westseite.

Ansicht der Südseite.

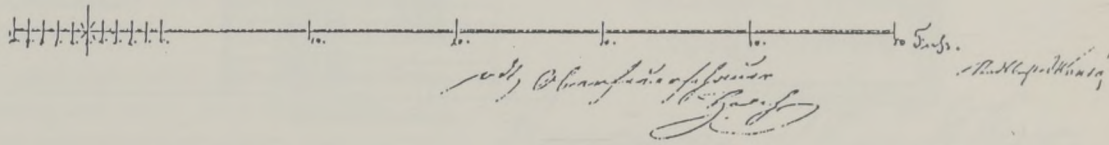
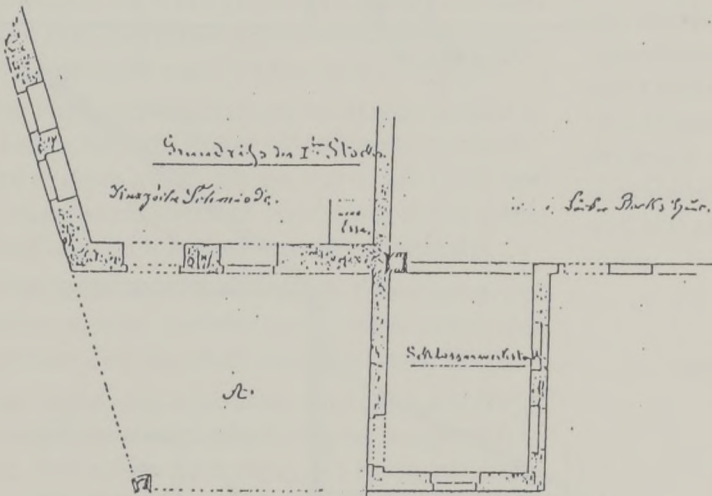
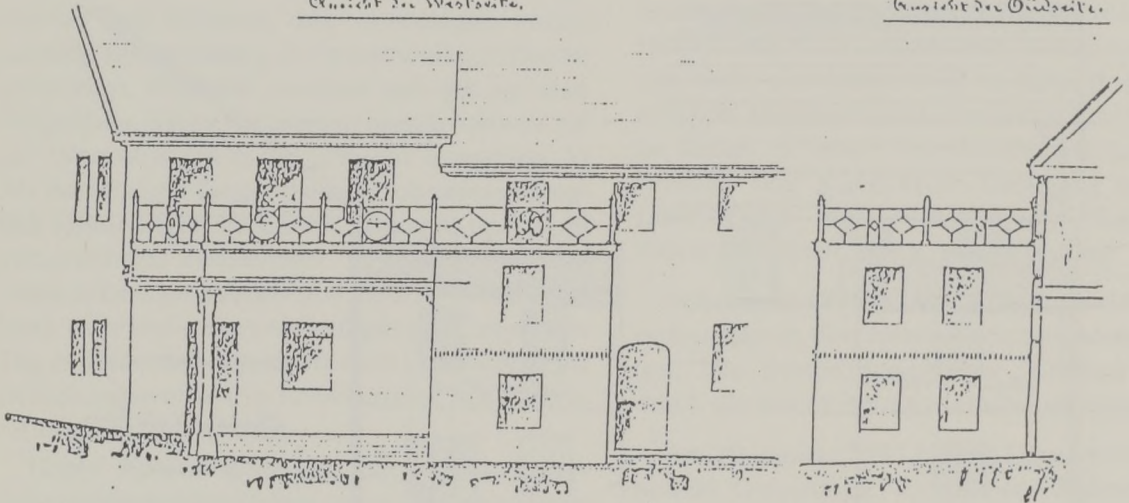


Bild 9: Bauplan zur Aufstockung der ehemaligen Schlosserwerkstatt und Überdachung der Beschlagstelle (1865).

Chronik der Schmiede in der Oberen Vorstadt

Heinrich Laux berichtet 1968 in einem Beitrag der Backnanger Kreiszeitung über die „alte“ Schmiede in der Stadt. Die Gründung der Werkstatt datiert er dort auf das Jahr 1693 und schreibt sie dem aus Allmersbach im Tal stammenden Schmied Veit Kurz zu. Seinen weiteren Ausführungen zufolge, sollen die Kurz dann während vier Generationen die Schmiede betrieben haben, ehe sie sie schließlich 1897 an den bereits genannten Christian Kübler, den Vater des heutigen Besitzers, veräußerten. Die zitierte Recherche des Zeitungsmannes ist von bescheidener Qualität, der Fabel näher als der Wahrheit. Ohne weitere Mühe ist derselbige seines Irrtums zu überführen. Lediglich von vier Generationen Kurz spricht er und will damit einen Zeitraum von 200 Jahren überstreichen. Unmöglich kann ihm dies gelingen, wenn nur dreißig Jahre im Mittel je Generation zu rechnen statthaft ist.

Wie lautet die Wahrheit? Ist es überhaupt möglich, die historischen Besitzverhältnisse heute noch exakt nachzuvollziehen?

Historische Wahrheit ist, daß seit 1801 der Schmied Johann Georg Kurz, aus Steinach bei Winnenden gebürtig, die Schmiede in der Oberen Vorstadt betreibt. Er zahlt seit dem Jahr Gewerbesteuer an die Stadt. Wie er allerdings in den Besitz der Werkstatt kam, ist zunächst unklar, zumal weder er noch seine Frau die Werkstatt in die Ehe einbrachten. Ein Kaufvertrag in der betreffenden Zeit konnte ebenfalls nicht gefunden werden. Deshalb soll zuerst der Werdegang der Schmiede seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts bis in die Neuzeit dargestellt werden.

Die von Johann Georg Kurz betriebene Werkstatt samt Haus müssen bereits verhältnismäßig alt gewesen sein. Deshalb plante er wohl im Jahr 1829 einen Neubau. Er beabsichtigte, sein an der Seitenstraße nach Oberbrüden gelegenes Gebäude, das an das Haus des Metzgers Gottlieb Weigle junior angebaut ist, bis auf den unteren steinernen Stock abzubrechen, und anschließend mit einem weiteren Stock versehen, neu auszuführen. Die Stadt Backnang lehnte das Baugesuch ab. In der Folge wandte sich der Schmied Kurz deshalb mit einer Eingabe an die königlich württembergische Regierung des Neckarkreises in Ludwigsburg und bat dort um Genehmigung seines geplanten Neubaus. Auch die

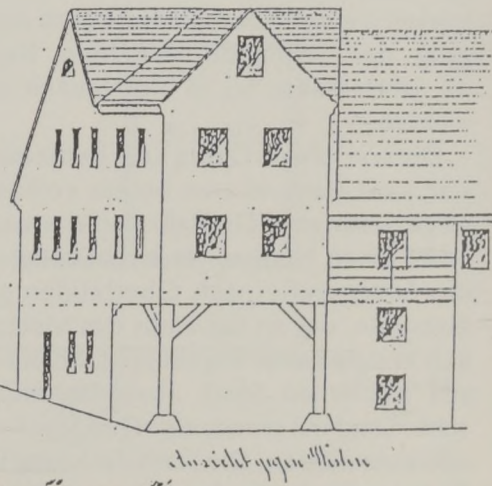
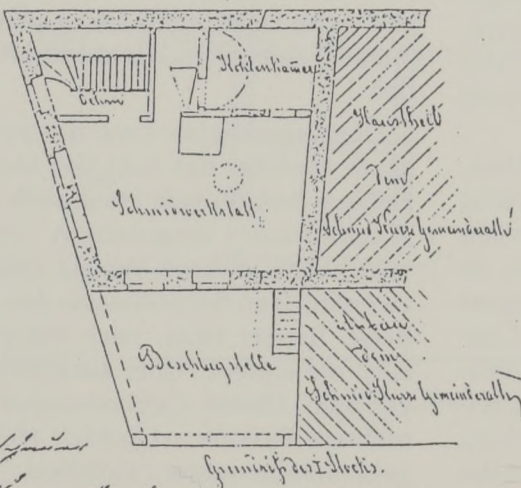
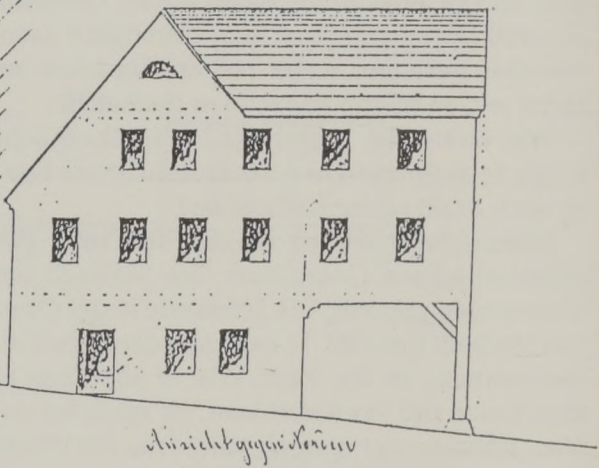
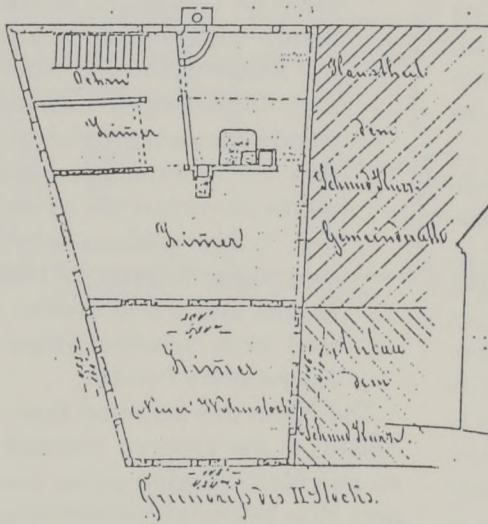
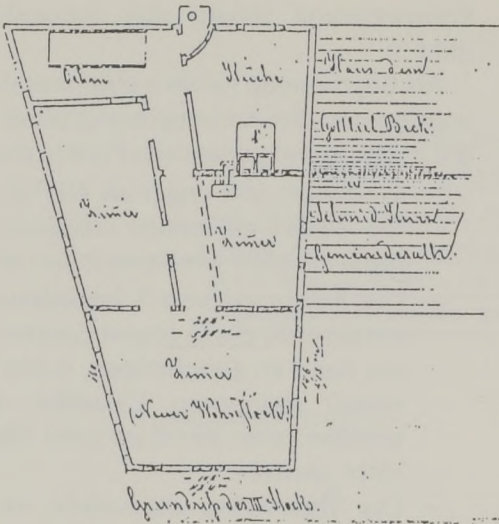
Kreisregierung lehnte das Bauvorhaben ab (Bild 5).

Als Begründung für ihre ablehnende Haltung wurden von der Kreisregierung unter anderem die nachfolgend genannten Punkte angegeben:

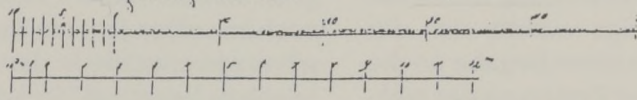
- In Straßen, die enger als 40 Fuß sind, dürfen weder ein neues Gebäude angelegt noch ein altes wiedererrichtet werden.
- Die Errichtung von Schmiedewerkstätten in Häusern, die in engen Gassen liegen, ist nur dann zu genehmigen, wenn diese mit einem steinernen Gewölbe ausgeführt werden, was der Kurz'sche Plan jedoch nicht vorsieht.
- Der Platz ließe, abgesehen von den gesetzlichen Bestimmungen, nur eine sehr begrenzte Bebauung zu. Das zwischen anderen Gebäuden stehende Häuschen würde schiefwinklig werden und nur auf der Mitternacht- und Abendseite Fenster und Türöffnungen erhalten. Zudem bestünde das ganze Gelaß, in jedem der beiden zu Wohnungen bestimmten Stockwerke, in nicht mehr als einer schiefwinkligen, in ihrer größten Breite 14 Fuß haltenden Stube, in einer im Lichten nur 10 Fuß langen und 5 Fuß breiten Stubenkammer und einer schiefwinkligen, engräumigen Küche ohne Fenster.

Die Pläne des Schmied Kurz, anstelle seines Altbaus in der Oberen Vorstadt einen Neubau zu errichten, wurden damit endgültig zerschlagen. Was ihm möglicherweise zum Nachteil gereichte, versetzt uns heute allerdings in die glückliche Lage, noch ein in seinen Grundelementen sehr altes Handwerkerhaus vorzufinden.

Über zwanzig Jahre war der direkte, da angebaute Nachbar des Kurz der Metzger Weigle. Selbiger betrieb sein Handwerk in dem ihrem „Doppelhaus“ vorgesetzten „Metzig-Bauwesen“. 1823 verkauft Weigle die Hälfte seiner zweistöckigen Behausung an den ledigen David Beck. Bereits 1825, nach Weigles Tod, wird auch die andere Hälfte samt „Metzig“ getrennt verkauft. Dieser Gebäudeanteil gelangt über mehrere Besitzer schließlich 1837 an den Nagelschmiedemeister Gottfried Killinger, der noch im selben Jahr die Einrichtung einer Nagelschmiedewerkstätte in den ehemaligen Metzgereianbau beantragt. So kam es, daß hier in der Oberen Vorstadt der Schmied und der Nagelschmied einige Jahre Tür an Tür arbeiteten, be-



1872 O. Schindler auf Grund
 Gölz



höchst. Bestimmung im August 1872
 mit
 Hochbauingenieur Gölz

Bild 10: Planentwurf zur zweistöckigen Überbauung der Beschlagstelle von 1872.

vor 1850 in die Nagelschmiede der Schlosser Friedrich Freitag einzog.

1843 verkaufte der mittlerweile ergraute Schmied Kurz sein Haus samt Werkstatt an seinen Sohn Gottlieb. Gottlieb Kurz war ebenso wie der Vater Schmied und zählte in späteren Jahren auch zu Backnangs Honoratioren, den ehrbaren Bürgern der Stadt. Er wurde zum Schmiedeobermeister gewählt (1857) und war auch Gemeinderat (1857, 1870). Als Vorsteher einer vereinigten Zunft stand der Obermeister Mitte des 19. Jahrhunderts den Nagelschmieden, Schmieden, Schlossern, Büchsen- und Windenmachern, den Messerschmieden und Schwertfegern vor, wie auf einem Backnanger Meisterbrief des Jahres 1858 zu lesen ist.

1847 beantragte Gottlieb Kurz den Einbau eines Windofens in sein Haus, was auch nach Prüfung durch die Bauschau genehmigt wurde. Im ersten Dachstock seines Hauses soll mit dem Ofen ein Zimmer beheizt werden.

Zehn Jahre später, im Jahr 1857, kann Kurz die Schlosserwerkstatt von Friedrich Freitag erwerben (Bild 6). Die vor seinem Wohnhaus befindliche 14 Fuß 8 Zoll lange und 11 Fuß 8 Zoll breite Werkstatt soll nun um 6 Fuß erhöht werden. Dabei plant Kurz das Schrägdach herabzunehmen und durch ein mit Sturzblech bedecktes Flachdach zu ersetzen. Die Dachfläche soll mit einem Geländer umgeben sein. Den entsprechenden Entwurf zeigt das Bild 7.

Es ist nicht sicher, ob der Schmied Gottlieb Kurz dieses Bauvorhaben tatsächlich durchgeführt hat. Denn bereits wenige Jahre später, 1865, beantragt er eine ähnliche, insgesamt jedoch umfangreichere Baumaßnahme. Bei dieser Eingabe bittet er um Genehmigung, die vor seinem Wohnhaus befindliche einstockige Schlosserwerkstatt sowie die auf Freiposten ruhende Beschlagstätte mit einem zweiten Stock versehen zu dürfen. Die entstehende Plattform soll wiederum nur mit Blech bedeckt werden (Bild 8).

Gottlieb Kurz muß ein rastloser Mensch gewesen sein. Noch im fortgeschrittenen Lebensalter projektierte er Verbesserungsmaßnahmen an seinem Haus. Das letzte Bauvorhaben, 1872 geplant, sollte auch gleichzeitig sein größtes werden. Durch eine zusätzliche zweistöckige Überbauung des Beschlagplatzes will er zwei weitere Zimmer schaffen und damit letztlich großzügigere Wohnverhältnisse gewinnen. Die Bauentwürfe von 1872 enthalten erstmals die

Grundrisse des Wohnhauses samt Schmiedewerkstatt in der Oberen Vorstadt (Bild 9).

Ohne Berücksichtigung des neu geplanten Wohnraumes, zeigen die Baupläne zwei offensichtlich abgeschlossene Wohnungen mit jeweils zwei Zimmern und Küche. In den Küchen befinden sich offene Herde, und von hier werden auch die Öfen, sogenannte Hinterlader, in den Zimmern beheizt. Ein winziger Abtritt ist außen ans Gebäude angefügt. Über ein Treppenhhaus, das von der Steinbacher Straße, der heutigen Eugen-Adolff-Straße, erschlossen wird, sind die Wohnungen miteinander verbunden.

Für heutige Verhältnisse erscheint es fast unvorstellbar, daß in diesen Wohnräumen, auf engster Fläche, eine mehrköpfige Familie und beispielsweise die Großeltern Platz gefunden haben sollen. Mehrere Kinder mußten sich vielleicht zusammen ein Bett teilen, wo sie dann als Gegenfüßler schlafend, jeweils Füße gegen Kopf liegend, noch am meisten Platz fanden. Eine solche Wohnsituation ist für die Menschen des ausgehenden zwanzigsten Jahrhunderts in unseren Breiten kaum mehr nachvollziehbar. Dennoch, die gezeigten Pläne sind erst vier Generationen alt. Bei allen aufkommenden Zweifeln und im Geiste vorgenommener Deklassierung der damaligen Bewohner des Hauses ist stets eines zu beachten: Der Schmied Gottlieb Kurz war immerhin Obermeister seines Handwerks und Gemeinderat. Er stand also in verhältnismäßig hohem sozialen Ansehen und das, obwohl er für uns heute in scheinbar ärmlichen Verhältnissen hauste. Aus den Überlegungen wäre ableitbar, daß die in Bild 9 gezeigten Wohnverhältnisse durchaus denen eines durchschnittlichen, kleinstädtischen Handwerkermeisters im 19. Jahrhundert entsprachen.

Der bereits genannte Plan von 1872 (Bild 10) zeigt auch den Grundriß der Schmiedewerkstatt, der bis in unsere Tage erhalten blieb. An die Werkstatt mit Esse schließt sich die gewölbte Kohlenkammer an. Einziger Unterschied zu heute ist, daß die Werkstatt über das jetzige Magazin betreten wurde, in welchem sich zu der Zeit noch der Hauseingang und das Treppenhhaus befand. Die großen Umbaupläne von 1872 des Schmiedmeisters Gottlieb Kurz, die möglicherweise zunächst auch durch die Heirat seines Sohnes Hermann im gleichen Jahr getragen wurden, kamen nicht zur Ausführung.

Noch acht Jahre sollte es dauern, bis die Kurz tatsächlich den Aufbau eines Zwerchhauses in

Ansicht gegen die Steinbacher Straße



Anmerkung:
 Die Umpfängerkammer
 wurde nach Umpfänger
 wurde 15' hoch, der
 Hof wird mit einer
 Zingel eingekerkert.
 Die Treppen werden 24' 10" zu 20'
 Höhe mit 45° Steigung
 Luft angeblasen.

Architekt
 Hermann Kurz
 M. 1.100.
 Vorderer Ansicht.

Backen, den 19. März. 1880.
 Herr Oberamts-Bauinspector
 Harlunger, Hofmeister.

Bild 11: Planentwurf für den Schmied Hermann Kurz in der Steinbacher Straße zur Aufstockung seiner Beschlagstelle mit einem Zwerchhaus (1880).

Angriff nahmen. Mittlerweile, das heißt im Jahr 1880, war jedoch der Schmied Hermann Kurz der Bauantragsteller. Sein Vater Gottlieb Kurz stand zu diesem Zeitpunkt bereits in hohem Alter.

Die in den Bildern 11 bis 13 gezeigten Baumaßnahmen kamen zur Ausführung und waren gleichzeitig die letzten größeren Umbauten an der Schmiede in der Oberen Vorstadt. 1880, also vor 110 Jahren, wurde das Haus in seiner heute noch sichtbaren Gestalt errichtet, wie ein Vergleich des Bildes 1 mit der Ansicht in Bild 11 deutlich beweist.

Die maßgeblichste Gebäudeveränderung des Hermann Kurz war, abgesehen vom Aufbau des Zwerchhauses über der flach überdachten Beschlagstelle (Bild 11), die Verlegung des Treppenhauses (Bild 12). Dadurch wurde es möglich, die Wohnräume zentral zu erschließen, was als wesentlicher Vorteil gegenüber der bisherigen Lösung, über Eck, gesehen werden kann. Diese Lösungsvariante brachte überdies einen zusätzlichen Werkstattnebenraum. Im ehemaligen Hauseingangsbereich war es nun nach Wegfall der Stiege möglich, einen „Laden“, also ein Magazin für den Schmied, einzurichten.

Den 1880/81 fertiggestellten Umbau kaufte dann knapp zwanzig Jahre später, wie bereits eingangs berichtet, 1897 der ledige Schmiedemeister Christian Kübler aus Ittenberg. Sein Sohn Eugen Kübler wiederum ermöglichte, daß das Haus mit Schmiedwerkstatt im weitgehend originalen Zustand des ausgehenden 19. Jahrhunderts uns bis auf den heutigen Tag erhalten blieb.

Die Schmiedewerkstatt in der Oberen Vorstadt befand sich also seit mindestens 1801 an ihrem heutigen Standort. Was aber war vor der Kurzschen Ära? Eine zunächst nicht einfach zu beantwortende Frage, über die auch der eingangs zitierte Heinrich Laux stolperte und in der Folge zu fabulieren begann.

Den Schlüssel zu einem weiter zurückliegenden Nachweis des Hauses in der Oberen Vorstadt bildet die im Backnanger Stadtarchiv vorhandene, dickleibige Aktensammlung einer Mergenthalerischen Pflugschaft. Beginnend im Jahr 1800, überdecken die Jahrgänge der Pflugschaftsrechnungen die erste Dekade des 19. Jahrhunderts.

Im ersten Jahr dieser Pflugschaft tritt der Schuhmacher Johann Jakob Krauß als obrigkeitlich bestellter Vertreter der vier hinterlassenen

minderjährigen Kinder des verstorbenen Schmieds David Mergenthaler (Mörgenthaler) von Backnang auf. Er verwaltet das Vermögen der zwölfjährigen Catharina, des elfjährigen David, der neunjährigen Friederike und der siebenjährigen Regina. Nach dem Tod der Eltern sind die beiden ältesten Mädchen bei ihrem Großvater, dem Stadtboten, untergebracht, David ist bei seinem Pfleger in Kost und das jüngste Waisenkind bei Jakob Riedel, wo es aber bereits im Sommer des Jahres 1800 stirbt.

Unter der Rubrik „Einnahmen aus verkauften Gütern“ findet sich in der ersten Pflugschaftsrechnung der Verkauf eines Hauses mit folgender Lagebeschreibung:

– „Eine Behausung in der Oberen Vorstadt an der Brüdener Straße, worunter eine Schmiedwerkstatt, neben Gottlieb Weigle Metzger und dem gemeinen Weg, samt der Dunggerechtsame vor dem Haus, wie solches die Mörgenthalerische Eheleute besessen.“

Dieses Haus hatte der Metzger Georg Adam Strauß im Frühjahr des Jahres 1800 im öffentlichen Aufstreich für 665 Gulden (fl.) erlöst, bei einer vorausgegangenen Schätzung von 500 fl.

Das Mergenthalerische Haus ist nach obiger Beschreibung also sicher identisch mit dem gesuchten, seit 1801 von dem Schmied Johann Georg Kurz samt Familie bewohnten. Das in den Pflugschaftsakten beschriebene Gebäude liegt in der Oberen Vorstadt, enthält eine Schmiedewerkstatt und grenzt an den Metzger Gottlieb Weigle an.

Der Schmiedemeister Kurz hatte also vermutlich das Haus samt Werkstatt seit 1801 zunächst nur pachtweise inne, bevor er es in späteren Jahren dann tatsächlich eigentümlich erwarb.

Der Schmied David Mergenthaler, aus dessen Besitz die Werkstatt im Jahr 1800 verkauft wurde, stammte aus Hohenacker und war dort 1728 geboren. Mit 31 Jahren verheiratete er sich in Backnang mit Johanna, der Witwe des Hufschmieds und Feldschütz Johann Friedrich Schmelzer. Die Ehe blieb kinderlos. Seine Frau starb 71jährig im Jahr 1787.

In der genannten Ehe hatte David Mergenthaler 1766 sein Haus samt Werkstatt vom verstorbenen Schmied Johann Georg Schubhardt (Schubart) erkauft. Bevor hierzu allerdings weitere Ausführungen folgen, soll zunächst noch etwas zu seinem persönlichen Schicksal und seinem Werdegang gesagt werden.

1788 heiratete der bereits selbst im sechzigsten Lebensjahr stehende und inzwischen zum Schmiedezunftmeister aufgestiegene Mergenthaler (1788/94), nach kurzer, vierteljähriger Trauerzeit die ledige, 22jährige Regina Stroh. Diese Ehe sollte eine bedauernswerte, von Schicksalsschlägen heimgesuchte Verbindung werden. Regina, seine zweite Frau, gebiert ihm vier Kinder, doch dies sind gerade die bereits weiter oben genannten, später unglücklichen Waisenkinder.

Im Geburtsjahr des jüngsten Kindes, seiner Regina, stirbt der Vater David Mergenthaler im Spätjahr. Die Mutter verheiratet sich im Sommer des darauffolgenden Jahres 1795 mit dem aus Welzheim gebürtigen Schmied Matthäus Ellinger. Möglicherweise stand jener bei Mergenthaler in Diensten, hatte die Frau bereits gekannt und hat dann nach dem Tod des Meisters dessen Witwe geehelicht.

Eine solche Vorgehensweise war nicht unüblich, waren doch diejenigen Schmiede, die eines Meisters Witwe heirateten, ebenso wie Meistersöhne, von der Anfertigung eines Meisterstücks befreit. „Denn die Kinder genießen die Ehre der Eltern und die Weiber die Ehre ihres Mannes.“

Auch diese Ehe sollte nicht lange währen; am 20. Januar 1801 hat die Tragödie ihren Höhepunkt erreicht. Die Frau starb knapp 26jährig.

In der auf ihren Tod folgenden Realteilung übernimmt der Witwer Ellinger die Mannskleider und das Handwerkszeug, erhebt jedoch keinen Anspruch auf das Haus samt Werkstatt. Das Vermögen der Vollwaisen wird, wie bereits bekannt, unter pflegschaftliche Verwaltung gestellt.

Wie kam nun der Schmiedemeister Mergenthaler dazu, die Werkstatt in der Oberen Vorstadt zu kaufen? Hier spielten möglicherweise unter anderen Gesichtspunkten, die heute nicht mehr zu klären sind, familiäre Beziehungen eine Rolle. David Mergenthaler stand über seine erste Frau Johanna mit dem Vorbesitzer Johann Georg Schubhardt in schwägerlichem Verhältnis. Die verwitwete Johanna Schmelzer war eine geborene Jung aus Rudersberg und später wiederverheiratete Mergenthaler. Ihre Schwester Anna Elisabeth war mit dem Schmied Johann Georg Schubhardt verheiratet gewesen.

Johann Georg Schubhardt, anno 1700 als Sohn des Hufschmieds Kaspar Schubhardt in

Backnang geboren, brachte bei seiner Verheiratung die „halbe Behausung und Schmidin in der Oberen Vorstadt neben der Straßen und Christoph Heinerten Metzger gelegen“ in die gemeinsame Ehe ein. Hier in der Oberen Vorstadt betrieb er sein Handwerk gemeinsam mit dem Vater, weswegen er zu diesem Zeitpunkt auch bereits die Hälfte von seines Vaters Handwerkszeug, wovon sein Teil mit 30 fl. Werts veranschlagt wurde, besaß.

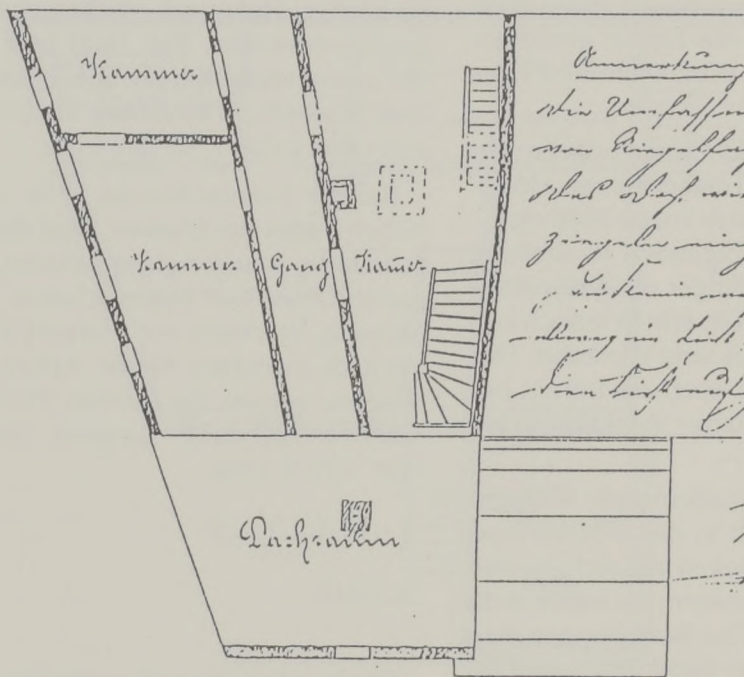
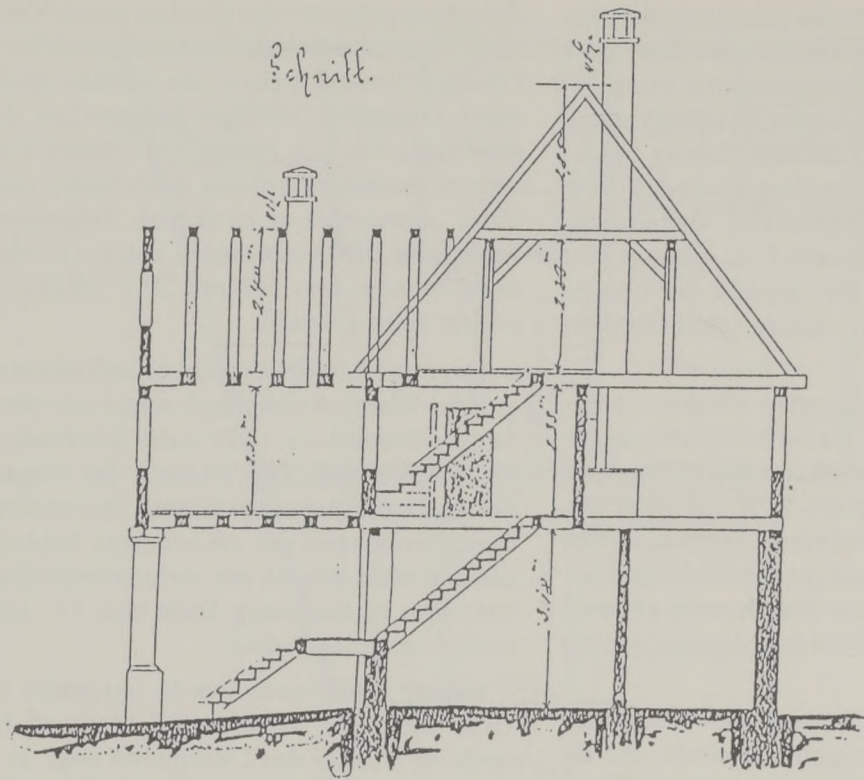
Der alte Hufschmied Schubhardt arbeitete mit größter Wahrscheinlichkeit schon vor dem großen Stadtbrand von 1693 in der Schmiede in der Oberen Vorstadt. Der Wunsch des eingangs zitierten Zeitungsmannes könnte sich damit bestätigen, wohl aber mit veränderten Fakten, und die Werkstatt könnte die verheerende Brandkatastrophe in Backnang Ende des 17. Jahrhunderts überdauert haben.

Kaspar Schubhardt wurde jedenfalls bereits 1656 geboren, wobei seine Herkunft bislang noch im Dunkel der Geschichte liegt. In erster Ehe war er mit Elisabeth, einer Tochter des Leutenbacher Huf- und Waffenschmieds Georg Koch, verheiratet. Seit 1680 tauft dieses Paar, der Hufschmied Kaspar Schubhardt und seine Frau Elisabeth, in Backnang Kinder. Mindestens zehn sind es bis 1702 gewesen.

Bei der Eventualteilung 1710, anlässlich des frühen Todes der Ehefrau, wird die Backnanger Schmiede, soweit bislang bekannt, erstmals genannt. Unter den Liegenschaften ist „eine Behausung, Werkstatt und Hofraite in der Oberen Vorstadt zwischen Martin Küenzlen und der Straßen, vornen die gemein Straß und Martin Küenzlen Scheuer“ genannt, die „gemeiner Statt“ 250 fl. zinst.

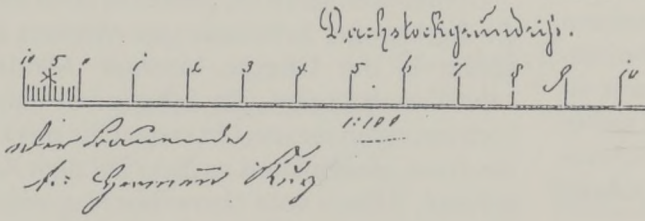
Schluß

Dreihundert Jahre alt, vielleicht auch älter, ist die Backnanger Schmiede des Meisters Eugen Kübler in der Oberen Vorstadt. Mindestens zehn Generationen von Schmieden haben in Fortsetzung an diesem Ort in der Glut des Feuers das Eisen erwärmt und es dann auf dem Amboß geformt, dessen vom Hammerschlag erzeugter Klang dabei von ihrem Tun berichtete. Der Schmiedemeister Eugen Kübler ist noch in die Tradition des klassischen Handwerks eingebun-



Anmerkungen:
 Die Anfertigung des Bauplans
 von Ringelmann (1880) ist
 sehr sorgfältig mit
 geographischer Genauigkeit
 und ist in einem Maßstab von 1:100
 - alleing in Licht mit einer
 - von tiefen Aufgängen

...
 ...
 ...



Bauzeichnung, d. i. p. März 1880
 für ...
 ...
 ...

Bild 13: Querschnitt durch das Gebäude Steinbacher Straße 2 mit Grundriß des Dachgeschosses (1880).

den und er zeugt, bereits fast am Ausgang des zwanzigsten Jahrhunderts angelangt, täglich fortwährend von jenen überlieferten Künsten und dem alten Stolz des Handwerks.

Wohlstand, Wohlergehen und einen dauerhaften Bestand will man dieser Werkstatt wünschen und doch bleibt letztlich nur der Wunsch für einen sanften Tod.

Eugen Kübler, mittlerweile im 88. Lebensjahr stehend, wird höchstwahrscheinlich der letzte Meister dieser Werkstatt gewesen sein. Mit seinem Dahinscheiden wird auch das generationenalte Schmiedefeuer erlöschen und der industrielle und gesellschaftliche Wandel über die Schmiedewerkstatt hinweggezogen sein.



Archivalien und Literatur

- Archivalien – Stadtarchiv Backnang; Staatsarchiv Ludwigsburg, Bestand F152 IV Bü. 439, 608, 806, 971, 1179; Gemeindearchiv Schwaikheim.
- Jost *Amman*; Hans *Sachs*: Das Ständebuch. Frankfurt/Main 1568; Reprint: Hannover 1984.
- Backnang – Prospekt der Stadt Backnang 1990.
- Beiträge zur Geschichte von Backnang und Umgebung, Schriftenreihe des Heimat- und Kunstvereins Backnang, Bd. 6.
- Günter *Bernsdorf*: Auf heißen Spuren. Vom Schmieden, Löten und Schweißen. Düsseldorf 1986.
- Beschreibung des Oberamtes Backnang. Hrsg. v. d. Königl. statist.-topograph. Bureau Stuttgart 1871; Reprint: Magstadt 1968.
- Ein Stück Backnanger Geschichte – Der Backnanger Schmiedemeister Eugen Kübler wird 80 Jahre alt. In: Backnanger Kreiszeitung vom 20. Januar 1983.
- Eugen Kübler hieb in 60 Meisterjahren über 1 Milliarde Mal auf den Amboß. In: Waiblinger Zeitung vom 29. Dezember 1988.
- Achim *Frick* (Text); Rudolf *Kühn* (Bilder): Die Schmiede Kübler in Backnang – Zeugnis eines alten Handwerks. Backnang: Ausstellung im Helferhaus 4. Juni 1989.
- Friedrich *Friese*: Ceremoniel der Schmiede, Leipzig 1708; Reprint: Hannover 1983.
- 100 Jahre Kaelble 1884 bis 1984 – Von der mechanischen Werkstatt zum Industriebetrieb. Backnang 1984.
- Erich *Keyser* (Hrsg.): Deutsches Städtebuch Bd. IV Südwestdeutschland. Stuttgart 1962.
- Eugen *Kübler*: Persönliche Mitteilungen 1987 bis 1990.
- Heinrich *Laux*: Die alte Schmiede in Backnang. In: Unsere Heimat, Beilage zur Backnanger Kreiszeitung und Murrtaal-Bote, Nr. 8, August 1968.
- Lungwitz: Der Lehrmeister im Hufbeschlag. Hannover 1935.
- N. N.: Neuordnung der Handwerksberufe. In: Didacticum 8 (1990) S. 35 bis 36.
- Adolf *Schahl*: Die Kunstdenkmäler des Rems-Murr-Kreises, Bd. 1, München, Berlin 1983.
- 750 Jahre Stadt Backnang 1987. Festschrift mit Veranstaltungskalender, Backnang 1987.
- Während der Schmied die Pferde beschlug, saßen die Kutscher in der Sonne beim Bier. In: Waiblinger Zeitung vom 8. April 1989.
- Württembergisches Jahrbuch für Statistik und Landeskunde: Die Ergebnisse der Berufs- und Gewerbebezahlung von 1895 in Württemberg; Das Handwerk in Baden-Württemberg. Ergebnisse der Handwerkszählungen von 1956, 1963, 1968 und 1977.

Kurze Geschichte der Stadt Crimmitschau in Sachsen

Von Andrea Filipp

Bald nach der friedlichen Revolution in der DDR im Herbst 1989 wurden zwischen Backnang und Crimmitschau Kontakte geknüpft. Die Verwaltung beider Städte steht in enger Verbindung, Backnang bemüht sich intensiv, den Crimmitschauern beim Aufbau einer modernen Verwaltung mitzuhelfen. Nach der deutschen Vereinigung am 3. Oktober 1990 dehnten sich die Kontakte über den Verwaltungsbereich im eigentlichen Sinne hinaus weiter aus. Mittlerweile haben auch die Schulen beider Städte freundschaftliche Beziehungen.

Den wenigsten Backnangern dürfte bewußt sein, daß Crimmitschau und Backnang bereits vor dem Ersten Weltkrieg Verbindungen miteinander hatten, wenn auch keine offiziellen wie heute. Eine ganze Anzahl von Crimmitschauer Textilarbeiterinnen wanderte damals – wohl nicht zuletzt infolge des großen Crimmitschauer Textilarbeiterstreiks von 1903 – nach Backnang aus und fand hier eine neue Heimat.

Es war deshalb für das Backnanger Jahrbuch eine naheliegende Angelegenheit, Andrea Filipp, die Leiterin des Crimmitschauer Heimatmuseums, darum zu bitten, in einem kurzen Aufsatz die Geschichte der sächsischen Patenstadt Backnangs darzustellen. Den Lesern des Jahrbuchs wird damit Gelegenheit geboten, sowohl Crimmitschau und seine Geschichte als auch die Inhalte, Schwerpunkte und die Art der Ortsgeschichtsschreibung in der ehemaligen DDR kennenzulernen. Es ist überdies von großem Interesse, die Geschichte zweier Städte wie Backnang und Crimmitschau nebeneinander zu stellen. Es werden, neben etlichen Parallelen, auch erstaunliche Unterschiede erkennbar.

In den ersten Jahrhunderten unserer Zeitrechnung war das Crimmitschauer Gebiet von Germanen, später von Slawen besiedelt worden, welche sich vor allem durch Viehzucht und Flachsanzbau ihren Lebensunterhalt verdienten. Als nach dem Jahre 1000 die Rodungs- und Siedlungswellen der sächsisch-thüringischen Bauern begannen, zogen gleichzeitig einzelne sorbische Siedlergruppen in die südlich an ihr ur-

sprüngliches Siedlungsgebiet grenzenden Räume, auf die fruchtbaren Auelandschaften an Pleiße und Mulde. Dabei entstand ein Nebeneinander der beiden Bevölkerungsgruppen.

Der Einfluß des Reiches in den eroberten Gebieten war gering. Der Adel (Groitzscher, Wettiner) versuchte, eigene große Gebiets Herrschaften aufzubauen. Das Königtum dagegen wollte sich zur Stärkung seiner Macht ein entsprechendes Reichsterritorium schaffen. Friedrich I. Barbarossa (1152 bis 1190) gelang mit der Bildung der Terra Plisnensis (Pleißnerland) der entschei-



das Veste huz Crimmaschowe

dende Schritt. Altenburg entwickelte sich zum Verwaltungsmittelpunkt des Pleißner Landes. Dabei organisierten Reichsministerialien und andere Feudalherren auf dem Reichsland im Auftrag des Königs den Landesausbau. Sie ließen größere Rodungsgebiete anlegen, um dort freie deutsche Bauern anzusiedeln, die Flächen von ihnen kultivieren zu lassen und so ökonomisch zu nutzen. Damit wurden die Siedlergruppen der Slawen schrittweise unterworfen. Aus den

Führern dieser Siedlungsgruppe entstand später oft der niedere Adel. Dieser war mit der Leitung und dem Schutz der Bevölkerung betraut. Den Adel lockte der Landbesitz, die Bauern hofften durch Befreiung von Fron- und Abgabepflichten auf bessere Existenzbedingungen. Die typischen Landverteilungen waren im Crimmitschauer Gebiet die sogenannten „Waldhufen“ mit zirka 20 bis 27 Hektar je Siedlerfamilie. Niederer Adel und Geistlichkeit erhielten als Lehen meist eine Doppelhufe oder mehrere Hufen, Bauern dagegen ganze, halbe und Viertelhufen. Der größere Landbesitz bildete die Grundlage für die Entstehung kleinerer Herrensitze am Rande der gegründeten Siedlungen.

Um 1200 erreichte die Siedlungswelle den Erzgebirgskamm. Um diese Zeit kam es zur Errichtung einer deutschen Ritterburg, der Schweinsburg, auf einem ehemaligen slawischen Burgwall. Von dieser Burg aus wurde die deutsche und slawische Bevölkerung beherrscht.

Durch die Gründung von königlichen Handelsplätzen und Verwaltungen (Altenburg, Zwickau) erhielt die bäuerliche Besiedlung des Pleißner Muldengebietes Kristallisationszentren. Damit verbunden war die Errichtung eines Hofgerichts in Altenburg, von dem die *judices provinciales*, die Generalrichter ernannt wurden. Im Anschluß an slawische vorstädtische Siedlungen bildeten Handwerker und Kaufleute größere Marktsiedlungen. So kam es im Jahre 1212 zur ersten urkundlichen Erwähnung Crimmitschaus als Siedlungsgebiet. Der Name ist noch nicht erklärbar, er kann als „Ort des Krimac“ oder, aus dem Slawischen, als „kieselige Anhöhe“ gedeutet werden. 1222 fungierte *Henricus de Crematzowe* als Generalrichter des Pleißenlandes.

Crimmitschau gehörte als grundherrschaftliche Siedlung zunächst zur Herrschaft Crimmitschau. Nach dem Aussterben der Familie derer von Crimmitschau Ende des 13. Jahrhunderts verlor die Stadt ihre Bindung an Altenburg und kam als Grundbesitz an die Wettiner. Diese gaben sie als wettinisches Lehen an die Herren von Schönburg, die damit einen neuen Zweig, die Linie Crimmitschau-Schönburg, begründeten. Nach dem Aussterben der Linie Schönburg-Crimmitschau 1413 fiel die Herrschaft an die Wettiner zurück, welche sie zunächst unmittelbar durch verschiedene Vögte verwalten ließen. 1456 wurde sie als Pfandherrschaft an Heinrich

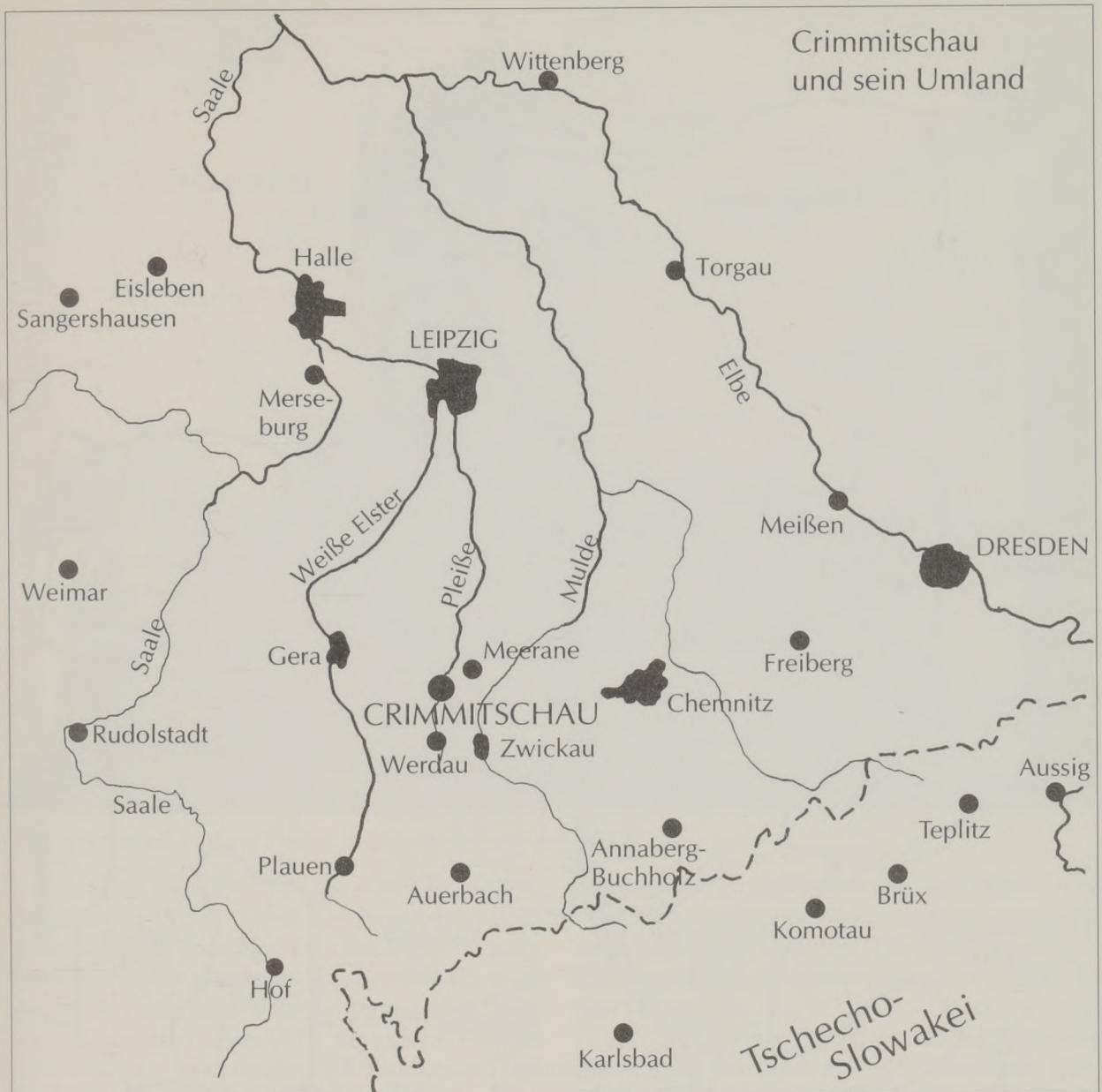
den Älteren zu Greiz verkauft, welche die lange Reihe der Pfandinhaber eröffnete. Die Ober- und Erbgerichte standen den Schloßherren der Herrschaft Crimmitschau zu. Zur Ausübung der Rechtsprechung ernannten sie auf dem Schloß einen Vogt. Als die Herrschaft unmittelbar von der meißnischen Landesherrschaft verwaltet wurde, traten an die Stelle der grundherrlichen Vögte die landesherrlichen Vögte.

Die Herren von Crimmitschau herrschten von Schweinsburg aus mit Bannrechten über das Territorium. Jeder Bauer mußte drei Tage in der Woche von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang mit der gesamten Familie Hand- und Gespanndienste sowie Fron leisten. Der Crimmitschau-Schweinsburger Herrschaft unterstanden 121 Fröner mit all ihren Liegenschaften.

Crimmitschau entwickelte sich als Gewerbe- und Handelszentrum für den Nahmarkt, angelehnt an die Schweinsburg. Im Kampf gegen den Stadtherren kam es zur Herausbildung des Städtebürgertums. Dieses war in Zünften, Gilden und anderen Formen organisiert. An der Spitze der Stadt standen zunächst der Richter und zwei Geschworene (1317), 1334 der Richter und ein Schöffenkollegium von vier Personen. Der amtierende Rat bestand im 15. Jahrhundert aus einem Bürgermeister und drei Ratsmitgliedern, der volle Rat aus drei Bürgermeistern und sechs Ratsmitgliedern. Am 4. Juni 1414 bekam Crimmitschau das Schmöllner Stadtrecht durch den wettinischen Markgrafen Wilhelm II. verliehen.

Die Crimmitschauer Bevölkerung lebte in der Stadt von einer Mauer umgeben, welche drei um 1350 erbaute Tore hatte – das Obere oder Zwicksche Tor, das Niedere oder Schmöllsche Tor und das Wasser- oder Tränkter. Die Bürger bezogen Nahrung und Unterhalt durch Ackerbau und Handwerk. Als Handwerk herrschte in Crimmitschau die Tuchproduktion vor. Zum Schutz vor Konkurrenz nach innen und außen schlossen sich die hier lebenden Handwerker zu Innungen zusammen. 1429 wird die erste Tuchmacherordnung erwähnt, und 1436 wurde die erste Tuchmacherinnung Crimmitschaus gegründet. Insgesamt blieb Crimmitschau jedoch eine kleinere Marktsiedlung, ein Ackerbürgerstädtchen mit Tuchmachern.

In den böhmischen Ländern kam es 1419 bis 1437 zur Hussitenbewegung, die auch Crimmitschau berührte. Die in unser Territorium vordringenden antipäpstlichen Hussiten brannten



Crimmitschau und sein weiteres Umland.

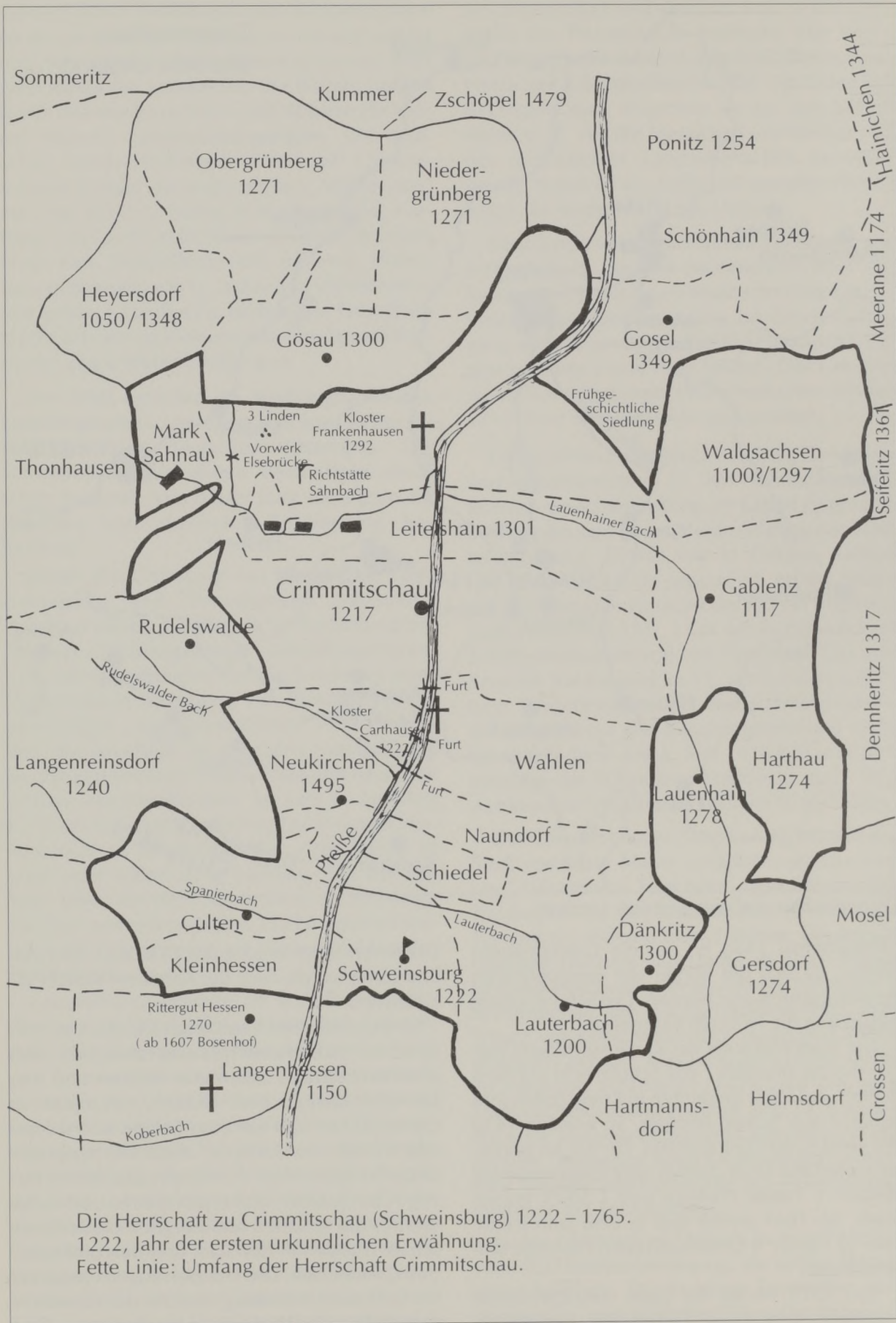
Crimmitschau 1430 bis auf die Grundmauern nieder, da sich die Bürger der revolutionären Bewegung nicht anschlossen. Die Schweinsburg belagerten die Hussiten vergeblich.

Die Stadt und auch das Kartäuser-Kloster hatten das *Jus praesidii*, das Schutzrecht auf dem Schloß, das heißt sie durften in Kriegszeiten ihre Schätze aufs Schloß bringen. So wurden 1430 die Gelder der Stadt gerettet. Für das *Jus praesidii* mußte die Stadt jährlich eine Gegenzahlung leisten: 1 Tonne Heringe und 1 Stück graues Tuch. Ab 1641 wurde dies in eine Jahresrente von 90 Talern, 4 Groschen und 6 Pfennige umgewandelt.

Um 1525 wurde die Stadt vom Zwickauer Handelsherren Hans Federangel beherrscht.

Die Reformation erfaßte um 1530 auch Sachsen und somit wurde auch das Kartäuser-Kloster säkularisiert.

Im Schmalkaldischen Krieg 1546/47, der militärischen Auseinandersetzung zwischen den protestantischen Fürsten und Städten und den kaiserlich-katholischen Kräften, bezogen in Crimmitschau und auf dem Schloß zuerst Herzog Moritz von Sachsen, dann der spanisch-deutsche Kaiser Karl V. und der spanische Herzog Alba Quartier. Dabei plünderten und marodierten die spanisch-habsburgisch-niederländischen Truppen in der Stadt und den umliegenden Gemeinden. Die Truppen zogen weiter zur Schlacht nach Mühlberg, welche der kaiserlich-katholischen Partei den Sieg brachte.





Der sogenannte „Rote Turm“ in Crimmitschau (um 1900).

Das noch existierende und 1586 errichtete Renaissance-Portal in der Herrengasse 1 zeugt unter anderem vom Reichtum der Stadt. Bis zum Dreißigjährigen Krieg war das Bierbrauen weit verbreitet. Die älteste Brauordnung der Stadt stammt aus dem Jahre 1575. So gab es 1614 in Crimmitschau 33 Malz- und 18 Brauhäuser. Mit dem Niedergang der Stadt während des Dreißigjährigen Krieges ließ auch das Bierbrauen stark nach. 1682 gab es in der Stadt lediglich noch zwei Brauhäuser. Während des Dreißigjährigen Krieges forderte die Pest 1630 und 1633 über 1000 Opfer in der Stadt. In den Jahren 1634, 1635 und 1639 wurde die Stadt mehrfach durch kaiserliche Truppen, teils auch durch schwedische Truppendurchzüge unter General Banér geplündert und gebrandschatzt. Aus dieser Zeit stammt die historische Legende, daß ein Melde-reiter in der Herrengasse durch scharfen Trab das Hufeisen seines Pferdes verlor. Es flog in den zweiten Stock hoch und blieb am Fensterbrett hängen. Dort kann man es heute noch hängen sehen.

Bei Beendigung des Dreißigjährigen Krieges war die Einwohnerschaft Crimmitschaus dezi-

miert und das Handwerk lag am Boden. Die Stadt hatte in diesem Krieg ihren Reichtum und ihre Bedeutung verloren. Die Lehns- und Gerichtsherrschaft in Crimmitschau wechselt zu den Planitzern.

1765 verkaufte Dorothee von Planitz um 9 000 Taler die Stadt an J. Chr. Seyffarth, Erb-, Lehn- und Gerichtsherr auf Schiedel und Kauf- und Handelsherr zu Crimmitschau. Die Stadt wurde somit Besitz einer reichen Patrizierfamilie.

Im Jahre 1748 gründete David Friedrich Oehler in Crimmitschau eine Tuchmanufaktur und -färberei. Er führte das Verlagswesen ein, in dem der sogenannte „Verleger“ Aufträge und Material gegen Lohnarbeit an Handwerker gab. Mit ihm sicherte er sich die ökonomische Unterwerfung der nominell noch selbständigen kleinen Warenproduzenten. Unter seiner Leitung und im Ergebnis der Arbeit der Weber, Färber und anderer Gewerke blühte in Crimmitschau nach 1750 die Zeug- und Flanellproduktion auf.

Oehler mußte die Verlagsbeziehungen gegen den Widerstand der Zünfte durchsetzen. So brachte er zwischen 1750 und 1795 Rohstofflie-

ferung und Absatz unter seine Kontrolle und erschloß dem Gewerbe über die Leipziger Messe außerdeutsche Märkte. 1769 inspirierte Oehler einen sächsisch-venetianischen Handelsvertrag mit gegenseitigen Zollvergünstigungen. Spanische Kaufleute brachten 1777 sogar „Crimmitschauer Halbtuche“ nach Südamerika. Das um 1785 von Oehler bewegte Handelsvolumen wurde mit 100 000 Talern im Kurfürstentum Sachsen nur noch vom Leipziger Handelshaus Frege erreicht. 1788 ging Oehler zur neuen Produktion von Kaschmir über, später von „Berill“ und „Gogas“. 1793 lag der Schwerpunkt im Levantehandel.

Die Stadt Crimmitschau war zu Beginn des 19. Jahrhunderts eine Kleinstadt und zählte weniger als 3 000 Einwohner. Ihr Gesicht wurde von der kleinen Warenproduktion und zwei Tuchmachermanufakturen geprägt. Der Sieg über das Handspinnrad stellte sich in Crimmitschau nicht sofort ein. Die Maschinenspinnerei, nach dem Vorbild und auf der Basis der industriellen Revolution Englands, wurde 1814 durch einen Sohn Oehlers eingeführt, doch der allgemeine Durchbruch erfolgte erst 1818, als die Spinnmaschine statt mit Pferdegöpel – erstmals in Sachsen – mit Wasserkraft angetrieben wurde.

Mit der Aufstellung der ersten Dampfmaschine Crimmitschaus 1824 bei den Gebrüdern Kaufmann und Sohn ergab sich nun die Möglichkeit, den Standort der Betriebe frei zu wählen. In Deutschland setzte die industrielle Revolution in der Mitte der dreißiger Jahre des 19. Jahrhunderts voll ein. Kernprozeß war dabei die massenhafte Ablösung handgeführter Werkzeuge durch Maschinen, insbesondere Werkzeugmaschinen. Parallel dazu verlief der sprunghaft sich ausdehnende Einsatz von Dampfmaschinen auf Schienen. Crimmitschau wurde 1844 an die Eisenbahnlinie Leipzig–Bayern angeschlossen.

Als der Fabrikant Bergner 1848 den ersten mechanischen Webstuhl aufstellen wollte, wurde ihm so zugesetzt, daß er sich entschloß, auszuwandern. Verzweifelt setzten sich die Handwerker gegen das Fabriksystem, gegen die Maschinen zur Wehr. Dennoch war diese Entwicklung nicht aufzuhalten. 1846 gab es in Crimmitschau schon 24 Dampfmaschinen, zwei mehr als in Chemnitz.

Die Oehlersche Manufaktur und die damit sich durchzusetzende kapitalistische Produktionsweise waren für Crimmitschau die Grundlage auf dem Weg zu einer ausgeprägten Fabrik-

stadt des 19. Jahrhunderts. Crimmitschau wurde ein Eckpunkt des damaligen „Textildreiecks“ Crimmitschau–Meerane–Glauchau. Die kleinen Warenproduzenten und Gesellen verloren ihre Selbständigkeit, es wurden nur Hungerlöhne bezahlt. Die bisher vorherrschenden Formen der einfachen Warenproduktion sowie das Verlagswesen wurden zurückgedrängt. Durch Wohnsiedlungen der Weber dehnte sich die Stadt aus (Jahnstraße, Badergasse).

Trotz Frauen- und Kinderarbeit war der Lebensstandard der Arbeiterfamilien im allgemeinen niedriger als im 18. Jahrhundert. Ein qualifizierter Spinner in Crimmitschau mußte 1872 mit einem Jahreseinkommen von 223 Talern, das heißt vier Taler je Woche, auskommen, obwohl die Preise der Grundnahrungsmittel ständig anstiegen. Hohe Zahlen wies die Kindersterblichkeit aus – 1856 verstarben 32 Prozent, 1885 sogar 40 Prozent aller Säuglinge.

Obwohl das Bürgertum im 19. Jahrhundert ökonomische Machtpositionen erlangt hatte, blieb es von der Ausübung der politischen Macht im Staat weitgehend ausgeschlossen. Diese Auseinandersetzung erreichte 1848/49 mit der bürgerlich-demokratischen Revolution ihren Höhepunkt. In Crimmitschau wirkte der radikale kleinbürgerliche Demokrat F. G. Fincke im Bürgermeisteramt. Nach der Niederlage der Revolution mußte er ins Ausland fliehen. Am 15. April 1848 wurde der Arbeiterbildungsverein gegründet. Der Crimmitschauer Arbeiterbildungsverein trat mit anderen Gruppen der sächsischen Arbeiterbewegung im Zwickauer Gebiet in Verbindung.

Eine Radikalisierung äußerte sich in der Gründung der Arbeiterkompanien am 18. April 1849, die am Barrikadenkampf in Dresden zur Verteidigung der Reichsverfassung teilnahmen. Das Bündnis der Reaktion bereitete der Revolution auch in Sachsen eine Niederlage, wobei im Mai 1849 auch der Arbeiterverein Crimmitschaus ein vorzeitiges Ende fand.

Die Crimmitschauer Demokraten verbuchten 1863 ihren ersten Wahlsieg. Der Weber E. Stehfest zog in die Stadtverordnetenversammlung ein. Im gleichen Jahr wurde der Arbeiterbildungsverein aus der Taufe gehoben, der unter anderem unentgeltlich Unterricht vermittelte und zur Hebung des allgemeinen Bildungsniveaus der Arbeiter beitrug. Entscheidende Anstöße für die politische Entwicklung gab Julius Motteler, der seit 1863 zum Führer der Crimmit-

schauer Arbeiterschaft aufstieg. Er entwickelte sich hier vom kleinbürgerlichen Demokraten zum Revolutionär. In enger Freundschaft mit August Bebel, Wilhelm Liebknecht und Wilhelm Stolle führte er bis 1874 von Crimmitschau aus die westsächsische Arbeiterbewegung.

Mit seiner leidenschaftlichen Überzeugungskraft half Julius Motteler 1867 August Bebel zur Wahl in den Norddeutschen Reichstag.



*Der Crimmitschauer Arbeiterführer
Julius Motteler.*

1874 selbst in den Reichstag gewählt, setzte er sich aufgrund seiner Crimmitschauer Erfahrungen besonders für den Schutz der Arbeiterkinder vor Ausbeutung ein. Ein Verdienst Julius Mottelers war 1869 die Gründung der „Internationalen Gewerksgenossenschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter beiderlei Geschlechts“. 1869 entstand auch in Crimmitschau eine Ortsgruppe der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. 1871 hatte diese schon 402 Mitglieder. Fast immer befanden sich Crimmitschauer auf den Parteitagungen unter den Diskussionsrednern: Den Kongreß 1872 leitete Julius Motteler, und 1874 hielt er eines der Referate.

Als auf dem Eisenacher Parteitag 1869 die Forderung nach einer eigenen Parteipresse erhö-

ben wurde, leisteten die Crimmitschauer wieder Pionierarbeit. Unter Leitung Wilhelm Stolles, er war von 1881 bis 1918 Abgeordneter des Deutschen Reichstages, erschien am 16. Juni 1870 die erste eigene Lokalzeitung der deutschen Sozialdemokratie – der „Crimmitschauer Bürger- und Bauernfreund“. Er wurde in 135 Städte und Gemeinden ganz Deutschlands versandt. Auf dem Vereinigungsparteitag der sozialdemokratischen Parteien 1875 in Gotha vertraten Wilhelm Stolle und Wilhelm Böttcher 500 Genossen der Stadt. Crimmitschau war zu einer Hochburg der Arbeiterbewegung Deutschlands geworden.

Am 19. Oktober 1878 verabschiedete der Reichstag das Sozialistengesetz. Alle sozialdemokratischen Vereine und deren Druckschriften wurden verboten. Der Arbeiterbildungsverein beschloß am 20. Oktober 1878 seine erzwungene Selbstauflösung, der „Bürger- und Bauernfreund“ mußte am 16. Januar 1879 sein Erscheinen einstellen. Während der Zeit des Sozialistengesetzes fanden 1882, 1884 und 1887 unter Leitung R. Pfauths Streiks um höhere Löhne statt, welche aber erfolglos blieben.

Nach der Reichseingung 1871 kam es in den „Gründerjahren“ zu einer überaus raschen Entwicklung. Um 1880 gab es in Crimmitschau 40 Volltuchfabriken, 16 Vigognespinnereien, fünf Färbereien und zwei Baumwollzwirnereien. Noch 1870 gab es in der Stadt aber auch 2 000 Handwebstühle. Um die Jahrhundertwende befand sich kein einziger mehr in Betrieb. Die Konkurrenz zwang die ehemaligen kleineren Textilproduzenten, sich in den Fabriken als Lohnarbeiter zu verdingen. Das Massenelend hatte erschreckende Ausmaße angenommen. Die tägliche Arbeitszeit betrug elf bis 14 Stunden. Zur gleichen Zeit gab es jedoch in Crimmitschau-Werdau 23 „Textilmillionäre“, in deren Händen sich gewaltiger Reichtum häufte. Das wöchentliche Nettoeinkommen eines Crimmitschauer Unternehmers betrug 1598 Mark, der Wochenlohn eines gut verdienenden Facharbeiters höchstens 14 Mark.

Am 22. August 1903 traten 7 827 Fabrik- und 1500 Heimarbeiter in den Ausstand. Ihre Forderungen lauteten: Senkung der Arbeitszeit um täglich eine Stunde, zehn Prozent mehr Lohn, bessere Arbeits- und Lebensbedingungen. Die Textilfabrikanten versuchten mit allen Mitteln und Tricks, die Arbeiter zur Arbeit zu zwingen. Dagegen stand die geschlossene Front der Streikenden. Von überall trafen Solidaritätsspenden

in Crimmitschau ein. Selbst Werktätige des Auslands beteiligten sich mit materiellen und finanziellen Spenden.

Am 19. Januar 1904 wurde der Streik abgebrochen. 21 Wochen lang hatten sich die Arbeiter gegen einen gut organisierten und mächtigen Klassengegner zu behaupten gewußt.

600 Arbeiter blieben ausgesperrt und mußten Crimmitschau mit ihren Familien verlassen. Mit der Beendigung des Streiks verlor die Textilstadt ihre überregionale Bedeutung in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Während des Ersten Weltkrieges machten die Crimmitschauer Unternehmer ihr großes Geschäft mit Militärtüchern. 1042 Crimmitschauer kehrten aus dem Krieg nicht zu ihren Familien zurück.

Im November 1918 brach in Deutschland die Novemberrevolution aus. Am 9. November 1918 übernahm auch in Crimmitschau der Arbeiter- und Soldatenrat die Macht.

1923 erreichte die Inflation in Deutschland ihren Höhepunkt: Im Dezember 1922 kostete in Crimmitschau ein Zwei-Pfund-Brot 160 Reichsmark und im Oktober 1923 187 165 000 Reichsmark. Die revolutionäre Nachkriegskrise 1919 bis 1923 erlebte in Crimmitschau ihren Höhepunkt mit der Massendemonstration der Textilarbeiter um Frieden und Demokratie im August 1923. Mit ihr zwangen die Arbeiter die Unternehmer, mit der Gewerkschaftsleitung über Lohn- und Arbeitsfragen zu verhandeln. Am 15. November 1923 nahm die Inflation mit der Ausgabe der Rentenmark schließlich ein Ende.

Anfang 1928 gab es in Crimmitschau 33 Webereien mit 2 271 Webstühlen. 1927 war der Vorkriegsstand erreicht worden. Dann erfaßte im Herbst 1929 die Weltwirtschaftskrise die Textilindustrie in der Stadt. Die Lage der Werktätigen verschlechterte sich enorm, denn sie wurden von Massenarbeitslosigkeit erfaßt. Die Zahl der Erwerbslosen betrug in Crimmitschau: 1927 = 144, 1928 = 703, 1929 = 884, 1930 = 1923, 1931 = 2 839, 1932 = 2 742.

In diesen Jahren kam es zur Polarisierung der Kräfte in Deutschland. Die KPD und SPD bezogen eine scharfe Frontstellung gegen die Nazi-bewegung in Crimmitschau. Die Werktätigen, Arbeiter und andere humanistische Kräfte erlitten 1933 auch in Crimmitschau eine Niederlage. Sind von der gesamten Produktion 1932 etwa zwei Prozent auf die Militärerzeugnisse entfallen, so stieg deren Anteil bis 1938 auf 24 Prozent.

Am 7. Juli 1944 fielen Bomben auf Crimmitschau: Sie zerstörten in der Freund-, Leitelschainer- und Hohlstraße mehrere Häuser.

Am 13./14. April 1945 stießen amerikanische Panzer auf der Autobahn in Richtung Meerane vor. Vom 14. bis 15. April beschossen US-Truppen Crimmitschau. Am 15. April 1945 hatten amerikanische Truppen die Stadt eingenommen, der faschistische Krieg war zu Ende. Crimmitschau mußte 1142 Gefallene beklagen (nur Wehrmattsangehörige berücksichtigt). Am 1. Juli verließen die Amerikaner Crimmitschau und am 3. Juli rückte die Rote Armee in Crimmitschau ein. Zum ersten sowjetischen Stadtkommandanten wurde Major Taran ernannt, ihm folgte Major Strokow. Die bisher erlassenen Befehle der SMAD (Sowjetische Militäradministration) traten in Kraft.

Von 20 Crimmitschauer Textilbetrieben arbeiteten 16 zeitweilig, gegen Lieferung sowjetischer Baumwolle, für Reparationsleistungen. Die Arbeitsproduktivität lag in der Textilindustrie trotz härtester physischer Anforderungen auf niedrigem Niveau. Einige wollten die neue Zeit falsch verstehen: So gab es die sogenannte „Mausi-Wolle“, die in den Betrieben verschwand und auf den Dörfern in Nahrungsmittel umgesetzt wurde.

Am 22. Oktober 1945 öffneten die Crimmitschauer Schulen wieder ihre Pforten. 1947 legten die ersten Neulehrer ihre Prüfungen ab. In der ehemaligen Musikalienhandlung F. Goth wurde im September 1949 das erste Geschäft der staatlichen Handelsorganisation eröffnet.

Am 30. Juni 1946 fand in Sachsen der Volksentscheid über die „Überführung der Betriebe von Kriegs- und Naziverbrechern in das Eigentum des Volkes“ statt. 91 Prozent (Landesdurchschnitt in Sachsen: 77 Prozent) aller Crimmitschauer sprachen sich für die entschädigungslose Enteignung aus. Da die meisten Betriebe im Zeichen des „totalen Krieges“ in der einen oder anderen Form für die Rüstung gearbeitet hatten und somit unter die Definition des Volksentscheids fielen, betraf der Volksentscheid praktisch alle größeren Crimmitschauer Betriebe. Übrigens gehören die Enteignungen von 1946 zu denjenigen Enteignungen, die aufgrund des deutschen Einigungsvertrages von 1990 nicht rückgängig gemacht werden sollen.

Bis 1954 wurden aus den enteigneten Crimmitschauer Textilbetrieben drei große „Volkseigene Betriebe“ gebildet: Der VEB Textilwerk

Pleißengrund, der VEB Trikotagenwerk und der VEB Tufa Crimmitschau. In der Textilindustrie der DDR entstanden zur Koordinierung der Produktion sogenannte „Werkbereiche“. Zwei von ihnen hatten in der zweiten Hälfte der 50er Jahre ihren Sitz in Crimmitschau, der WB Spinnweb III und der WB Volltuch. Ihnen vorausgegangen war die sogenannte „Industrieverwaltung 44 (Webereien)“, die von 1946 bis 1947 in Crimmitschau saß. Die Crimmitschauer Volltuchfabriken wurden 1962 zu einem gesamten VEB zusammengeschlossen, dem VEB Volltuchwerke.

In den späten 40er und in den 50er Jahren wurden auch alle anderen Lebensbereiche Crimmitschaus im Sinne der sozialistischen Gesellschaftsordnung der DDR umgebildet. Nachdem im Zuge der Bodenreform der landwirtschaftliche Boden erst in das Eigentum von Kleinbauern übergegangen war, gab es seit Ende der 40er Jahre Tendenzen zur Kollektivierung: 1949 gab es im Landkreis Zwickau, zu dem Crimmitschau damals gehörte, drei „Maschinenausleihstationen“ mit je zehn bis zwölf Traktoren und anderem landwirtschaftlichen Gerät für die Bauern. 1953 wurde dann die erste Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft im Raum Crimmitschau gegründet. Sie erhielt den Namen des 1944 von den Nazis ermordeten ehemaligen KPD-Vorsitzenden Ernst Thälmann. Die Bauern hatten in die LPG ihren Grund und Boden einzubringen.

Was die städtebauliche Entwicklung anging, waren die Jahrzehnte der DDR in Crimmitschau von intensiver Bautätigkeit charakterisiert. Ne-

ben Wohnungen und den notwendigen Leitungen (Wasser, Gas) entstanden insbesondere neue Krippen- und Kindergartenplätze (1979), das Heizhaus Amselstraße zur innerstädtischen Fernwärmeversorgung (1986), Verkaufsstellen, das „Haus der Dienste“, schon 1947 ein Theater, 1964 das Kunsteisstadion für das in Crimmitschau ausgesprochen beliebte Eishockey. Das Stadion wurde in einer besonderen Variante sozialistischer Aktivitäten errichtet, im sogenannten „Nationalen Aufbauwerk“ (NAW). Im NAW waren die Leute verpflichtet, an den Wochenenden oder sonst in ihrer Freizeit kostenlos bei Wiederaufbau- und anderen Bauarbeiten tätig zu sein. Allgemein lag bei der Bautätigkeit das Schwergewicht weniger auf dem Erhalt der alten Bausubstanz, sondern auf dem Neubau von Wohnblöcken. Das Stadtbild hat sich durch Neubauten, die auch an sensiblen Stellen der Innenstadt errichtet wurden, nicht immer zum Vorteil entwickelt.

Mit der „Wende“ vom Oktober 1989 vollzogen sich in Crimmitschau große Einschnitte. Die einseitig ganz auf die Textilindustrie ausgerichtete Wirtschaftsstruktur bereitet große Sorgen, da man die Entwicklung der Textilindustrie als stark rückläufig ansehen muß. Positiv ist die schnelle Entwicklung im Dienstleistungsbereich: Von Ende 1989 bis Sommer 1990 wurden 175 Gewerbe genehmigungen erteilt, unter denen 37 Unternehmen für Service und Dienstleistungen waren, ferner 99 Unternehmungen für Handel, vier Gaststätten und 18 sonstige (Fahrschulen, Taxi und ähnliches).

1414

Libertas Civium in Crimptschaw

Wir Wilhelm etc. bekenn(en), als die stat zcu Crimptschaw zcu wigbilde vß gesatct ist vnd mit sulchen friheiten, vnd gewonheiten, mocht bepruete ist als moeglichen vnd not we. Alze sint vor vns komen die burge vnd gemeyne der genanten stad vnd haben vns gebeten daz wir sie myt friheyten begnaden welden daz wir an gesehin haben ire beete vnd haben yn von sunderlichen gunst vnd gnade wegen, sulche friheit vnd gewonheit als die burge vnd stad zcu Smollen haben vnd gebrochen gegeben vnd bestetigit. Vnd was recht oder orteil vor sie bracht vnder der sie nicht wissen noch sich des vorstehin, daz sollen sie in dem rate zcu Aldenburg suchen vnd sich des da irholen als digke yn des not geschit, da man in ouch finden vnd teylen sal, waz recht ist, vnd gebin vnde bestetigin yn ouch die obingeschr(riben) recht, friheit vnd gewonheit, die so furbaßmer eweclichen zcuhalten, zcu haben, zcu besiczzen vnd der zcu gebrochen, in aller masse als obingeschr(iben) stet, gnediglichen mit diss(brieffe) vnd haben des zcu bekenisse etc. Dat feid quarta an festum, Crispi xpi Anno dñi m^o cccc^o xiiii^o.

Comissa in Aldenburg

Faksimile des Crimmitschauer Stadtrechts von 1414.

Libertas civium in Crimptschaw

Wir Wilhelm etc. bekenn(en), als die stat zcu Crimptschaw zcu wigbilde vß gesatct ist vnd mit sulchen friheiten vnd gewonheiten nicht besorget ist als moeglichen vnd not we(r), alze sint vor vns komen die burge(r) vnd gemeyne der genanten stad vnd haben vns gebeten, daz wir sie myt friheyten begnaden welden, daz wir angesehin haben ire beete vnd hab(e)n yn von sunderlichen gunst vnd gnade wegen sulche friheit vnd gewo(n)heit als die burge(r) vnd stad zcu Smollen haben vnd gebrochen gegeben(e)n vnd bestetigit. Vnd was recht oder orteil vor sie bracht vnder der sie nicht wissen noch sich des vorstehin, daz sollen sie in dem rate zcu Aldenburg suchen vnd sich des da irholen, als digke yn des not geschit, da man in ouch finden vnd teylen sal, waz recht ist, vnd gebin vnde bestetigin yn ouch die obingeschr(riben) recht, friheit vnd gewonheit, die so furbaßmer eweclichen zcuhalten, zcu haben, zcu besiczzen vnd der zcu gebrochen, in aller masse als obingeschr(iben) stet, gnediglichen mit diss(em) brieffe vnd haben des zcu beke(n)nisse etc.

Dat(um) fe(r)ia quarta an(te) festum C(o)rp(or)is (Christi), anno d(omi)ni m^occcc^o-xiiii^o.

Übertragung in modernes Deutsch:

Freiheit der Bürger in Crimmitschau

Wir Wilhelm etc. verkünden: Da die Stadt Crimmitschau wie eine städtische Ansiedlung wirkt und zugleich aber nicht mit solchen Freiheiten und Gewohnheiten ausgestattet ist, wie das möglich und notwendig wäre, deshalb sind vor uns die Bürger und Gemeinen der genannten Stadt gekommen und haben uns gebeten, daß wir sie mit Freiheiten begnaden wollten. So haben wir ihre Bitte betrachtet und haben ihnen aus besonderer Gunst und Gnade solche Freiheit und Gewonheit gegeben, wie sie die Bürger und Stadt zu Schmölln haben und gebrauchen. Und was an Rechtsfällen oder Urteilen vor sie gebracht wird, in denen sie sich nicht auskennen oder die sie nicht verstehen, in dem sollen sie sich beim Rat zu Altenburg erkundi-

gen und sich dort die nötige Auskunft holen, soviel wie das notwendig ist. Dort soll man ihnen auch den Rat finden und mitteilen, was Recht ist. Wir geben und bestätigen ihnen auch gnädiglich mit dieser Urkunde diese oben geschriebenen Rechte, Freiheiten und Gewohnheiten, die sie so fürderhin ewig zu halten, zu haben, zu besitzen und zu gebrauchen berechtigt sind, und zwar in der Weise, wie es oben geschrieben ist. Und dem Beweis all dessen etc. gegeben am Mittwoch vor dem Fronleichnamfest (= 6. Juni), im Jahre des Herrn 1414.

Gemeint ist Markgraf Wilhelm II., der Reiche, von Meißen (1381 bis 1425) aus dem Hause Wettin. Die Urkunde ist nur abschriftlich in einem sogenannten Kopialbuch aus dem 15. Jahrhundert überliefert. Das Kopialbuch verzichtete auf den vollen, zum Teil formelhaften Urkundentext und ersetzte die Titulatur Wilhelms (Wir, Wilhelm von Gottes Gnaden Markgraf von Meißen) und den Urkundenschluß durch ein etc.

Daten zu Crimmitschau:

1. Lage, Fläche und Einwohner

Lage: Tal an der Pleiße. Längenausdehnung: 4,0 Kilometer, Breite: 1,5 Kilometer, Flächenausdehnung: 2 862 Hektar.

Rathaus im Stadtzentrum liegt 237 Meter über NN; Wohngebiete am Rande der Stadt 296 Meter über NN, Einwohnerzahl 1990: 23 455.

Zum Stadtgebiet gehören: 4 ehemalige Gemeinden mit ländlichem Charakter (Frankenhausen, Gablenz, Rudelswalde, Gösau).

Verkehrsverbindungen: Gute Bahnverbindungen – Direktanschluß Bahnstrecke Leipzig–Plauen / Leipzig–Zwickau. – Autobahnanschluß: Autobahn Dresden–Eisenach 5 Kilometer zur Auffahrt (Meerane). – Fernverkehrsstraße Nr. 95 5 Kilometer bis Stadtzentrum.

2. Wirtschaft 1990

Industriebetriebe, Betriebsteile, Produktionsgenossenschaften des Handwerks; Textilindustrie, Garnproduktion, Herstellung hochwertiger Tuche und Stoffe, synthetische Pelze, Voltex, Untertrikotagen; Textilmaschinenbau, Kompressorenbau, Chemieanlagenbau, Lederherstellung, Möbelproduktion, Herstellung von Verpackungsmaterialien, Obstproduktion, Orchideen- und Bromelienzucht.

3. Schule und Bildung

6 Allgemeinbildende polytechnische Oberschulen, 1 polytechnische Sonderschule für lernbehinderte Kinder (Hilfsschule „A. S. Makarenko“).

4. Soziale Einrichtungen

9 Kinderkrippen (440 Plätze); 1 Kinderheim für elternlose und elterngelöste Kleinkinder „Hans-und-Hilde-Coppi-Heim“ (48 Plätze); 12 Kindergärten; 1 Kombinierte Kindereinrichtung; Kinderheim „Edgar André“ (für Kinder, die elternlos sind und elterngelöste Kinder bis zum 18. Lebensjahr); 5 Pflegeheime (248 Plätze); Veteranenklub.

5. Naherholung Sport

Naherholungsgebiet Sahnpark mit Tiergehege einheimischer Tiere, Kinderspielplätzen, Gondelteich. Freibad „Sahnbad“ (Waldbad). Kunsteisstadion im Sahnpark: Sportarten Eishockey, Eisstockschießen, Eisschnellauf, öffentliches Eislaufen. 5 Sportplätze, 2 Fußballstadien, Tennisanlage, Kegelanlage; Haus des Sports: Judo, Handball, Tischtennis.

6. Kultur

Kulturzentrum (Sprechtheater, Musiktheater, Konzerte, Varieté, vielfältige Zirkeltätigkeit), Jugendklubhaus, Stadt- und Kinderbücherei, Jugendsternwarte, Heimatmuseum, zahlreiche Vereine.

Bilder zur Geschichte Backnangs

Herausgegeben von Helmut Bomm

Alte Ansichtskarten und Fotos aus der Zeit um die Jahrhundertwende sind wahre Zeitdokumente. Über wertvolle und umfangreiche Kollektionen verfügen der Heimat- und Kunstverein, Franz Skarpil und das Stadtarchiv. In Band VI der Schriftenreihe des Heimat- und Kunstvereins wurde die Postkartensammlung von Ruth und Hermann Bareiss veröffentlicht. In dieser ersten Ausgabe der Schriftenreihe der Stadt folgt nun die Sammlung von Hilde Latschar nach, um im Laufe der Jahre einen Gesamtüberblick zu bekommen. Für Hinweise auf weitere private Sammlungen ist das Stadtarchiv sehr dankbar.

Das alte Bildmaterial verschafft die Möglichkeit, die Geschichte eines Gebäudes oder von Stadtteilen darzustellen. Als Beispiel sei hier das Bandhaus herausgegriffen, nachdem nun alte Bilder vorhanden sind über den baulichen Zustand vor der Aufstockung des Gebäudes im Jahr 1905. Es sind dies einmal ein etwas verblaßtes Foto aus der Sammlung Bareiss mit dem Vermerk: „Um 1900 × Urgroßmutter Winter und Tante Sofie.“

Die zweite Aufnahme, vermutlich das älteste Stadtfoto, zeigt ebenfalls das Bandhaus im ursprünglichen Zustand zwischen Stadtturm/Helferhaus und Stiftskirche. Die alte Glasplatte aus der Zeit vor der Jahrhundertwende befindet sich im Besitz des Fotogeschäfts Fleischer und wurde jüngst aufgrund von Nachforschungen im Auftrag des Stadtarchivs entdeckt. Besonders diese alte Aufnahme zeigt, daß die Proportionen des Bandhauses im Rahmen der Stiftsgebäude im Stadtbild noch stimmten.

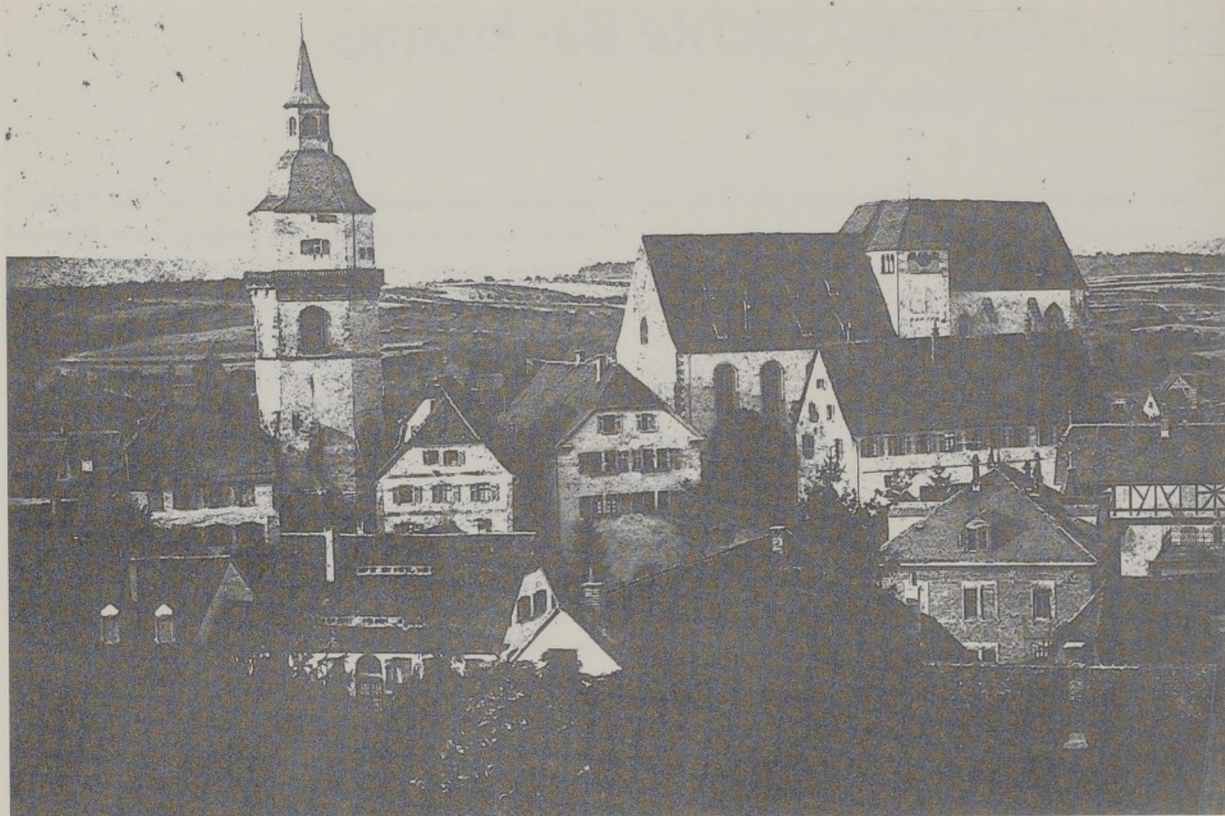
Das Bandhaus war einst vom Stift als Kornhaus benützt worden, in dem neben der Zehntscheuer der dem Stift zustehende „Zehnt“ (jede zehnte Garbe auf den Feldern) untergebracht wurde. In einem Bericht von 1583 heißt es über das Bandhaus: „ain new gebawener Korncast . . .

darunter das Bindthauß vnnd der große Keller.“ Im Keller des Kornkastens befand sich also die Küferei, in der die Fässer hergestellt (gebunden = Bandhaus) wurden sowie der Weinkeller. Die großen Räume im Untergeschoß werden heute vom Verein zur Förderung der Kleinkunst Maulwurf und beim Straßenfest genutzt.

Vom Bandhaus standen nach dem großen Stadtbrand von 1693 noch die Kellerräume und die starken Mauern der beiden Stockwerke; die Innenräume und das Dachgeschoß waren abgebrannt. Der Wiederaufbau war relativ einfach: Der Zimmermann Hans Heinrich Höscher machte zwei Gebälke und den Dachstuhl. Der Wiederaufbau erfolgte 1697 nach der von J. U. Heim im Jahr 1695 gefertigten Zeichnung.

Im Jahr 1837 erwarb die Stadt das Bandhaus und baute es zu einem Schulhaus um, in das 1842 die Lateinschule einzog. Nachdem im Jahr 1901 die Lateinschule mit der Realschule verbunden worden war, wurde das Raumproblem dadurch gelöst, daß dem alten Bandhaus 1905 ein weiterer Stock aufgesetzt wurde. Dadurch war jedoch das Haus ungewöhnlich hoch geworden und paßte nicht mehr so recht in den Rahmen der Stiftsgebäude hinein. Es erhielt deshalb eine Giebelverschnörkelung (Jugendstilgiebel), die den Eindruck der ungewöhnlichen Höhe mindern sollte. Bei einem Umbau 1958/59 wurde der Jugendstilgiebel durch ein sogenanntes Krüppelwalmdach ersetzt.

Nachdem im September 1970 die Max-Eyth-Realschule ihren Neubau bezogen hatte, war von nun an das Bandhaus das alleinige Domizil der Schickhardt-Realschule. Im Oktober 1985 beschloß der Gemeinderat, im Zuge der Neuorganisation der Schulen, die Schickhardt-Realschule künftig in einem Anbau neben der Möriekeschule (Seminargebäude) unterzubringen. Dadurch sollen dann das Bandhaus und Turmschulhaus für kulturelle Zwecke frei werden.



Dieses weit vor 1900 zu datierende Foto zeigt das Bandhaus zwischen Stadtturm/Helferhaus und Stiftskirche in seiner ursprünglichen Höhe.



Das „um 1900“ gemachte, etwas vergilbte Foto zeigt das Bandhaus ebenfalls noch in seiner ursprünglichen Größe.



Die alte Postkarte, entstanden nach der Aufstockung im Jahr 1905, zeigt deutlich die nunmehr ungewöhnliche Höhe des Bandhauses, das nun nicht mehr in das seither harmonische Bild paßt.



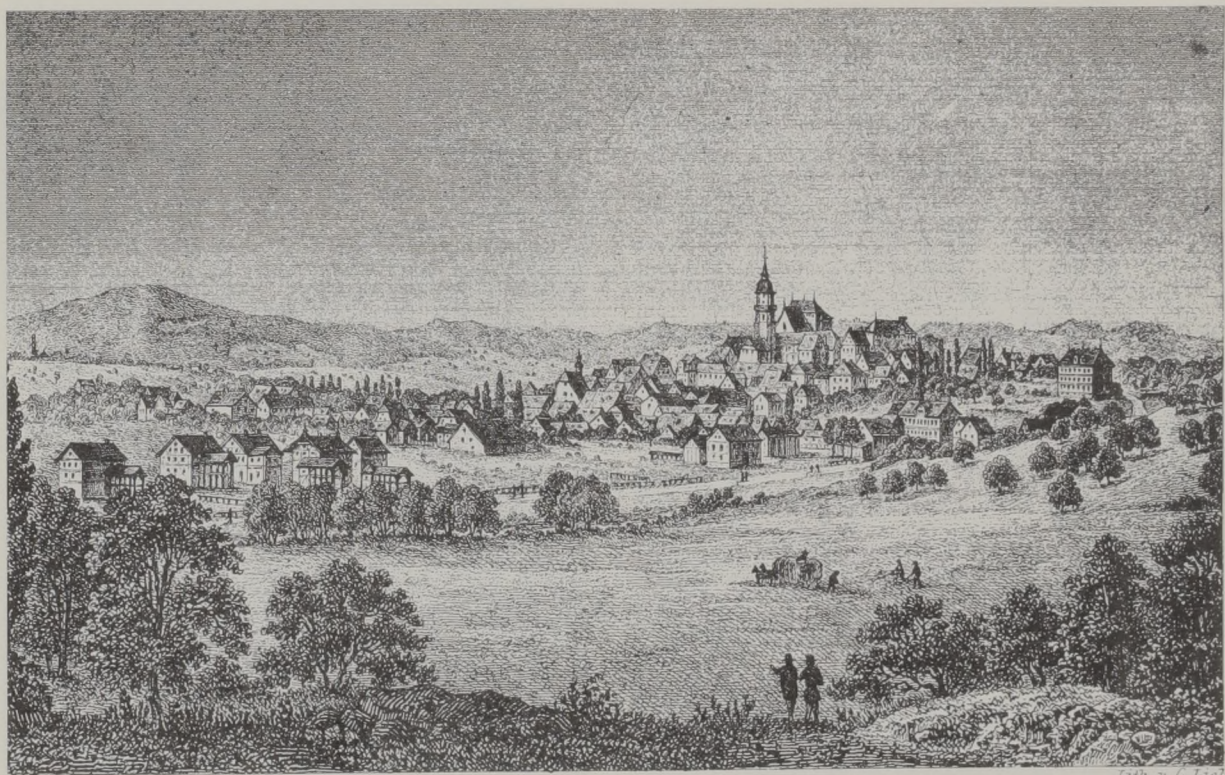
Der Jugendstilgiebel wurde vielfach als „häßliche Fassade“ bezeichnet.



Der Jugendstilgiebel wurde bei einem Umbau 1958/59 beseitigt. Das Bild zeigt die Ansicht heute.



„Ansicht von Backnang – C. F. Angerbauer Lithographie. Nach der Natur gezeichnet von H. Hebra, zu finden bei Ellmayr in Stuttgart, gedruckt von Hekler.“ Um 1830. 31,1×42,3. Scheffold Nr. 287. Als Postkarte gedruckt.



BACKNANG.

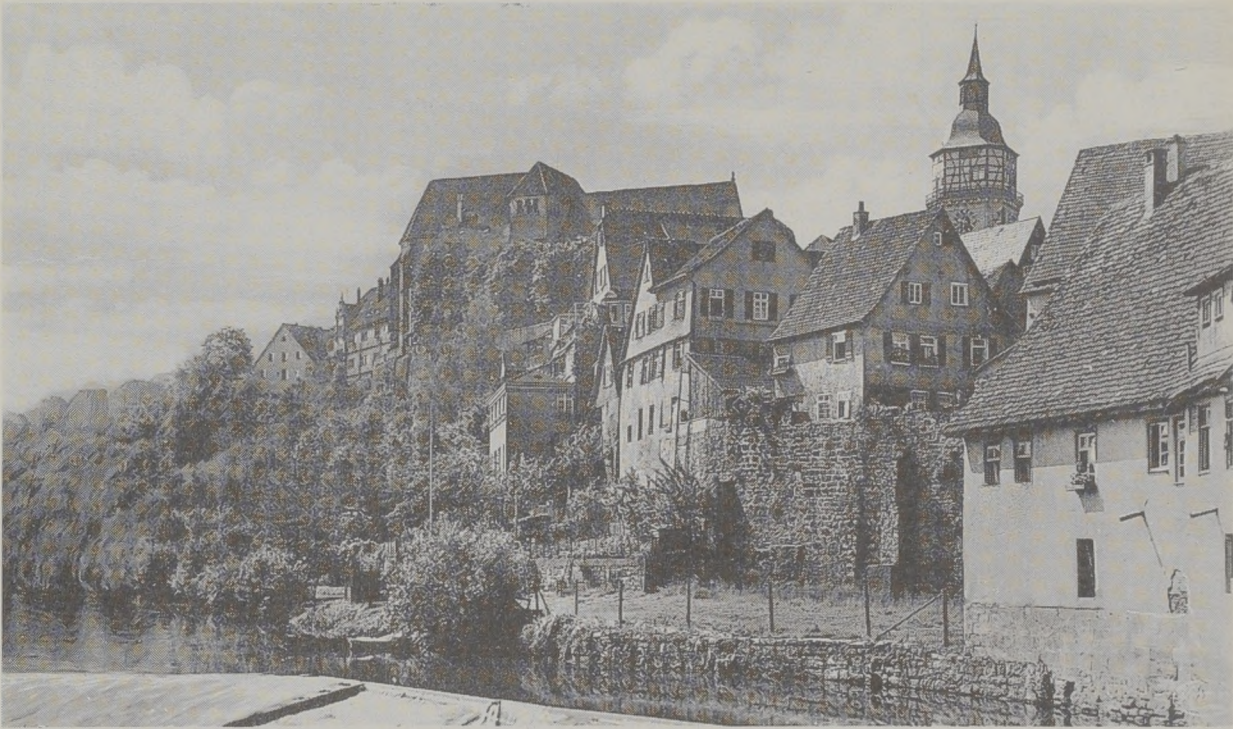
Ansicht von Backnang. Lithographie von C. Lieb, 14,6×8,4. Veröffentlicht in der Oberamtsbeschreibung von Backnang 1871 und als Postkarte gedruckt.



Teilansicht der Stadt. Die Postkarte wurde am 23. Januar 1916 von der Post gestempelt.



Blick vom Freithof auf die Bleichwiese und den Koppenberg. Die Postkarte ist nach 1931 entstanden, dem Jahr des Bürgerheimbaus.



Bäcknang. Von den Grafen von Calw als Murrgraafen kam Bäcknang um 1050 an die Markgrafen von Baden. Diese errichteten 1116 hier ein Augustiner-Chorherrenstift. 1235 wurde Bäcknang mit einer festen Mauer umgeben und damit zur Stadt ernannt. Durch Heirat kam diese 1296 an Graf Eberhard den Erlauchten. 1534 wurde das Stift aufgehoben und verstaatlicht. 1645 brannte ein großer Teil der Stadt ab, und 1693 richteten die Franzosen große Zerstörungen an.

Die Postkarte stammt aus der Zeit 1936/37, denn das Fachwerk am Stadtturm wurde 1935 freigelegt, das zur Wolfschen Mühle gehörende Gebäude am rechten Bildrand ist im Februar/März 1938 abgebrochen worden. Die Karte wurde von der Post gestempelt am 1. Juni 1942.



Das Foto von den Gerberhäusern an der Murr entstand in den 20er Jahren.



Die beiden Postkarten von der Partie am Burgberg stammen aus den Jahren nach 1935.



Bachnang



Die Postkarte wurde am 28. Januar 1964 von der Post gestempelt. Das Bild zeigt noch die Eisenhandlung Sauer links. Der Wochenmarkt wurde bis Ende 1977 auf dem Areal „Am Obstmarkt“ abgehalten.



Die Postkarte mit einem Teil der Marktstraße und dem Rathaus ist vor 1969 entstanden, denn das Gasthaus zum „Bären“ wurde in diesem Jahr abgebrochen. Das schöne Wirtshauschild befindet sich im Museum Helferhaus.



Die Postkarte Marktstraße im Schnee stammt aus den ersten Nachkriegsjahren, als die Autokennzeichen in der amerikanischen Besatzungszone noch AW lauteten, Amerikanische (Zone) Württemberg, im Volksmund „Armes Württemberg“ genannt. Das Auto vor dem damaligen Feinkostgeschäft Specht (links) trägt die AW-Nummer.



Bäcknang, Seminar

Am 25. September 1963 wurde die Karte vom Seminar postalisch gestempelt.



Bäcknang, Rathaus

Die Postkarte vom Rathaus trägt auf der Rückseite den handschriftlichen Vermerk: 1936.



Diese Postkarte von der Marktstraße ist am 21. Mai 1962 von der Post gestempelt.



Im Jahr 1964 wurde diese Postkarte vom Bahnhof verschickt.



Die imposante Karte vom evangelischen Lehrerseminar trägt den Poststempel vom 20. Juli 1913.

*Backnang
Am Schillerplatz*



Die alte Postkarte „Am Schillerplatz“ zeigt noch links das Gebäude Albertstraße 18, früher Gastwirtschaft „Schillerhof“, später Sitz des Amtsarztes, das im Dezember 1970 abgebrochen wurde.

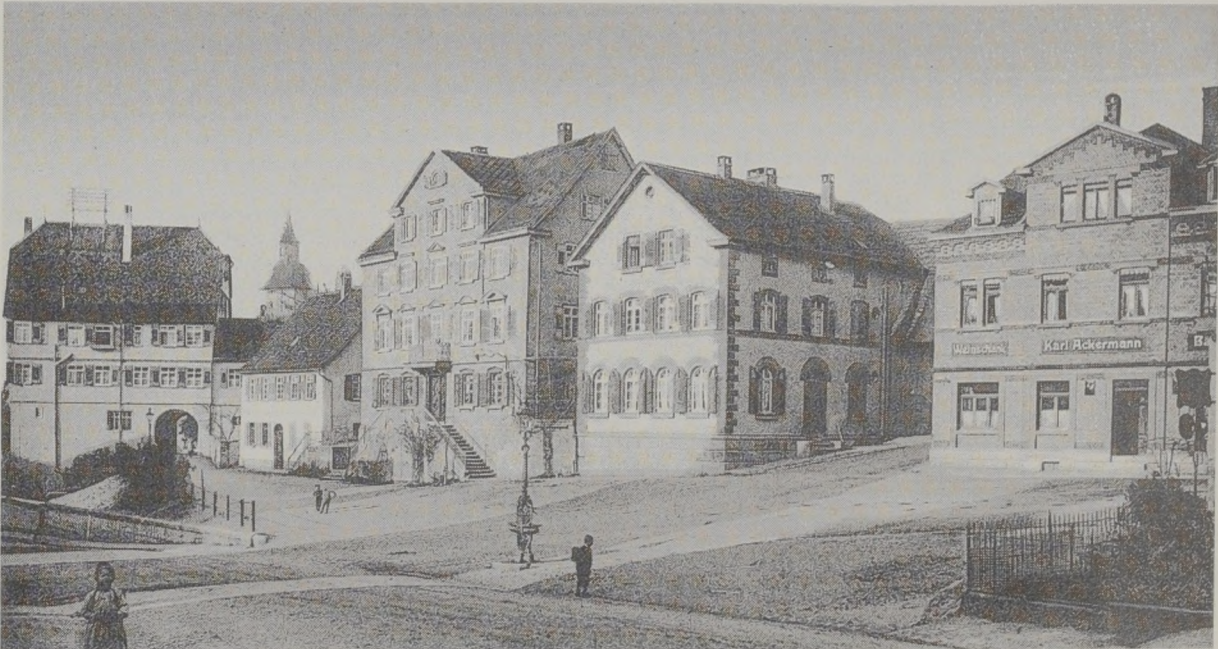


Backnang

Der Stiftshof im Jahr 1934.



Im Zuge des Neubaus der Aspacher Brücke 1911/12 erhält das frühere Gasthaus „Krone“ einen hübschen Umgang (Arkaden) und auf der gegenüberliegenden Brückenseite ein malerisches Brückenhäuschen. Die Einweihung der Brücke mit Arkaden und Brückenhäuschen erfolgte am 19. Februar 1912.



Die beiden Bilder zeigen den Burgplatz. Bild oben ist um die Jahrhundertwende entstanden. Das Bild S. 129 oben, entstand einige Jahre später, zeigt es doch bereits den Finanzamtsanbau rechts vom Durchgang zum Stiftshof, der den Stadtturm fast verdeckt. In dem Gebäude hinter dem alten Automobil befand sich ein Damen-Frisiersalon (heute Johannes-Apotheke).



Burgplatz, vergleiche Bild S. 128 unten.



Bäcknang.

Karlsplatz.

Steinbacherstr.

Die Steinbacher Straße (seit 1929 Eugen-Adolff-Straße) mündete beim Haus Schmied-Kübler in die Stuttgarter Straße. Die Postkarte, die zwischen 1905 und 1910 entstanden sein muß, trägt die Bezeichnung „Karlsplatz“. Eine solche Bezeichnung gab es amtlich nicht. Wahrscheinlich wurde der Platz im Volksmund so genannt nach dem Besitzer der Bäckerei mit Weinausschank Karl Ackermann (links).



Ein Bild aus dem Jahr 1912 von der neuen Aspaicher Brücke mit Brückenhäuschen. Am 20. April 1945 wurde die Brücke von deutschen Soldaten gesprengt.



Der „Stern“ war eine der ältesten Wirtschaften in Backnang. Das Gebäude überstand den großen Stadtbrand von 1693. Im Jahr 1940 wurde das Fachwerk freigelegt. Damit war der „Stern“ das älteste Backnanger Fachwerkhaus, da die Gebäude im Stadtkern dem Stadtbrand zum Opfer gefallen waren. Der stolze Fachwerkbau fiel im Jahr 1975 dem Straßenbau zum Opfer.



Das nach dem Stadtbrand von 1693 wiederaufgebaute Gebäude brannte im Jahr 1906 ab. Der Besitzer, Bäcker Gottlieb Kinzer, baute es 1907 in der Form, wie es die alte Postkarte zeigt, wieder auf. 1936 erwarb die Volksbank das Gebäude Kinzer, Schillerstraße 18, und bezog es nach kurzem Innenumbau.



Uhlandstraße 7: Brot- und Feinbäckerei Louis Bacher.



BACKNANG, Karlsplatz mit Ackermann's Weinschänke

Die Postkarte oben ist von der Post gestempelt am 19. Juni 1911. Die Ackermann'sche Weinschänke war später Café Riekert und schließlich Domizil der Firma Hemden-Schwarz.



Weissacherstraße

Backnang.



Alte Postkarte von der Weissacher Straße, die seit Juli 1929 Stuttgarter Straße heißt. Rechts die Restauration „Zum wilden Mann“. Das Gebäude wurde im Mai 1971 abgebrochen (heute „Alte Post“).

Weissacherstraße mit
Gasthaus z. Rößle.

Backnang.



Das Gasthaus zum „Rößle“ an der Stuttgarter Straße wurde 1971 abgebrochen, hier befindet sich heute der Adenauerplatz.



Hinter dem Gasthaus „Röble“ standen die alte Turnhalle und das Feuerwehrgerätehaus. Das Foto zeigt die Feuerwehrmänner mit der 1924 angeschafften ersten Autospritze.



Backnang

Weissacherstrasse und Timmeramt

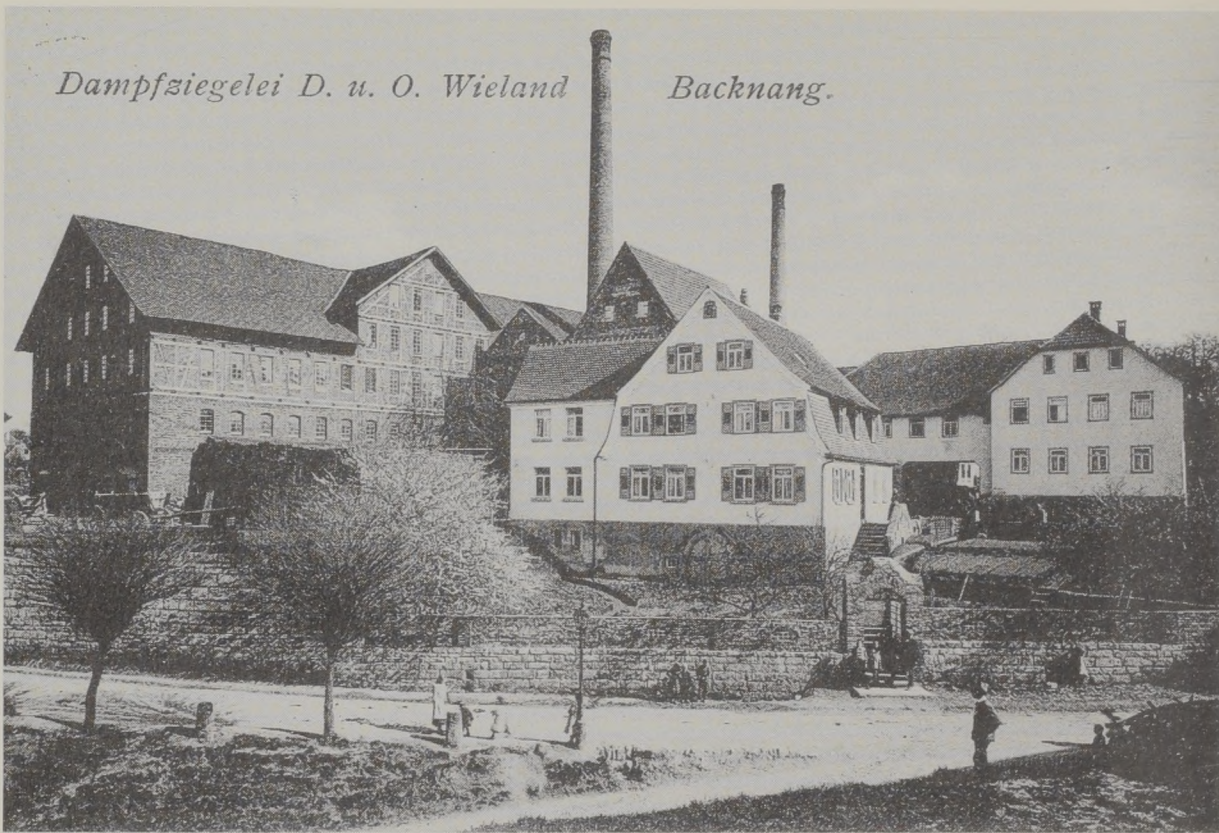
Die Stuttgarter Straße (vor 1929 Weissacher Straße) stadtabwärts; links das Gasthaus zum „Röble“.



Der Abbruch des städtischen Dreifamilienhauses Stuttgarter Straße 31 erfolgte 1934/35.



Das frühere Restaurant zum „Schiff“, Gerberstr. 20, von G. Holzwarth, Eckhaus zur Wilhelmstraße.



Die frühere Ziegelei Wieland, Maubacher Straße 12, wurde am 22. Juli 1940 durch einen Großbrand vernichtet. Die Postkarte wurde am 1. Januar 1918 gestempelt.



Die Postkarte vom Schlachthof und der Gasanstalt stammt aus den Jahren nach 1909, denn das Lehrerseminar rechts oben im Bild wurde in diesem Jahr eingeweiht.



Backnang
Umlandstrasse

Blick in die Umlandstraße.



Backnang.
Umlandstrasse.

Drei alte Häuser in der Umlandstraße.



Das schlimmste Hochwasser nach 1893 erlebte die Stadt am 9. September 1912. Die Aspacher Brücke war nach den Erfahrungen beim Hochwasser vom Februar 1893 gebaut und am 19. Februar 1912 dem Verkehr übergeben worden. Am 9. September 1912 war die Aspacher Brücke 80 Zentimeter überspült worden, so daß es einen verheerenden Rückstau gab.





Das überschwemmte Murrtal bei der Spinnerei Adolff am 9. September 1912.



Unterhalb der Aspacher Brücke am Kalten Wasser.



Der Kindergarten Ölberg im Jahr 1932 auf dem Freithof mit Schwester Frida und Tante Fanny.



Das Dritte Reich beginnt: Feldgottesdienst der Backnanger SA auf dem Turnplatz am 12. März 1933.



Backnang, Hochwasser, 9. September 1912. Ecke Graben und Schillerstraße mit Weinwirtschaft Kinzer.



Der Backnanger Rathausaal 1991.



*Die vom Stadtturm gemachte Aufnahme des Backnanger Rathauses zeigt deutlich die enorme Bau-
masse des stolzen Fachwerkgebäudes.*

Innenausstattung und Nutzung des Backnanger Rathauses im 18. Jahrhundert

Einige neue Erkenntnisse

Von Klaus J. Loderer

Vorbemerkung

Kaum behandelt wurden in den bisherigen Untersuchungen zum Backnanger Rathaus die ursprüngliche innere Disposition der Räume, deren Nutzung und deren Ausstattung. Aus den Akten zum Wiederaufbau des Backnanger Rathauses zu Anfang des 18. Jahrhunderts lassen sich einige Erkenntnisse zum „Innenleben“ des Rathauses gewinnen, die an dieser Stelle vorläufig zusammengefaßt werden sollen. Bedauerlicherweise sind die in den Akten erwähnten historischen Planunterlagen abgegangen. Doch ließen eine nähere Untersuchung des Aktenmaterials und bauhistorische Untersuchungen am Gebäude eine genaue Rekonstruktion zu.

Die Geschichte des Backnanger Rathauses wurde bereits ausführlich in der heimatgeschichtlichen Literatur behandelt.¹ Ich möchte mich deshalb an dieser Stelle auf die Aspekte der Baugeschichte beschränken, die für diese Untersuchung relevant sind. Bezüglich der näheren Vorgeschichte zum Bau und zum Wiederaufbau des Rathauses sei auf die angegebene Literatur verwiesen.

Raumaufteilung und Ausstattung des Rathauses im 18. Jahrhundert

1693 brannte durch einen französischen Überfall ein Großteil der Stadt Backnang ab, und auch das Ende des 16. Jahrhunderts vermutlich nach einem Entwurf von Georg Beer² errichtete Rathaus wurde ein Opfer der Zerstörung. Erst sechs Jahre später konnte die durch die Zerstörungen und Plünderungen an den Rand des Ruins gebrachte Stadt wieder an einen Neubau des Rathauses denken.

Ein erster Kostenvoranschlag (*Bauüberschlag*) zum Wiederaufbau des Rathauses, von dem nur die Keller und die steinernen Umfassungsmauern des Erdgeschosses den Brand überstanden hatten, wurde von Werkmeister Johann Ulrich Heim angefertigt und datiert vom 29. Juli 1699.³ Dieser gibt neben den Angaben zu Kosten für Material und Handwerker eine Beschreibung der inneren Aufteilung des neuen Rathauses, für das Heim Baukosten von 3 159 fl 21 kr veranschlagt hat.

Die beiden unteren Geschosse sollten Hallen für Markt- und Handelszwecke erhalten. Das

¹ Vgl.: *Hämmerle*, Christian: Beschreibung und Geschichte des Rathauses zu Backnang. In: Blätter des Altertums-Vereins für das Murrthal und Umgebung. Nr. 1 vom 16. August 1884 und Nr. 2 vom 15. November 1884.

Kreutzmann, Robert: 250 Jahre Backnanger Rathaus: Aus der Geschichte der Stadt und ihrer beiden Rathausbauten. In: Unsere Heimat Nr. 13/1966. Dezember 1966, zugl. Vortrag des Heimat- und Kunstvereins Backnang im Musiksaal des Max-Born-Gymnasiums Backnang 1966. Darüber Zeitungsbericht Backnanger Kreiszeitung vom 3. November 1966.

Kreutzmann, Robert: „Wir haben ein sollich alt, baufällig Rathaus . . .“: Neue Akten zur Geschichte des ersten Rathauses. In: Unsere Heimat Nr. 3/1987. Juli 1978.

Kühn, Reinhard: Unterer Marktplatz in Backnang. Masch. Man. o. J. (1977). = Studienarbeit am Institut für Baugeschichte und Bauaufnahme der Universität Stuttgart.

Schahl, Adolf: Die Kunstdenkmäler des Rems-Murr-Kreises (Die Kunstdenkmäler in Baden-Württemberg). Herausgegeben vom Landesdenkmalamt Baden-Württemberg. München, Berlin. 1983. S. 255 bis 258.

² Zur Diskussion um die Urheberchaft des Entwurfs s. *Kreutzmann*, s. Anm. 1.

³ Stadtarchiv Backnang (StA) und Hauptstaatsarchiv Stuttgart (HStA. A 206 Bü 298): Wiederaufbauakten. Leider ist der erwähnte zugehörige Plansatz weder im Stadtarchiv Backnang noch im Hauptstaatsarchiv vorhanden. (Aus der Beschreibung läßt sich folgender Plansatz rekonstruieren: Grundriß 1: EG, Grundriß 2: 1. OG, Grundriß 3: 2. OG.)

Erdgeschoß für das *Fleischhaus* (Schlachthaus) und *anderes Marcktgezeug* und das 1. Obergeschoß (*der andre Stockh*) für den die gesamte erste Etage einnehmenden *Tuch: oder Kauffboden*. Das 2. Obergeschoß (*der dritte Stock*) sollte folgende Räume aufnehmen: Treppenhaus und Ehrn, große Ratsstube mit Vorraum, kleine Ratsstube, Küche, Arrestzimmer, Kammer mit Toiletteeinbau (*eine große Rath und eine kleinere Nebenstuben, Küchin, Maleficanten Stublen, Kammer darinnen das Cloacgehäuß stehet, ferner einen großen Öhrn mit Freysäulen, auch bey der großen Rathstuben ein Voröhrnlin umb des Gehörs willen*). Außerdem wird noch ein Registraturzimmer erwähnt (*die Registraturcammer oder Archivstuben mit nöthig habenden Gestellen und einem beschlossenen Casten*).

Die wirtschaftliche Situation der Stadt war jedoch so schlecht, daß an einen Wiederaufbau des Rathauses vorläufig noch nicht zu denken war.⁴

Ein letzter Bauüberschlag vom 9. Januar 1716 gibt vermutlich weitgehend den tatsächlich gebauten Zustand wieder.⁵ Die Gliederung des Baus entspricht dem ersten Voranschlag Heims. Die Ausstattung wurde gegenüber dem ersten Kostenvoranschlag allerdings verringert und die Baukosten auf 1843 fl 23 kr (ohne Verblendung) reduziert. Im Erdgeschoß und im 1. Obergeschoß finden sich wieder die beiden Hallen mit *Freysäulen*. Auch die Aufteilung des 2. Obergeschosses (*der dritte Stock*) entspricht noch dem Bauüberschlag von 1699: *Ein große Rath- und ein kleine Nebenstuben, Kuchin, Maleficantenstublen, Kammer, darinn das S. h. Cloacgehäus stehet, ferner ein großer Öhrn mit Freysäulen, auch bey der großen Rathstuben ein Voröhrnlin umb des Gehörs willen eingerichtet werden, dessen Stockhöhin 11 Schuch. Neben dem so-*

weit das Voröhrnlin raicht, in der großen Rath- ein Nebenstublen zur benöthigten Registratur gleichwie hibevor auch gewesen. Die letzte Bemerkung verweist auf den Vorgängerbau des 16. Jahrhunderts. Vermutlich scheint man sich beim Wiederaufbau weitgehend an Aussehen und Grundriß des Vorgängerbaus gehalten zu haben.⁶

Vergleicht man diese Beschreibung mit den heutigen Räumen, zeigt sich, daß sich von den alten Räumen nur die beiden Ratsstuben in ihrer Grundform erhalten haben (nicht in ihrer Ausstattung). Erhalten hat sich auch die Doppeltür vor dem Ratssaal (*Voröhrnlen*). Die Registratur entspricht wohl dem heutigen Hausmeisterzimmer, die Küche dem neben dem kleinen Saal gelegenen Zimmer (einschließlich des später eingebauten Flurs). Die Hallen im Erdgeschoß und im 1. Obergeschoß sind heute verbaut, doch sind im steinernen Erdgeschoß an den Außenmauern noch die großen Bogenöffnungen zur Erdgeschoßhalle erkennbar.⁷

Die Ausstattung der Räume des 2. Obergeschosses, also der Räume für die *Gerichts: Raths: und Amtsversammlung* war im Bauüberschlag vom 8. Januar 1716 recht einfach vorgesehen. Eine Täfelung der Ratsstuben gab es in diesem Planungsstadium aus Kostengründen noch nicht.⁸ Bemerkenswert ist, daß in beiden Überschlügen für die große Ratsstube keine Stützen (*Freysäulen*) vermerkt sind, wie dies für die restlichen Räume des Hauses mit Stützen vermerkt ist. Aus der Rathausbaurechnung 1715/16 ergeben sich weitere Angaben zur anfänglichen Ausstattung. Die große Ratsstube erhielt sieben Kreuzstockfenster von Glaser Johann Wolfgang Arnsberger; der kleine Vorraum (*Voröhrnlen*) wurde von einem Oberlicht über der inneren

⁴ Zu den Problemen des Wiederaufbaus vgl. *Hämmerle und Kreutzmann* 1966 s. Anm. 1.

⁵ StA: Wiederaufbauakten. Auch hierzu fehlt der zugehörige Plansatz.

⁶ Das Aussehen des Vorgängerbaus ist nur aus einer schematischen Skizze von Heinrich Schickhardt bekannt. Diese und das erhaltene gebliebene Erdgeschoß des Vorgängerbaus lassen darauf schließen, daß Charakter und ungefähre Aufteilung des Vorgängerbaus beim Wiederaufbau übernommen wurden. Dahin deutet auch eine Bemerkung in den Baurechnungen mit dem Hinweis auf eine herzogliche Verordnung, nach der die oberen Stockwerke *womöglich wieder möchte also eingerichtet, geführt und verfertigt werden, als derselbe vor dem anno 1693 erlittenen Brand beschaffen und imstande gewesen, nicht weniger von einer Dauer sein und der Stadt eine Zierde geben sollte* (zit. n. *Kreutzmann* 1966, s. Anm. 1). Auch Vergleiche mit ähnlichen Bauten lassen diesen Schluß zu. Angemerkt sei an dieser Stelle die Ähnlichkeit der Grundrisse des Backanger Rathauses mit denen des Rathauses in Vaihingen an der Enz, dessen ursprüngliche Innenraumdisposition in einem Plansatz Schickhardts überliefert ist (HStA: N 220 A 13).

⁷ Auf Photos der Jahrhundertwende sind diese heute als Fenster verglasten Bogenöffnungen noch als Tore zu sehen.

⁸ Maurerarbeit: Die Rath-, Neben- und Malefizstuben zuerspahrung der Schreinerarbeit *gleich andern Orthen zwischen dem Gebäckh zu stuckhen, . . . glatt zu bestechen und zu weißen, doch daß die Ruthe von dem Zimmermann einzumachen*. (StA: Bauüberschlag vom 9. Januar 1716.)

Saaltür belichtet.⁹ Die Beschläge der Türen zu den Ratsstuben erstellte der Schlosser Johannes Schray.¹⁰ Aus Königsbronn erwarb die Stadt zwei eiserne Öfen für die beiden Ratsstuben. Jener für die große Ratsstube wurde an der Südwand des Saals auf einem steinernen Ofenfuß aufgestellt.¹¹ Das Arrestzimmer (*Maleficantenstublen*) erhielt einen irdenen Ofen.¹² Schreiner Sorg erstellte die Einrichtung der Registratur.¹³ In die oberen Geschosse gelangte man über eine *gebrochene Stiegen*,¹⁴ also eine mehrläufige Treppe. Im 2. Obergeschoß war diese von einer *großen gebrochenen Thüren*¹⁵ abgeschlossen, die die Räume der Ratsversammlung von dem Marktleben der unteren Geschosse abtrennte.

1716 war der Neubau des Rathauses vermutlich weitgehend fertiggestellt.¹⁶ In den folgenden Jahren wurde jedoch die aus Kostengründen – die wirtschaftlichen Nachwirkungen von Brand und Plünderung des Jahres 1693 waren immer noch zu spüren – einfach gehaltene Anfangsausstattung des Rathauses nach und nach ergänzt.

Die Bürgermeisterrechnung von 1717/18 vermerkt für die Ausstattung der großen Ratsstube

folgende Posten: *die groß- und kleine Rathstuben wiederum bestechen und anweißen und Hans Jerg Sorg Schreiner und Samuel Fischer Schreinersgesell haben aufm Rathaus die große und kleine Rathstuben mit einem Gesimbstäfer ausgetäfert, die Bänkh darinnen wider ange-macht.*¹⁷

Korrodierte Schraubenköpfe an den Balken wurden mit Messingkappen abgedeckt.¹⁸ An Möbelstücken werden ein eichener Tisch und sechs Stühle vermerkt; zur Ausstattung gehörte auch ein Portrait des Prinzen Eugen von Savoyen.¹⁹ Außerdem wurde die geplante Raumaufteilung des 2. Obergeschosses geändert, da eine Wohnung für den Stubenknecht eingerichtet werden sollte.²⁰ Dazu wurde der Kamin im Arrestzimmer abgetragen und in die Stubenknechtswohnung versetzt.²¹

Weitere Änderungen in den ursprünglichen Planungen erfolgten durch den großen Eingriff in das Konstruktionsgefüge des Gebäudes 1718/19, als der querliegende Unterzug in der großen Ratsstube aus ästhetischen Gründen herausgenommen und der Längsunterzug mit einem Hängewerk im darüber liegenden Dachstuhl verse-

⁹ In die beede Rathstuben (. . .) 11 große Kreuzstockh mit weißen hellen Spiegelscheiben, in das Archivstublen 1 Fenster und in die große Rathstuben ein Hohlicht auch mit weißen Spiegelscheiben (StA: Rathausbaurechnung Georgii 1715/16 (RBRchng) vgl. Bürgermeisterrechnung (BMRchng) 1716/17: Beil. 78: Rechng vom 13. Februar 1717. Für die Sprossenfenster fertigte Schlosser Johannes Schrayh 84 Fensterstänge in die große Rathstube (StA: RBRchng). Die Fenster im Treppenhaus, im Dachgeschoß und im 1. Obergeschoß waren ohne Verglasung und nur mit Fensterläden (Flugläden) verschließbar.

¹⁰ Schlosser Johannes Schrayh fertigte zu den 2 Thüren an der großen Rathstuben 2 gute saubere doppelte Schlösser mit Band und Hackhen . . . desgleichen eine große Fallthüren oben an den Fruchtkasten mit einem Zug. Item des Stubenknechts Stubenthür mit aller Zugehör beschlagen, desgl. auch die Cloacthüren. Außerdem das Rathstubenglöckhle mit einer guten Feder. Schrauffe und Glöbl angefaßt, sodann die Vorthüren vor der großen Rathstuben behörig angeschlagen. (StA: RBRchng.) Hanns Schray Schlosser hatt der kleinen Rathstuben Thür gegen die Kuchin, die Thüren an dem Registraturstübelen mit saubern Beschläg und aller Zugehör beschlagen (StA: BMRchng 1716/17).

¹¹ Noch heute ist im Dachstuhl des Rathauses die Position des inzwischen abgetragenen Schornsteins erkennbar.

¹² Es mag erstaunen, daß das Arrestzimmer beheizt werden können sollte, doch handelte es sich beim Maleficantenstublen nicht um das Gefängnis für Verbrecher, das zeitweise im Keller des Rathauses untergebracht war, sondern um einen Arrestraum für bürgerliche Delinquenten. Im Vorgängerbau war Schickhardt mit dem Einbau einer zweiten Malefikantenstube beauftragt worden. Vgl. Kreuzmann.

¹³ In dem Chabenetlen 2 Registraturcästen und Fach herumb gemacht, und eine Tischlen, dann ein Stieglen mit 3 Treppen (Leiter mit 3 Stufen. Anm. d. Verf.) dahin verfertigt (StA: BMRchng 1716/17: Rechnung des Schreiners Sorg vom 28. Juni 1717). Hans Jerg Sorg Schreiner . . . in dem Archivstublen die Registratur schwartz angestrichen und die Fächer numeriert hatt mit Bleyweiß (StA: BMRchng 1718/19).

¹⁴ StA: Bauüberschlag vom 9. Januar 1716.

¹⁵ StA: BMRchng 1716/17.

¹⁶ . . . mit dem Bauwesen in Anno 1716 fůrgefahren und dasselbe soweit gebracht, daß der Bau im Majo und Junio ejusdem anni ist auffgerichtet worden. (StA: RBRchng.)

¹⁷ StA: BMRchng 1717/18.

¹⁸ Johannes Schray Schlosser und Jerg Ulrich Staiger Gürtler haben in der groß und kleinen Rathstuben 44 eiserne Wandschrauben blau angeloffen mitt mösinen Schillten gemacht. (StA: BMRchng 1717/18.)

¹⁹ Hans Jerg Sorg hatt auf das Rathaus 1 großen aichernen Tisch, aicherne Stühl und 1 Rahmen zu des Printz Eugeny Bildnus gemacht (StA: BMRchng 1717/18).

²⁰ Jung David Keck Zimmermann welcher die hintere Cammer zu 1 Wohnstube vor den Stubenknecht zugericht (StA: BMRchng 1717/18).

²¹ StA: BMRchng 1717/18.

Das Arrestzimmer erhielt erst später wieder einen Ofen (BMRchng 1725/26).

hen wurde.²² Anschließend wurde die große Ratsstube mit einer hölzernen Vertäfelung versehen.²³

1722 wurde am Türsturz über der äußeren Ratsstubentür die Drohung für eventuelle Lauscher *Bey 1 fl Straff soll sich Keyner vor die dühren stellen* aufgemalt.

1725/26 wurde der Zwerchgiebel an der Nordseite des Daches mit einem Getreideaufzug als neuem Zugang zu den als Getreidespeicher genutzten Dachböden angebaut. Vorher war das Dachgeschoß über eine Falltüre, die vermutlich in der Decke über dem Treppenschacht lag, zugänglich gewesen. Der Tanzboden wurde mit neuen Dielen belegt.²⁴

1731/32 wurde das Zuchthaus vom 1693 abgebrannten Kornhaus, das sich an der Ecke Am Rathaus/Uhlandstraße befunden hatte, in das Rathaus verlegt²⁵ – vermutlich wurde dazu wieder die alte Gefängniszelle genutzt, die 1601 in die Keller eingebaut worden war.²⁶ Sicher scheint das Gefängnis nicht gewesen zu sein, denn am 17. August 1733 und am 23. Januar 1734 konnten Gefangene aus dem Gefängnis entfliehen.

1742/43 wurden zwei Sonnenuhren auf *beiden Seiten des Rathauses gegen dem obern Marckht* an den Fassaden angebracht. Zwei weitere Sonnenuhren wurden in Fenster der beiden Ratsstuben eingelassen, im großen Saal nach Osten, im kleinen Saal nach Süden.²⁷

In den 1760er Jahren waren umfangreiche Instandsetzungsarbeiten nötig. So mußte das schadhafte Dach und die Registratur infolge eines schweren Wasserschadens durch eingedrungenes Regenwasser erneuert werden.²⁸ Ein neuer Registraturschrank wurde von Schreiner Schober gefertigt.²⁹ Außerdem wurde der Driller erneuert und die Altane, *von wo aus das je desmalen zu publicirende einer Ehrb. Burger-schafft zue Wissenschaftt gebracht wird*.³⁰

Umbauten im 19. und 20. Jahrhundert

Mit der Änderung der Verwaltungsstrukturen im 19. und 20. Jahrhundert konnte die ursprüngliche Raumdisposition des Rathauses den neuen Bedürfnissen nicht mehr genügen. Verwaltungsräume im eigentlichen Sinne gab es im 18. Jahrhundert im Rathaus nicht. Diesem neuen Bedarf an Räumen wurde im 19. und 20. Jahrhundert mit dem Einbau von Kanzleiräumen in die beiden Hallen in den beiden unteren Geschossen entsprochen. So vermerkt die Oberamtsbeschreibung den Zustand im Jahre 1871: *Das Gebäude enthält im ersten Stock* (gemeint ist das Erdgeschoß. Anmerkung des Verfassers) *die Fruchthalle und das Waghaus, im zweiten das Gerichtsnotariat und die städtischen Kanzleien, im dritten einen großen und einen kleinen Saal*

²² *Nachdem der doppelte Durchzug, welcher in der großen Rathstube in die Länge und Breite von den Zimmerleuthen eingeführt worden, gantz unscheinbar geschihnen hingegen zu einer Zierde der Rathstube vor ansehnliche und besser gehalten worden, daß der eine Durchzug wider heraußgeschnitten hingegen der andere mit einem starckhen Eisernen Gehenckh von Schrauben und Henckheisen wohl versehen werden solle. Das habe mit eines löbl. Gerichts Gutachten und genehmhalten zu Veränderung solchen Durchzugs die Anstalt verfüget, und anfängl. durch die Zimmerleuth Johannes und Adrian Beckhen den einen Durchzug in der großen Rathstube sowohl in der Länge als Breite unter guter Vorsorg herauszuschneiden, den andern aber zu 21 Schrauben durch Bohren und oberhalb desselben mit einem Gebälckh wohl versehen lassen . . .*

Hernach mußte der Schmid Johann Hieronymus Krauter allhier 3 große starkhe Henckheisen an den Durchzug nebst 16 großen starkh Blatnägeln machen, welche im Gewicht 103¼ tb gehalten und solche mit allem Fleiß behörig anschlagen und wohl anmachen, damit man des Gehenckhs vor Unglückh wohl gesichert seyn möge (StA: BMRchng 1718/19).

²³ *Nachdem nicht allein umb mehreren Zieraths sondern auch besserer Comodite willen vor nutzlich angesehen worden, die große Rathstube gleich der kleinern mit einem Getäffere versehen zu lassen, des wurde solche Arbeit durch nachstehende Schreiner verfertigt (. . .) Mattheus Mahlen, Samuel Fischers Sohn, Hans Jerg Sorg* (StA: BMRchng 1719/20).

²⁴ StA: BMRchng 1725/26.

²⁵ StA: BMRchng 1731/32.

Vgl. Schahl, Adolf: Die Carceri von Backnang. – In: An Rems und Murr. 4/1975, S. 32 bis 35.

²⁶ HStA: A 314 Nr. 5.

²⁷ *Johann Albrecht Molt verforttigte auf das Rathaus und zwar in beede Stuben 2 Stuckh von denen neu erfundenen Sonnenuhren aus Glas mit fein und guter Mahlerrey* (StA: BMRchng 1742/43) – *die erstere gegen Morgen und die zweyete gegen Mittag* (StA: BMRchng: Beil. 121: Rchng 5. Mai 1743) – *der Glaser Wilhelm Naumann hat diese Sonnenuhrtafeln in die Fenster eingemacht* (StA: BMRchng 1742/43).

²⁸ StA: BMRchng 1764/65.

²⁹ StA: BMRchng 1765/66.

³⁰ StA: BMRchng 1765/66. Vgl. Schahl: Kunstdenkmäler, s. Anm. 1 S. 256. Diese wird als *mit geschweißten Kuppel Bögen* beschrieben. Die Lage von Altane und Driller am Gebäude ist noch nicht nachgewiesen.

und die Wohnung für den Ratsdiener.³¹ Genauer gibt Hämmerle 1884 die Räume an:

Die benützbaren Räume, dem großen und voluminösen Bauwesen kaum oder schlecht entsprechend, sind folgende:

1. Der geräumige vermietete Ratskeller.
2. Im Parterre das geräumige Kornhaus mit Fruchtwage und der vor zwölf bis vierzehn Jahren außen angebrachten Bodenwage, ein gegenwärtig als Häutemagazin benützter Raum . . .
3. Im ersten Stock die Kanzlei des Stadtvorstandes mit Assistentenzimmer, diejenige des Gerichtsnotars, des Stadtpflegers, des Ratschreibers und Standesbeamten, ein Partienzimmer sowie drei kleine Registraturen, wovon eine als Geometerzimmer benützt wird sowie das geräumige Treppenhaus und viel leerer Platz für Gänge.
4. Im zweiten Stock der große und kleine Ratssaal, Aktendepot nebst der Wohnung des Ratsdieners, bestehend in Wohn- und Schlafzimmer mit Küche sowie das große Treppenhaus mit geräumigem Vorplatz.

5. Unter dem großen Dache befinden sich drei sehr geräumige Böden.³²

1884 wurde der Ratssaal einer gründlichen Erneuerung unterzogen.³³ Leider geben die Stadtpflegerechnungen keine näheren Aufschlüsse über die ausgeführten Arbeiten. Hämmerle vermerkt über das alte Aussehen des Saales: *Die Wände des Ratssaales sind größtentheils mit einer Täfelung aus der Spätrenaissance versehen, wie auch die Decke des kleineren Saales früher eine gestimmte Täfelung trug. Bedauerlich ist, daß letztere entfernt und durch eine Vergipsung ersetzt wurde.*³⁴ Zur Erneuerung schrieb er: *Der große Rathssaal erfreut sich gleichfalls einer Verbesserung, besonders wurde die seiner Zeit von Hans Sorg ausgeführte Wandtäfelung vollends ergänzt. Zu wünschen wäre indes gewesen, daß statt der neu hergerichteten Gipsdecke mit Holzimitation, eine wirkliche Plafondtäfelung, ähnlich wie solche früher der kleine Saal besessen, angebracht worden wäre.*³⁵



Tür zum Backnanger Rathssaal.

Anfang des 20. Jahrhunderts wurden Veränderungen im Innern des Rathauses vorgenommen, um weitere Verwaltungsräume zu gewinnen. So wurden 1904 zwei Arrestzellen in die Fruchtschranne im Erdgeschoß eingebaut. 1906 zog die Registratur vom 1. Obergeschoß ins Erdgeschoß.³⁶

1937/38 folgten weitere Umbauten, darunter der Einbau einer Zentralheizung. Außerdem wurden die beiden Ratsstuben einer grundlegenden Erneuerung nach einem Gesamtentwurf von Professor Rudolf Lempp, der später den Wiederaufbau der Stuttgarter Leonhardskirche leitete, unterzogen. Auf Lempps Anregung wurden auch die bisher dreiteiligen Fenster wieder durch zweiteilige (allerdings mit farbigen Schei-

³¹ Beschreibung des Oberamts Backnang. Herausgegeben vom Königlichen statistisch-topographischen Bureau. Stuttgart 1871. S. 131.

³² Hämmerle, s. Anm. 1 S. 3.

³³ Gemeinderatsprotokoll (GRProt) vom 18. Juli 1884.

³⁴ Hämmerle, s. Anm. 1 S. 3.

³⁵ Hämmerle, s. Anm. 1 S. 3.

³⁶ StA: Urkunde über die im Jahr 1906 vollzogene Renovierung des Rathauses in Backnang.

ben) ersetzt.³⁷ Am 28. Juli 1938 fand die erste Sitzung im neugestalteten Ratssaal statt.³⁸ Probe-weise hatte man ein Führerportrait von Hermann Erlenbusch aufgehängt, das die Stadt jedoch nicht erwarb. Am 11. August beschloß der Gemeinderat, statt dessen ein preiswerteres Führerportrait von Kunstmaler Seufert aus Stuttgart-Degerloch für 720 Mark zu erwerben.³⁹

1957 wurde schließlich im Treppenhaus die gemalte Rekonstruktion einer alten Stadtansicht nach einer Vorlage von Hugo Mayer angebracht.

Zusammenfassung und Würdigung

Die ursprüngliche Nutzung der Räume des Backnanger Rathauses unterschied sich, wie gezeigt werden konnte, von der heutigen erheblich. Mit verschiedenen wichtigen Nutzungen bildete das Rathaus weit mehr denn als bloßer Verwaltungsbau das Zentrum der Stadt. Viele der alten Einrichtungen waren noch bis ins 20. Jahrhundert im Rathaus untergebracht.

Als politisches und juristisches Zentrum diente es dem Rat der Stadt und der Gerichtsbarkeit mit zwei Ratsstuben in der renommierten zweiten Etage für die *Gerichts- und Raths wie auch anderer Gemeinder Burgerschafftversammlungen zu Gerichts- und Rathstagen, jährliche Vogtgerichte und Amtsversammlungen, wie auch dergl.: Statt und Amtsverrichtungen*.⁴⁰ Entscheidungen wurden von der Altane am Rathaus verkündet. Die Bedeutung der Registratur zeigt deren ursprüngliche Lage neben der großen Ratsstube. Im Rathaus befanden sich auch ein Malefikantenzimmer (Arrestzelle) und ein Gefängnis im Unterge-

schoß; den juristischen Gepflogenheiten entsprach auch der Driller am Rathaus; selbst *peinliche Befragungen* (Folter) wurden im Rathaus durchgeführt. Als wirtschaftliches Zentrum stand das Rathaus direkt am Markt und diente mit seinen beiden großen Hallen als Kaufhaus (Markthalle). Dabei waren die Fleischbänke und später der Getreidemarkt im Erdgeschoß; der Verkauf feiner Waren und Stoffe fand im 1. Obergeschoß statt. Wichtige Einrichtungen im Rathaus für das wirtschaftliche Leben waren daneben die Stadtwaage, die Metzsig (Schlachthaus) und das große Kornlager als Ersatz für das 1693 abgebrannte Kornhaus. Auch die Feuerspritze hatte ihren Platz im Rathaus. Mit seinem Tanzboden bildete das Rathaus auch das Zentrum des gesellschaftlichen Lebens. Nicht zuletzt verkündete die Glocke der auf dem Rathautürmchen angebrachten Stadtuhr die Uhrzeit.

Typologisch stand das Rathaus nicht alleine. Der Vergleich mit anderen Städten zeigt, daß die Rathausbauten bis ins 19. Jahrhundert in ihrer Nutzung nur wenig Entsprechungen mit den heutigen städtischen Verwaltungsbauten hatten. So standen die Rathausbauten in der Tradition der mittelalterlichen Kaufhäuser und hatten in kleinen Städten wie Backnang multifunktionale Bedeutung. Besonders die große Erdgeschoßhalle findet sich bei allen Rathausbauten der Umgebung. In verschiedenen Rathäusern (Waiblingen, Strümpfelbach, Weil der Stadt, Esslingen, Schorndorf etc.) ist diese Halle bis heute erhalten geblieben. Bei dreigeschossigen Rathäusern gab es in der ersten Etage eine weitere Halle für feinere Waren (Tuchhalle, Gewandhalle), während die Ratsstuben regelmäßig in der dritten Etage lagen.⁴¹

³⁷ GRProt vom 3. Februar 1938.

³⁸ GRProt vom 28. Juli 1938.

³⁹ GRProt vom 11. August 1938.

⁴⁰ StA: RBRchg 1715/16, S. 12.

⁴¹ Vgl. Anm. 6.

Rezensionen zu Backnang und Umgebung

Überörtliche Literatur

Wolfgang Mayer: Kulturdenkmale und Museen im Rems-Murr-Kreis. Fotos von Ginger Neumann. Stuttgart: Theiss 1989, 187 S., 166 Abbildungen, 1 Kreiskarte im vorderen Vorsatz.

In einer neuen Reihe stellt der landesgeschichtlich engagierte Theiss-Verlag auf jeweils einen Landkreis bezogen Kulturdenkmale und Museen vor. Die als Kunst- und Reiseführer konzipierten, gediegen, aber ansprechend gestalteten Bände sind im Taschenbuchformat gehalten, jedoch fest gebunden und mit Schutzumschlag versehen. Gegliedert ist der besprochene Band über den Rems-Murr-Kreis in drei Abteilungen: einer allgemeinen Einführung folgen getrennt ein Führer zu den kulturhistorischen Sehenswürdigkeiten (alphabetisch nach Orten) und eine Liste der Museen (ebenfalls alphabetisch nach Orten). Ein Namensregister steht im Anhang. Der Literaturhinweis beschränkt sich auf Schahls „Kunstdenkmale im Rems-Murr-Kreis“. Der Band ist reich bebildert mit (erfreulicherweise neuzeitlichen) Fotos, die eigens für diese Publikation aufgenommen wurden. Diese 166 Abbildungen nehmen, da halb- oder ganzseitig, schon alleine räumlich einen Schwerpunkt auf den 256 Seiten des Buches ein, das dadurch fast zu einem kleinen Bildband wird. Gegenüber dieser wahrlich luxuriösen Ausstattung mit (guten und anschaulichen) Bildern bleibt der Umfang des Textes fast etwas zurück. Von den im Klappentext vermerkten „detaillierten Beschreibungen der Kulturdenkmale und Museen“ kann da nicht mehr die Rede sein. So werden die Kulturdenkmale im Führer kaum mehr als mit den wichtigsten Stichworten erwähnt. Sowohl für ein Nachschlagewerk (als solches kann man ja Schahls Kunstinventar konsultieren) als auch für einen Führer sind die Angaben oftmals zu pauschal und ungenau. Was nun sehenswert ist – Hinweise, was einen (Kunst-)Reisenden vor Ort wirklich erwartet –, kann man dem Buch eigentlich nur selten entnehmen. Viel anschaulicher ist dagegen der Führer zu den Museen, in dem neben Adresse, Öffnungszeiten und Telefonnummer auch ein kleiner Überblick über Sammelgebiete und Exponate gegeben wird.

In der allgemeinen Einführung gibt der Autor einen kurzen Überblick über die Geschichte des Kreises und die Herrschaftsverhältnisse. Es sei hier vermerkt, daß zum Gebiet des heutigen Rems-Murr-Kreises in altwürttembergischer Zeit unter anderem auch die Ämter Backnang und Murrhardt gehörten (S. 11). Aber auch an anderer Stelle in der Einführung ist das Kreisgebiet des ehemaligen Landkreises Backnang etwas vernachlässigt worden. So erstaunt es, daß die Besitzungen des Stifts Backnang und des Klosters Murrhardt (die neben dem angeführten Stift Beutelsbach und der Deutschordenskommande Winnenden nicht einmal erwähnt werden!) unbedeutender gewesen sein sollen als Besitzungen auswärtiger Domkapitel, Stifte und Klöster (S. 11). Dies trifft zwar für den ehemaligen Kreis Waiblingen zu, nicht aber für den gesamten Rems-Murr-Kreis. Daß der Autor hier etwas unbedacht alte Publikationen über den Kreis Waiblingen verwandt hat, offenbart sich wenige Zeilen später, wo es heißt: „... während das Stift Backnang seinen Besitz zumeist an der nördlichen und nordwestlichen Kreisgrenze hatte (Schwaikheim).“ Schwaikheim lag zwar an der nordwestlichen Grenze des Kreises Waiblingen, bezogen auf den Rems-Murr-Kreis, läge es im Südwesten des Kreisgebietes.

Da wundert es auch nicht, daß in der ausführlichen Aufzählung von Besitzungen auswärtiger Klöster die katholische Enklave Ebersberg, die zeitweise dem Kloster Schöntal gehörte, nicht erwähnt wird. Im Anschluß an den historischen Teil werden die wichtigsten Entwicklungen der vorzufindenden Haustypen besprochen: Klöster, Kirchen, Burgen und Schlösser, Pfarrhäuser, Keltern, Zehntscheuern und Mühlen. Ausführlich werden die verschiedenen Arten von Fachwerk – gegliedert nach Jahrhunderten – vom 15. bis 20. Jahrhundert und die Hausformen behandelt. Erstaunt hat den Rezensenten, daß auch zwei wichtige Gebäudetypen, Rathäuser und Fabrikbauten, von denen im Kreisgebiet zahlreiche interessante Beispiele zu finden sind, nicht näher eingegangen wurde. Genauso hätten bei der ausführlichen Auflistung von Chorsei-

tenturmkirchen (die „Chorseitenkirche“ auf S. 13 ist wohl nur ein Flüchtigkeitsfehler) die Kirchen in Backnang und Murrhardt mit sogar zwei romanischen Chorseitentürmen eigentlich nicht fehlen dürfen. Außerdem ist die Stiftskirche in Backnang sowohl ein Beispiel für eine Umgestaltung durch Dolmetsch als auch für eine Umgestaltung der Fassade im Sinne des Jugendstils (S. 14). Auch im Kapitel „Burgen und Schlösser“ vermißt man eine Erwähnung etwa der abgegangenen Burg in Backnang mit nicht gerade bescheidenem Bergfried, des herzoglich württembergischen Schlosses in Backnang oder des letzten Schloßbaus des Kreises, der königlichen Villa Katharinenhof von Hofbaumeister von Zahnt (S. 15).

Die im Vorsatz abgebildete Kreiskarte erweist sich leider als keine allzu große Hilfe, da viele der kleineren im Führer vermerkten Orte und Weiler auf der Karte nicht eingezeichnet sind.

Klaus J. Loderer

*

Kennzeichen WN. Heimatkunde für den Rems-Murr-Kreis. Mitherausgeber: Erich Scheibele. Lörrach: Verlag Waldemar Lutz; Stuttgart: Ernst Klett Schulbuchverlag 1990, 224 S., 300 meist farbige Abbildungen, Bild- und Landkarten, Grafiken und Tabellen.

Das vorliegende Heimatkundebuch stellt in zwölf Themenkreisen (Orientierung im Heimatraum – Im Heimatraum zu Hause sein – Arbeit – Freizeit – Die natürlichen Grundlagen – Versorgung und Entsorgung – In der Gemeinschaft leben – Kultur – Mit dem Verkehr leben – Begegnung mit der Geschichte – Heimat bewahren – Städte und Gemeinden) den Rems-Murr-Kreis vor.

Herauszuheben aus dieser umfassenden Zusammenstellung sind zwei besonders gut aufgearbeitete Themenkreise: In „Begegnungen mit der Geschichte“ werden dem Leser die geschichtlichen Entwicklungen und Zusammenhänge von der Steinzeit bis in die jüngste Vergangenheit in verständlicher und lebendiger Weise nähergebracht. Der Abschnitt „Die natürlichen Grundlagen“ vermag auch dem Laien in anschaulicher Art die Geologie und die Entstehung der Landschaft des Rems-Murr-Kreises verstehen zu helfen.

In weiteren interessanten Abhandlungen wird auf Strukturveränderungen in der Landwirtschaft, im Handwerk und in der Industrie einge-

gangen. Auch der Umweltschutz, Ent- und Versorgungsprobleme und die Verkehrsproblematik im Rems-Murr-Kreis werden, neben vielen anderen aktuellen Themenkreisen (zum Beispiel Freizeitmöglichkeiten), aufgegriffen und dokumentiert.

Ob die Große Kreisstadt Backnang, entsprechend ihrer Bedeutung im Rems-Murr-Kreis, ausreichend vorgestellt worden ist, möchte der lokalpatriotische Rezensent an dieser Stelle nicht weiter verfolgen. Die Beschreibung der acht Städte und der 23 Gemeinden am Ende des Buches entschädigt dafür wohl alle, die ihre Heimorte im Textteil vergeblich gesucht haben.

Der hohe, von den Verlagen geäußerte Anspruch, daß „Kennzeichen WN“ zum kundigen Wegweiser und unentbehrlichen Begleiter für jung und alt, ein Haus- und Kreisbuch für die Schule und für jede Familie wird, hängt allerdings auch vom Preis ab (DM 29.80)! Alles in allem: Ein informationsreiches und gut ausgestattetes Buch, das immer wieder zum Durchblättern und Lesen anregt. Hermann Reinhardt

*

Gerhard Nerz: Bei uns im Schwäbischen Wald. Von der Landschaft und den Menschen. Backnang: Fr. Stroh, 1986, 112 S.

Das Büchlein „Bei uns im Schwäbischen Wald“ beeindruckt zunächst durch die vielen stimmungsvollen Aufnahmen, die sowohl die noch unzerstörte romantische Landschaft, als auch Menschen und Bräuche sowie lebenswerte Details unserer Gegend treffend dokumentieren.

Es bietet zugleich ein Zeugnis einer längst untergegangen geglaubten bäuerlichen Kultur, die sich aber offenbar doch an einigen Stellen in einem dem von Technik und Fortschritt geprägten Großraum Stuttgart nahegelegenen Geist in der in Jahrhunderten überlieferten Form unverändert erhalten hat. So werden nicht nur von Modernisierung und Umbau verschonte Kleinbauernhäuser, mustergültig renovierte Mühlen und ansprechend sanierte Dorfensembles gezeigt, sondern auch Berufe und Tätigkeiten, die vom Aussterben bedroht oder zumindest heute zur Seltenheit geworden sind. Hier im Schwäbischen Wald sind alte Traditionen offenbar doch noch vorhanden; lebendiger und originaler als in einem Museumsdorf.

Natürlich erheben die gezeigten Bilder keinen Anspruch auf Vollständigkeit, das Buch ist kein Querschnitt der Struktur des Schwäbischen

Waldes. Es fehlen bewußt Industrieanlagen, eintönige Neubaugebiete oder breite Straßen, die unsere Landschaft gerade in den letzten Jahrzehnten, wenn nicht zerstört, so doch mindestens radikal umgestaltet haben und einige der gezeigten Motive auch heute akut bedrohen. Unterbrochen wird die Bildfolge nur hier und da von feinsinnig und mit viel Gespür ausgewählten Textstellen bekannter Schriftsteller und Literaten. Bildunterschriften fehlen ganz; man findet sie in einem Verzeichnis am Schluß des Buches. Dieser Umstand mag von manchen Lesern als störend empfunden werden, der Autor läßt richtigerweise jedoch nur die Bilder wirken. Die ausdrucksstarken Aufnahmen sprechen allesamt für sich; eine genaue Lokalisation ist daher beim ersten Betrachten zweitrangig.

Das Buch ist, kurz gesagt, eine Liebeserklärung an die so viel zitierte „gute alte Zeit“, deren Relikte man auch in einem ländlich geprägten Raum zwar suchen muß, die aber – Gott sei Dank – in unserer schnelllebigen Zeit doch noch vorhanden sind. Fast alle Bilder strahlen eine Ruhe und Gemütlichkeit aus, die dem streßgeplagten Menschen von heute einfach guttut und ihn entspannen läßt, sie mahnen aber zugleich auch zur inneren Einkehr und zum Nachdenken.

Mathias Klink

*

Karin Föll: Zauber einer Landschaft. Zwischen Rems und Murr. Stuttgart: Flugasche-Verlag 1990, 103 S.

Karin Fölls Fotoband „Zauber einer Landschaft zwischen Rems und Murr“ ist ein bemerkenswertes Buch. Das längliche Format erweist sich als ausgesprochen reizvoll, um zirka 100 Fotos zur Wirkung zu bringen. Auf ungewöhnliche Weise präsentieren sie sich dem Betrachter: Bilder, die vor einem weißen Hintergrund zur Geltung kommen, stehen Aufnahmen gegenüber, die ohne Rand, das ganze Format ausfüllend, ihre atmosphärische Wirkung fast suggestiv übertragen. Auch werden Schwarzweißfotos so mit Farbaufnahmen kombiniert, daß man dies als überraschende und gelungene Ergänzung empfindet.

Mit dem Titel „Zauber einer Landschaft“ ist Karin Fölls fotografisches Anliegen genau bezeichnet. Nicht um topographische Erfassung geht es, nicht um das Aufzeigen regionaler Besonderheiten. Es geht um Lichtwirkungen, um impressionistische Eindrücke, um Stimmungen,

die Tages- und Jahreszeiten, das Ganze einer Landschaft oder das Detail eines Torbogens, eines Türsteins, einer Fachwerkkonstruktion eingefangen. Karin Föll zeigt mit ihrem Band Mut zur Subjektivität, Mut, den Augenblick ihres Erlebens wiederzugeben.

Nur selten bieten sich die Farben rauschhaft dar. Eher dominiert eine Farbwirkung, die verhalten ist, fast ins Monochrome gehen kann und von daher ihre Faszination gewinnt. Die winterliche Kälte, das Verhangene eines Nebelmorgens, die kristalline Strukturen eisüberzogener Bäume, die fast zeichenhaft, symbolisch wirken, Reflexion von Sonneneinfall und Schatten im Walde, verwehende Pracht von Herbstlaub, die an Vergangenes gemahnenden verblichenen Farben bei abbröckelndem Putz und auf morsch gewordenem Holz, die Reife einer sommerlichen Wiese oder eines herbstlichen Getreidefeldes – all dies schlägt den Betrachter in Bann. In einem klugen Vorwort sieht Ernst Hövelborn in diesem künstlerischen Anliegen der Fotografin die Möglichkeit, sich für die Schönheit der Landschaft zwischen Rems und Murr selbst zu öffnen, in ihr idyllische Nischen zu entdecken. Wer in diesem Buch blättert, wird dem zustimmen.

Karin Föll erhielt für ihren gelungenen Fotoband Ende letzten Jahres einen Preis des Rems-Murr-Kreises.

Rolf Königstein

*

Titus Simon und Peter Wieland: Offene Jugendarbeit im Wandel. Entwicklung und Wandel von Jugendzentren am Beispiel einer Region (Rems-Murr-Kreis und Kreis Ludwigsburg). Stuttgart: edition cordeliers/edition cadre 1987, 215 S.

Mit dem Beginn der Aufarbeitung eines relativ jungen Arbeitsfeldes wollen die beiden Autoren – selbst langjährige Jugendarbeiter – eigentlich einen Beitrag zum Verständnis und zur Bewältigung des Strukturwandels innerhalb der Jugendarbeit leisten. Insofern richtet sich das Buch eher an in diesem Arbeitsfeld Engagierte, und darauf wird auch in der Kapitelunterteilung Wert gelegt, die sich nicht nach Vollständigkeit oder Chronologie richtet, sondern das Oberthema der Veröffentlichung von mehreren praxisbezogenen Sichtweisen aus erschließt.

Nebenbei entstand jedoch außerdem ein interessanter Beitrag zur jüngsten Sozialgeschichte.

Im ersten Teil des Buches schildert Titus Simon unter diesem Aspekt die Geschichte der einzelnen Jugendzentrumsbewegungen im Rems-Murr-Kreis und die Entwicklung der gegründeten Einrichtungen. Besonders interessant sind dabei die zwei detaillierten Darstellungen der Jugendzentren in Murrhardt und Fellbach, deren Entstehung und Entwicklung unter anderem mit Hilfe von sonst schwer zugänglichen Quellen von seiten der Jugendzentrumsbewegungen geschildert wird. Peter Wieland legt im zweiten Teil den Schwerpunkt auf das Umfeld der offenen Einrichtungen im Kreis Ludwigsburg (zum Beispiel Anlieger, Vereine, Kommunen). Diesen Ausführungen kann man wieder viele Details über die einzelnen Entwicklungen entnehmen, so daß durch das Lesen des Buches der geschichtlich Interessierte Aspekte erfährt, die er wegen der nie geleugneten Sympathie der Autoren für die offene Jugendarbeit in späteren Ortschroniken innerhalb der beiden Landkreise vergeblich suchen würde.

Andreas Kozlik

*

Titus Simon und Klaus Böhringer (Herausgeber): Beiträge zur Jugend- und Sozialpolitik im Landkreis. Murrhardt, Oppenweiler: Selbstverlag 1989, 204 S.

Während der Großteil der 26 Autoren aus seiner Arbeit in verschiedenen, meist im Rems-Murr-Kreis liegenden Einrichtungen berichtet, wird der Band von einigen eher grundsätzlichen Ausführungen über sozialpolitische Themenstellungen abgerundet.

Die Beiträge erstrecken sich über elf verschiedene Arbeitsfelder, von denen die Altenhilfe neben den Sparten Jugendarbeit/Jugendhilfe und Arbeit/Arbeitslosigkeit den größten Raum einnehmen. Ebenso zur Sprache kommen die Mitarbeiter zur Nichtseßhaftenhilfe, zur Psychiatrie und zur Wohnraumproblematik. Abgerundet wird dieser breitgefächerte Lagebericht der sozialen Arbeit mit Beiträgen zu den Themen Schuldnerberatung, Gesundheitspolitik, Ausländer, Asylrecht und Frauenhaus.

Wenn in den Berichten zumeist konkret von einer lokalen Einrichtung ausgegangen wird, sollen sie nicht nur Lagebeschreibung sein, sondern davon ausgehend sozialpolitische Fragestellungen aufgreifen und damit die Diskussion um aktuelle Problemlagen anregen und hierfür auch konkrete Vorschläge machen.

Vom lokalen Bezug her besonders interessant dürften die Berichte „Zur Wohnungsnot: Zum Beispiel Backnang“, „Das Projekt Arbeitslosen-Initiative Backnang“ und „Ambulante Nichtseßhaftenhilfe: Die Anlauf- und Beratungsstelle Backnang“ sein.

Andreas Kozlik

*

Geschichte und Geschichten aus unserer Heimat Weissacher Tal. Allmersbach, Althütte, Auenwald, Weissach im Tal. Herausgegeben von Roland Schlichenmaier unter Mitarbeit von Regine Kuntz, Erich Bauer, Werner Pabst und Theodor Ebinger mit Unterstützung des Heimatvereins Weissacher Tal. Auenwald: Schlichenmaier Band 1, 1986, 96 S.; Band 2, 1987, 123 S.; Band 3, 1988, 128 S.; Band 4, 1989, 123 S.

Das Redaktionsteam dieser Schriftenreihe hat es sich zur Aufgabe gemacht, den Einwohnern des Weissacher Tals und seiner Umgebung ihre Geschichte näherzubringen. So finden sich in den bislang erschienenen vier Bänden viele Artikel über die örtlichen historischen Überreste (Burgen, Kirchen, Rathäuser, Schulen, Gaststätten, Brunnen, Werk- und Arbeitsstätten). Daneben nehmen auch Berichte über die Menschen früherer Zeiten und ihr Leben einen breiten Raum ein. Neben gründlicher Heimatforschung haben jedoch auch besinnliche Gedichte und ansprechende Erzählungen ihren festen Platz in den einzelnen Bänden. Die Schriftenreihe möchte auf diese Weise ein möglichst breites Publikum ansprechen und den alten und neuen Bewohnern der einzelnen Gemeinden im Weissacher Tal die Identifikation mit ihrer Heimat erleichtern. Das große Interesse, auf das sie bislang in ihrem Einzugsgebiet gestoßen ist, läßt hoffen, daß sie auch zukünftig in dieser Form und Qualität weitergeführt wird.

Band 1: In der ersten Ausgabe der Reihe befindet sich ein Bericht über das Weissacher Heimatmuseum. Man erfährt darin Genaueres über seine Gründung und seine Öffnungszeiten. Die Ausstellungsräume wurden fotografiert und mit ausführlichen Kommentaren versehen.

Es folgt ein sehr aufschlußreicher Aufsatz über die Geschichte des Ebersbergs. In ihm gelangt der Autor durch die kritische Analyse aller schriftlichen und baulichen Quellen zu neuen Erkenntnissen über die Entstehung der Burg und die Herrschaftsverhältnisse in ihrem umliegenden Territorium. Damit fällt wieder etwas mehr Licht auf die Frühzeit der Backnanger Geschichte.

te. Weiter finden sich im Buch zwei Beiträge über die Althütter Brunnen, und zwar in Form der Erzählung eines Lausbubenstreichs und der genauen Beschreibung aller, vor der Fertigstellung der Wasserleitung 1938 bestehenden und benutzten Brunnen auf der Gemeindegemarkung. Ein technikgeschichtlich sehr aufschlußreicher Aufsatz!

Die Biographie des Weissachers Karl Schreiber (1894 bis 1972) gibt interessante sozialgeschichtliche Aufschlüsse über ein Arbeiterleben im Württemberg des frühen 20. Jahrhunderts, und schließlich erfährt man mehr über die Baugeschichte des „Sorgenkindes“ der Allmersbacher Gemeinde, den Kirchturm. Zwei im selben Ort entstandene Gedichte runden den Band an seinem Beginn und Ende ab.

Band 2: Der erste Artikel rekonstruiert anhand der örtlichen archäologischen Funde die Siedlungen und das Leben der Menschen in der Steinzeit. Ausführlich beschreibt er die Entwicklung und den kulturellen Stand der verschiedenen Menschenrassen im Wechsel der Warm- und Kaltperioden während der Eiszeit. Die Machenschaften des Allmersbacher Schultheißen Peter Kurz im 18. Jahrhundert werfen Licht auf die Bedeutung und die Funktion eines württembergischen Dorfoberhauptes. Zusätzlich wird anhand des Werdegangs der Oberweissacher Schule seit 1772 ein weiterer wichtiger Aspekt des dörflichen Lebens beschrieben. Durch genaues Studium der Oberschulratsprotokolle bis ins 20. Jahrhundert hinein gelangt der Autor zu sehr aufschlußreichen Einsichten in die damaligen Verhältnisse und die Mentalität der Menschen. Die Erinnerungen an das bäuerliche Leben mit den Tieren im alten Haus des Heimatmuseums rundet dieses Bild ab. Neben zwei amüsanten Beiträgen steht eine Reportage über das ernste Schicksal der Flüchtlinge des Zweiten Weltkrieges, die im Weissacher Tal heimisch wurden. Die Verfasserinnen erhielten dafür einen ersten Preis im zeitgeschichtlichen Wettbewerb des Landes Baden-Württemberg. Dann folgt ein Artikel über das Heutensbacher Glöckchen und der erste Teil der Biographie von der Althütter Schriftstellerin und Politikerin Anna Haag (geboren 1888), dem die Erinnerungen ihrer jüngsten Schwester beigelegt sind.

Band 3: Die oben genannte Biographie der Anna Haag wird weitergeführt, ebenso wie der Bericht über die Oberweissacher Volksschule. Volkstümliches bieten vier Beiträge über die gu-

te alte Zeit, eine Reise mit der Postkutsche, Anekdoten über die früheren Dorfhonoratioren und über den Hund Flocki. Neben einem kurzen Auszug aus den Allmersbacher Ruggerichtsprotokollen, der über alte Fluch- und Schimpfgebräuche berichtet, sind noch zwei Artikel wegen der ihnen zugrunde liegenden sachkundigen Forschungsarbeit zu erwähnen. Der erste behandelt die Frühgeschichte der drei Orte Unter-, Mittel- und Oberbrüden bis ins Hochmittelalter, in dem noch über die frühen urkundlichen Erwähnungen hinaus versucht wird, die Siedlungsgeschichte und das mittelalterliche Leben zu beschreiben. Der zweite Aufsatz hat zum Thema die Auswanderung der pietistischen Gemeinde 1817 aus dem Weissacher Tal, in dem wertvolle Auskünfte sowohl über die materiellen als auch über die geistigen Lebensbedingungen dieser Menschen zu finden sind. Dem Artikel ist eine ausführliche Liste aller damals Betroffenen und ihrer persönlichen Daten beigelegt.

Band 4: Auch dieser Band wird wieder umrahmt von zwei Gedichten, und auch die Erinnerungen aus dem Weissacher Dorfleben fehlen nicht. Diesmal ist das Thema die Sonntagsschule für die Kinder der methodistischen Gemeinde im Ort. Die Geschichte der pietistischen Auswanderung wird weitergeführt bis zur Verschleppung der Kolonisten in den russischen Osten während des Zweiten Weltkrieges. Zwei Beiträge behandeln wirtschaftsgeschichtliche Themen, und zwar das Althütter Holzhandwerk und das damit verbundene Hausiererwesen und die Geschichte der ehemaligen Weissacher Ziegelhütte, heute Tonwarenfabrik. Viele technische Einzelheiten werden genannt, die ein Bild geben von der Arbeitsweise und den Absatzmärkten in früheren Zeiten. Das 18. Jahrhundert kommt zu Wort in Form eines Aufsatzes über den Allmersbacher Rathausbau und Auszügen aus dem Unterweissacher Eidbüchlein. Der letztgenannte Aufsatz bietet einen ausgezeichneten Überblick über die vielen bürgerlichen Ämter der Zeit (Schultheiß . . . , Fleischbeschauer . . . , Hebamme). Sabine Reustle

*

Heinrich Schickhardt – Impressionen – Itinéraires. Auf den Spuren des Renaissance-Bau-meisters. Sur les traces de l'architecte de la Renaissance. O. O. [Freudenstadt]: MCS-Werbe-agentur o. J. 1990, 24 S.

Die Freudenstadter MCS-Werbeagentur legt einen zweisprachigen Schickhardt-Prospekt vor.

Alle Orte, in denen der württembergische Architekt (1558 bis 1635) Bauwerke hinterlassen hat, sind mit kurzen Skizzen über sein jeweiliges Wirken vertreten: Die ehemals württembergischen Besitzungen Horburg-Weier und Reichenweier im Elsaß, die früher württembergische Grafschaft Montbeliard in Burgund und die deutschen Orte und Städte Backnang, Bad Boll, Esslingen, Freudenstadt, Göppingen, Herrenberg, Köngen, Leonberg, Metzingen, Nürtingen, Tübingen, Stuttgart und Vaihingen/Enz. Eine kurze Einführung zu Schickhardts Person und Werk und eine Landkarte des Herzogtums Württemberg um 1600 ergänzt den mit vielen Farbphotos und Reproduktionen von Schickhardt-Skizzen illustrierten Prospekt. Das Vorhaben, einen solchen heutzutage die staatlichen Grenzen überschreitenden Prospekt über Schickhardt herauszugeben, ist ausgesprochen lobenswert. Die Ausführung des Prospekts kann indessen mit den hohen Absichten nicht Schritt halten. Sicher wird man in einem Prospekt, der für die Masse der interessierten Laien hergestellt wurde, keine wissenschaftlichen Spitzenleistungen erwarten können. Trotzdem sind viele Mängel einfach unentschuldigbar.

Da wird beispielsweise bei Montbeliard „würtembergisch“ und „alemannisch“ verwechselt; da macht ein historisch dilettierender Übersetzer aus dem französischen „pays germaniques“ im deutschen Text „germanische Länder“, obwohl eindeutig Deutschland gemeint ist; da werden Reichenweier und Horburg-Weier dauernd – auch im deutschen Text – mit französischen Namen Horbourg-Wihr und Riquewihr bezeichnet, während man umgekehrt im französischen Text sauber das deutsche Wort Württemberg in Wurtemberg überträgt (warum diese Inkonsequenz?); da erläutert eine Bildunterschrift zu Horburg den dargestellten Sachverhalt genau verkehrt herum; da verdecken seltsame, wohl aus Gründen der graphischen Gestaltung gesetzte lila Balken auf etlichen Bildern wichtige Details; da ist die erwähnte Landkarte gelinde gesagt schlampig gestaltet – und so weiter, und so weiter. Warum die Fehlerhäufung? Offenbar schickte jede der beteiligten Gemeinden einen Text ein, und so waren neben durchaus seriösen Texten (zum Beispiel Backnang, Herrenberg) auch einige völlig indiskutable. Bei der herausgebenden Werbeagentur war anscheinend niemand vorhanden, der die Texte inhaltlich zu prüfen vermochte. Ein Überset-

zungsbüro, das mit historischen Fachtexten keine Ahnung hatte, tat ein übriges. Daß das Werbebüro dann auch noch – obwohl vor Drucklegung auf die Fehler aufmerksam gemacht – trotzdem kaum einen der Fehler beseitigt hat, ergibt ein betrübliches Gesamtbild.

Hans-Dieter Bienert

Literatur zu einzelnen Orten

Allmersbach im Tal

700 Jahre Allmersbach im Tal. Jubiläumsschrift der Gemeinde. Redaktion Rüdiger Kieninger, Erich Bauer, Gisela Hartmann. Herausgegeben von der Gemeinde Allmersbach im Tal. Weisach im Tal: Schlichenmaier 1991, 190 S.

Unter Bezugnahme auf eine urkundliche Erstnennung aus dem Jahr 1291 feiert die Gemeinde Allmersbach im Tal 1991 ihr 700jähriges Jubiläum. Die Gemeinde hat in leicht flachrechteckigem Format eine stattliche Festschrift herausgegeben, die den Ort in seiner Geschichte und Gegenwart darstellt. Die insgesamt 14 Einzelbeiträge verteilen sich relativ ausgewogen auf die mittelalterliche und -neuzeitliche Geschichte und auf die Gegenwart, ohne indessen eine durchgehende Gesamtgeschichte des Ortes zu sein; man vermißt beispielweise die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts einschließlich des Dritten Reiches. Bei den Aufsätzen zur Gegenwart stellen sich unter anderen die Kirchen und Vereine vor, ferner ist ein 30 Seiten umfassender Bildteil vorhanden. Besonderes Interesse beansprucht eine Reihe kurzer Aufsätze von Erich Bauer über den Anlaß des Jubiläums – die Urkunde von 1291 – und über die spätmittelalterlichen und frühmittelalterlichen Verhältnisse in Allmersbach. Wie Bauer zeigt, kam Allmersbach durch eine Schenkung der Richenza von Neuffen, geborene von Löwenstein, 1291 an das Dominikanerinnenkloster Weiler. Besonders aufschlußreich ist das komplizierte genealogische Umfeld der Richenza, aus dem die gesamten politischen Verhältnisse der damaligen Zeit verständlich werden. Leider sind – offenbar beim Setzen – einige kleinere Verwechslungen und Druckfehler vorgekommen. Ausführungen Bauers zu den Allmersbacher Flurnamen und den alten örtlichen Familien stellen einen gelungenen Bezug

zwischen Historie und Gegenwart her. In seinem Aufsatz „Unter der Herrschaft der Klosterfrauen von Weiler“ stellt Bauer die grundherrschaftlichen Verhältnisse im Spätmittelalter dar. Dabei stützt er sich neben den soliden Untersuchungen von Walcher und Uhrle v. a. auf die Dissertation Geyers aus dem Jahr 1978 – eine leider ausgesprochen unzuverlässige Arbeit. Ob die von Bauer aus Geyer zitierten Aussagen über Allmersbach zutreffen, müßte aus den Originalquellen erst einmal ermittelt werden. Dieser Vorwurf kann sich selbstverständlich nicht gegen Bauer wenden, denn bei einer Doktorarbeit wie der Geyers sollte man Seriosität erwarten. Trotz dieser Einwände im Detail ist das Allmersbach-Buch insgesamt eine rundum gelungene Sache. Man kann den Allmersbachern zu ihrem Jubiläumswerk nur gratulieren.

Gerhard Fritz

Backnang

Michael B. W. Geyer: Sozial- und Besitzverhältnisse unter geistlicher und weltlicher Grundherrschaft, dargestellt an Besitzungen des Stifts Backnang und an drei Strohgäudörfern unter württembergischer Grundherrschaft im Zeitraum von 1350 bis 1545. Diss. Stuttgart 1978, 320 S.

Rezensionen sollen kurz sein, und ein Buchtitel soll nur einmal besprochen werden. Im Falle von Michael Geyers Dissertation verstoßen wir aus Gründen, die im folgenden rasch klarwerden, gegen diese Regeln, denn einerseits wird die folgende Besprechung etwas umfangreicher als üblich und zum zweiten wurde Geyers Arbeit bereits 1984 von Gerd Wunder in der Vorgängerreihe des Backnanger Jahrbuchs besprochen, der Schriftenreihe des Heimat- und Kunstvereins Backnang.

Agrar- und sozialgeschichtliche Arbeiten zum Spätmittelalter und zur Reformationszeit sind im südwestdeutschen Raum, allen Modeströmungen zum Trotz, immer noch relativ selten. Die Untersuchung von Geyer wurde deshalb allgemein mit Interesse aufgenommen (vergleiche zum Beispiel die obengenannte Besprechung Wunders). Geyer habe dargestellt, daß die Zahl der Lohnabhängigen im Spätmittelalter im Strohgäu beständig, wenn auch langsam steige, in der Backnanger Gegend dagegen nach 1500 abrupt zunehme. So gewinne man neue Erklärungsmodelle für die sozialen Unruhen des Spätmittelalters und vor allem für den Bauernkrieg.

delle für die sozialen Unruhen des Spätmittelalters und vor allem für den Bauernkrieg.

Im Rahmen einer Untersuchung über den Backnanger Raum griff der Verfasser dieser Zeilen auf Geyers Arbeit zurück, schien sie doch einen dankenswert günstigen Einstieg in die Sozial-, Personal- und Besitzverhältnisse dieser Gegend zu liefern. Die ursprünglich ganz anders geplante Themenstellung lief aber bald auf eine Überprüfung der Forschungsergebnisse Geyers im allgemeinen hinaus. Nachdem neuerdings in der Festschrift zum 700jährigen Jubiläum Allmersbachs (vergleiche die Besprechung in diesem Buch) ausgiebig Gebrauch von Geyers Arbeit gemacht wurde, besteht Anlaß, den folgenden Text, der bereits seit Jahren in der Schublade lag, endlich der Öffentlichkeit zu übergeben.

Welche Beobachtungen konnten in Geyers Werk gemacht werden? Kernstück seiner Arbeit ist eine Vielzahl von Modellrechnungen „um festzustellen, wo die Existenzschwelle eines Hofes verläuft“ (S. 46). Wir greifen einige dieser Modellrechnungen heraus. Geyers Modellrechnung Nummer 1 versucht am Beispiel des Haintz Klemmer zu belegen, wieviel diesem Bauern, der 1350 in württembergischen Urbaren auftaucht, zum Leben blieb. Geyer geht von einer Besitzgrundlage Klemmers von 27 Morgen Ackerland in Hemmingen aus, wie dies in den von Karl Otto Müller publizierten Altwürttembergischen Urbaren aus der Zeit Eberhards des Greiners (1344 bis 1392) genannt ist. Es gelingt Geyer, einen Überschuß Klemmers zu errechnen: „Hätte er . . . das restliche (= nach Abzug aller Grundabgaben, Zehnten usw.) verbleibende Getreide verkauft, so wäre sein Erlös 4 Pfd. 18 ß 7 h gewesen.“ Das klingt plausibel, die Vermögensverhältnisse des Haintz Klemmer scheinen schlüssig durchgerechnet. Eine genauere Überprüfung zeigt indessen, daß Klemmer keineswegs nur in Hemmingen Besitz hatte. Er war zusätzlich noch in Eltingen bei Leonberg begütert, also nicht weit von Hemmingen entfernt. Dort besaß er einen Weingarten, zweimal $\frac{1}{4}$ Hube, weiter 2 Morgen Land, einen Acker und einen Baumgarten, Klemmers Besitz- und Einkommensverhältnisse aus diesen Gütern werden von Geyer nicht erwähnt. Es ist klar, daß sich Klemmers Situation unter Einbeziehung seiner Eltinger Besitzungen viel besser gestaltet als die Berechnung Geyers, die in Wahrheit nur eine Teilberechnung ist, glauben macht. Auf eine unserer Ansicht nach viel zu spekulative Rekon-

struktion von Klemmers Lebensverhältnissen sei hier indessen verzichtet.

Die falsche Vermögensberechnung Geyers für Klemmer ist kein Einzelfall. Bei der Crusin (Beispielrechnung 4), die 1350 in Münchingen nachzuweisen ist, geht Geyer von 180 Morgen Ackerbesitz aus. Die Crusin besitzt aber zusätzlich noch Wiesen auf dem Bruwel, die Geyer nicht mit in Rechnung stellt. Offenkundig handelt es sich bei der Crusin um einen nicht vollständigen Haushalt, sondern vermutlich um einen Witwenhaushalt. Geyer nimmt aber auch hier – so wie er es immer tut – als Grundlage seiner Berechnungen einen 6-Personen-Haushalt an. Tatsächlich wird der Haushalt der Crusin aber deutlich weniger Köpfe gezählt haben. Die zu hohe Kopffzahl kombiniert mit der Ignorierung des Wiesenbesitzes der Crusin macht das Gesamtergebnis Geyers unhaltbar.

Ein weiteres auffälliges Beispiel ist die Rechnung 5 (Contz Trötsche, Hirschlanden 1350). Geyer geht von einem Besitz Trötsches von 9 Morgen Acker aus. Daß Trötsche noch Besitzer von weiteren 46 (!) Morgen Acker, einer Hofreite und einem Garten war, entgeht Geyer völlig, obwohl all dies auf derselben Seite genannt wird wie die von Geyer berechneten 9 Morgen. Mit hin hat Geyer hier nicht einmal ein Fünftel von Trötsches tatsächlichem Besitz zugrunde gelegt. Die Aussage, daß „die Existenz (von Trötsches Familie) ohne (zusätzliche) Lohnarbeit nicht sichergestellt“ gewesen sei, ist deshalb nicht zu halten.

Bei der Berechnung der Vermögensverhältnisse der Sültzingin (Hirschlanden 1381) ergeben sich zusätzlich zur für einen Witwenhaushalt auch hier wieder zu hoch angesetzten Kopffzahl ganz andere Schwierigkeiten. Der Eintrag in der Quelle lautet: *Item die Sültzingin git von der hailigen gutlin 1 malter roggen, 6 sümry habern, 3 schill. h.* Wie groß der hailigen gutlin ist, wird in der Quelle nirgends angegeben. Wie Geyer auf eine Größe des Gütlin von 9 Morgen Acker kommt, ist nicht nachvollziehbar. Aber die Berechnung auf dieser bereits in den Quellen durch nichts gedeckten Grundlage bringt noch weitere Mängel in Geyers Vorgehen zutage. Wir geben die gesamte Berechnung wieder, um diese Mängel zu zeigen:

Beispielrechnung 9 die Sültzingin. Hirschlanden 1381, Gütlin 9 Morgen Acker, 3 Morgen Brache, 3 Morgen Hafer = 14,4 Scheffel, 3 Morgen Dinkel = 25,2 Scheffel. Aufschlüsselung:

<i>Hafer</i>		
<i>Gesamtertrag:</i>	14,4	<i>Scheffel</i>
– <i>Zehnt:</i>	1,5	<i>Scheffel</i>
– <i>Saatgetreide:</i>	3,0	<i>Scheffel</i>
– <i>grd. herrl. Abgabe:</i>	0,7	<i>Scheffel</i>
<hr/>		
<i>Vorläufiger Rest:</i>	9,2	<i>Scheffel</i>
<i>Dinkel</i>		
<i>Gesamtertrag:</i>	25,2	<i>Scheffel</i>
– <i>Zehnt:</i>	2,5	<i>Scheffel</i>
– <i>Saatgetreide:</i>	5,0	<i>Scheffel</i>
– <i>grd. herrl. Abgabe:</i>	1,0	<i>Scheffel</i>
– <i>Eigenbedarf</i>	23,85	<i>Scheffel</i>
<hr/>		
<i>Fehlmenge:</i>	7,15	<i>Scheffel</i>

Eine Betrachtung der Dinkelberechnung erweist alle vorhandenen Probleme. Geyer geht beim Dinkel von einem Gesamtertrag von 25,2 Scheffel aus. Das sind, da er den Scheffel = 124,1 l setzt (vergleiche Geyer S. 24; dort läßt sich diese Scheffelgröße errechnen), 124,1 l × 25,2 = 3127,32 l. Davon zieht Geyer den Zehnt und das Saatgetreide ab (2,5 Scheffel beziehungsweise 312,73 l + 5 Scheffel beziehungsweise 625,46 l). Soweit ist rechnerisch alles korrekt. Bei der grundherrlichen Abgabe zieht Geyer ein weiteres Scheffel ab, so wie dies ja auch in der Quelle steht (allerdings heißt es dort nicht „Dinkel“, sondern „Roggen“; Geyer setzt aber, was methodisch hinnehmbar ist, der Einfachheit halber immer Roggen gleich Dinkel). Die Tücke liegt auf einem andern Feld: Mit dem Malter beziehungsweise Scheffel der Quelle ist eindeutig ein Malter Leonberger Meß gemeint, und das umfaßt nicht 124,1, sondern 129,46 l. Durch die Tatsache, daß Geyer immer von einer einheitlichen Scheffel-beziehungsweise Maltergröße ausgeht, ergeben sich zahlreiche folgenschwere Fehler. Diese reichen von einer relativ geringen Ungenauigkeit im Falle der Sültzingin bis zu Fehlern erheblicher Größe. Bei Geyers Berechnungen zur Ertragslage der Güter rund um Backnang wird das besonders deutlich. Hier verwendet Geyer ebenfalls das Scheffel von 124,1 l, ohne zu berücksichtigen, daß ein Backnanger Scheffel 172,9 l betrug.

Schließlich ergeben sich Probleme bei Geyers Berechnungen überall dort, wo er nicht auf edierte Quellen wie bei denen aus dem Strohgäu zurückgreifen kann, sondern wo er handschriftliche Quellen auswerten muß. Aus einem Backnanger Lagerbuch von 1393 folgert Geyer,

daß ein in Reichenbach ansässiger Mann namens Botbur „5 Morgen Acker, 1 Stücklin Holz und 4 Tagwerk Wiesen“ besessen habe. Der tatsächliche Eintrag lautet: *Item Botbur git VIII ß gelcze, die git Volkenant halbe und er halb und I vasnachts hun.* Der Sachverhalt ist so unglaublich, daß wir ihn noch einmal ausdrücklich wiederholen müssen: In der Quelle steht kein Wort von Acker, Holz oder Wiesen und erst recht kein Wort von der Größe des Besitzes (das Lagerbuch von 1393 enthält solche Angaben grundsätzlich nicht). Es bleibt rätselhaft, wie Geyer auf seine Besitzangaben kommt. Damit nicht genug: Vollends abwegig werden Geyers Ausführungen, wenn er in seiner Rechnung für den Botbur erschließt, daß dieser unter Einbeziehung seiner Wiesen wirtschaftlich existenzfähig war. Auch die Tatsache, daß der Botbur nur die Hälfte der genannten 8 ß zahlen mußte und sich mit Volkenant in Abgaben und Güterbesitz je zur Hälfte teilte, erkennt Geyer nicht.

Man kann das fortsetzen: Aus einem Bantz 1393, dessen Eintrag aussagt, daß sein *gut git alle iar X ß hll und I vaßnachtshun* macht Geyer einen Besitz mit 7 Morgen Acker, 8 Tagwerk Wiesen und 2 Morgen Wald und folgert aufgrund dieser nicht belegbaren Daten: „Im Normaljahr war dieser Hofinhaber nicht auf Zuerwerb angewiesen.“

Aus einer Sichelging 1393 wird eine „Gichelging“. Nicht erkannt wird zudem, daß die Sichelging gar nicht mehr Steuer entrichtet, sondern an ihrer Stelle ein Cunczeli Huser, der 8 ß und ein Fasnachtshuhn zu zahlen hatte. Bei Geyer verwandelt sich das in der schon bekannten Weise in „10 Morgen Acker, 3 Tagwerk Wiesen“ und die „Gichelging“ „erwirtschaftete . . . einen geringeren Überschuß als der Bautzen“ (statt Bantzen).

Im Backnanger Ortsteil Steinbach sieht Geyer 1393 einen „Wernerli“ am Werk, der „24 Morgen Acker, 12½ Tagwerk Wiesen und 8 Morgen Wald“ besitzen soll. Einen „Wernerli“ gibt es dort nicht, wohl aber einen Mann, der als *dictus Vetterli* bezeichnet wird, der 3 Pfund Heller von seinem Lehen und 1 Fasnachtshuhn zinst.

Von den etwa 20 Beispielen Geyers, die nachgerechnet wurden, sind fast alle nicht korrekt berechnet. Da wurden Handschriften falsch entziffert, bereits publizierte Quellen einfach nur teilweise oder ungenau gelesen, und es wurden den Quellen Aussagen unterschoben, die in den Quellen gar nicht drinstehen.

Insofern sind weite Passagen von Geyers Arbeit wissenschaftlich nicht haltbar. Natürlich bleibt Geyers Grundansatz überlegenswert. Man sollte wirklich einmal versuchen, aus Lagerbüchern und Urbaren die Existenzgrundlagen bäuerlicher Haushalte zu berechnen. Der Gedanke, daß neben dem Ackerbesitz auch der Wald- und Wiesenbesitz von Bedeutung waren, ist durchaus schlüssig. Geyers Arbeit kann dies aber aufgrund der beschriebenen Mängel auch nicht ansatzweise leisten, so wie dies die ältere Arbeit von Sabeau zu oberschwäbischen Gütern tat. Damit nicht genug: Man muß noch an andern Teilen von Geyers Arbeit Zweifel anmelden. Wenn Geyer folgert, daß reiche Bauern sich Notzucht oder gar Totschlag hätten leisten können, weil sie die fälligen Strafgerichte zahlen können, dann ist dies eine recht großzügige Auslegung des spätmittelalterlichen Rechtssystems. Zu einem Loskauf beziehungsweise einer gütlichen Einigung gehörte grundsätzlich das Einverständnis der geschädigten Familie - und das war keineswegs immer käuflich.

Wohin man auch schaut: Man wird Geyers Arbeit nicht mit gutem Gewissen als Grundlage weiterer Forschungen empfehlen können. Im Grunde ist in jedem Einzelfall eine peinlich genaue Überprüfung erforderlich. Gerhard Fritz

*

Helmut Bomm: Backnang 1987. Bildbericht über das Jubiläumsjahr. Backnang: Stadt Backnang und Verlag Fr. Stroh, 1988, 192 S.

Historisch mehr oder weniger gerechtfertigte Stadtjubiläen hat es in den letzten Jahren eine ganze Menge gegeben. Ein Jahr nach den Feierlichkeiten zum 750jährigen Bestehen der Stadt Backnang hat diese in Zusammenarbeit mit dem Backnanger Verlag Fr. Stroh 1988 ein reich bebildertes Buch herausgegeben, das die Aktivitäten des Jubiläumsjahres dokumentieren soll.

In Form eines reich bebilderten Kaleidoskops wird die ganze Breite verschiedener Veranstaltungen deutlich. Den einleitenden Worten des Oberbürgermeisters folgen kurze Abschnitte zur Historie der Stadt und Planung des Jubiläums sowie der aus diesem Anlaß herausgegebenen Publikationen. In bunter Vielfalt folgen dann Berichte über heimatkundliche Veranstaltungen, ein Bildhauersymposium, Ausstellungen, Aktivitäten der Schulen und Kirchen sowie des Handels, Handwerks und der Industrie. Sehr engagiert haben sich aber auch die zahlreichen Back-

nanger Vereine, die besonders beim großen Jubiläumsfestumzug „Backnang – einst und heute“ mit eigenen Ideen glänzten. Übertrieben erscheint mir aber, daß dieser Festzug mit einer Bilderfolge über 47 Seiten in der Publikation vertreten ist.

Im großen und ganzen ist der vorliegende Band gewiß eine schöne bildhafte Erinnerung an das Jubiläum. Hans-Dieter Bienert

*

Gerhard Fritz, Hans-Eckhard Giebel, Rolf Königstein, Heinz-Werner Schwegler und andere: 450 Jahre Lateinschule Backnang. Jubiläumsschrift des Max-Born-Gymnasiums Backnang. Backnang: Fr. Stroh, 1989, 192 S.

Anfang Oktober 1989 feierte das Backnanger Max-Born-Gymnasium das 450jährige Bestehen einer Lateinschule in der Stadt. Neben dem umfangreichen Festprogramm bildete die Herausgabe eines Jubiläumsbandes einen der Höhepunkte dieser Feier. Es handelt sich um ein fast 200 Seiten umfassendes, mit zahlreichem Bildmaterial versehenes Werk, das Beiträge unterschiedlichster Art beinhaltet. Die Autoren sind Mitglieder des Lehrerkollegiums.

An vorderster Stelle stehen hier zwei Aufsätze über die Entstehung und Geschichte der Backnanger Lateinschule. Die Verfasser haben durch intensive Quellenarbeit eine hervorragende, wissenschaftlich fundierte Dokumentation erstellt. Es kommt in ihr auf anschauliche Weise zum Ausdruck, wie bedeutende, weltweite Ereignisse und Strömungen, so zum Beispiel die Reformation oder die zwei Weltkriege, sich auf den engen Rahmen eines kleinen Landstädtchens ausgewirkt haben.

Was folgt, ist ein buntes Nebeneinander von teils informativen, teils beschaulichen und/oder amüsanten Beiträgen über alles, was mit dem Backnanger Gymnasium zu tun hat. Der Reigen beginnt mit der Vorstellung der verschiedenen Schulleiter dieses Jahrhunderts, fährt fort mit einem sprachlich brillanten Artikel über die ersten Lehrjahre eines altgedienten Lehrers und führt weiter mit unterschiedlichsten Beiträgen über Fächer, Arbeitsgemeinschaften, Kollegen und Schüler bis hin zur Beschreibung besonders gelungener festlicher Veranstaltungen und baulicher Maßnahmen. Den Band beschließen die Gruppenfotos aller Klassen und Kurse des Jubiläumsjahres.

Sowohl für Leser, die sich informieren wollen, als auch für solche, die gerne schmökern, ist diese aufwendig gestaltete und inhaltlich gelungene Jubiläumsschrift zur Anschaffung zu empfehlen. Sabine Reustle

*

Christian Ludwig Brücker und Klaus Loderer: Backnanger Stadtchronik. Herausgegeben von der Stadt Backnang, Stadtarchiv. Backnang: Michel 1988, 260 S.

Die beiden Autoren – Brücker Stadtarchivar in Backnang bis 1990, Loderer Architekturstudent – legten im Dezember 1988 die hier anzusehende Backnanger Stadtchronik vor. Brücker zeichnet verantwortlich für die Zeit vor 1800, Loderer für die Zeit seit 1800. Die Seiten Brückers enthalten eine eher impressionistische Sammlung von Einzeleindrücken und zum Teil umfangreicheren Ausführungen zu verschiedenen Themen, Loderers Bearbeitungszeitraum ist dagegen konsequent chronologisch angelegt. Eine umfangreiche Bibliographie, ebenfalls verfaßt von Loderer, schließt das Werk ab und gibt zahlreiche Hinweise für alle die Leser, die sich in über die Chronik hinausführende Details der Backnanger Stadtgeschichte einarbeiten wollen. Jedem Backnanger, der Anfang 1989 die Zeitung gelesen hat, ist das Urteil der Medien und das weitere Schicksal der Chronik wohlbekannt. Wir müssen deshalb hier nicht schon oft Gesagtes wiederholen. Es sei aber darauf hingewiesen, daß die Backnanger Stadtchronik von 1988 – trotz aller berechtigten Kritik – keine nutzlose Arbeit für den Papierkorb war. Insbesondere Loderers Darstellung des 19. und 20. Jahrhunderts ist eine ausgesprochen fleißige Materialzusammenstellung, wie es sie bis zum Erscheinen der Chronik in Backnang noch nicht gegeben hat. Manches Detail, das in der Neubearbeitung der Chronik gar nicht mehr aufgenommen wurde, wird auch in Zukunft nur bei Loderer nachzulesen sein. Dasselbe ist auch zu Loderers Backnang-Bibliographie in der Chronik zu sagen. Solange die große, neue Backnang-Bibliographie noch in Bearbeitung ist, wird die Loderer-Bibliographie das einzige gedruckte Hilfsmittel für alle künftigen historischen und landeskundlichen Arbeiten zum Thema Backnang sein. Die Bibliographie der neuen Chronik wird gegenüber der Bibliographie der alten kaum Neues bringen und kann im wesentlichen an Loderers Arbeit an-

knüpfen. Allein schon deshalb wird die „alte“ Backnanger Stadtchronik von 1988 neben der „neuen“ von 1991 ihren Platz in den Regalen behalten.

Gerhard Fritz

*

Erst die Arbeit . . . Die Geschichtswerkstatt Backnang über Leben und Arbeit und den industriellen Strukturwandel am Beispiel einer Region. Hergestellt von der Geschichtswerkstatt Backnang im Verein Kultur & Werkstatt e.V. Ölmühle. Backnang: Mürdter 1987. 90 S. (nicht einheitlich numeriert).

Im Rahmen der 1987 begangenen 750-Jahr-Feier eröffnete der Verein für Kultur und Werkstatt e. V. eine Ausstellung zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Stadt Backnang vom Beginn der Industrialisierung bis zur Zerschlagung der Weimarer Republik. Die Begleitschrift dazu wurde von einem Kollektiv junger Historiker verfaßt, die mit großem Engagement neue Forschungsmethoden einsetzten, um mehr über das Leben der damaligen Arbeiter, Kleinhandwerker und Oppositionellen zu erfahren. So wurden nicht nur die zeitgenössischen lokalen Tageszeitungen zielgerichtet durchgesehen, sondern auch Briefe ausgewertet und Interviews durchgeführt. Das Ergebnis kann sich sehen lassen:

In sieben Beiträgen wird die Geschichte der Backnanger Arbeiter von allen Seiten beleuchtet und mit zahlreichen Originalzitaten dokumentiert. Nicht allein die wirtschaftlich-soziale Komponente kommt dabei zum Zuge, sondern auch die politischen, kulturellen und personellen Aspekte des damaligen Arbeiterlebens. Die einzelnen Aufsätze sind folgendermaßen betitelt:

I: Industrialisierung, II: Wurzeln der Arbeiterbewegung, III: Arbeitskampf am Beispiel der Lederarbeiter, IV: Arbeitervereine – Arbeiterkultur, V: Die „vergessene“ Zeitung, VI: Die Jahre 1914 bis 1918, VII: Zerschlagung der Arbeiterbewegung.

Diese Überschriften weisen auf eine wichtige Prämisse der Autoren hin. Sie besagt, daß regionalgeschichtliche Forschungen nur Sinn haben, wenn sie gleichzeitig die überregionalen Erkenntnisse und Sachverhalte berücksichtigen. So machen die einzelnen Beiträge deutlich, wie beide in wechselseitigem Bezug zueinander stehen.

Leider sind neben der gelungenen inhaltlichen Komponente einige Mängel in der äußere-

ren Form zu nennen. So ist nicht nachvollziehbar, weshalb ein für die Backnanger Geschichtsforschung so wichtiges Werk ausgerechnet in Form von Einzelblättern im Ringbuch abgeheftet worden ist. Es erscheint damit fast wie ein Provisorium und ist für den Gebrauch äußerst unpraktisch.

Weiterhin fehlt eine durchgehende Seitenzählung, so daß der Leser Schwierigkeiten bei der Orientierung hat. Zuletzt sei darauf hingewiesen, daß es zwar grundsätzlich sehr zu begrüßen ist, wenn möglichst viele Dokumente, insbesondere originale Zeitungsartikel abgedruckt wurden, daß jedoch viele von ihnen durch die Seiteneinteilung in zwei Spalten so klein gerieten, daß die Schrift nur noch mit Mühe zu entziffern ist.

Dennoch bleibt neben dieser formalen Kritik festzuhalten, daß dieser Band heute ein unentbehrlicher Beitrag zur hiesigen Lokalgeschichte ist, der auf fachkundige und packende Weise einen bislang verschütteten oder vergessenen Aspekt der Backnanger Vergangenheit beschreibt.

Sabine Reustle

*

Erich Bauer, Antje Fröhlich und andere: SPD. 100 Jahre Ortsverein Backnang. Versuch einer Partei- und Stadtgeschichte über die Jahre 1889 bis 1989. Backnang: SPD-Ortsverein 1989, 51 S.

Festschriften von Vereinen, zumal von Parteien, wollen erinnern: an gesteckte Ziele, die geleistete Arbeit, die errungenen Erfolge, die gemeinsam erlebten Zeiten der Freude und auch der Bedrängnis. So auch die Jubiläumstexte, die Sozialdemokraten aus Backnang und Waiblingen vorlegten: Für Backnang den hier besprochenen, für Waiblingen: Werner Haupt und andere: 90 Jahre SPD Waiblingen, Waiblingen ohne Jahreszahl (1978).

Beide Schriften, je etwa 50 Seiten im Umfang, stellen in fünf Abschnitten die Entwicklung der örtlichen Arbeiterbewegung seit den Jahren des Sozialistengesetzes von 1878 dar. Letzteres war Anlaß der Waiblinger Festschrift. Für beide Ortsvereine waren die entscheidenden Wendepunkte ihrer lokalen Entwicklung gesamtstaatlicher Vorgänge: die Aufhebung des Sozialistengesetzes im Jahre 1890, der Erste Weltkrieg und die damit zusammenhängende Spaltung der Arbeiterbewegung, der Beginn (1933) und das Ende des braunen Terrors. Beide Texte erreichen durch eine große Zahl von eingefügten Quellen

ein hohes Maß an Anschaulichkeit. Im Falle Backnangs sind dies insbesondere Archivalien und biographische Notizen; in der Waiblinger Schrift sind mehr als zwanzig Kopien von Zeitungsausschnitten sowie eine Reproduktion der „Statuten des Arbeiter-Unterstützungs-Vereins Waiblingen“ des Jahres 1889 wiedergegeben.

Daß die Geschichte beider Ortsvereine viele Parallelen aufweist, überrascht nicht. Um so interessanter sind die Unterschiede. Ist die Darstellung der Autoren um A. Fröhlich und E. Bauer zutreffend, dann wurde die Backnanger Entwicklung viele Jahrzehnte lang von zwei Persönlichkeiten dominiert: vor 1933 von W. Erlensbusch und nach 1945 von W. Traub. Derart beherrschende Persönlichkeiten gab es offenbar in Waiblingen nicht. Und auch an einem anderen Punkt unterschied sich die Entfaltung der beiden Ortsvereine erheblich. In der Weimarer Zeit war Backnangs SPD auch innerhalb der Arbeiterbewegung nur von bescheidenem Gewicht. Die Kommunisten waren die politisch stärkere Kraft. Vergleichbares galt aber für Waiblingen nicht. Dort brachten die Kommunalwahlen vom Mai 1919 eine Klärung für die zwanziger Jahre. Nur ein Kommunist, aber sechs Sozialdemokraten schafften den Sprung in den Gemeinderat.

Beide Schriften sind beachtenswerte Beiträge zur Erforschung der Geschichte der südwestdeutschen Arbeiterbewegung. Besondere Anerkennung verdient das Bemühen der Backnanger Autoren, auch die Ausgangsbedingungen der Industrialisierung zu referieren. Zweifellos war die im Beitrag von E. Bauer und A. Fröhlich angesprochene Bevölkerungsexplosion einer der wesentlichen Faktoren dieser dramatischen Umwälzung, die wir industrielle Revolution nennen. Nicht richtig ist aber die Annahme, daß eine höhere Geburtenzahl pro Familie für das rasche Wachstum verantwortlich war. Vielmehr besteht ein weitgehender fachwissenschaftlicher Konsens darüber, daß eine starke Zunahme der Eehäufigkeit, konstante eheliche Fruchtbarkeit und rückläufige Säuglingssterblichkeit die demographische Entwicklung im 19. Jahrhundert bestimmten. Heimo Schulreich

*

Erwin Wohlfahrt: Lichtbilder. Backnang und Umgebung in den dreißiger Jahren. Herausgegeben und gedruckt von Karl Keller 1987. Ohne Seitenzählung (44 S.).

Karl Keller druckt in dem kleinen Bildbändchen die 17 einzigen Bilder ab, die aus dem

Frühwerk des 1913 geborenen Backnanger Fotografen Erwin Wohlfahrt erhalten geblieben sind. Die Fotos umfassen Motive von Landschaftsaufnahmen bis hin zu Stilleben (Eimer und Besen im Flur eines Hauses in der Uhlandstraße). Wohlfahrt habe selbstkritisch die große Masse seiner Fotos vernichtet, so erfährt man im Vorwort, weil sie den von ihm selbst gestellten Anforderungen nicht genügten. Von der fotografischen Qualität her mag dies berechtigt gewesen sein oder auch nicht. Sicher ist, daß mit Wohlfahrts Bildervernichtungsaktion eine Menge historischer Informationen zugrunde gegangen ist. Die 17 erhaltenen Bilder sind Kunstwerke von eigenem Reiz; auch wenn die vernichteten Bilder vor Wohlfahrts gestrenger Selbstkritik vielleicht nicht ganz so perfekt gewesen sein mögen – daß sie nicht mehr existieren, ist für Backnang allemal ein Verlust. Gerhard Fritz

Murrhardt

Rüdiger Krause: Neue Untersuchungen am römischen Kohortenkastell in Murrhardt, Rems-Murr-Kreis. – In: Fundberichte aus Baden-Württemberg 9, 1984, S. 289 bis 358.

In dieser Arbeit werden nicht nur die neueren Grabungen im Kastellbereich von Murrhardt aus den Jahren 1973, 1975, 1977 und 1979/80 vorgestellt, sondern zugleich wird eine Gesamtaufarbeitung der in den letzten 40 Jahren angefallenen Sigillaten aus dem Vicus vorgenommen. Andererseits geht der Bericht nicht ein auf Detailbeobachtungen und Befunde im Umfeld des Kastells und setzt sich auch mit den Ergebnissen der Grabungen von 1960 bis 1970 an den benachbarten Limestürmen nicht auseinander. Vorausgestellt wird die Forschungsgeschichte des Kastells ab 1876.

Die Grabung 1975 erbrachte erstmals beweiskräftige Befunde zweier voneinander total verschiedener Holzbauperioden im Kastellinneren. Bauweise und Funktion beider Perioden können unterschiedlicher nicht sein. Periode 1 zeigt Bereiche einer Mannschaftsbaracke in Ost-West-Richtung, in Periode 2 sind die nördlichen Giebelfronten zweier Lagerhallen, die in Nord-Süd-Richtung erbaut waren, freigelegt worden. Beide Perioden sind durch eine geplante Brandschicht getrennt und zu jeder Periode gehört ein eigens konzipierter Straßenkörper. Dieser Be-

fund macht deutlich, daß nach Periode 1 eine völlige Um- und Neuplanung für große Teile des Kastellinnenbereichs vorgenommen worden ist.

Die Reichslimeskommission hat seinerzeit ihre Befunde in einem Übersichtsplan vorgelegt. Prüft man diesen Plan unter Berücksichtigung der Grabungsergebnisse von 1975 in bezug auf die Anlage der Straßen, so lassen sich darin beide Perioden gut erkennen. In vorliegender Arbeit wird dieser Aspekt gar nicht diskutiert.

Das Auffinden der beiden Holzbauperioden bei der Grabung 1975 ist zweifellos dem gezielt vorsichtigen Abtragen der gartenbaulich genutzten Humusschichten zu verdanken. Ein Abschieben dieser Schichten mit Baumaschinen, wie dies bei den späteren Grabungen geschah, hätte sehr wahrscheinlich das Auffinden der Bauperiode 2 erschwert oder zumindest in dieser Vollständigkeit kaum mehr ermöglicht.

Die Brandschicht über Bauperiode 1 wird vom Bearbeiter in die Zeit der Markomannenkriege datiert, obwohl die wenigen Sigillaten wie erwähnt auch für den Anfang des 3. Jahrhunderts sprechen könnten. Bei der Diskussion dieser Frage wurde außer Betracht gelassen, daß die via sagularis der Periode 1 tief ausgefahrene Wagenspuren aufzeigte, die eine recht lange Nutzung der Straße voraussetzen. Diese Tatsache würde den Zeitpunkt für die Auffassung der Straße eher ins 3. Jahrhundert datieren.

Damit wäre auch sichergestellt, daß der Neubau der Kastellumwehrung vom anfänglichen Holz-Erdewerk in einen Steinbau, mit der Umbauphase im Inneren nach einer Totalzerstörung, zeitlich nichts zu tun hat.

Eher könnte man die Ausbesserungsarbeiten an der Kastellmauer, die bei der Grabung 1979/80 in eindeutigen Spuren gefunden wurden, mit den Zerstörungen im Kastellinneren und einer Neubebauung zeitlich im Zusammenhang sehen.

Die „nicht sicher zuweisbaren, späten“, wohl doch nachrömischen Befunde (Trockenmauern), welche sich im Bereich der porta decumana zeigten und die auch von der Reichslimeskommission im Bereich anderer Tore schon bemerkt worden waren, könnten auf eine Wiederverbenutzung der Anlage in merowingischer Zeit verweisen, wie solches im Falle Murrhardts, nach schriftlichen Notizen im Zusammenhang mit der Klostergründung, zu erwarten wäre.

Auf derartige frühmittelalterliche Spuren bei Grabungen mit besonderer Sorgfalt zu achten,

dies sollte als wichtige Aufgabe der archäologischen Forschung im Bereich aufgelassener Römeranlagen gelten, sind doch solche Spuren von außerordentlicher landeskundlicher Bedeutung.

Rolf Schweizer

*

Rüdiger Krause: Römische Brunnen im Kastellvicus von Murrhardt, Rems-Murr-Kreis. – In: Archäologische Ausgrabungen in Baden-Württemberg 1988, S. 111 bis 114, 3 Abbildungen.

Murrhardts römische Vergangenheit – Kastell und zugehöriger Vicus – ist heute fast vollständig überbaut. Als 1988 ein Neubau der Kreissparkasse auf dem sogenannten Rößle-Quartier bevorstand, sollte vor Beginn der Bautätigkeit eine archäologische Untersuchung Aufschluß über die Geschichte des Geländes zwischen oberer Hauptstraße, Tor-, Helfer- und Seegasse liefern.

Unter der Leitung von Dr. Rüdiger Krause führte das Landesdenkmalamt im Januar 1988 eine erste kurze Grabung durch. In der jährlich unter anderem vom Landesdenkmalamt herausgegebenen Schrift „Archäologische Ausgrabungen in Baden-Württemberg“ legt der Archäologe einen ersten kurzen Bericht vor.

Da durch das Grabungsgebiet die mittelalterliche Stadtmauer und der vorgelagerte Stadtgraben verliefen, war nach Aussagen des Ausgräbers „nicht mehr mit einer ausgedehnten römischen Befundsituation“ zu rechnen. So konnten auch nur „einige römische Befunde wie Gruben, Gräbchen und Pfostenlöcher freigelegt werden“.

Unverständlich erscheint es, daß weder der mittelalterlichen Befundsituation noch der überaus zahlreichen frühneuzeitlichen Keramik die geringste Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Bei Grabungen im beziehungsweise in unmittelbarer Nähe des historischen Stadtkerns sind solche Funde durchaus zu erwarten.

Nachdem die Archäologen bereits wieder abgezogen waren, ist es der Aufmerksamkeit einer Nachbarin und dem schnellen und entschlossenen Einschreiten des Leiters des Carl-Schweizer-Museums, Dr. Rolf Schweizer, zu verdanken, daß sich im Bereich des Stadtgrabens zeigende Hölzer römischer Brunnenverschalungen nicht dem Bagger zum Opfer fielen. In einer Notbergung konnte das Landesdenkmalamt – wiederum unter der Leitung von Dr. Rüdiger Krause – Reste eines bis zu zehn Meter tiefen Brunnens mit 22 Lagen der Brunnenver-

schalung sowie eine zirka vier Meter tiefe Zisterne mit noch vier erhaltenen Lagen der Verschalung freilegen. Besonders gespannt darf man auf die endgültige Auswertung des Brunneninhalts sein. Krause barg neben zahlreichen Pflanzenresten, Amphorenbruchstücken und Tierknochen auch einen, wie er schreibt, „größeren Lederkomplex“. Der schlechte Erhaltungszustand machte es allerdings nicht möglich, die ehemalige Funktion genauer zu bestimmen. Krause vermutet, daß es sich vielleicht um ein Kleidungsstück oder aber die Reste eines Sattels handeln könnte. Es bleibt zu hoffen, daß in nicht allzu ferner Zukunft eine weitere Publikation mit den im Labor gewonnenen Erkenntnissen erfolgt.

Hans-Dieter Bienert

*

Manfred Rösch: Botanische Funde aus römischen Brunnen in Murrhardt, Rems-Murr-Kreis; in: Archäologische Ausgrabungen in Baden-Württemberg 1988, S. 114 bis 118.

Für Historiker und Botaniker dürften die Ergebnisse gleichermaßen interessant und aufschlußreich sein, welche die noch junge Wissenschaft der Archäobotanik in den letzten Jahren in steigender Zahl zur Veröffentlichung bringt. Hier liegt nun wieder ein Zwischenbericht vor über die Untersuchung der pflanzlichen Überreste einer Zisternenverfüllung aus römischer Zeit im Bereich des Kastells Murrhardt. Analysiert wurden bislang die Holz- und Großpflanzenreste, während die Pollenanalyse noch aussteht. Im Gegensatz zu ihr, die wegen der leichten Beweglichkeit ihres Untersuchungsmaterials eher Aussagekraft für weite Räume hat, lassen Holz- und Großrestanalysen Schlüsse auf die nähere Umgebung des Fundortes zu, und zwar sowohl bezüglich der vormaligen Vegetation als auch mancher Lebensgewohnheiten der Menschen.

Vieles deutet darauf hin, daß die Zisterne eine Zeitlang als Latrinengrube genutzt wurde, was besonders gute Einblicke in die Ernährungsgewohnheiten der damaligen Bewohner gestattet: Dinkelbrot, allerdings je nach Ernte mehr oder minder stark mit giftigen Samen der bei uns heute fast ausgerotteten Kornrade durchsetzt, dürfte ein Hauptnahrungsmittel der römischen Soldaten in dieser Gegend gewesen sein.

Reste von Gewürz- und Gemüsepflanzen (darunter so altertümliche wie Melde und Schild-Ampfer), Nüssen, heimischem Wild- und

Kulturobst – in geringerem Maße auch von eindeutiger Importware – Feigen und Weintrauben (Rosinen) – lassen (vorsichtige) Rückschlüsse, nicht nur auf den Speiseplan, der damaligen römischen Besatzer zu.

Sehr interessant ist der Nachweis von Wacholder, der im natürlichen Tannen-Buchen-Waldgebiet nicht auftritt, aber dort zusagende Lebensbedingungen findet, wo der Mensch extensive Weidewirtschaft betreibt.

Für den Vegetationsgeschichtler gibt es wieder eine Reihe von Bestätigungen und auch Erstanzeige von Pflanzenarten (Pechnelke, Akker-Glockenblume etc.). Überraschend ist der Fund der Wiesenraute, einer Auenpflanze, deren Indigenat im Neckarland durch aktuelle Vorkommen noch nie bestätigt wurde.

Zusammen mit den Untersuchungen von Welzheim (1983) und Mainhardt (1988) werden die Murrhardter Ergebnisse das Keuper-Lias-Gebiet „Schwäbisch-Fränkischer Wald“ zu dem in bezug auf die Römerzeit archäobotanisch am besten erforschten Naturraum von ganz Mitteleuropa machen. Heinz-Werner Schwegler

*

Ulrike Plate: Untersuchungen im Kreuzgang des ehemaligen Benediktinerklosters Murrhardt, Rems-Murr-Kreis. – In: Archäologische Ausgrabungen in Baden-Württemberg 1989, S. 259 bis 262, 4 Abbildungen.

Ein Bauvorhaben der evangelischen Kirchengemeinde Murrhardt im Bereich der „Alten Abtei“, einem Teil des ehemaligen Benediktinerklosters, rief im Sommer 1989 die Archäologen des Landesdenkmalamts aus Stuttgart auf den Plan. Unter Leitung von Ulrike Plate, die an der Universität Tübingen über die Baugeschichte des Murrhardter Klosters promoviert, wurde in einer dreimonatigen Kampagne der von Bauarbeiten betroffene Teil der Klausur untersucht. Die Archäologin stellt im vorliegenden Aufsatz erste Ergebnisse vor.

Schwierigkeiten bereiteten den Ausgräbern eine ganze Anzahl von Abwasserleitungsanlagen, die im Grabungsbereich angetroffen wurden und die Befunde stark störten. Bereits im 17. Jahrhundert hatten aber Planierungsmaßnahmen größeren Umfangs Kreuzgangsmauern zum Teil bis auf die untersten Fundamentlagen entfernt, so daß die angetroffenen Mauerzüge nicht immer einfach zu identifizieren und zu interpretieren waren. Die ältesten angetroffenen

Reste datiert die Ausgräberin in vorromanische Zeit. Deutlich bessere Hinweise auf die Bebauung stammen aus romanischer und gotischer Zeit. Im ehemaligen Ostflügel des Kreuzgangs wurden zahlreiche, zum Großteil gestörte Bestattungen angetroffen.

Das flächenmäßig kleine Grabungsareal erschwert zusätzlich zu den genannten Störungen die Interpretation der Befunde. Ulrike Plate wird die hier gewonnenen Erkenntnisse in ihre Dissertation mitaufnehmen. Für 1992 ist dann eine Gesamtpublikation der Grabungsergebnisse von 1989 und der bereits 1973 durchgeführten archäologischen Untersuchung des Kircheninnern geplant. Man darf auf die Ergebnisse sehr gespannt sein.

Hans-Dieter Bienert

*

Gerhard Fritz: Archäologische Sichtbefunde im Murrhardt „Rößle-Quartier“. – In: Jahrbuch des Historischen Vereins für Württembergisch Franken 73, 1989, S. 285 bis 288, 1 Abbildung.

„Auch Archäologen können irren“, so könnte man das äußerst kurze Gastspiel der Wissenschaftler des Landesdenkmalamts bezeichnen, die im Januar 1988 Sondierungen auf dem sogenannten Rößle-Quartier in Murrhardt durchgeführt hatten. Ein Neubau der Kreissparkasse war auf historisch trüchtigem Boden geplant, und so sollte eine archäologische Untersuchung Klärung über die Vergangenheit dieses Ortes liefern. Die durch das Areal verlaufende mittelalterliche Stadtmauer mit vorgelagertem Graben ließ nach Ansicht der Archäologen wenig Hoffnung, noch auf römische Besiedlungsspuren zu stoßen. Entsprechend gering war auch die anfängliche Ausbeute. Erst nachdem die Stuttgarter Archäologen abgezogen waren, kam die eigentliche Überraschung ans Tageslicht. Im Bereich des ehemaligen Stadtgrabens, einem Ort, der nach Aussagen der Archäologen keinerlei römische Funde mehr erwarten ließ, kamen bei Baggarbeiten Reste eines römischen Brunnens und einer Zisterne ans Tageslicht. In einer Notbergung gelang es dann den neuerlich herbeigerufenen Stuttgartern die Reste der Brunnen zu bergen.

Das Verdienst des vorliegenden Aufsatzes ist es aber, so gut es eben durch Geländebegehungen möglich war, die mittelalterlichen und frühzeitlichen Funde, die das Gelände barg, zu beschreiben. Hierauf hatten die Stuttgarter Wissenschaftler, folgt man ihren mündlichen Anga-

ben und einem ersten Grabungsbericht, kaum Wert gelegt. Dies ist um so bedauerlicher, wenn man den Ausführungen von Gerhard Fritz folgt. Detailliert beschreibt er die während mehrerer Begehungen des Geländes gewonnenen Erkenntnisse. Von den Funden ist besonders eine ganze Anzahl sorgfältig verzierter Ofenkacheln zu nennen, die wahrscheinlich ins frühe 18. Jahrhundert datieren und einige aus dem 19. Jahrhundert stammende Flaschen und Fläschchen. Überreich waren die aus selbiger Zeit kommenden Keramikreste.

Hans-Dieter Bienert

*

Rolf Schweizer: Murrhardt zwischen 1850 und 1950 – Bilderbuch der Erinnerung. Vorwort von Dietward Schwäble. Gaildorf, Murrhardt: Schwend, o. J. (1976), 86 S., 75 Abbildungen.

Das kleine Bändchen im handlichen Querformat mit einer Auswahl historischer Fotografien bereitet dem Leser und Betrachter das Vergnügen, auf Entdeckungsreise im historischen Ort Murrhardt zu gehen, längst Untergegangenes wiederaufzuspüren oder einfach sich am Detailreichtum alter Fotos zu erfreuen. Entstanden ist das Bändchen – wie es im Vorwort heißt –, nachdem die Bitte an die Bevölkerung, Fotos für das Archiv zur Verfügung zu stellen, ein erfreulich großes Echo gefunden hat. Eingeleitet wird das Werk von einer Einwohnerstatistik 1850 bis 1970. Es folgt die Gegenüberstellung zweier Abbildungen von 1820 und 1905, die die Stadt vom Hofberg aus zeigen. Erfreulich ist der Versuch, die Bildersammlung wenigstens grob zu gliedern. Im vorliegenden Buch geschah dies durch fünf Kapitel: Rundgang durch die Stadt – Marktplatz – Villen am Hofberg – Verkehr – Personen (Vereine, Militär, Feuerwehr, Festspiele, Schulklassen, Originale). Zu den Fotos liefern die Begleittexte von Rolf Schweizer wichtige heimatsgeschichtliche Hintergrundinformationen. Bedauerlich ist allerdings, daß wie in fast allen derartigen Sammlungen alter Fotografien kein historischer Stadtplan abgebildet ist. (Eine löbliche Ausnahme bildet Hellmut Pflüger: Ulm – Das alte Stadtbild, Weißenhorn, 1964, 1982, in dem auf einem historischen Stadtplan die Bildnummer und die Blickrichtung des Fotos vermerkt sind.) Dies erschwert allen nicht ortskundigen und auch jüngeren Lesern die Orientierung im Buch ungemein. Eine genauere Ortsangabe mit Straßenbezeichnung und Hausnummer hätte

das Wiederfinden vor Ort und den Vergleich mit dem heutigen Aussehen einer abgebildeten Situation sehr erleichtern können und damit auch den Wert des Buches erheblich gesteigert.

Klaus J. Loderer.



Gerhard Fritz: Stadt und Kloster Murrhardt im Spätmittelalter und in der Reformationszeit. Sigmaringen: Thorbecke 1990, 421 S., 15 Abbildungen (= Forschungen aus Württembergisch Franken 34).

Nachdem G. Fritz bereits 1982 eine Monographie zur früh- und hochmittelalterlichen Geschichte des Murrhardter Benediktinerklosters vorlegte, führt er nun die Darstellung bis zur Auflösung der Abtei im Jahre 1552 weiter.

Auch in diesem Werk geht der Autor über eine rein ortsbezogene Klostergeschichte hinaus. Der Beschreibung des Verlusts der löwensteinischen Vogteirechte, deren Übergang an Württemberg, der Auswirkung der Reformation und des Endes der katholischen monastischen Gemeinschaft, folgt eine umfangreiche Darstellung zur Sozialgeschichte der spätmittelalterlichen Stadt Murrhardt. Untersucht wird unter anderem die lokale Ausformung der Leibeigenschaft, die örtliche Steuer- und Abgabenordnung, das in der Stadt und ihrer Umgebung nachweisbare Handwerk.

Ausführlich wird auch auf die Besitzungen des Klosters, die Pfründenvergabe und das militärische Aufgebot Murrhardts für das württembergische Heer des 15. und 16. Jahrhunderts eingegangen. Hierbei nimmt G. Fritz Stellung zu zentralen Fragen nicht nur von lokal-, sondern von territorialgeschichtlicher Bedeutung. Dem Autor gelingt es in bemerkenswerter Weise, die Unterwerfung des kirchlichen Besitzes unter weltliche Verfügungsgewalt und die Verdichtung der Macht des frühneuzeitlichen Staates zu verdeutlichen.

Verdienstvoll ist, daß dabei dem Leser nicht die Kenntnis der Fachsprache des Landesgeschichtlers abverlangt wird. Ihm wird vielmehr immer wieder aufgezeigt, wo die Grenzen gesicherten Wissens sind und wo künftige Forschungsarbeit geleistet werden sollte.

Wie die Darstellung der Frühgeschichte des Klosters, so ist auch dieses Werk von G. Fritz eine reiche Fundgrube, das allen landesgeschichtlich Interessierten nachdrücklich empfohlen werden kann.

Heimo Schulreich

Reinhold Nägele: Exlibris. Werkverzeichnis der Exlibris. M. e. Einführung von Elke Schutt-Kehm. Zusammengestellt von Thomas Naegele. Stuttgart: Deutsche Schillergesellschaft und Theiss 1989, 87 S.

In dem liebevoll zusammengestellten und von Satz und Druck her ansprechend gestalteten Band hat Thomas Naegele die schönsten Exlibris seines Vaters zusammengetragen. In einem kurzen und informativen Beitrag geht Elke Schutt-Kehm auf Form und Funktion der Exlibris ein, wobei sie den historischen Zusammenhang zwischen ihnen und der Entwicklung der Buch- und Druckkunst darstellt. Auf der einen Seite ist das Exlibris Ausdruck des Besitzerstolzes, Markenzeichen des Bibliophilen, auf der anderen Seite hat es sich und ganz besonders bei Reinhold Nägele zu einer eigenständigen künstlerischen Ausdrucksweise entwickelt, so daß Exlibris nicht nur in Büchern zu finden sind, sondern auch als grafische Blätter gesammelt werden. So ist das Exlibris nicht mehr reine Gebrauchsgrafik, sondern freie Kunst, in der der Künstler sich selbst verwirklichen konnte.

Reinhold Nägele gehört zu den Meistern in dieser Disziplin, im Spannungsfeld zwischen der Persönlichkeit des Auftraggebers, der Welt der Bücher und den Anforderungen der Radierung verwirklichte er seine phantastisch hintergründigen Bildvorstellungen. Beruf, Steckenpferd und Name des Besitzers finden sich zu oftmals skurrilen und belustigenden Synthesen zusammen, die sehr eingehend von Elke Schutt-Kehm beschrieben werden.

Insgesamt verbindet dieser kleine Band das Vergnügen mit der Information und erweitert durch einen neuen Aspekt das Werk dieses vielseitigen Künstlers.

Ernst Hövelborn

Oppenweiler

Oppenweiler. Erinnerungen in Bildern. Zusammenstellung und Bildtexte Helga Richter und Julius Zehender. Horb am Neckar: Geiger 1989, 96 S.

Wie in mittlerweile den meisten Gemeinden hat man auch in Oppenweiler ein Bildbändchen herausgegeben, in dem alte Fotografien zur Ortsgeschichte zusammengestellt sind. Dem Bildteil vorangestellt sind einige vom Oppenweiler Altbürgermeister Zehender verfaßte Seiten zur Ortsgeschichte. In Oppenweiler fällt die aus den Bildern festzustellende, tiefgreifende architektonische Veränderung des Ortsbildes eher

noch mehr auf als in den meisten anderen Gemeinden. Die Hauptstraße von Oppenweiler, einst eine zwar vielbefahrene, aber kurvig-beschauliche Straße hat man durch Hausabrisse begradigt und verbreitert; heute zertrennt die Hauptstraße als B 14 die beiden Ortshälften von Oppenweiler und macht angesichts der Verkehrsmassen jedes Überqueren zum schier lebensgefährlichen Unternehmen. Besonders der Abriß der aus dem 19. Jahrhundert stammenden, hübschen katholischen Kirche im Jahre 1970 war ein schwerer Eingriff ins Ortsbild. Wenn man den abseits gelegenen, bunkerartigen Beton-Neubau der katholischen Kirche betrachtet, braucht man nicht zweimal überlegen, was die schönere Kirche war. Die Bildunterschriften des Buches sind etwas sparsam geraten. Was kann man beispielsweise mit Texten anfangen wie: „Turner auf zum Streite“ oder „Rühre die Trommel und schwenke die Fahne“? Sinnvoller wäre hier wirklich gewesen, drunterzuschreiben, von wann das Bild stammt und wer abgebildet ist.

Gerhard Fritz

Sulzbach/Murr

Mathias Klink: Sulzbach an der Murr in alten Ansichten. Zaltbommel/Niederlande: Verlag Europäische Bibliothek 1988, 76 Abbildungen, und Mathias Klink: Sulzbach an der Murr in alten Ansichten Band 2. Zaltbommel/Niederlande: Verlag Europäische Bibliothek 1990, 76 Abbildungen.

Aus der bekannten Reihe des niederländischen Verlags Europäische Bibliothek sind in kurzem Abstand gleich zwei Bände über Sulzbach an der Murr erschienen. Damit ist Sulzbach – was historische Bilder angeht – einer der am besten dokumentierten Orte des Rems-Murr-Kreises. Klink, der seit Jahren mit Enthusiasmus und Sachverstand alle möglichen Teile der Sulzbacher Ortsgeschichte untersucht, hat eine überzeugende Auswahl alter Bilder vorgelegt. Größtenteils handelt es sich um Fotografien aus

den letzten hundert Jahren, daneben finden sich aber einzelne historische Zeichnungen und Skizzen aus der Zeit vor der Erfindung der Fotografie. Der Wert von Bildpublikationen wie den beiden vorliegenden ist leicht erklärt: Nur so werden Bilder für die Nachwelt gerettet, die sich normalerweise irgendwo in Privatbesitz befinden. Solche Fotos werden beim Tod des alten Besitzers meist auf den Müll geworfen und sind damit auf immer verloren. Wie wichtig Bilder als historische Quelle sind, erschließt sich bereits beim ersten Blättern in den beiden Bändchen. Ein Bild sagt oft unmittelbarer und weniger umständlich als eine schriftliche Quelle, was sich verändert hat. Daß die alten Fotos eigentlich jedem modernen Städte- und Ortsplaner als Richtlinie ins Gewissen geschrieben gehören, sei nur am Rande vermerkt.

Klinks Sulzbach-Bände, so schön sie sind und so positiv ihre Aufnahme bei den Käufern war, waren erstaunlicherweise für einige Leute doch Anlaß zum Ärger: Da ist der eine peinlich berührt, daß aus einem Bild die Armut seiner Großeltern oder Urgroßeltern zu drastisch hervorschaut (als ob Armut, und Jahrzehnte zurückliegende zumal, eine Schande wäre), da schimpft der zweite, daß man die Großtante nicht im Leiterwägelchen sitzend hätte zeigen dürfen, das beleidige die Nachkommen (als ob die Leute damals Gehbehinderte anders hätten transportieren können) und so weiter. Nun, mit solchen Anwürfen muß man als Autor leben. Ärgerlicher ist etwas anderes: Der Verlag Europäische Bibliothek arbeitet bei den Begleittexten zu den Bildern nicht selten schlampig. Der Rezensent spricht da aus eigener, leidvoller Erfahrung, und Klink ist es, insbesondere beim ersten Band, genauso gegangen wie dem Rezensenten: Offenbar scheinen die niederländischen Setzer die deutschen Korrekturzeichen nicht zu kennen, und folglich werden die Korrekturzeichen des Autors nach der Fahnenkorrektur oft einfach nicht befolgt. Resultat sind dann Druck- und Rechtschreibfehler, die manchmal geradezu peinlich sind und den Autor in einem unverdient schlechten Licht erscheinen lassen.

Gerhard Fritz

Mitteilungen des Heimat- und Kunstvereins:

Rückblick auf die Jahre 1988 bis 1990

Das Jahr 1988

Das Vereinsjahr 1988 bewegte sich von den Veranstaltungen her auf vergleichbar hohem Niveau wie das Jubiläumsjahr 1987. Neu in das Programm kam der Skulpturenweg am Ölberg („Weg der Besinnung“) und das damit verbundene Ölbergfest. In Zusammenarbeit mit der Stadt Backnang, die wie der Verein das Projekt zur Hälfte finanziell fördert, und der Backnanger Künstlergruppe wurde am 4. Juni 1988 der Anfang mit zwei Bildwerken, einer Holzskulptur von Reiner Anwander am Haus Oelberg 12 und einer in farbiger Einbrennlackierung gestalteter Abstraktion auf Eisen von Ernst Hövelborn an der Quartiersgarage, der Anfang gemacht.

Im Jahr 1988 fand die im Jahr zuvor begonnene Renovierung des Helferhauses mit der Wiederherstellung der Eingangshalle in ihrer ursprünglichen Form und der Einrichtung des Kellers ihren Abschluß. Dank der großzügigen Förderung durch die Stadt Backnang besitzt nun der Verein ein nach außen wie innen attraktives und funktionsfähiges Haus. Das Hochbauamt der Stadt Backnang, Architekt Eckhardt Schäffer und der zweite Vorsitzende des Vereins, Heinz Wollenhaupt, wirkten dabei gleichermaßen an der gelungenen Erweiterung und Sanierung des Hauses mit.

Altstadtstammtische

Die Heimatabteilung des Vereins führte fünf Veranstaltungen durch, die weitere Aspekte der Stadtgeschichte Backnangs zur Anschauung brachten. Der Leiter der Heimatabteilung, Ingolf Layher, mußte aus persönlichen Gründen seine gestaltende Mitarbeit für einen längeren Zeitraum aussetzen, so daß die Arbeit im Augenblick von dem Vorstand und Ausschuß gemeinsam getragen wird.

45. Altstadtstammtisch 3. März 1988

Jörg Köstlin: „Abbruch oder Erneuerung.“

46. Altstadtstammtisch 14. April 1988

Reiner Anwander: „Vorstellung des Skulpturenwegs am Ölberg.“

47. Altstadtstammtisch 3. Mai 1988

Klaus J. Loderer: „Backnanger Mühlen.“

48. Altstadtstammtisch 20. September 1988

Rudolf Kühn: „Das Jubiläumsjahr 1987 in Bildern.“

49. Altstadtstammtisch 18. Oktober 1988

Roland Jeck: „Backnang im Ersten Weltkrieg.“

Heimatausstellung

Die Ausstellung „Kunst – Technik – Kommunikation“ (16. Oktober bis 6. November 1988), die in Zusammenarbeit mit der Stadt Backnang, der Firma ANT Nachrichtentechnik projektiert und realisiert wurde, eröffnete für die Diskussion eines Technikmuseums in Backnang neue Aspekte. Die Einführung in die Ausstellung hielt der Kulturwissenschaftler Professor Dr. Konrad Köstlin von der Universität Tübingen. Der Boschzünder, die Firmenzeitung des Boschkonzerns, widmete der Ausstellung eine Sonderseite (10/88).

Einen Teil der Heimatarbeit decken die Fotoausstellungen von Rudolf Kühn im Vorzimmer der Eingangshalle ab. Im Jahr 1988 startete diese Reihe mit der Fotodokumentation „Ölberg“, die den Europapreis bekam, und „Stimmungen und Ansichten des Burgbergs“.

Schriftenreihe

Am 22. November 1988 konnte der Verein den von Helmut Bomm senior gelungen zusammengestellten und redigierten Band 6 der Schriftenreihe vorstellen. Sie war mit 272 Seiten die bislang umfangreichste Publikation des Vereins und zugleich das Abschiedsgeschenk von Helmut G. Bomm an den Heimat- und Kunstverein und seine Mitglieder, da er zu Ende des Jahres seine Mitarbeit in Vorstand und Ausschuß aus Altersgründen niederlegte.

Straßenfest

Flohmarkt, Bilder von Backnang (Rudolf Kühn) und der Film zum Jubiläumsjahr (H. Wichmann) waren die Programmpunkte des Vereins.

Kunstaussstellungen

Im Jubiläumsjahr 1987 stand in den Veranstaltungen des Vereins die Stadtgeschichte im Mittelpunkt, im Jahr 1988 setzte dagegen die Kunst mit sechs Kunstaussstellungen und der großen Nachlaßausstellung in Berlin die Akzente. In der kleinen Orangerie im Schloß Charlottenburg präsentierte Frau Schäffer zusammen mit der Stadt Backnang vom 31. Juli bis 3. September 1988 nachgelassene Werke von Hannah Höch, Manfred Henninger und Oskar Kreibich. Im Helferhaus wurde folgende Ausstellung gezeigt:

31. Januar bis 21. Februar 1988:

Prof. Karl Oppermann (Malerei, Grafik).

6. bis 27. März 1988:

Heide Mungenast, Ursula Hegelmaier (Malerei, Grafik, Scherenschnitte).

17. April bis 8. Mai 1988:

Ingrid Seddig, Felix Sommer, Elke Vetter (Plastik, Grafik, Malerei).

18. September bis 9. Oktober 1988:

Helga Diez, Mouche Holzkämper, Mucki S. Nestler, Lore Sapper, Christa Wundt-Boeschel, Oskar Schmitz (Malerei, Grafik, Plastik).

Die 1987 gegründete Backnanger Künstlergruppe zeigte ihre erste Gemeinschaftsausstellung vom 12. bis 26. Juni 1988 über das Straßenfest im Helferhaus (Malerei, Grafik, Plastik, Objekte).

Kleiner Maulwurf

Die im Jubiläumsjahr von Elke Vetter ins Leben gerufene Kleinkunstveranstaltung des Vereins brachte mit den sich über vier Sonntage (11.00 bis 12.00 Uhr) erstreckenden Lesungen von Staatsschauspieler Wolfgang Höper (Stuttgart) aus der Odyssee von Homer ein besonders schönes Programm (24. April, 1. Mai, 8. Mai, 15. Mai 1988).

Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung (1. März 1988) bestätigte und entlastete die Arbeit von Ausschuß und Vorstand. Diskutiert wurden die aktuellen Fragen zur Sanierung der „Hohloch-Häuser“ und man einigte sich auf Öffnungszeiten unter der Woche, um so mehr Besuchern die Möglichkeiten zu geben, die Ausstellungen zu besuchen.

Erinnerung

Am 25. April 1988 verstarb das Vereinsmitglied Hermann Krimmer. Er zählte zu den bedeutendsten Künstlerpersönlichkeiten der Stadt Backnang. Höchstes Gut war für ihn die Freiheit der Gedanken, des Wortes und der Kunst, dafür ist er auch in der Zeit des Nationalsozialismus eingetreten. Im Jahr 1987 hat er noch maßgeblich die Gründung und das Programm der Backnanger Künstlergruppe beeinflusst und mitgestaltet.

Das Jahr 1989

Das besondere Ereignis im Vereinsjahr 1989 war der 50. Altstadtstammtisch (14. März 1989). Am 12. Dezember 1979 wurde der erste Altstadtstammtisch in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule und der Stadt Backnang veranstaltet. Der Präsident des Landesdenkmalamtes Prof. Dr. Gebeßler sprach damals über die Probleme denkmalschutzwürdiger und denkmalgeschützter Gebäude – Förderungsmöglichkeiten – Erläuterungen zum Fassadenwettbewerb „Backnang zeigt sein Gesicht“.

Die Themen für die folgenden Altstadtstammtische waren in diesem Auftakt vorgegeben, sie begleiteten die Sanierung der Kernstadt, sie kommentierten die aktuelle Stadtplanung und sie registrierten die Fortschritte, die die Stadtgestalt Backnangs in den Jahren zwischen 1979 und 1989 gemacht hatte. Der „Vater“ der Altstadtstammtische, Reginald Kunzelmann, zog dann auch beim Jubiläumsstammtisch zu dem Thema „10 Jahre Altstadtsanierung, Rückblick – Ausblick – Die Altstadt ein Lebensraum“ Bilanz. Sie konnte nur erfolgreich sein, weil die Kernstadt in diesen zehn Jahren wieder zu einem Lebensraum geworden ist und die Altstadtstammtische im Sinne eines Bürgerforums daran mitgewirkt haben.

Altstadtstammtische

An den 50. Altstadtstammtisch schlossen sich dann noch folgende Veranstaltungen an:

51. Altstadtstammtisch 11. April 1989

Ernst Hövelborn/Rudolf Kühn: „Kunst und Kultur in Backnang – Bestand und Perspektiven.“

52. Altstadtstammtisch 4. Juni 1989

Ursula Hefter-Hövelborn/Monika Melchert: „Frauen in Backnang.“

53. Altstadtstammtisch 19. Juni 1989
Dr. Gerhard Fritz/Rolf Königstein: „450 Jahre Lateinschule Backnang.“
54. Altstadtstammtisch 17. Oktober 1989
Dr. Helmut Herbst: „Einrichtung von Heimat- und Stadtmuseen.“

Heimatausstellungen

Einen besonderen Akzent setzten die Heimatausstellungen, die sich ganz neuen Themenkreisen zuwandten:

4. bis 25. Juni 1989:
Ursula Hefter-Hövelborn/Monika Melchert, Fotoausstellung „Frauen in Backnang.“
1. Oktober bis 3. Dezember 1989:
Walter Scheuermann (1893 bis 1959), (Skulpturen, Zeichnungen).

Die Ausstellungseröffnung Walter Scheuermann (Kunsterzieher an der Oberschule Backnang 1921 bis 1959) war in Verbindung mit der Vorstellung der Jubiläumsschrift „450 Jahre Lateinschule Backnang“ Auftakt zum Festprogramm des Max-Born-Gymnasiums: „450 Jahre Lateinschule Backnang.“

Auf die Scheuermann-Ausstellung folgte im Vorraum zur Eingangshalle die Fotodokumentation von Achim Frick und Rudolf Kühn: „Die Kübler-Schmiedewerkstatt am Burgberg.“

Kunstgespräche

Neu in das Programm kamen im Jahr 1989 die „Kunstgespräche“, deren Ziel darin besteht, neben den Kunstausstellungen ein Gesprächsforum zu Fragen der modernen Kunst zu schaffen und in Zusammenarbeit mit der Backnanger Künstlergruppe und den Malern der Baracke für die Künstler und Kunstinteressierten eine Institution einzurichten.

1. Kunstgespräch 20. April 1989
Dr. Helmut Herbst: „Regionalismus in der Kunst.“

Kleiner Maulwurf

Mit der Gruppe „Lehrer Lämpel“ (14. September 1989) wurde das Programm fortgesetzt.

Straßenfest

Im Zentrum des Beitrags des Vereins zum Straßenfest standen der Flohmarkt und die Bewirtung im Keller.

Skulpturenweg und Ölbergfest

Ein Eisenplattenobjekt am Haus Stifftshof 2 von Peter Haußmann, Mitglied der Backnanger Künstlergruppe, erweiterte den Weg auf drei Objekte. Einweihung (3. Juni 1989) und Ölbergfest fanden im strömenden Regen statt, was aber den Besuch und die Festlaune nicht beeinträchtigte.

Kunstaussstellungen

Frau Schäffer organisierte im letzten Jahr ihrer Tätigkeit vier qualitätsvolle Ausstellungen:

12. Februar bis 5. März 1989:
Willo Rall 100. Geburtstag (Malerei, Grafik).
14. April bis 7. Mai 1989:
Fraucke Bruckmann/Ruth Knappstein (Batik, Malerei).
10. September bis 1. Oktober 1989:
Professor Harry Lonas (Plastik, Malerei, Grafik).
12. November bis 3. Dezember 1989:
Hannah Höch 100. Geburtstag (Aquarelle, Grafik, Zeichnungen).

Mitgliederversammlung

Am 6. März 1989 fand die ordentliche Mitgliederversammlung statt. Inhaltlich wurde die Versammlung von zwei Punkten bestimmt. Zum einen ging es um die Fortsetzung der Schriftenreihe, die nun zusammen mit einer Stadtchronik im Rhythmus von zwei Jahren und unter der Federführung des Stadtarchivs erscheinen soll. Zum anderen dankten die Vereinsmitglieder, Vorstandschaft und Ausschuß der aus dem Amt scheidenden Leiterin der Kunstabteilung, Veronica Schäffer, für die seit 1981 geleistete Arbeit, die den Backnangern viele schöne Kunstausstellungen brachte und Akzente im kulturellen Geschehen der Stadt setzte. Hier ist besonders das Bildhauersymposium im Jubiläumsjahr 1987 zu nennen und das Pilotprojekt Jugendkunstseminar (15. bis 25. Mai 1989), an dem der Verein sich als Mitveranstalter beteiligte.

Besondere Ereignisse

Am 8. November feierte der Verein im Rahmen eines Stehempfangs in der Eingangshalle den 80. Geburtstag des Ehrenvorsitzenden Rudolf Freund, der von 1961 bis 1977 den Verein

als 1. Vorsitzender führte und die Kunstfahrten bis in das Jahr 1984 betreute (29./30. Fahrt).

Erinnerung

Am 20. Februar 1989 verstarb Alfred Engelhardt, der zusammen mit Rudolf Freund, Robert Kreuzmann und Willy Lehmann zu den Persönlichkeiten zählte, die in Ausschuß und Vorstand die Vereinsarbeit gestalteten und sie wirkungsvoll in die Öffentlichkeit getragen haben. Alfred Engelhardt hat sich um den Verein verdient gemacht und die Mitglieder des Heimat- und Kunstvereins Backnang werden sein Wirken in Erinnerung behalten.

Das Jahr 1990

Das Vereinsjahr 1990 setzt kontinuierlich die Arbeit der Jahre zuvor fort, wobei die in Zusammenarbeit mit der Backnanger Künstlergruppe durchgeführten Kunstgespräche sich inhaltlich präzisieren.

Kunstgespräche

Beide Kunstgespräche wurden mit der Backnanger Künstlergruppe veranstaltet, die Gesprächsführung lag bei Rainer Vogt. In beiden Gesprächen ging es um die Position der Kunst in der Region und dem Standort einer eigenständigen Regionalkunst.

2. Kunstgespräch 4. Mai 1990

Professor Paul-Uwe Dreyer: „Die Kunstakademie und ihre Wirkung – Einfluß auf die Kunst in der Region.“

3. Kunstgespräch 19. Oktober 1990

Thomas Knubben: „Vom Umgang mit moderner Kunst.“

Kunstaussstellungen

Neu in das Programm kamen die Gedächtnisausstellungen verstorbener Backnanger Maler, die in Zusammenarbeit mit der Stadt Backnang ausgestellt werden sollen. Erster in der Reihe war Hans Gaugler (1892 bis 1978).

28. Januar bis 17. Februar 1990:

Hans Gaugler (Malerei, Grafik).

18. März bis 8. April 1990:

Friederike Groß, Andreas Franz, Fernando Perez (Grafik, Malerei, Plastik).

30. September bis 21. Oktober 1990:

Aus der Grafiksammlung des Heimat- und Kunstvereins: Manfred Henninger, Felix Hollenberg, Reinhold Nägele, Peter Jakob Schober.

18. November bis 9. Dezember 1990:

Ernst Hövelborn (Malerei, Grafik, Objekte).

Heimatausstellungen

Rudolf Kühn zeigte in einer Fotodokumentation: „Backnang – 750 Jahre nach der Stadtgründung“ (17. Juni bis 8. Juli 1990).

Kabinettausstellungen

28. Januar bis 8. Juli 1990:

Rudolf Kühn: „Backnang – Ausschnitte und Details.“

30. September 1989 bis 17. Februar 1990:

Rudolf Kühn: „Backnang und Umgebung – grafische und monochrome Fotos.“

Altstadtstammtische

Zu einem weiteren Schwerpunkt der Altstadtstammtische sollen die Berichte aus dem Stadtarchiv werden. Der neue Stadtarchivar Dr. Gerhard Fritz führte im 58. Altstadtstammtisch in diesen Themenkreis ein.

55. Altstadtstammtisch 13. März 1990

Reginald Kunzelmann: „Stadterhaltung und Stadtplanung.“

56. Altstadtstammtisch 10. April 1990

Annette Schäfer: „Gefangenenlager in Württemberg.“

57. Altstadtstammtisch 15. Mai 1990

Gudrun Emberger-Wandel: „Frauen – von der Unmündigkeit zur Gleichberechtigung, ein gerader Weg?“

58. Altstadtstammtisch 25. September 1990

Dr. Gerhard Fritz: „Aufgaben und Möglichkeiten des Stadtarchivs in Backnang.“

59. Altstadtstammtisch 13. November 1990

Christian Glass: „Überlegungen zu einem Technikmuseum.“

Skulpturenweg am Ölberg

Das Gemeinschaftsprojekt der Stadt Backnang, der Backnanger Künstlergruppe und des Vereins führte zu einer vierten Skulptur am Haus Stifftshof 2, von Hellmut G. Bomm mit dem Titel „Fortschritt“, die am 16. Juni feierlich durch

Oberbürgermeister Hannes Rieckhoff der Öffentlichkeit übergeben wurde. Im Anschluß daran veranstaltete der Verein sein traditionelles Ölbergfest.

Kleiner Maulwurf

An drei Sonntagen (6., 13. und 20. Mai 1990) las Staatsschauspieler Wolfgang Höper im Keller des Helferhauses aus der Göttlichen Kommödie von Dante. Am 13. September 1990 fand die Mundartlesung der gebürtigen Schöntalerin Else Schlüter mit dem Titel: „No nex narrets . . .“ statt.

Straßenfest

Im Flohmarkt und in der Bewirtung der Mitglieder im Keller des Helferhauses bestand auch

im Jahr 1990 der Beitrag des Vereins zum Straßenfest.

Mitgliederversammlung

In der Mitgliederversammlung stand im Mittelpunkt der Diskussion die Fortsetzung der Schriftenreihe des Vereins, die nun vom Stadtarchiv und der Stadt Backnang herausgegeben werden soll. Die Neuwahlen bestätigten Ausschuß und Vorstand, neu ins Amt kam Edda Ebert, die die Leitung der Kunstabteilung des Vereins übernimmt.

Ergebnisse der Neuwahlen: 1. Vorsitzender: Ernst Hövelborn, 2. Vorsitzender: Heinz Wollehaupt, Schatzmeister: Gert Eckhardt, Schriftführung: Margarete Walter, Kunstabteilung: Edda Ebert, Ausstellungsbetrieb, Hausbetreuung, Verwaltung: Hermann Lachenmaier und Ludwig Ringhof, Kunst- und Museumsversammlung: Friedrich Preuß, Kleinkunst: Elke Vetter.

Tätigkeitsbericht des Stadtarchivs

Von Gerhard Fritz

Die vergangenen Monate brachten große Umbrüche für das Stadtarchiv: Am 1. Juni 1990 beendete der bisherige Stadtarchivar Christian Ludwig Brücker seine Tätigkeit am Archiv, und der Verfasser nahm seine Arbeit mit erst acht, dann 15 Wochenstunden auf. Zusammen mit der bereits seit langem am Archiv tätigen Waltraud Kolle (im Dezember 1990/Februar 1991 vertretungsweise Sabine Reustle) wurden die folgenden Aufgaben durchgeführt beziehungsweise in Angriff genommen:

Gleich im Juni war der Umzug des Archivs aus der Mörike-Schule in den Pavillon des Max-Born-Gymnasiums zu bewältigen. Umzug und Neueinräumen der Archivalien beanspruchten Monate. In den Räumen P 13 (Büro), P 14 und P 15 des Max-Born-Gymnasiums hat das Archiv für eine Übergangszeit eine Unterkunft gefunden. Endgültig soll das Archiv nach dem Auszug der Schickhardt-Realschule im Turmschulhaus untergebracht werden. Die Vorplanungen für die neuen Archivräume waren ein weiterer Teil der zu bewältigenden Aufgaben. Nachdem im Februar 1991 der Betrieb des Archivs auf EDV umgestellt wurde, hat auch auf diesem Gebiet eine neue Epoche begonnen.

Im Zuge des Neueinräumens wurde erstmals der völlig zerstreute Buchbestand des Archivs gesichtet und – ergänzt durch Neuanschaffungen – zu einer mittlerweile gut benutzbaren, umfangreichen wissenschaftlichen Bibliothek zusammengestellt. In der Bibliothek sollen nicht nur alle Bücher, Zeitungen, Zeitschriften und andere Druckmaterialien über Backnang erfaßt, sondern auch die wesentlichen Werke zur Landesgeschichte angeschafft werden, um wissenschaftliches Arbeiten zu ermöglichen. Die Bibliothek ist, wie in Archiven üblich, eine Präsenzbibliothek, das heißt, es können keine Bücher entliehen werden. Ansonsten steht die Bibliothek aber in den Dienstzeiten jedermann zur Benutzung offen. Um wissenschaftliches Arbeiten über Backnanger Themen zu ermöglichen, ist es nötig, alle jemals erschienene Literatur über Backnang und Umgebung bibliographisch zu erfassen. Mit der Erstellung einer solchen Backnang-Bibliographie wurde begonnen. Bisher sind weit über 1000 Titel erfaßt, ein Ende ist noch nicht abzusehen.

Eine weitere Aufgabe war die erste Grob-Erfassung der noch nicht im Archiv befindlichen Archivalien der Backnanger Stadtverwaltung, die nach dem endgültigen Bau der neuen Archivräume dorthin gebracht werden müssen. Insgesamt handelt es sich – zusammen mit dem bereits vorhandenen Archivgut – um mehr als 1200 laufende Regalmeter.

Daneben konnte mit der Verzeichnung der bereits im Archiv vorhandenen, bisher völlig unerschlossenen Archivmaterialien begonnen werden. Derzeit werden die alten Rechtsakten der Stadtverwaltung (Pfandbücher, Straflisten usw.) verzeichnet. Die Verzeichnung der Archivalien wird aber sicher noch Jahre in Anspruch nehmen.

Einen wichtigen Aspekt der Archivtätigkeit bildete auch die Eingliederung verschiedener privater Nachlässe und Stiftungen ins Archiv. Auf diese Weise wurden beispielsweise Vereinsprotokollbücher, persönliche Memoiren, Geschäftsbücher, Karten, Pläne und Briefe ins Archiv genommen und bleiben so der Nachwelt erhalten.

Das Archiv arbeitet nicht nur von der Außenwelt abgeschottet nach innen hin, sondern wendet sich auch an die Öffentlichkeit. Daß das Archiv ständig von Forschern, Heimatgeschichtlern und Familienkundlern benutzt wird, ist zwar eine Selbstverständlichkeit, an der Öffentlichkeit aber kaum bekannt. Unter Beteiligung des Archivs wurde 1990/91 die Herausgabe der 2. Auflage der Backnanger Stadtchronik realisiert und der hier vorliegende erste Band des Backnanger Jahrbuchs veröffentlicht. Darüber hinaus hat sich im Herbst 1990 ein historischer Arbeitskreis des Stadtarchivs gebildet, der eine Reihe geschichtlicher Forschungsprojekte in Arbeit hat (Statistische Kirchenbuchauswertung, Mühlenforschung, Inschriftenerfassung und anderes mehr).

In der seit 1990 tätigen Arbeitsgemeinschaft der Archiv- und Museumsleiter des Rems-Murr-Kreises arbeitet das Backnanger Archiv mit.

Nicht zuletzt sind mit Hilfe des Stadtarchivs mehrere größere wissenschaftliche Arbeiten bereits entstanden oder in der Entstehung (Examens- und Magisterarbeiten, eine Doktorarbeit).

Bildnachweise

Stadtarchiv Backnang S. 143 unten.

Sammlung Bareiss S. 118 unten.

Heimatmuseum Crimmitschau S. 105, 108, 109, 111, 114, letztgen. S. Inv.-Nr. V 8832 S.

Horst Denkinge S. 14, 15, 16, 19, 23, 24, 25, 27, 28.

Fotogeschäft Fleischer S. 118 oben, 119 unten rechts.

Achim Frick S. 83, 84, 88, 92, 103.

Gerhard Fritz S. 52, 63, 107.

Wilhelm Fritz S. 183.

Rudolf Kühn S. 142 oben, 147.

Sammlung Latschar Titelbild, S. 119 oben, 119 unten links, S. 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141.

Staatsarchiv Ludwigsburg (jeweils Vorlage und Aufnahme) S. 87, 89: F 152, Bü. 439; S. 91, 93: F 152, Bü. 608; S. 94: F 152, Bü. 806; S. 96: F 152, Bü. 971; S. 98, 100, 102: F 152, Bü. 1179.

REGISTER

für die Seiten 9 - 171;
zusammengestellt von Gerhard Fritz

Adam MdNV	61	Backnang	
Affalterbach	11, 17f, 20	- allgemein: nicht aufgenommen	10
- Birkachhof	18, 20	- Altertumssammlung	149
- Heidenhof	18ff	- Amt	9, 11
- Steinächle	18, 20	- Backnanger Bucht	85, 166
— Flurnamen		- Firmen	136
— Beim Brunnen	19	— ANT-Nachrichtentechnik	117
— Birkach	11, 17 - 20	— Dampfziegelei Wieland	132
— Teuchelslag	20	— Fleischer, Fotogeschäft	90
Alamannen	12, 13, 17f	— Hemden-Schwarz	90
Allmersbach im Tal	11, 153ff	— Kaelble	124
- Einwohner		— Kaelble-Gmeinder GmbH	124
— Bauer, Erich	154f, 159	— Sauer, Eisenhandlung	157
— Kurz, Peter, Schultheiß	153	— Specht, Feinkostgeschäft	9, 10 - 13, 15, 149
— Walcher, Pfarrer	155	— Stroh, Fr., Verlag	29, 30, 33f, 66, 68, 86, 89
- Kirche	153	- Kreis	— Oberamt, Bezirk
Allmersbach am Weinberg	88	- Oberamt, Bezirk	— Oberamt
- Einwohner		— Oberamt	— Oberamt
— Deininger, Albert	88	— Hörner	— Hörner
Altenburg	105f	— Schmid	— Schmid
Althütte	86, 153	- Stadt	— Stadt
- Einwohner		— Einwohner, Bürger	— Einwohner, Bürger
— Haag, Anna	153	— Ackermann, Gottlieb	— Ackermann, Gottlieb
- Sechselberg	21	— Ackermann, Karl	— Ackermann, Karl
Angerbauer, C. F.	120	— Adolff, Spinnerei	— Adolff, Spinnerei
Annaberg-Buchholz	107	— Anwander, Reiner	— Anwander, Reiner
Antoninus Pius (röm. Kaiser)	12	— Arnsberger, Johann Wolfgang, Glaser	— Arnsberger, Johann Wolfgang, Glaser
Arae Flaviae	15	— Bacher, Jakob	— Bacher, Jakob
Aspach		— Bacher, Louis	— Bacher, Louis
- Großaspach	11, 86	— Bareiss, Hermann	— Bareiss, Hermann
- Kleinaspach	11, 16f	— Bareiss, Ruth	— Bareiss, Ruth
— Flurnamen		— Beck, Adrian	— Beck, Adrian
— Bergreisach	11, 15, 17	— Beck, David	— Beck, David
— Steinäcker	11, 17	— Beck, David, Wwe.	— Beck, David, Wwe.
- Rietenau	11	— Beck, Johannes, Zimmermann	— Beck, Johannes, Zimmermann
Auenwald		— Bomm, Helmut	— Bomm, Helmut
- Ebersberg	152	— Bomm, Helmut G.	— Bomm, Helmut G.
- Mittelbrüden	11, 153	— Brücker, Chr. Ludwig	— Brücker, Chr. Ludwig
- Oberbrüden	11, 88, 95, 153	— Dais, Schuhmacher	— Dais, Schuhmacher
— Einwohner		— Ebert, Edda	— Ebert, Edda
— Wieland	88	— Eckhardt, Gert	— Eckhardt, Gert
- Unterbrüden	11, 153	— Ellinger, Matthäus	— Ellinger, Matthäus
Auerbach	107	— Engelhart, Alfred	— Engelhart, Alfred
Auerswald, Hans v. MdNV	43, 79, 81	— Erlenbusch, Hermann	— Erlenbusch, Hermann
Augsburg	15	— Fanny, Schwester	— Fanny, Schwester
Augusta Treverorum	15	— Fischer, Samuel	— Fischer, Samuel
Augusta Vindelicorum	15	— Fleischer, Fotogeschäft	— Fleischer, Fotogeschäft
Aussig	107	— Franz, Andreas	— Franz, Andreas
		— Freitag, Friedrich	— Freitag, Friedrich
		— Freund, Rudolf	— Freund, Rudolf
		— Frida, Schwester	— Frida, Schwester
		— Gaugler, Hans	— Gaugler, Hans
		— Groß, Friederike	— Groß, Friederike
		— Hämmerle, Oberamtsbaumeister	— Hämmerle, Oberamtsbaumeister
		— Haußmann, Peter	— Haußmann, Peter
		— Hefter-Hövelborn, Ursula	— Hefter-Hövelborn, Ursula
		— Heinert, Christoph	— Heinert, Christoph

— Hildt, Gustav	21	— Schray, Johannes, Schreiner	145
— Höscher, Hans Heinrich	117	— Schubhardt, Anna Elisabeth	101
— Hövelborn, Ernst	151, 166f, 169f	— Schubhardt, Elisabeth	101
— Holzwarth, G.	135	— Schubhardt, Johann Georg	99f
— Jeck, Roland	166	— Schubhardt, Kaspar	101
— Kaelble, Gottfried	90	— Skarpil, Franz	117
— Keck, jung David, Zimmermann	145	— Sorg, Christian	91
— Keller, Karl	160	— Sorg, David	91
— Killinger, Gottfried	95	— Sorg, Elisabeth	91
— Kinzer, Gottlieb	131	— Sorg, Hans Jerg	145f
— Kolle, Waltraud	171	— Specht, Feinkostgeschäft	124
— Krauß, Johann Jakob	99	— Staiger, Jerg Ulrich, Gürtler	145
— Krauter, Johann	91	— Strauß, Georg Adam	99
— Kreibich, Oskar	167	— Stroh, Regina	101
— Kreuzmann, Robert	169	— Vetter, Elke	167, 170
— Krimmer, Hermann	167	— Vogt, Rainer	169
— Kübler, Christian	86ff, 90f, 99	— Walter, Margarete	170
— Kübler, Eugen	83, 85, 92, 99, 101f, 129	— Weigle, Gottlieb	95, 99
— Kübler, Luise	90	— Wichmann	166
— Kübler, Sonnenwirt	91	— Winter	117
— Kübler, Wilhelm	88	— Wollenhaupt, Heinz	166, 170
— Küenzlen, Martin	101	— Stadtmarkung	9, 20
— Kühn, Rudolf	166 - 169	— Straßen, Gebäude, Plätze u. ä.	
— Kunzelmann, Reginald	169	— Adenauerplatz	133
— Kurz, Gottlieb	97, 99	— Albertstr.	127
— Kurz, Hermann	97 - 100, 102	— Aspacher Brücke	127f, 130, 137f
— Kurz, Johann Georg	86f, 89, 91, 93ff, 97	— Bahnhof	126
— Kurz, Veit	95	— Bandhaus	117ff
— Lachenmaier, Hermann	170	— Bleichwiese	121
— Latschar, Hilde	117	— Bürgerheim	121
— Laux, Heinrich	95, 99	— Burg	150
— Layher, Ingolf	166	— Burgberg	123
— Lehmann, Willy	69	— Burgplatz	128
— Loderer, Klaus J.	158, 166	— Eugen-Adolff-Str.	83, 97
— Mahl, Matheus, Samuel Fischer Sohn	146	— Feuerwehrgerätehaus	134
— Mayer, Hugo, Geometer	148	— Finanzamt	128
— Melchert, Monika	167f	— Freithof	121, 139
— Mergenthaler, Catharina	99	— Gasanstalt	136
— Mergenthaler, David	99, 101	— Gaststätten	
— Mergenthaler, Friederike	99	— Ackeremann, Weinausschank	130, 132
— Metzger, Michael	91	— Alte Post	133
— Molt, Johann Albrecht, Uhrmacher	146	— Bären	124
— Naumann, Wilhelm, Glaser	146	— Kinzer, Weinrestaurant	131, 141
— Perez, Fernando	169	— Krone	128
— Riecker, Apotheker	32	— Rößle	91, 133f
— Rieckhoff, Hannes, OB	170	— Schiff	135
— Riedel, Jakob	99	— Schillerhof	127
— Ringhof, Ludwig	170	— Stern	130
— Sauer, Eisenhandlung	124	— Wilder Mann	133
— Schäffer, Eckhardt	166	— Gerberhäuser	122
— Schäffer, Veronica	168	— Gerberstr.	135
— Schenk, Wagner	90	— Graben	141
— Schlehner, Heinz	92	— Helferhaus	117f, 124, 166
— Schmelzer, Johann Friedrich	99	— Hohloch-Häuser	167
— Schmelzer, Johanna	99, 101	— Kaltes Wasser	139
— Schmückle MdL	s. unter S	— Karlsplatz	129
— Schober, Schreiner	146	— Katharinenhof	150

— Koppenberg	121	— Backnanger Künstlergruppe	165, 167f
— Kornhaus	146	— Heimat- u. Kunstverein	29, 92, 143, 166-170
— Lateinschule	117, 168	— Metall-Innung	92
— Marktplatz	143	— Projekt Arbeitslosen-Initiative	152
— Marktstr.	124f, 146	— SA	140
— Maubacher Str.	136	— SPD	159f
— Max-Born-Gymnasium	143, 158, 168, 171	- Zeitungen	
— Max-Eyth-Realschule	117	— Backnanger Kreiszeitung	95
— Mörike-Schule	171	— Murraltbote	36
— Obere Vorstadt	83, 86ff, 91, 95, 99, 101	— "vergessene" Zeitung (= Volksfreund)	159
— Oberes Stadttor	86	Bad Boll	154
— Obstmarkt	124	Baden	59, 73f, 80, 122
— Ölberg	140, 166, 169	Balingen	80
— Rathaus	125, 142-148	Bamberg	57
— Realschule	117	Bané, General	109
— Schickhardt-Realschule	117, 171	Bantz	156
— Schillerplatz	127	Bauer MdNV	57
— Schillerstr.	141	Bayern	35, 46, 80, 110
— Schlachthaus	144	Bebel, August	111
— Schlachthof	136	Becher MdL	73
— Seminar	125f, 136	Beer, Georg, Baumeister	143
— Spinnerei Adolff	139	Benningen	12, 17
— Stadtturm	117f, 122, 128	- Kastell	12
— Steinbacher Str.	97f, 102, 129	Bentschen	81
— Stiftshof	127f, 168	Berlin	52, 57, 60, 167
— Stiftskirche	117, 150	- Charlottenburg	167
— Stuttgarter Str.	83, 129, 133ff	Bersu, G.	24
— Turnhalle	134	Besigheim	33
— Turnplatz	140	- Bürgerverein	33
— Uhlandstr.	137, 146	Beutelsbach	149
— Weissacher Str.	133f	Birnbaum	63
— Wieland, Dampfziegelei	136	Blum, Robert MdNV	45, 60, 65, 79, 81
— Wilhelmstr.	135	Bockenheim	65
— Wolfsche Mühle	122	Bodensee	13
- Stift	122, 149	Böckingen	12
- Teilorte		- Kastell	12
— Maubach	17	Bönningheim	33
— Flurnamen	17	Böttcher, Wilhelm	111
— Bürgle	17	Bogen MdNV	36
— Sachsenweiler	21	Bottwartal	12
— Steinbach	11, 17, 20f, 157	Brackenheim	33
— Einwohner		Brandenburg	63
— Vetterli	157	Braunschweig	44
— Flurnamen		Bromberg	63
— Eckfeld	17, 21	Bruckmann, Fraucke	168
— Heidenfeld	11, 17, 20f	Brüx	107
— im Rain	21	Buhl MdNV	34, 77
— in der Scheuer	21	Burgstetten	
— in der Welschscheuer	21	- Burgstall	11, 15, 17, 24-28
— Schneckenbühl	17, 21	— Einwohner	
— Scheuerwiesen	21	— Bollinger, Gottlob	26
— Winterhalde	20f	— Bollinger, Jakob	25f, 28
— Strümpfelbach	11	— Hugel, Pfarrer	28
— Waldrems	11	— Knödler, Walter	24
- Vereine, Parteien, Organisationen		— Kugler, Adolf	24, 26
— Ambulante Nichtselbsthafterhilfe	152	— Sauer, Pauline, geb. Bollinger	26
— Arbeitervereine	158	— Flurnamen	

— Burgäcker	25	— Haus der Dienste	113
— Burgstall	25	— Herrengasse	109
— Burgweg	25	— Hohlstr.	112
— Gabelhäule	26f	— Jahnstraße	110
— hintere Au	23	— Kartäuser-Kloster	107f
— hinteres Gewand	26f	— Kunsteisstadion	113
— Hutwiesen	27	— Leitelshainerstr.	112
— Kern	11, 17, 23, 25f	— Schulen	115
— lange Wiesen	23	— Schweinsburg	106ff
— Nesselwiesen	23	— Niederes o. Schmöllsches Tor	106
— ob dem Unternberg Weigert	25	— Oberes o. Zwicksches Tor	106
— Riedern	11, 17, 25ff	— Roter Turm	109
— untere Au	27	- Vereine, Parteien	
— unterer Berg	27	— Arbeiterbildungsverein	110
— Neumühle	27	— Arbeiter- und Soldatenrat	112
- Erbstetten	11f, 17	— Gewerksgenossenschaft	111
— Flurnamen		— KPD	112
— Birkenwald	11f, 17	— SPD	111f
Burgund	154	- Zeitung: Bürger- und Bauernfreund	111
Calw	122	Dänemark	36, 64, 66, 81
Cannstatt	92	Danzig	63
Chemnitz	107, 110	DDR	105, 113
Colonia Claudia Ara Agrippinensis	15	Dekumatland	13ff, 17
Combart MdNV	50	Denkinger, Horst	9
Crimmitschau	105-108, 111-115	Denzlingen	9
- Adel		Deutscher Bund	62f, 79, 81
— Henricus de Crematzowe	106	Deutscher Zollverein	78
— Planitz, Dorothee v.	109	Deutsches Reich	79
— Seyffarth, J. Chr.	109	Deutschland	15, 29, 35ff, 49, 52ff, 57, 60, 64, 79ff, 112, 154
- Einwohner		Diez, Helga	167
— Bergner, Fabrikant	110	Dillenius, Friedrich v., Präsident, MdL	67, 81
— Federangel, Hans	107	Dinkelsbühl	34
— Philipp, Andrea	105	Dörtenbach, Johann Georg MdNV	62, 80
— Goth, Musikalienhandlung	112	Donau	13
— Kaufmann u. Sohn, Gebr.	110	Dresden	107, 110, 115
— Motteler, Julius	110f	Dreyer, Paul-Uwe	169
— Oehler, David Friedrich	109f	Ebnisee	12
— Pfauth, R.	111	Eisenach	111, 115
— Stehfest, E.	110	Eisleben	107
— Strokow, Major, sowj. Stadtkommandant	112	Eisenlohr, Theodor MdNV	61, 80
— Taran, Major, sowj. Stadtkommandant	112	Eisenstuck MdNV	46
- Firmen	115	Elbe	107
— LPG Ernst Thälmann	113	Ellmayr	120
— VEB Trikotagenwerk	113	Emberger-Wandel, Gudrun	169
— VEB Tufa	113	Erzgebirge	106
— WB Volltuch	113	Esslingen	78, 92, 148, 154
— WB Sinnweber III	113	Eugen, Prinz v. Savoyen	145
- Ortsteile		Europa	29, 38
— Frankenhausen	108, 115	Fallati MdNV	34, 40f, 43-47, 49, 54, 59, 64, 78
— Gablenz	108, 115	Federer, Friedrich MdNV	44, 46f, 54, 59, 61f, 80
— Gösau	108, 115		
— Rudelswalde	108, 115		
- Straßen, Gebäude			
— Amselstr.	113		
— Badergasse	110		
— Freundstr.	112		

Fellbach	152	Gotha	111
Fetzer, Karl		Graudenz	63
August MdNV	34, 40ff, 46, 51, 61, 63f, 77f, 80	Griechen	30
Flottweil MdNV	36	Greiz	106
Föll, Karin	151	- Heinrich d. é.	106
Frankfurt (Main)	29, 33, 35f, 42f, 59ff, 65f, 79, 81	Groitzsch	105
- Klubs, politische		Großaspach	s. Aspach
— Augsburger Hof	79	Großbottwar	12
— Casino	79	Großbritannien	81
— Deutscher Hof	41, 44f, 47, 64f, 77, 79	Großdeutschland	79
— Donnersberg	45, 77ff	Großerlach	
— Großdeutsche	44, 53-58	- Grab	12
— Kleindeutsche	53, 55f	— Flurnamen	12
— Milani	79	Gulden MdNV	53
— Pariser Hof	79	Habsburg	54, 79
— Steinernes Haus	79	Hadrian (röm. Kaiser)	13
— Weidenbusch	79	Halle	107
— Westendhall	65, 77, 79	Hamburg	52, 78
— Württemberger Hof	45, 65, 77f	Hannover	44, 46, 59, 78, 80
- Nationalversammlung	29, 31, 35-38, 41, 43, 45, 50, 60, 77, 79, 80	Hansestädte	45
- Paulskirche	29f, 35, 37f, 45, 51, 54- 60, 67f, 76f, 79	Haßler, Konrad Dietrich MdNV	35, 40f, 46, 59, 64, 77f
Frankfurt (Oder)	63	Heckscher MdNV	57
Frankreich	30, 34, 39, 43	Hegelmaier, Ursula	167
Franz Josef (österr. Kaiser)	56	Heidelberg	77
Freiberg	107	Heilbronn	34, 54, 77, 80, 92
Freudenstadt	153f	- Einwohner	
Freudenthal MdNV	42	— Röger	92
Frick, Achim	168	Heim, Johann Ulrich,	
Friedrich I. Barbarossa (Kaiser)	105	württ. Landesbaumeister	117, 143f
Friedrich I., König v. Württemberg	s. Württemberg	Hekler	120
Friedrich Wilhelm IV., König v. Preußen	59, 80	Hemmingen	155
Frisch, Christian MdNV	34, 40ff, 46, 61, 63, 64, 77	Henninger, Manfred	167, 169
Fritz, Gerhard	164, 169	Hentges, Louis, MdNV	34f, 40ff, 62, 64f, 77f, 80
Fröhlich, E.	160	Herbst, Helmut	168
Gagern, Heinrich v. MdNV	35, 38, 48, 54, 58, 60, 64, 77, 79	Herrenberg	154
Gaildorf	77	Herrlinger MdL	70
Gallienus (röm. Kaiser)	13	Hessen	77
Gebeßler, August	167	Hettich, Dr.	33
Gera	107	Heutensbach	153
Germanen	105	Hirschlanden	156
Geta (röm. Kaiser)	28	- Sülzingin	156
Geyer, Michael	155ff	- Trötsche, Contz	156
Gförer MdNV	37, 40-44, 46f, 49f, 55, 61, 64, 78	Hochstraße	12
Glass, Christian	169	Höper, Wolfgang	167, 170
Glauchau	110	Hof	107
Gnesen	63	Hoffmann, Christoph MdNV	36f, 41f, 44, 47, 49, 54, 64, 78, 80
Göppingen	154	Hoheneck	80
		Hohenzollern	15, 54
		Hollenberg, Felix	169
		Holzschläger, Mouche	167
		Homer	167
		Horburg-Weier (Elsaß)	154
		Huck, Johann Joseph MdNV	46, 55, 61, 80

Huser, Cunczeli	157	Leonberg	154ff
Hussiten	106	- Eltingen	155
		Leutenbach	101
Iller	13	- Einwohner	
		— Koch, Georg	101
Jagsthausen	12, 14	Lieb, C.	120
- Kastell	12	Liegnitz	63
Janiscewski MdNV	62f	Lichnowsky, Fürst Felix v. MdNV	36, 43, 79, 81
Jesuiten	50, 65	Liebknecht, Wilhelm	111
Johann, Erzherzog, Reichsverweser	38, 65	Limes	10, 13
Jordan MdNV	62	- Neckar-Limes	11, 13, 17
Jütland	78	- obergermanischer Limes	14f
		- Odenwald-Neckar-Limes	12
Karl der Große (Kaiser)	21	- vorderer Limes	12ff, 17
Karl V. (Kaiser)	107	Linden, Minister v.	67, 73
Karlsbad	107	Lissa	63
Kautzer, Georg MdNV	40f, 64, 78	List, Friedrich	30
Keinath	21	Lodsch	63
Kelten	17	Lohbauer, Rudolf	31
Kessler, Heinrich	30f	Löwenstein	154
Kirchberg/Murr	10f, 16f, 25	Löwensteiner Berge	11f, 67
- Flurnamen		Lorch	12
— Abstetter	10f, 17	- Kastell	12
— Eichbach	17	Ludwig XIV. (frz. König)	39
— Eisenberg	17	Ludwigsburg	73, 90, 95
— Kalkofen	11, 16f, 23		
— untere Au	11, 17	Mack MdL	62
— Söllbach	23	Main	12
Klemmer, Haintz	155	Mainhardt	9, 12, 162
Klett, Christian August MdNV 59,	61f, 80	- Kastell	9, 12, 162
Klubs, politische	s. Frankfurt	Mainhardter Wald	67, 74
Knappstein, Ruth	168	Mainz	36
Knubben, Thomas	169	Malmö	60, 64, 81
Köln	15, 36, 52, 77	Marbach	12, 18, 90
Köngen	154	- Rielingshausen	11, 17
Königsberg	63	— Flurnamen	
Königstein, Rolf	167	— Reuterhau	11, 17
Köstlin, Jörg	166	Marienburg	63
Komotau	107	Mathy MdNV	41, 44f, 47, 49f, 54, 59, 64, 80
Kopp MdL	70		
Korntal	78	Maulbronn	33
Korridor	77	Maximinus Thrax (röm. Kaiser)	13
Krause, Rüdiger	161	Mayer, Karl MdNV	32, 62, 77
Kremsier	53f	Mecklenburg	44, 78
		Meerane	107f, 110, 112, 115
Lämpel, Lehrer	168	Meißen	107, 115
Landtag, württembergischer	s. unter Stuttgart	Merseburg	107
Lang, Dr. MdNV	35	Metternich	34
Lauchheim	78	Metzingen	154
Lauffen	33	Miller, General von	62
Lassaulx MdNV	41	Miltenberg	12
Lederer	31	Minerva (Göttin)	26, 28
Leiningen, Minister	64	Mohl, Moritz MdNV	40 - 43, 45f, 49f, 53, 61, 62, 64, 66, 78
Leipzig	107, 110, 115	Mohl, Robert MdNV	32, 41, 44, 46f, 49f, 54, 59, 64, 77, 78
- Frege, Handelshaus	110		
Lempp, Rudolf	147		

Montbeliard	154	Neckarkreis	30, 95
Mühlberg	107	Neckarland	162
Müller, Karl Otto	155	Nestler, Mucki S.	167
München	41, 50, 52	Neuffen, Richenza v.	154
Münchingen	156	Neuffer, E.	24
- auf dem Bruwel	156	Nordafrika	18
- Crusin	156	Norddeutscher Bund	81
Mulde	105ff	Nürtingen	78, 154
Mungenast, Heide	167		
Murr (Fluß) 9, 12, 18, 20ff, 24f, 90, 122, 151		Oberitalien	81
Murr (Ort)	12	Oberrhein	13
Murrgau	9, 10, 13ff, 17, 122	Oberschlesien	77
Murrhardt	9f, 12ff, 17, 29-33, 37, 86, 90, 150, 160-164	Oberschwaben	14, 77
- Amt	149	Öhringen	12, 14
- Carl-Schweizer-Museum	161	- Kastell	12
- Einwohner		Österreich	34, 45f, 52-58, 66, 77-81
— Horn, Apotheker	32		
— Nägele	s. unter N	Ostsee	63
— Seeger, Karl	33	Oldenburg	78
— Simon, Titus	152	Olmütz	57
— Wieland, Peter	152	Oppenweiler	68, 164f
- Flurnamen		- Einwohner	
— Heidenbühl	16	— Wieland, Otto	92
— Linderst	14	— Zehender, Julius	164
- Kastell	9f, 12f, 15, 160ff	- Teilorte	
- Kloster	162ff	— Reichenbach	156
- Römerfriedhof	13	— Botbur	156
- Rößle-Quartier	161, 163	— Reichenberg	86
- Sextus Julius Florus Victorinus, Tribun d. XXIV. Kohorte	13f	— Zell	11
- Stadtkirche	13	Oppermann, Karl	167
- Stadtmauer	161	Osterburken	12
- Stadtrat	31	Ostpreußen	63, 79
- Straßen, Gassen (verschiedene)	161, 163		
- Vereine		Pagenstecher MdNV	43
— Liederkranz	30	Paret, Oskar	18f, 24ff
- Vicus	160f	Paris	30, 39
- Walterichskirche	13	Paulskirche	s. Frankfurt
- Zeitungen		Paulus, Eduard	14, 18
— Tubus	31	Peucker, Kriegsminister v.	65, 75
Murrhardter Wald	11, 67	Pfahler, Georg MdNV	36, 38, 40ff, 46, 61, 63ff, 78
Murrthal	10-15, 138	Pfalz	60, 73, 80
Murschel, Wilhelm MdNV	32, 41, 54, 64, 77, 80	Pfizer, Paul Achatius MdNV	32, 57, 77, 80
		Pflüger, Helmut	163
		Planitz, Dorothee v.	109
		Plate, Ulrike	162f
Nägele, Ferdinand MdNV	29-51, 53, 56-68, 75, 78, 79, 80	Plauen	107, 115
Nägele, Reinhold	164, 169	Pleiße	105-108
Naegele, Thomas	164	Pleißnerland	105
Nagel, Johann Friedrich MdNV	46, 61, 80	Plieninger	28
Napoleon I., (frz. Kaiser)	39	Poebene	18
Nationalversammlung von 1848/49		Polen	31, 34, 49, 62ff, 77, 81
		Pommern	63
		Posen	49, 62f, 79, 81
Nationalversammlung, französische	39	Prag	52
Nauwerck MdNV	47	Preußen	34, 44, 46, 54, 56-59, 66, 73, 77, 80, 81
Neckar	9, 11ff, 15		

Radetzky	63, 81	Schott, Albert, MdNV	31, 34, 40, 46, 61-64, 75, 77f
Rall, Willo	168	Schwaben	10, 34ff, 44, 50, 56
Rastatt	62	Schwäbischer Wald	90, 150, 162
Rau, Gottlieb	77	Schwäbisch Hall	12
Rau, Gustav	32, 77	Schwaikheim	149
Raumer, Hans v. MdNV	34f, 77	Schwarzenberg MdNV	43
Raveaux, Franz MdNV	36, 39, 77	Schweiz	30f, 92
Reichenweier	154	Schweizer, Rolf	10, 161
Reichstag	111	Schwerin	81
Rems	12, 151	Seddig, Ingrid	167
Rems-Murr-Kreis	85, 149f, 152, 165, 171	Seeger MdL	71
Reustle, Sabine	171	Seufert, Kunstmaler	148
Reutlingen	69	Sexau	9
Reyscher,		Sichelgingin	157
August Ludwig MdL	71, 81	Simon MdNV	65
Rhein	13	Sixt	14
Rheinpfalz	59, 73	Slawen	105
Rheinwald MdNV	36, 41f, 46, 51, 61	Soiron, MdNV	34f, 77
Rödinger, Friedrich MdNV	32, 40ff, 46, 52, 61, 62-65	Sommer, Felix	167
Römer, Friedrich MdNV	31, 37, 40, 46f, 50f, 54, 62, 64, 76, 77, 78	Spiegelberg	86
Römerstraße	17	Steinach	95
Rösler, Gustav Adolf MdNV	42, 78	Steinbeis, Präsident	67
Rom	14, 15	Steinheim	12
Romanen	17	Stettin	63
Rottweil	15, 78	Stockmayer MdL	72ff
Roveredo	63, 81	Stolle, Wilhelm	111
Rudersberg	101	Strümpfelbach	148
Rudolstadt	107	Stuttgart	10, 14, 26, 31ff, 36, 38, 42f, 52, 57, 59, 61f, 73, 75, 77f, 80 92, 120, 147f, 154, 163, 167
Rümelin, Gustav MdNV	40f, 43ff, 47, 50, 54f, 59, 64, 78, 80	- Altes Schloß	10
Ruge MdNV	62, 81	- Bürgermuseum	32
Rußland	34, 60, 77, 81	- Bürgerwehr	38
		- Degerloch	148
Saale	107	- Gasthaus "Römischer König"	32
Sabott MdNV	41	- Hotel Marquard	62
Sachsen	45f, 59f, 80, 105, 107, 110, 112	- Landtag	29, 43, 59, 66, 71, 75f, 81
— Moritz, Herzog v. ~	107	- Lange Straße	62
Salzstraße	12	- Leonhardskirche	147
Sangershausen	107	- Polytechnikum	78
Sapper, Lore	167	- Rumpfparlament, Nationalversammlung	61f, 66, 75, 80
Schäfer, Annette	169	- Vaterländ. Verein	57
Scheffold	120	- Württ. Landesmuseum	10, 26
Schickhardt, Heinrich, Baumeister	144, 153f	Südamerika	110
Schiedel	109	Südbaden	9
Schleswig-Holstein	44, 64f, 78f	Südwestdeutschland	9, 12
Schmerling MdNV	53	Sulzbach/Murr	12, 90, 165
Schmitz, Oskar	167	- Ittenberg	86, 90, 99
Schmölln	106, 114		
Schmückle MdL	43, 66, 68f, 71-76	Tafel, Gottlob MdNV	32, 41f, 46, 50, 61, 63ff, 77
Schneidemühl	63, 81	Teplitz	107
Schnitzer MdL	69, 70f	Thälmann, Ernst	113
Schober, Peter Jakob	169	Thorn	63
Schoder, Adolf MdNV	33f, 41f, 46, 59, 64, 77		
Schönburg	106		
Schorndorf	148		

Tettnang	38	- Heimatmuseum	152
Tilly	63	- Oberweissach	153
Tirol	81	- Unterweissach	153
Trient	63, 81	Weissacher Tal	152f
Trier	15, 65	Weißer Elster	107
Trützschler, Wilhelm Adolph v. MdNV		Welcker MdNV	55-58
	42, 50, 78	Welzheim	9, 12, 101
Tschecho-Slowakei	107	- Kastell	9, 12
Tübingen	77f, 80f, 154, 166	Werdau	107, 111
		Werden	35
Uhland, Ludwig MdNV	46, 50, 61, 64, 80	Werner, Johann Peter MdNV	36, 77
Uhrle	155	Werthmüller MdNV	51
Ulm	34, 77, 80, 163	Wettin	105f, 115
		- Wilhelm II. v. ~	106, 114f
Vaihingen/Enz	33, 144, 154	Westpreußen	63, 79
Valerian (röm. Kaiser)	13	Wieland, Karl	29, 80f
Veeck, W.	24	Wien	52, 60, 65, 79
Veiel MdL	75	Wiest MdNV	40-43, 46f, 49f, 55, 59
Vereinigte Staaten v. Amerika	9	Wigard MdNV	44, 47
Vespasian (röm. Kaiser)	15	Windischgrätz, General	79
vicus Aurelianus	14f	Winnenden	92, 95, 149
vicus Murrensis	12	- Deutschordenskommende	149
Vincke, Graf Armin v. MdNV	36	Wittenberg	107
Vischer, Friedrich Theodor MdNV	34, 40ff, 46,	Wöllwarth, Frhr. v. MdL	73
	50, 58, 61, 64, 77, 78	Wolfsölden	20f
Völkerbund	77	- Flurnamen	
Vogel MdL	70	— Schneckenrain	21
Vogt MdNV	45, 62	— Stöckhen	21
Vulcan (Gott)	12	Wrangel, General	78, 81
		Württemberg	12, 15, 17, 20, 30f, 37,
Wächter	34, 77	43, 45ff, 51, 53-57, 59, 62, 64, 74f, 79ff, 154	
Wächter, Karl Georg	77	- Grafen	
Wächter, Oskar	77	— Alexander	33
Waiblingen	148f, 159f	— Eberhard der Erlauchte	122
- Haupt, Werner	159	— Eberhard der Greiner	155
- Kreis	149	- Könige	
- SPD	159f	— Friedrich I.	30
Waldburg-Zeil, Fürst, MdNV	40ff, 46f, 55,	Wüstenbach	22, 24
	61, 80	Wunder, Gerd	155
Walheim	12	Wundt-Boeschel, Christa	167
- Kastell	12	Wurm, Christian Friedrich MdNV	40- 44, 46f,
Warschau	63		54, 57, 59, 62, 64, 78
Weigle, Wilhelm MdNV	59, 61f, 80	Zeitungen	
Weil der Stadt	148	- Beobachter	31, 33, 77
Weiler bei Esslingen	154	- Crimmitschauer Bürger- und Bauernfreund	111
Weiler zum Stein	11, 13, 17	- Heilbronner Tagblatt	33, 54
- Kirschenhardthof	18, 19	- Hochwächter	31, 77
- Flurnamen		- Hochwächter ohne Zensur	31
— Brand	11, 13, 17	- Schwäbischer Merkur	56
Weimar	107	- s. auch:	Backnang, Zeitungen
Weinsberg	30, 33, 65		Murrhardt, Zeitungen
- Bezirk, Oberamt	30, 34, 68	Zimmermann MdNV	40ff, 46, 50, 61-64
Weissach, Bach	10	Zürn, H.	24, 26
Weissach im Tal		Zwickau	106f, 110, 113, 115
- Einwohner		- Hans Federangel	107
— Karl Schreiner	153		

Autorenliste

Hans-Dieter Bienert M. A., Doktorand, Justinus-Kerner-Straße 37, 7157 Murrhardt.

Helmut Bomm, Redakteur i. R., Strümpfelbacher Weg 30, 7150 Backnang.

Horst Denking, Realschulrektor, Höchtestraße 8, 7831 Sexau.

Andrea Filipp, Museumsleiterin im Heimatmuseum Crimmitschau, O-9630 Crimmitschau.

Achim Frick, Diplomingenieur, Weilerstraße 6, 7052 Schwaikheim.

Dr. Gerhard Fritz, Studienrat und wissenschaftlicher Mitarbeiter des Stadtarchivs Backnang, Oberer Hofberg 9, 7157 Murrhardt.

Ernst Hövelborn, Oberstudienrat, Kantstraße 1, 7150 Backnang.

Mathias Klink, cand. phil., Kirchhofweg 16, 7158 Sulzbach/Murr.

Rolf Königstein, Studiendirektor, Meisenweg 2, 7151 Auenwald.

Andreas Kozlik, stud. phil., Fichtestraße 15, 7157 Murrhardt.

Klaus J. Loderer, cand. arch., Stresemannstraße 7, 7150 Backnang.

Hermann Reinhardt, Oberstudienrat, Fliederstraße 2/1, 7152 Aspach.

Sabine Reustle, Doktorandin, Brahmsstraße 8, 7152 Aspach.

Heimo Schulreich, Studiendirektor, Bildäckerstraße 47, 7050 Waiblingen.

Dr. Heinz-Werner Schwegler, Studiendirektor i. R., Panoramaweg 16, 7150 Backnang.

Dr. Rolf Schweizer, Museumsleiter, Seegasse 36, 7157 Murrhardt.

Dr. Karl Wieland †, 7090 Ellwangen.



Medaillen der Schützengilde Backnang

In Anknüpfung an ältere Backnanger Schützen-traditionen gründeten 27 Bürger am 14. Juni 1848 im „Stern“ eine Schützengesellschaft, die heutige Schützengilde. Ein Höhepunkt in der Vereinsgeschichte war das Jubiläums-Festschießen im Jahr 1899, als das 50jährige Bestehen gefeiert wurde. Dabei gab es die Erinnerungsme-

daille Bild oben (Vorder- und Rückseite). – Als im Jahr 1925 das 75jährige Bestehen gefeiert wurde, knüpfte die Gilde an die Tradition von 1899 an und schuf eine sehr schöne Erinnerungsmedaille (Bilder unten). Die Medaillen befinden sich in der Sammlung Wilhelm Fritz, Kornwestheim.



